
AUFTRAG



Schwerpunkte:

30. Woche der Begegnung
Deutsche Einheit

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

193/194

September 1990

● AUFTRAG

September 1990

Heft 193/194 — 30. Jahrgang

3	Redaktionsmitteilung	Klaus Brandt
4	Das geistliche Wort	Walter Theis
6	30. Woche der Begegnung	
6	Einführung	Klaus Brandt
6	Predigt beim Eröffnungsgottesdienst	Ernst Niemann
9	Tag der GKS — Begrüßung und einführende Worte	Paul Schulz
12	Hierarchische und/oder geschwisterliche Kirche (Pressemitteilung)	Ludwig Bertsch SJ
12	Bericht des Bundesvorsitzenden GKS	Paul Schulz
21	Bericht der Redaktion	Helmuth Fettweis
24	Lagebericht 1990 zur Bundeskonferenz der GKS	Paul Schulz
38	Lagefeststellung der GKS 1990	Jürgen Bringmann
39	Eröffnung der Zentralen Versammlung (ZV)	Ernst Niemann
43	25 Jahre Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“	Hans Langendörfer SJ
52	Bericht des Vorsitzenden ZV	Heinz Havermann
68	Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der ZV	Paul Schulz
71	Grußwort des Vertreters des Priesterrates	
71	Pontifikalamt — Die Predigt	Elmar M. Kredel
74	Empfang des H. H. Militärbischofs — Ansprachen	
74	— Begrüßung durch den Militärgeneralvikar	Ernst Niemann
75	— Vorsitzender ZV	Heinz Havermann
77	— H. H. Militärbischof und Verleihung päpstliche Auszeichnung	Elmar M. Kredel
80	Wahlprotokoll der Wahl des Vorstandes der ZV	
81	Verabschiedete Beschlußvorlagen ZV	
81	— Zeit für den Lebenskundlichen Unterricht	
83	— Die Menschen Mittel-/Osteuropas bedürfen unserer Nachbarschaftshilfe	
84	— Nachbarschaftshilfe	
85	— Wort der Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche — Überlegungen für den Bereich der Militärseelsorge	
86	Schlußwort des H. H. Militärbischofs	Elmar M. Kredel
87	Kirche	
87	Gott, Religion, Kirche — wozu?	Helmuth Fettweis
91	Gewissen geht vor Gehorsam	Justitia et Pax
93	Freizeit — Grundlebensmittel für den Menschen	P. Ferdinand Kaver OSFS
95	Die Brücke der Liebe	
103	Zur deutschen Einheit	
103	Brief aus Frankreich	
104	Einige Elemente für eine katholische französische Erklärung zu den Ereignissen in Deutschland	Jean Dumort SJ
106	Eine europäische Zukunft für ganz Deutschland	
107	Erklärung der evangelischen und katholischen Kirchen — Für eine gemeinsame Zukunft	
111	Position der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA	Paul Schulz
115	Leserbrief	Schirmmeister
116	Die Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Geschichte und die europäische Zukunft	Michael Stürmer
126	Berlin (1990)	Wolfgang Altendorf
126	Berlin die logische Hauptstadt	Wolfgang Altendorf
128	Heiligenstadt und Theodor Storm	Anne Bahrs
130	Die Einheit lohnt jede Anstrengung	GKS

133	Nahe und ferne Welt	
133	Soldatsein in den 90er Jahren	<i>K. H. Ditzer</i>
141	Neuorientierung der Gesellschaft für Wehrkunde	<i>P. Lothar Groppe SJ</i>
147	Die Zukunft der NATO und ihrer Strategie — Was kommt nach der Abschreckung?	<i>Jürgen Bringmann</i>
157	Hilfe für die Menschen im Lager Dbayeh (Libanon)	<i>P. Joseph Mouannes</i>
159	Eisenbahnen sind die Lebensadern des südlichen Afrikas	<i>Karl Breyer</i>
162	Aus GKS und PGR	
162	Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker	<i>Ekkehard Richter</i>
174	Familien-Freizeit des Apostolat Militaire International A.M.I.	<i>Günter Thy</i>
176	Ein Urlaub mit Soldatenfamilien	<i>Karla Schubbert</i>
177	Ägyptisches Mosaik — privat erlebt	<i>Arthur Schopf</i>
179	Informationsbesuch des Pastorkurses bei der Bundeswehr in Freyung	<i>Heinrich Vierlinger</i>
181	Gedanken eines angehenden Pensionärs	<i>Bernhard Schmitz</i>
182	Aktion katholischer Soldaten für portugiesische Familien	<i>Günter Thy</i>
183	Radio Campanile	<i>Willy Trost</i>
186	Informationen/Personalia	
186	Katholische Kirche im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz	
187	Katholische Kirche im Bereich der Berliner Bischofskonferenz	
188	Über die kirchliche Berufung des Theologen	
188	ZdK veröffentlicht Erklärung zur Umwelterziehung	
189	Deutsch-polnischer Jugendrat trat zum ersten Mal zusammen	
191	Vor fünfzig Jahren begann Taizé	
192	BDKJ hat nach Auseinandersetzung eine neue Satzung	
192	„Kunterbunte Kinderkiste“	
193	ZDF-Serie: Mit Leib und Seele	
193	Dr. Alois Rummel	
194	Militärbischof Dr. Alfred Kostecky	<i>Michael Haubl</i>
195	Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann zum Apostolischen Protonotar ernannt	
195	Silbernes Priesterjubiläum von Militärdekan Msgr. Peter Rafoth	
195	Werner von Scheven	
196	Lob und Dank zum Geburtstag — Dekan Köster	
196	Verdienstorden für Dekan Kusen	

Redaktionsmitteilung

Klaus Brandt

Liebe Leser!

Nachdem mir während der 30. Woche der Begegnung in Bad Segeberg am 1. Mai 1990 die Verantwortung für die Redaktion des „Auftrags“ übertragen wurde, möchte ich kurz meine Vorstellungen zu diesem Verbandsorgan darlegen.

Aber zunächst spreche ich meinen herzlichen Dank meinem Vorgänger, Herrn Oberst a. D. Helmut Fettweis, aus. Er hat mich über ein Jahr lang eingehend in die Redaktionsarbeit eingeführt und mir dabei wertvolle Tips gegeben. Gleichzeitig hat er sich bereit erklärt, mich weiterhin zu unterstützen und als Redakteur auch zukünftig mitzuarbeiten. Ich weiß dies aufgrund seiner sonstigen, umfangreichen Verpflichtungen besonders zu würdigen und ich sage nochmals: „Vergelt's Gott!“

Der „Auftrag“ versteht sich als verbandsinternes Organ der GKS, das sich insbesondere Fragen des Soldatenberufs aus dem Blickwinkel der katholischen Glaubenslehre annimmt. Dabei geht es aber nicht nur um spezielle Probleme der Soldaten, sondern auch um Themen, die Einfluß auf die europäische Sicherheit und auf das friedliche Zusammenleben der Völker der Welt haben.

Nun zu den Veränderungen:

Der „Auftrag“ erscheint letztmals in dieser Form. Ab Dezember 1990 wird das Layout der Zeitschrift geändert, um vielleicht noch mehr Anklang und Aufmerksamkeit bei ihren Lesern zu finden. Weiterhin erscheinen die Hefte nurmehr vierteljährlich — jeweils im letzten Drittel eines Quartals. Bei besonderen Anlässen — z. B. Woche der Begegnung — sind Sonderausgaben vorgesehen.

Den Inhalt des „Auftrags“ wollen wir etwas mehr auflockern. Deshalb bittet die Redaktion um die Zusendung von Karikaturen, Schmunzelgeschichten, aber ebenso von Fotografien in schwarz-weiß (Originale, wichtig wegen der Reproduktion).

Die Redaktion hofft auch für die Zukunft auf rege Zuschriften mit Beiträgen wie es bisher der Fall war. Bitte beachten Sie aber dabei die neue Redaktionsanschrift im Impressum des „Auftrags“.

Abschließend wünsche ich uns allen für die gemeinsame Aufgabe die Erleuchtung des Hl. Geistes zu guten Inspirationen und Gottes Segen für das Gelingen.

Das geistliche Wort

Walter Theis

Neues fasziniert, weil es Möglichkeiten verspricht und eröffnet, die bisher noch unberücksichtigt waren. Im Neuen vermutet man immer auch zugleich das Bessere. Man tut dies um so selbstverständlicher, je weniger man von dem, was bisher war, gehabt hat. So ist es naheliegend, daß die Jüngeren dem Neuen leichter und vorbehaltloser geneigt sind.

Der bestandene Umgang mit dem, was bisher war, lehrt, daß das Neue nicht nur und vor allem nicht selbstverständlich nur das Bessere sein muß. Denn auch das Neue hat Anteil an der Wirklichkeit — ist Teil der Wirklichkeit. Diese ist aus der Erfahrung heraus nicht eindeutig, sondern doppelgesichtig und daher rührt die Vorsicht, die Zögerlichkeit, mit der erfahrene Menschen gelegentlich dem Neuen begegnen. Sowohl unbesonnene Zuwendung als auch die Neigung, den Status quo zu erhalten, werden der Wirklichkeit um uns herum, die sich ständig ins Neue und oft genug ungeahnt Neue wandelt, nicht gerecht.

Nur allzu schnell kann sich bei beiden Grundhaltungen Enttäuschung als unmittelbare Reaktion auf plötzliche und unerwartete Neuheiten einstellen.

Was mit uns nach der ersten nüchternen Kenntnisnahme neuer Lagen und Gegebenheiten geschieht, ist dann ausschlaggebend. Manche wechseln ins Lager der Zyniker. Manche verzagen. Andere überstürzen sich, jedoch ohne wirkliche Überlegung und Planung. Aber einigen gelingt auch, die Dinge ruhig zu bedenken und den Kernpunkt zu erfassen. Sie entdecken ihre eigene Beherztheit, und infolgedessen können sie so schnell wie möglich alles tun, was gerade jetzt getan werden muß. Diese Courage, die etwas mit der Entschlossenheit des eigenen Herzens zu tun hat, scheint mir heute nötiger denn je zu sein, um Chancen, die sich zur Zukunftsgestaltung bieten, zu nutzen, ohne sich im nachhinein Vorwürfe zu machen oder solche machen zu lassen, die richtige Tat zum richtigen Zeitpunkt versäumt zu haben.

Und es braucht Courage, Verantwortung zu übernehmen, Es braucht Courage, Entscheidungen zu treffen.

Es braucht auch Courage, Kritik von denen entgegenzunehmen, die selbst weder bereit noch willens sind, Risiko, Belastung und Quälerei bei der Gestaltung der Lebensbedingungen auf sich zu nehmen. Große Talente helfen kaum, wenn dahinter nur wenig Courage steckt.

Was Beherztheit zustande zu bringen in der Lage ist, wurde uns in den vergangenen Monaten atemberaubend vor Augen geführt. Bewunderung allein ist nicht die angemessene Reaktion.

Wenn schon in unserem natürlichen Erfahrungsbereich die Welt und die Menschen, die sie gestalten, durch jene Tugenden begründet werden, die in der bekannten Bitte: „Gib uns den Mut, Dinge zu ändern, die wir ändern können, gib uns Gelassenheit, Dinge zu ertragen, die wir nicht ändern können, und gib uns die Klugheit, das eine vom anderen zu unterscheiden“, als unverzichtbar erkannt sind, so sollten wir uns als gläubige und geistbegabte Menschen erinnern: „Gott gab uns nicht einen Geist der Furchtsamkeit, vielmehr der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit“ (2 Tim 1,7), alles das also, was Beherztheit über unsere Kräfte hinaus zur Vollendung bringt, das ist die Gabe des Hl. Geistes. Ist es deshalb vermessen zu formulieren und entsprechend zu fordern: Nur wer seine Kräfte überschätzt, schätzt sie richtig ein!?

30. Woche der Begegnung

Einführung

Klaus Brandt

Die 30. Woche der Begegnung unter dem Motto „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ fand einschließlich Vorkonferenz vom 28. April bis 4. Mai 1990 in Bad Segeberg in Schleswig-Holstein statt. Dort war zum zweitenmal die Evangelische Akademie Nordelbien in ihrer landschaftlich reizvollen Umgebung — unmittelbar am Segeberger See gelegen — Heimstatt des Treffens der GKS und der ZV sowie ihrer Delegierten.

Auch die Natur zeigte sich von ihrer besten Seite — mit frischem Grün und blühenden Bäumen, Sträuchern sowie Frühlingsblumen. Selbst Petrus schien der Veranstaltung sehr gewogen zu sein, denn er ließ während dieser einen Woche jeden Tag die Sonne warm scheinen.

Über grundsätzliche Aussagen zur Woche der Begegnung verweise ich auf das im Heft 193/184 (August 1989) dazu Gesagte.

Dank für den gelungenen Verlauf der 30. Woche der Begegnung sei aber ausgesprochen den „guten Geistern“ des Katholischen Militärbischofsamtes für die Organisation, dem Personal der Evangelischen Akademie Nordelbien für Unterbringung und Verpflegung, dem Wehrbereich I für das Rahmenprogramm sowie allen anderen Helfern.

Predigt beim Gottesdienst zur Eröffnung der 30. Woche der Begegnung Bad Segeberg, Montag, 30. April 1990

Dr. Ernst Niermann

Schwestern und Brüder im Herrn!

„Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“! Dieses Wort aus der Konstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ des II. Vatikanischen Konzils haben Sie sich zum Thema Ihrer diesjährigen Woche der Begegnung gewählt. Sie wollen diese Ermahnung in Erinnerung bringen — 25 Jahre nach Ende des Konzils. Sie wollen sicherlich — wie so oft in den vergangenen Jahren — sich fragen, wie Sie sich als Soldat verhalten sollen, wenn Sie Ihrer Verantwortung als Christ gerecht werden wollen.

Ihr Tagungsthema steht in dem Kapitel der Konstitution, das sich mit der Förderung des Friedens und dem Aufbau der Völkergemeinschaft befaßt. Wie ein Präludium, dessen Leitmotive sich durch die ganze Komposition hindurchziehen, stehen am Beginn des Kapitels Ausführungen zum „Wesen des Friedens“. Eines dieser „Leitmotive“, das spätere Aussagen in einen Zusammenhang bringt und einordnet, möchte ich zitieren: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen

bis zur Ankunft Christi. Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewaltsamkeit, bis sich einmal die Worte erfüllen: zu Pflügen schmieden sie ihre Schwerter um, zu Winzermessern ihre Lanzen. Kein Volk zückt mehr gegen das andere das Schwert. Das Kriegshandwerk gibt es nicht mehr“ (Is 24).

In dieser Predigt möchte ich Ihnen einige Hinweise zum rechten Verständnis dieser Stelle geben — als meinen persönlichen Beitrag zur Bearbeitung Ihres Tagungsthemas!

1. Ein Mißverständnis, dem dieser Satz immer wieder ausgesetzt ist, kennen Sie: Die Überwindung der Gewaltsamkeit liegt in der Reichweite unserer Möglichkeiten. Sie könnte übermorgen, vielleicht schon morgen geschehen, wenn wir dies nur mit aller Entschiedenheit und Anstrengung wollten! Die Gewaltsamkeit, Kriege und Vernichtung, gehörten dann der Vergangenheit an; die Überwindung der Gewaltsamkeit in unserer Zukunft könnten wir um so schneller erreichen, je eher wir die Mittel der Gewalt, die Waffen, ablegen. Sie, Schwestern und Brüder im Herrn, sind gegen dieses Mißverständnis gewappnet, weil es zu Ihrem Auftrag gehört, die Lage des Menschen, der menschlichen Gemeinschaft, der Völkerfamilie nüchtern und mutig zur Kenntnis zu nehmen.

Ein anderes Mißverständnis: Der Mensch ist von Natur aus so hinfällig, für das Böse anfällig, daß er keinen nennenswerten Spielraum zur Umkehr seiner selbst, zur Veränderung und Verbesserung der Verhältnisse hat. Solange es diesen Menschen und diese Welt gibt, wird es auch Gewaltsamkeit und die Bedrohung durch Kriegsgefahr geben. Überwindung der Gewaltsamkeit — natürlich, aber erst im Jenseits, wenn diese Erde aufgehört hat zu existieren. Heute, morgen und übermorgen werden Waffen notwendig sein, um den bedrohten Status quo zu sichern, bedroht von Faktoren der Friedlosigkeit, aber auch von der schwärmerischen Illusion der Utopien.

Ich bitte Sie von Herzen, als gläubige Christen diesem Mißverständnis nicht zu erliegen!

2. Woher kommen diese Mißverständnisse?

Natürlich hängen sie mit der Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der menschlichen Natur zusammen. Vor allem aber sind sie ein falsches Verständnis dieser Konzilaussage selbst. Sie ist keine Zusammenraffung eines historischen Ablaufs nach dem Schema „vorher — nachher“, „Vergangenheit — Gegenwart — Zukunft“ als zwar aufeinander bezogene, aber jedoch je einzeln für sich selbst zu betrachtende Größen. Also zuerst Sünde, Gewaltsamkeit, Kriege — danach Überwindung der Sünde, Gewaltsamkeit, Kriege. Oder umgekehrt: Auf dieser Erde und in dieser Welt Krieg und Gewalt; danach, im Jenseits, der vollkommene Friede.

Demgegenüber stellt unser Text die Geschichte der Menschen und der Welt in eine heilsgeschichtliche Perspektive, die sich dem Sehen, Fühlen und Handeln des gläubigen Christen erschließt. Diese heilsgeschichtliche Perspektive läßt eine Gleichzeitig-

keit von Gegebenheiten und Entwicklungen erkennen, die in Christi Menschwerdung, Tod und Auferstehung und in der Erwartung seiner Wiederkunft ihren Grund und ihre Wirkkraft haben.

Heute, unter uns, in Wirklichkeit gibt es den Menschen mit seiner Hinfälligkeit, Anfälligkeit, Fähigkeit zu Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde und den Folgen der Gewaltsamkeit und der Kriege.

Heute, unter uns, in Wirklichkeit gibt es aber schon — und zwar gleichzeitig — die Heilstat Christi in seiner Menschwerdung, die Befreiung des Menschen von der Sünde und seine Berufung zur Versöhnung mit Gott und den Menschen. Heute gibt es für den Menschen die begründete Zuversicht, der Versöhnung zwischen Menschen und Völkern in kleinen und beherzten Schritten entgegenzugehen. Heute ist der Mensch zu der Hoffnung berechtigt, daß sich Versöhnung anfänglich, immer wieder gefährdet, aber doch wirklich erreichen läßt.

Unser Text stellt also die Lage des Menschen und das vom Christen erwartete Verhalten in die heilsgeschichtliche Perspektive des „gleichzeitig“!

3. „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“. Der katholische Soldat darf bei der Frage, welche Anforderung diese Ermahnung des Konzils an ihn und seinen Dienst stellt, die heilsgeschichtliche Perspektive von Friedenssicherung und Friedensförderung nicht aus dem Auge verlieren. In seinem Verhalten als Soldat und Christ wird er dann Zeugnis geben müssen von jener „Gleichzeitigkeit“ die dieser Text sowohl der Tatsache der Sünde als auch der Berechtigung zur Hoffnung auf ihre Überwindung zuweist. Der Soldat wird also einmal Zeugnis geben müssen von einem durchaus christlichen nüchternen Realismus: Mit Friedensstörern ist immer zu rechnen, insofern Sünde und Bosheit noch nicht überwunden sind. Gleichzeitig aber wird sein Verhalten von der festen Zuversicht Ausdruck geben, daß es, auch in kleinen Schritten, gelingt, Frieden weniger auf Waffen denn auf ein Mehr an Gerechtigkeit und Freiheit zu gründen. In dem Maß, in dem er jene heilsgeschichtliche Perspektive begreift, die auch seinen Dienst als Soldat deutet, wird er in der Lage sein, die Geister einer irrealen Utopie, aber auch einer resignierten Hoffnungslosigkeit von der Position des Christen zu unterscheiden.

Die gegenwärtigen politischen Veränderungen haben eine offene Situation geschaffen, die Chancen und Risiken gleichermaßen in sich birgt. Der gläubige Mensch, auch der gläubige Soldat, wird die Chancen ergreifen und nutzen, die offene Grenzen für die Versöhnung von Menschen und Völkern bieten. Die gegenwärtige Situation fordert gerade vom Soldaten das Zeugnis eines wachen Glaubens, der den Blick für die Realitäten und ihre Gefährdungen schärft, zugleich aber Hoffnung und Zuversicht gibt, die Sicherheit und Freiheit der Völker immer mehr auf wechselseitiges Vertrauen, Zusammenarbeit und ein Mehr an Gerechtigkeit zu gründen.

Ich lade Sie sehr herzlich ein, in diesem Gottesdienst am Beginn der Woche der Begegnung füreinander zu beten, daß uns alle diese Tage mehr und mehr zu jenem Zeugnis des Glaubens befähigen!

Tag der GKS

Begrüßung und einführende Worte durch den Bundesvorsitzenden Paul Schulz

Norbert Mussbacher: Friede, Friede

Friede, Krieg
Friede, Krieg —
ein dauernder Wechsel
in der Menschheitsgeschichte.
Muß
es so weitergehen?
Wagen wir
statt des nächsten Krieges
den Frieden!

Wagen wir
das Heldentum des Friedens,
das einzige Heldentum,
das den Lorbeer
verdient!

Dann wird es in Zukunft
nicht mehr heißen:
Friede, Krieg;
Friede, Krieg,

sondern
Friede, Friede,
Friede, Friede.

Mit diesem tiefgründigen, reimlosen Gedicht des Lyriker-Abtes Norbert Mussbacher von Kloster Lilienfeld in Österreich begrüße ich Sie alle zum ersten Tag der Woche der Begegnung, dem Tag der GKS.

Ich freue mich, daß neben alten, bewährten Gesichtern im Plenum eine erfreuliche Anzahl neuer Teilnehmer anwesend ist, die ich ganz besonders willkommen heiße, setzen sie doch den Kontrapunkt zu Erfahrung und Routine. Neue Ideen und kritisches Hinterfragen verhindern Erstarrung und sind ein Jungbrunnen für jede Arbeitskonferenz.

Die 30. Woche der Begegnung bedeutet auch 30 Jahre organisierte Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr. Engagierte katholische Soldaten haben vom Beginn der Bundeswehr an Einfluß auf den inneren Aufbau, das Bild und das Selbstverständnis der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland genommen.

1960 schlossen sie sich zusammen, um gemeinsam über ihren Dienst als Soldaten nachzudenken und diesen Dienst in Verantwortung gegenüber der Bundesrepublik und ihren Mitbürgern, aber auch entsprechend den Normen ihres Glaubens zu gestalten. Aus diesen Anfängen entstand am 17.3.61 der nach seinem Gründungsort benannte „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK) als eine Gemeinschaft gleichgerichteten Wollens und Handelns.

Zwei, die von Anfang an mit dabei waren, sind auch heute noch in unserem Kreis: Helmut Fettweis, Redakteur unserer Verbandszeitschrift „Auftrag“, und Emil Kladiwa, langjähriger Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II und bis zum März diesen Jahres dort Geschäftsführer.

Die vom II. Vatikanischen Konzil gewünschte stärkere Mitverantwortung der Laien für Sendung und Auftrag der Kirche führte dazu, daß der KOK bei seiner 10. Jahreskonferenz (Woche der Besinnung) in Essen am 17.3.70 in der neu gegründeten „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) aufging. Man hatte erkannt, daß sich die ethische Verantwortung für berufsbezogene Fragen, aber auch gegenüber dem Weltdienst der Christen nicht auf eine Gruppe gleichgesinnter Offiziere beschränken ließ, sondern alle Soldaten betraf.

Heute, unter dem Einfluß der Veränderungen in Europa und am Beginn der neunziger Jahre mit ihren vielen Fragezeichen, steht unsere Gemeinschaft vor neuen Herausforderungen, denen sie sich stellen muß. Ich werde vor der Bundeskonferenz darauf noch genauer eingehen.

Als vor einem Jahr in Leitershofen die Bundeskonferenz dem Jahresthema „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ zustimmte, dachten die Delegierten vor allem an die 25 Jahre ethische Begründung des soldatischen Dienstes durch das II. Vatikanische Konzil. Auch sollte das Thema 1990 in der konsequenten Folge der vorhergegangenen Jahresthemen stehen:

- „Grundwerte leben“ (1987 Stapelfeld)
- „Grundwerte erfordern Grundhaltungen“ (1988 Bad Honnef) und
- „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ (1989 Leitershofen)

Im übrigen hatte im Jahr 1967 bei der 8. Woche der Besinnung in Königstein i. T. das Motto gelautet: „Der Soldat als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker — Unser Beitrag zur Festigung des Friedens.“

Niemand von uns ahnte, welche Brisanz das für 1990 gewählte Thema durch den Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie, den Zerfall des Warschauer Paktes, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, die sich abzeichnenden Erfolge bei den Wiener Rüstungskontrollverhandlungen und der aus all diesem folgenden Notwendigkeit, die Sicherheit Europas neu zu definieren, erhalten würde. Heute hat sich die Wahl des Jahresthemas als ein Glückstreffer erwiesen, weil es über die Reflektion der letzten 25 Jahre hinaus auch eine Zukunftsprojektion ermöglicht. Die Dynamik dieser Konzilsaussage for-

dert uns heraus, nicht beim „ja aber“ von Sicherheitsbedenken stehen zu bleiben, sondern als Soldaten das Ja zu einem echten Friedensdienst zu sagen.

Wie drückte der Abt des Klosters Lilienfeld das in seinem Gedicht „Friede, Friede“ aus?
„Wagen wir
das Heldentum des Friedens...“

Wenn ich den hw. Herrn Militärgeneralvikar richtig verstanden habe, war dies doch mit die Botschaft seiner Predigt zur Eröffnung dieser Woche der Begegnung.

Ja zum Frieden heißt auch, über den Kreis Gleichgesinnter hinaus, den Dialog mit Menschen anderer Überzeugungen und Anschauungen zu suchen und zu führen. Voraussetzung für den Frieden ist aber auch, daß man miteinander spricht, ein Zwiegespräch führt, sich wechselseitig austauscht. Dabei kann es nicht ausschließlich um die Sache gehen. Genauso wichtig ist die Beziehungsebene der Gesprächspartner zueinander. Geht es nur um die Sache — oder umgangssprachlich „zur Sache“, dann sind Sieg oder Niederlage, Demütigung oder Triumph eingeplant.

Demgegenüber setzt das Gespräch eine Beziehung gleichrangiger Partner voraus. Beziehung kommt aber ohne Vertrauen nicht zustande, verlangt die Achtung der Person und ihrer unterschiedlichen Überzeugungen, ist christlich gesehen ein Akt der Nächstenliebe. Achtung, Respektierung, Tolerierung der anderen Meinung ist Voraussetzung für Frieden, heißt aber in keiner Weise, die andere Ansicht billigen; verbietet auch nicht, die Gegenposition in aller Schärfe darzustellen. Fortschritte werden nur dort erzielt, wo man fortschreitet und den Weg ins Unbekannte wagt. Fortschritte im Dialog sind nur möglich, wenn Vertrauen gewagt wird.

Fortschritt im Dialog kann aber auch im dreifachen Wortsinn ein Anstoß sein:

- Er kann einen Anstoß im Sinne von Impuls, Antrieb vermitteln.
- Er kann zu Anstoß Anlaß geben und damit eine Herausforderung sein.
- Er kann drittens aber auch Anstoß erregen und damit ein Ärgernis darstellen.

Wer Frieden wagt, muß Rückschläge einkalkulieren und dafür Vorsorge treffen.

Ich bin mir nicht ganz sicher, unter welchen der Anstöße ich die gestrige Predigt des Herrn Militärgeneralvikars einordnen soll. Sie war weit mehr als ein Impuls, der uns einen Antrieb für eine Vorwärtsbewegung geben soll. Ganz sicher wurde uns da ein Ball zugeworfen, der uns in eine heftige und heilsame Bewegung versetzen soll. Ich will nicht soweit gehen und behaupten, daß dadurch ein Anstoß verursacht werden sollte, der für jeden ein Ärgernis darstellen muß, dessen Gewissen im letzten Satz von GS 79 bisher ein sanftes Ruhezeichen fand.

Die Ihnen vorliegende Handreichung, die Gruppenarbeit am heutigen Nachmittag und der morgige Vortrag von Pater Dr. Langendörfer SJ sollen Ihnen über die 30. Woche der Begegnung hinaus Anregungen und Anstöße zur Behandlung des Jahresthemas vor allem in den Kreisen vor Ort geben.

Hierarchische und/oder geschwisterliche Kirche?

Ludwig Bertsch SJ

„Es gibt eine konkrete Spannung des konkreten Miteinander“ von Laien und Priestern in der Kirche. „Die Kirche ist keine Demokratie, sondern eine Gründung Jesu Christi.“ Daraus ergeben sich die speziellen Aufgaben von Amtskirche und Laien, erklärte Prof. Ludwig Bertsch von der philosophisch-theologischen Hochschule der Jesuiten in Frankfurt bei der 30. Woche der Begegnung der Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge heute in Bad Segeberg. Hieraus ergebe sich zwar eine Unterschiedlichkeit, aber keine Höherwertigkeit der wahrgenommenen Ämter. Er unterstrich die Bedeutung der Laien und ihre wichtige und eigenständige Aufgabe in der Kirche, die das II. Vatikanische Konzil vor 25 Jahren erstmalig deutlich gemacht hat. Im Apostolischen Rundschreiben Papst Johannes Pauls II. „Christifideles laici“ (Die christgläubigen Laien) von 1988 wird nicht nur die Würde der Laien und ihre Teilhabe an der Gemeinschaft der Kirche erneut betont, sondern vor allem auf ihre Mitverantwortung und ihre besonderen Berufungen in Kirche und Welt verwiesen. Eigenständige Laienarbeit — auch von Soldaten — sei nicht von der Amtskirche abhängig, sondern finde ihre Begründung in der Berufung und Sendung durch Taufe und Firmung. In der Kirche sei ein neues Miteinander von Priestern und Laien erforderlich, „wir alle sind Kirche, jeder hat seine unmittelbare Verantwortung“. Eines der Hauptprobleme der Priester heute sei nicht der Zölibat, sondern die Möglichkeit, mit anderen Christen Bruder zu sein. Dies aber sei unverzichtbar, denn Kirche bestehe nicht aus Freunden, die man sich aussuche, sondern aus Brüdern und Schwestern, die man hinnehmen und akzeptieren müsse.

Bericht des Bundesvorsitzenden vor der Bundeskonferenz der GKS am 1.5.90 in Bad Segeberg

„Sende aus deinen Geist,
und alles wird neu geschaffen,
und du wirst das Angesicht der Erde erneuern.

... Gib, daß wir in diesem Geist alles so,
wie es recht ist, verstehen...“

(aus dem Gebet der GKS zum Hl. Geist)

In diesem Gebet zum Hl. Geist, das unsere Gemeinschaft sich als ihr Gebet gewählt hat, steckt neben dem Glauben an die ungeheure dynamische Kraft des Geistes auch die Hoffnung, daß durch das Feuer der Gottes- und Nächstenliebe das Angesicht der Erde erneuert wird. Diese Idee soll meinen Bericht zur diesjährigen Bundeskonferenz leiten.

1. Europäischer Strukturwandel

Meine Damen und Herren, seit Monaten sind wir Zeugen einer dynamischen Kraft, die das Aussehen Europas verändert und eine Erneuerung der Verhältnisse bringt, wie man sie noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hat.

Ist das ein normaler politischer Vorgang, der in Gang kam,

- weil ein weitsichtiger sowjetischer Poliker durch Glasnost und Perestroika Bewegung in die erstarrten totalitären Verhältnisse brachte,
- weil die Zeit einfach reif war,
- weil das System der Marktwirtschaft vitaler ist als die sozialistische Kommandowirtschaft,
- weil die Vorstellung von der persönlichen Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen kraftvoller ist als das Trugbild vom kommunistischen Einheitsmenschen?

Oder ist dieser schöpferische Wandel, der jahrzehntelang unterdrückten Völkern ihre Würde zurückgibt, nicht das Werk eines Geistes der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Liebe zur menschlichen Person und zur Schöpfung, ja gleichsam ein Sieg der Religion über die Ideologie?

Obwohl das Christentum durch die Kraft des Glaubens und die Zeichen der Hoffnung wesentlich Anteil an den Veränderungen hat, überwiegen nicht nur in der säkularen westlichen Gesellschaft, sondern auch in den Kirchen das Beharrungsvermögen, das ängstliche Abwehren von Unwägbarkeiten, Belastungen nicht überschaubarer Entwicklungen. Das reicht hin bis zur Befürchtung, daß die Stärke des rheinischen Katholizismus im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ab und der Einfluß des Atheismus in unserem Land zunimmt. Was mir fehlt, ist die Versammlung der Gläubigen um ihre Hirten zum Dank für die bisherige Entwicklung und Bittgottesdienst für die friedliche Vereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit. Ist die Religion in unserer Gesellschaft so sehr zur Privatsache geworden, daß selbst wir Katholiken Scheu davor haben, Gott in diese wunderbare politische Entwicklung einzubeziehen? Vielleicht können wir bei dieser Woche der Begegnung einen Anfang machen und dieses Anliegen in den Abschlußgottesdienst — als Sendungsgottesdienst — hineinnehmen.

Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen und des politischen Wandels erzeugen auch Unsicherheit und Angst vor der Zukunft. Deshalb sollten vorhandene Sicherheitsstrukturen nicht leichtfertig in Frage gestellt und voreilig aufgegeben werden. Das darf aber nicht dazu führen, daß eine Gesellschaft die Besitzstandswahrung als ihre wichtigste Aufgabe ansieht und Angst davor hat, ihren Wohlstand mit anderen zu teilen. Gefordert sind Sachverstand, Opferbereitschaft und Vertrauen darauf, daß der Geist alles auch richten wird.

Man hat manchmal den Eindruck, als stünden eher die seit 40 Jahren bewährten Werte des Grundgesetzes zur Disposition als die erworbenen materiellen Wertschöpfungen. Es gibt keinen Bedarf für eine neue gesamtdeutsche Verfassung. „... das Leben in einer freien Gesellschaft setzt eine Übereinstimmung in grundsätzlichen Werthaltungen, insbesondere ein klares Bewußtsein von der personalen Würde jedes einzelnen Menschen voraus. Das

christliche Menschenbild ist hierfür auch in Zukunft eine unaufgebbare Orientierung.“¹⁾ Das Grundgesetz der BRD ist eine ausgereifte Verfassung, die den Rahmen für Freiheit und gesellschaftlichen Pluralismus, für Dynamik und Innovationskraft geschaffen hat. Es hat ganz wesentlich zum innergesellschaftlichen Frieden in unserem Staat beigetragen.²⁾ Durch Art. 23 bietet es der DDR die freie Möglichkeit, der BRD beizutreten. Durch Übergangsregelungen kann die soziale Problematik des Beitritts erleichtert werden. Jeder andere Weg wäre mit großen Risiken und Unwägbarkeiten behaftet.

Kein Verständnis kann ich für die verharmlosende Intellektuellen-Aussage aufbringen, das sozialistische Experiment sei zwar mißlungen, es müßten aber möglichst viele sozialistische Werte in den Kapitalismus hinübergerettet werden. Welche Arroganz und Menschenverachtung steckt hier dahinter.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nach dem Stichwort „Vereinigung“ eine Bemerkung zum Verhältnis Bundeswehr und NVA machen, so wie die GKS es sehen sollte. Meine Auffassung dazu habe ich am 18.4.90 in einem Gespräch dem Generalinspekteur vortragen können und dazu seine Zustimmung erfahren.

Die Bundeswehr hat sich in 33 Jahren als die Armee einer rechtsstaatlichen Demokratie bewährt. Entsprechend ihrem Menschenbild kennt sie keine Feindhaßerziehung. Sie ist auf die Verfassung und das Völkerrecht verpflichtet und der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Es trifft nicht zu, was der DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann am 27.4.90 bei der Pressekonferenz mit BMVg Stoltenberg unwidersprochen sagte: „Es trafen sich heute die Oberbefehlshaber von zwei Armeen, von denen man 35 Jahre sagte, sie seien Todfeinde.“ Die Bundeswehr hat niemals in der NVA der DDR einen Todfeind gesehen!

Allerdings war die NVA bis vor wenigen Wochen die Parteiarmee der SED, durch Fahneleid und die Pflicht zum unbedingten Gehorsam der sozialistischen Ideologie hörig. Der neue Eid, den die Volkskammer am 26.4.90 verabschiedet hat, kennt zwar nicht mehr den unbedingten Gehorsam, dafür aber nach wie vor die Treue zu einer Verfassung, die sich wohl von der SED, nicht aber vom Sozialismus als Staatsziel gelöst hat. Bevor sich die NVA nicht grundlegend reformiert und als Armee eines demokratischen Staates bewährt hat, trifft die Brandtsche Aussage nicht zu, daß in Deutschland zusammenwächst, was zusammengehört. Bundeswehr und NVA haben noch nichts gemein. Eine Anbiederung widerspräche unserem Selbstverständnis und würde sowohl bei unseren westlichen Partnern als auch bei den Menschen in der DDR auf Unverständnis stoßen.

Völlig unabhängig von dieser prinzipiellen Auffassung sollten wir den einzelnen Angehörigen der NVA jedoch nicht verurteilen oder uns moralisierend über ihn erheben. Er ist unser Bruder, der unsere menschliche Zuwendung und unser Verständnis für seine konkrete Situation braucht. Die Soldaten in der DDR haben haben große Probleme, mit der aktuellen Situation fertig zu werden. Hier ist geistliche Begleitung gefragt, auch wenn es

unter den Berufskadern der NVA keine Soldaten gibt, die einer christlichen Kirche angehören. Auftrag der Kirchen ist es, Menschen das Evangelium zu verkünden und ihnen mit Seelsorge beizustehen.

Bedarf an Seelsorge unter Soldaten besteht auch in der NVA. Die Frage allerdings, wie Seelsorge in der NVA verwirklicht werden soll, kann ich nicht beantworten. Auch für eine Laienarbeit gibt es zunächst keine Ansatzpunkte, weil die entsprechenden Ansprechpartner fehlen. Eine der Bundesrepublik vergleichbare Verbandsstruktur ist in der katholischen Kirche der DDR nicht zu finden. Wir müssen auch wissen, daß die wenigen Christen in diesem Land aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Staatsgewalt zutiefst vom Pazifismus geprägt sind und allen Staatsorganen mit großem Mißtrauen begegnen.

Wir sollten ein Zusammengehen mit der NVA, das sich trotz aller Bedenken ergeben wird, unter dem positiven Gesichtspunkt sehen: „Gemeinsamkeit bei der Zukunftsgestaltung ersetzt die politische und in ihrer Folge die militärische Konfrontation.“⁽³⁾

2. Herausforderung an die Streitkräfte

Die Veränderungen in der Sowjetunion, der Prozeß der Veränderungen in den osteuropäischen Staaten, die Entwicklung in Deutschland und die Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa sowie globale ökonomische und ökologische Entwicklungsprozesse lassen eine grundlegende Veränderung der sicherheitspolitischen und strategischen Lage in Europa erwarten. Wenn auch noch keine der Entwicklungen bisher zu einem Abschluß gekommen ist, so werden in der durch sozialwissenschaftliche Publikationen beeinflussten öffentlichen Meinung bereits Streitkräfte in modernen hochentwickelten Industriestaaten als „vormoderne Altlasten“ und als „Auslaufmodelle“ bezeichnet. Soldaten sollen danach einer „funktionslos gewordenen Organisation“ angehören, die in den Augen einer gewissen Öffentlichkeit eine „moralisch verwerfliche Restgröße“ darstellen.

Ohne dem Zeitgeist zu opfern, muß sich eine Gemeinschaft, die nach ihrem Selbstverständnis den Soldaten als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (GS 79) versteht, der Diskussion stellen. Deren Ziel kann nicht nach alten Denkstrukturen und durch die Tendenz zur geistigen Selbstblockade eine Stabilisierung des traditionellen Streitkräfteverständnisses sein. Statt dessen muß durch ganzheitliches, zukunftsorientiertes Denken angestrebt werden, Kompetenz zur Lösung künftiger Sicherheitsprobleme und dadurch gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen.

Eine Gemeinschaft wie die GKS muß versuchen, Orientierungen zu geben und Ziele zu setzen. Die Beteiligung an der sicherheitspolitischen Diskussion ist für uns eine Herausforderung und zugleich die Chance, daran mitzuwirken, in welche Richtung sich Streitkräfte, Strategien und der Soldatenberuf nach Maßgabe der Kriterien politischer Nutzen, gesellschaftliche Verträglichkeit, militärische Effizienz sowie institutionelle und berufliche Attraktivität qualitativ weiter entwickeln und zukunftsfähig gestalten.

Die Bundeswehr hat eine gesicherte Zukunft, solange der Auftrag glaubhaft erfüllt werden kann, ohne daß die mit Streitkräften und Strategien verbundenen Risiken größer sind als der für die Bürger und für Staat und Gesellschaft insgesamt erkennbare Nutzen. Mit anderen Worten: Sinn, Funktion, Effizienz und Gesellschaftsverträglichkeit der sicherheitspolitischen Konzepte, der militärischen Mittel wie der finanziellen Aufwendungen und personellen Ressourcen unterliegen einem rationalen Begründungszwang.

Die modernen Sozialwissenschaften sagen voraus, daß fortgeschrittene Industriegesellschaften sich zu immer größerer Friedfertigkeit hin entwickeln. So ist es eine Tatsache, daß Kriege nicht zwischen gefestigten parlamentarischen Demokratien stattfinden. Auch haben die Erfahrungen gezeigt, daß der wirksamste Schutz gegen Rückfälle in konfrontative Verhaltensweisen in einer Politik der kooperativen Friedensgestaltung liegt. Dennoch können diese hochentwickelten Staaten nicht auf militärische Macht als eine Grundlage der eigenen Politikfähigkeit und als Sicherheitsvorsorge verzichten, gleichsam eine „Rückversicherungs-Police“ in Form einer militärischen Grundsicherung.

3. Funktionswandel der Streitkräfte

In einer sich wandelnden europäischen Gesellschaft sind auch Streitkräfte einem Funktionswandel unterworfen. So setzte sich nach dem II. Weltkrieg die Erkenntnis immer mehr durch, daß Streitkräfte kein Mittel sind, um durch aggressive Gewaltanwendung politische Ziele zu erreichen. Zukünftig wird die traditionelle Aufgabenwahrnehmung, die Verteidigungstauglichkeit des Soldaten als Voraussetzung für die Kriegsverhinderung, für seine Begründung nicht mehr ausreichen. Die katholische Kirche hatte den Funktionswandel der Streitkräfte frühzeitig erkannt und schon 1965 in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ den Soldaten nicht mehr dem Krieg, sondern dem Frieden zugeordnet.

4. Zukunftsaufgaben für die GKS

Für die Teilnahme unserer Gemeinschaft an den aufgezeigten positiven gesellschaftsverträglichen Perspektiven für die Bundeswehr muß vor allem der Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ auf Bündesebene Impulse geben. Da aber die Diskussion auch in kirchlichen Gruppen stark regionalisiert stattfindet, ist es wichtig, daß die GKS auf Bereichsebene und noch stärker in den Kreisen vor Ort Flagge zeigt und sich am Dialog beteiligt.

Flagge zeigen müssen wir katholische Soldaten auch bei der sozialetischen Dimension unseres Dienstes. D.h., wir müssen in der täglichen, konkreten Alltagspraxis die Fähigkeit entwickeln, das sittlich Gute und Richtige zu erkennen und uns von Egoismus und Gleichgültigkeit zu lösen. Christus hat dem Menschen durch seine Botschaft und sein Erlösungswerk die wahre Freiheit und Würde zurückgegeben, ihm zugleich aber eine Aufgabe zugewiesen: eine christliche Lebensführung als Verwirklichung des Hauptgebotes der Liebe.

Daraus ergibt sich die konkrete Frage: Wie sollen Erlöste ihr pragmatisches Handeln, orientiert am alles entscheidenden Hauptgebot der Liebe, gestalten?

Die Antwort ist für einen Soldaten in der Theorie einfach, dagegen in der Praxis so schwer zu erfüllen. Verpflichtet doch das Soldatengesetz alle Soldaten, die Würde, die Ehre, die Rechte und die Anschauungen des Kameraden — und dazu rechnet der Untergebene ebenso wie der Vorgesetzte oder auch der Konkurrent in der Karriere — in seiner Person zu achten.

Was heißt das anderes, als biblisch ausgedrückt die Goldene Regel (Mt. 7,12) verlangt: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!“ Dieser Satz ist sachlich identisch mit dem Liebesgebot: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Mt. 7,37 bis 39)“.

Versuchen wir doch in konkreten Situationen unseres Dienstes den anderen Soldaten nach der Norm des Liebesgebotes und der Goldenen Regel zu begegnen. Auch der unbequemste Vorgesetzte ist unser Bruder, und das größte Schlitzohr der Kompanie soll keine andere Behandlung erfahren, als wir sie selbst erwarten. Wenn wir so handeln, erfüllen wir nicht nur beispielhaft die Prinzipien der Inneren Führung, sondern lassen unsere Mitmenschen auch erfahren, was das spezifisch Christliche an uns ist.

Es ist Aufgabe des Sachausschusses „Innere Führung“, die Situation in der Bundeswehr zu beobachten, zu analysieren und Empfehlungen zu geben, wie katholische Soldaten ihrer Glaubensauffassung entsprechend einen originären Beitrag zur Verwirklichung menschenwürdiger Existenz und eines verantwortbaren Gehorsams innerhalb der militärischen Organisation leisten können.

Hierzu gehört, daß gerade die schwächsten Glieder in der militärischen Hierarchie, der Rekrut und der junge Soldat, als Person ernst genommen und behandelt werden. Das heißt aber auch, dem einzelnen Soldaten Handlungsspielraum zu gewähren und den Einblick in die Reichweite der Folgen seines Handelns zu verschaffen, der diesem ein Urteil über die rechtliche und sittliche Qualität eines Befehls erst ermöglicht. Führungs- und Einsatzgrundsätze, die an diesen sittlichen Überlegungen orientiert sind, tragen wesentlich dazu bei, daß bei den einzelnen Soldaten Vertrauen in die Verantwortlichkeit der militärischen Führung und damit in die Rechtmäßigkeit seines eigenen Tuns erwachsen kann.

5. Wort der deutschen Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche

Meine Damen und Herren, die Deutsche Bischofskonferenz hat auf ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 5. bis 8. März 1990 in Augsburg ein „Wort der Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche“ verabschiedet.

Das Wort wendet sich gleichermaßen an die katholischen Verbände und an die Gemeinden. Es zeigt auf, welchen untersetzlichen Dienst die katholischen Verbände in der Vergangenheit der kirchlichen Gemeinschaft in Deutschland und der Gesellschaft als Ganzes

geleistet haben, welche Aufgaben ihnen gegenwärtig gestellt sind und welche Herausforderungen sie in Zukunft erwarten.

Der hw. Herr Militärbischof hat mir ein Exemplar dieser Verlautbarung übersandt und im Anschreiben dazu die Überzeugung geäußert, „daß die im Laienapostolat zusammengeschlossenen Soldaten hierin wertvolle Denkanstöße und wichtige Informationen erfahren. . . . Ich verbinde (mit der Überreichung des Textes) die Bitte, daß Sie diesen in die Überlegungen für Ihre Arbeit, die mir als Militärbischof eine wertvolle Hilfe und Unterstützung ist, einbeziehen und in geeigneter Weise bekannt machen.“

Diese Bitte greife ich gern auf, um sie als Auftrag an den Sachausschuß „Konzeption und Information“ zu geben. Der Sachausschuß möge das Bischofswort in seiner Gesamtaussage, aber auch Satz für Satz analysieren und überall dort, wo es zweckmäßig oder notwendig ist, um Anmerkungen zur besonderen Situation der GKS als Laienapostolat in der Bundeswehr und um Anregungen für unsere Arbeit ergänzen. Das Ergebnis dieser Überlegungen kann im Auftrag und im Handbuch der GKS veröffentlicht werden. Den Bundesgeschäftsführer bitte ich, die erforderliche Anzahl Exemplare beim Sekretariat der DBK anzufordern, damit die Kreise, die Bereiche und die Mitglieder des Bundesvorstandes das Bischofswort aufgreifen und in ihre eigene Arbeit einbringen können.

Lassen Sie mich aus dem Bischofswort einen Abschnitt zitieren, der auch die Situation der GKS widerspiegelt und den ich für wichtig halte: „Das Schlüsselproblem der Verbände ist immer, die geeigneten Führungskräfte zu finden und heranzubilden. . . . Wenn auch heute . . . auf die Mitarbeit hauptamtlicher Mitarbeiter nicht mehr verzichtet werden kann. so ist doch zu betonen, daß die eigentliche Kraft verbandlicher Tätigkeit im Dienst der ehrenamtlichen Mitarbeiter besteht.

Die . . . veränderten Beziehungen von Kirche und Gesellschaft erfordern eine noch deutlichere Hinwendung zur Übernahme personaler Verantwortung aus dem Glauben. Dies gilt in besonderer Weise für jene, die in den Verbänden Leitung wahrzunehmen haben, und für alle, denen besondere Aufgaben . . . übertragen sind. Die Übernahme personaler Verantwortung in Kirche und Gesellschaft muß darüber hinaus ein Grundziel verbandlicher Leitung, Erziehung und Bildung überhaupt sein. Die Zeugniskraft des einzelnen Christen wird angesichts der schwindenden christlichen Wertvorstellungen im sozialen, kulturellen und politischen Leben immer wichtiger. . . . Wir bitten die katholischen Verbände, auf ihren verschiedenen Ebenen . . . auch die heutigen Herausforderungen vom Glauben und vom christlichen Menschen- und Weltbild her anzugehen.

Vielleicht wird auch in den katholischen Verbänden heute zuviel verwaltet und zuwenig geführt und persönliche Lebensorientierung gegeben. Verwaltung und Führung sind beide wichtig. Verwalter machen die Dinge richtig, Führende tun die richtigen Dinge. In der Zeit eines gesellschaftlichen und kirchlichen Umbruchs halten wir es für entscheidend, daß sich die Verbände wieder stärker auf ihre Führungsaufgaben besinnen und, wenn nötig, ihre Richtung neu bestimmen und formulieren.

Die kirchlichen Gemeinden bitten wir, die Verbandsarbeit zu unterstützen und sich den Fragen und Anforderungen mit Hilfe der Verbände zu stellen.“

Diese Bitte der deutschen Bischöfe möchte ich aufgreifen und an die Militärpfarrer, die ja zugleich die geistlichen Beiräte unseres Verbandes sind, und an die Räte appellieren, die Arbeit der GKS zu fördern und zu unterstützen, aber die Gemeinschaft auch zu fordern und sie gehörig in die Gemeindegarbeit einzubeziehen.

Ich möchte noch einmal das oben zitierte Schlüsselproblem, die geeigneten Führungskräfte zu finden, aufgreifen. Wir sollten es nicht als Stärke ansehen, wenn vor allem auf der Kreisebene ein etwa Vierzigjähriger die Sprecheraufgabe übernimmt und es als seine Pflicht ansieht, in dieser Funktion den Ruhestand zu erreichen. Ein solcher in Ehren ergaunter Sprecher findet häufig keinen Nachfolger. Er wird taktvollerweise auch nicht abgewählt. Statt dessen siecht ein Kreis nicht selten dahin, bis er sich im Zuge der Zurrueetzung auflöst.

Wie ist Abhilfe zu schaffen?

Auf der Kreisebene sollte der Sprecher häufiger wechseln, d. h. nicht erst zur Pensionierung oder Versetzung. Wenn das nicht nach jeder Wahlperiode erfolgen kann, so doch nach vier, spätestens aber nach sechs Jahren. Jüngere Mitglieder sollten ermutigt werden, Aufgaben zu übernehmen. Damit erhalten geeignete Leute in überschaubarer Zeit Gelegenheit, sich als Führungskräfte zu bewähren und für die höhere Ebene zu qualifizieren. Auch auf Bereichs- und Bundesebene muß der Führungswechsel rechtzeitig vollzogen werden, wenngleich hier durchaus längere Stehzeiten zweckmäßig sein können. Auf keinen Fall hilft es, bei der Suche nach Nachfolgern auf den Zufall zu warten. Zur Unterstreichung zitiere ich aus einem der diesjährigen Lagefeststellung beigefügten Brief:

„... Wie Sie wissen, habe ich im Oktober vergangenen Jahres das Amt des Sprechers übernommen. Eine richtige Übergabe hat nie stattgefunden, da ich seinerzeit im Urlaub war. (Der Vorgänger) hat mir nur einen Karton mit „gesammelten Werken“ hinterlassen. Leider fand ich in den Unterlagen keine Auflistung der GKS-Mitglieder, Herr ... hat lt. eigener Aussage die Aufnahmeanträge an (den Wehrbereichsvorsitzenden) weitergeleitet. Dieser kann die Unterlagen nicht mehr finden.

Inzwischen bin ich dabei, alte und neue Mitglieder anzusprechen und sie erneut in die GKS aufzunehmen.

Aller Anfang ist schwer, jedoch der Zufall hat mir geholfen. Vor Weihnachten hat unser Militärdekan ... alle katholischen Soldaten im Standort zum Jahreswechsel angeschrieben. So durfte ich mich mit ca. 1500 Einladungen beteiligen. Immerhin haben 123 geantwortet. Zum ersten GKS-Treff erschienen 25 Personen, die ich natürlich sogleich in die GKS aufnahm. Ich mußte feststellen, daß einige der Anwesenden noch nie etwas von der GKS gehört hatten.

Ich gehe davon aus, daß die restlichen 98, die mir Rückantwort zugehen ließen, sich für unsere Sache interessieren. Die Adressen habe ich ja, und ich kann sie nun persönlich anschreiben...“

Heute wollen die Menschen bei ihren Bedürfnissen und Befindlichkeiten persönlich angesprochen werden. Viele, die bereit wären mitzuarbeiten, fürchten sich aber vor totaler Bindung und völliger Vereinnahmung. Die überzeugendste Werbung für unsere Sache geht aus von einem vertrauensvollen Gespräch und dem positiven Beispiel des GKS-Mitglieds.

Das Bischofswort geht auch auf die kirchenrechtliche Situation der Verbände ein. Alle kirchlichen Vereinigungen unterstehen der kirchlichen Autorität. Als kirchliche Vereinigung gilt jedweder Zusammenschluß katholischer Christen zu einer im allgemeinen Kirchenrecht gesetzlich umschriebenen Zielsetzung. Nach dem Codex Iuris Canonici von 1983 hatte auch die GKS ihre Rechtsform zu bestimmen und durch den Militärbischof anerkennen zu lassen. Am 14. 2. 90 hat der Militärbischof der Selbsteinschätzung der GKS als „freier Zusammenschluß von Gläubigen“ gemäß can 215 CIC zugestimmt. Damit ist die GKS nach gültigem Kirchenrecht ein katholischer Verband. Wir sollten stolz auf die völlig unproblematische Anerkennung durch unseren Bischof sein.

M.D.H.

Der Lagebericht 1989 liegt ihnen vor. Er gibt einen Ein- und Überblick über die im vergangenen Jahr durch den Bundesvorstand, die Bereiche und die Sachausschüsse geleistete Arbeit. Es konnten nicht alle Aktivitäten aufgenommen werden. Zu kurz kommt, wie könnte es auch anders sein, die so wichtige Arbeit vor Ort. Bei einer Beurteilung der Leistungen der GKS werden die Meinungen weit auseinandergehen. Ich meine, die Gemeinschaft hat auf allen Ebenen effektiv gewirkt. Von vielen Seiten, aus der Politik, aus der Kirche heraus und durch die politische wie militärische Leitung der Bundeswehr, wurde der GKS Anerkennung für ihre gute und wichtige Arbeit gezollt. Zwar kann vieles verbessert werden, aber abgesehen vom Problem der stellenweisen Überalterung haben wir keinen Anlaß zur Klage.

Zum Schluß danke ich allen, die daran beteiligt waren, daß unsere Gemeinschaft sich im vergangenen Jahr günstig auswirken konnte. Ich denke hierbei vor allem an den h.w. Herrn Militärgeneralvikar, den geistlichen Beirat der GKS und die Mitarbeiter des Militärbischofsamtes, die sich besonders für unsere Belange eingesetzt haben. Herrn Militärdekan Theis bitte ich, den Militärpfarrern, die ja die geistlichen Beiräte der Kreise sind, den Dank der Bundeskonferenz mit der Bitte zu übermitteln, die Verbandsarbeit zu fördern und mit Rat und Tat zu begleiten. Dank sage ich auch allen, die selbstlos ihre unterschiedlichen Gaben, Talente und Fähigkeiten in die ehrenamtliche Arbeit einbringen.

Anmerkungen:

- 1) Aus: Gemeinsame Erklärung der Berliner Bischofskonferenz und der Deutschen Bischofskonferenz vom 8. 3. 90.
- 2) S. a.: Rita Waschbüsch, Präsentin des ZdK, in: ZdK-Mitteilungen 340/90 vom 6. 4. 90.
- 3) ParlStS Willy Wimmer, in: Welt am Sonntag vom 8. 4. 90.
- 4) Die Sozialwissenschaften benutzen statt des Ausdrucks „friedliche Zeiten“ den Begriff „konfliktarme Zeit“. Diese Terminologie kann so mißverstanden werden, als sei der Soldat eben doch dem Konflikt und damit dem Krieg zugeordnet. Da es in der Diskussion um gesellschaftsverträgliche und friedensbezogene Aufgaben von Streitkräften geht, sollte eine negativ Aussage vermieden werden, um Gegnern nicht bereits das sprachliche Argument für ihren Einspruch zu liefern.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute stehe ich letztmalig als verantwortlicher Redakteur unserer Zeitschrift „Auftrag“ und als Pressesprecher vor Ihnen, um Rechenschaft abzulegen.

Ich bin glücklich, daß ich diese Aufgabe zu einem Zeitpunkt übergeben kann, da der TÜV dem Gebrauchsmodell Jahrgang 20 noch Verkehrssicherheit auf allen Straßen bescheinigt. So kann ich als Oldtimer der Karawane der GKS auf ihrem Weg folgen. Ich freue mich, daß ich diese Aufgabe an zwei Kameraden übergeben kann, die nach Ausbildung und Lebensweg eine Gewähr bieten, daß die Aufgaben im Sinne der GKS gut gelöst werden.

Die schwierigste Aufgabe für den Dienst am Wort ist aus meiner Sicht die absolute Beständigkeit. Wir leben nur aus der Beständigkeit des Erscheinens, aus der Beständigkeit in der Form und aus der Beständigkeit der geistigen Konzeption.

Wenn die Erscheinungszeiten unregelmäßig werden, erlahmt bei weiten Kreisen das Interesse.

Wenn ständig Änderungen im Layout, Druck oder Satz vorgenommen werden, kostet das nicht nur mehr Geld und Zeit, es verwirrt auch die Leser und läßt kein Heimatgefühl aufkommen. Es kann also keine Spielwiese von „Übernachteinfällen“ werden oder von Versuchen, durch Originalität im Ausdruck Inhalte zu ersetzen.

Und letztlich muß dieses Heft eine Zeitschrift katholischer Laien in der Mitverantwortung für unsere Kirche und den besonderen Bedingungen der Bundeswehr sein und bleiben. Es kann weder zur militärischen Fachzeitschrift ausufern noch zur Gartenlaube religiöser Kleingärtnerei.

Abschied

Wenn man in seinem Berufsleben — und ich stehe im 52. Jahr meiner Arbeit mit und für Menschen — schon verschiedentlich Abschied von lieb gewordenen Tätigkeiten nehmen mußte, dann tritt das Emotionale zurück, und man kann sich auf das Sachliche beschränken.

Überlegt man sich dann, daß mit den 172 Heften eine Papierfülle von rd. 19000 Druck- oder 28000 Schreibmaschinenseiten durchgearbeitet wurde — Eigenanteil immerhin 1185 Druckseiten —, zusätzlich noch unsere Bücher, dann ist man versucht, sich vor den Spiegel zu stellen und wohlwollend auf die Schulter zu klopfen.

Doch plötzlich muß man sich erinnern — dieses Gedächtnis hat etwas Mephistophelisches an sich —, daß es nun eine Möglichkeit gibt, 4 Millionen Schreibmaschinen-Seiten in 1 Sekunde von Computer zu Computer zu überspielen. Was sind da schon 25- oder 30000 Seiten?

Und was — das ist die ernste Frage an den Schreibtischtäter — hat davon Bestand vor der Ewigkeit oder vor dem Ewigen?

Die ganze Luft ist raus!

Wenn man sich dann nicht erinnern könnte, daß man diesen Dienst ja nicht selbst gewählt hat, sondern gerufen wurde zum Dienst an Seinem Wort, am Wort dessen, der die Ewigkeit selbst ist, dann wäre es schlecht. Und damit kann ich Ihnen heute nun nicht mehr von „Ruhmestaten“ berichten, sondern nur noch schlicht bekennen, warum ich versucht habe, die Arbeit zu leisten.

Ich möchte dazu vier Abschnitte aufzeigen:

Vorgestern

Ich habe den Krieg und eine Diktatur mit all ihren Schrecken erlebt. Hoffnungsträger war und blieb unsere Kirche.

Dank also ihr und der damaligen Militärseelsorge, daß sie in so vielen Menschen eine ethische und moralische Grundsubstanz erhalten hat, daß ein Aufbau nach dem Zusammenbruch in Frieden und Freiheit möglich war.

Gestern

Seitdem es die Frage eines Verteidigungsauftrages an deutsche Streitkräfte gegeben hat, war mir klar, daß darin auch die Meinung katholischer Laien eingebunden sein müßte. Ich habe mich einzubringen versucht und ein wenig die Laienarbeit mitgestaltet. Ich kann daher — und was wiegen da menschliche Tagesquerelen! — nur aus tiefem Herzen Dank sagen.

Der Dank gilt unserer Kirche, dem Volk der Gläubigen, den Bischöfen und Priestern allgemein, in besonderer Weise aber unserer Militärseelsorge.

Es wird — zu meiner Betrübnis — immer noch zu wenig anerkannt — auch von Historikern —, daß die Kirche so großzügig war und ist, Laien eine verantwortliche Tätigkeit auf der Naht „Kirche – Gesellschaft – Gesellschaft – militärischer Macht“ zuzugestehen und außerdem finanziell zu tragen, ohne in den 30 Jahren des Bestehens auch nur einmal eine direkte oder indirekte Zensur ausgeübt zu haben. Als Zeitungsmacher von der Pike auf, seit 1945, weiß ich, wovon ich rede.

Unseren Militärbischöfen Kardinal Wendel, Kardinal Hengsbach und Erzbischof Kredel, den Militärgeneralvikaren Prälat Werthmann, Prälat Gritz und Prälat Niermann, aber auch den vielen Referenten, Dekanen und Priestern muß hier und heute ein deutlicher Dank durch die tiefe, aber bescheidene Formel „Vergelt's Gott“ gesagt werden.

Selbst um den Menschen bemüht, danken wir somit denen, die zum Dienst an Gott und den Menschen *berufen* sind.

Ich muß jedoch auch Ihnen, die Sie mit wohlwollender Kritik uns begleitet haben, danken. Nicht vergessen aber möchte ich auch hier, an unseren alten Freund Helmut Korn zu erinnern, der den Zeitschriften einen besonderen Wert beimaß.

Von Herzen aber möchte ich Wilhelm Lehmkämpfer danken, der immerhin 20 Jahre an meiner Seite gestanden hat und noch weiterhin mitarbeitet. Sie sehen, ein solches Werk ist nicht die Titanenleistung eines einzelnen.

Heute

Unser Problem ist es nun, den Glauben, den wir von unseren Vätern ererbt haben, selbst zu leben — in dieser Zeit zu leben — und ihn an unsere Nachkommen weiterzugeben.

Unser Glaube muß immer neu erworben werden, weil unsere Umwelt beinahe täglich neue Fragen stellt und damit den Glauben prüft. Dazu brauchen wir Informationen, Diskussion und Entscheidung. Dazu kann und muß eine Zeitschrift wie „Auftrag“ beitragen. Sie kann nicht — salopp gesagt — die Kanzel ersetzen, aber sie kann das christliche Umfeld verstärken, damit anerkannt wird, wo und in welcher Form unser Glaube reflektiert werden kann. Außerdem kann sie in Zusammenarbeit mit geschichtlichen Elementen helfen, analoge Glaubensentscheidungen aufzudecken und für die heutige Zeit nutzbar zu machen.

Ebenso wird es eine Aufgabe sein, zu helfen, den Glauben weiterzugeben. Gerade unsere Militärseelsorge gibt so viele Chancen, Glauben zu erleben und das Weitergeben einüben zu können.

Das Zusammentreffen in dieser Stunde umfaßt Menschen von mehr als einer Generation. Und so muß es möglich sein, daß die Jungen auf ihre Fragen Aussagen von denen erhalten, die ihren Glauben durch Krieg, Not und rasanten Aufbau bewahrt haben. Wenn auch vielleicht nicht jede Antwort befriedigt, aber sicherlich ist sie des Nachdenkens wert.

Morgen

Denken wir doch daran, daß Sie, die Jüngeren, die Älteren von morgen sind und um Antworten aus ihrer Erfahrung gebeten werden. Wäre es nicht schlimm, wenn Sie dann keine hätten?

Leben wir nicht gerade in einer Zeit, da die Jugend fragt, wie war das mit dem *Nationalsozialismus*? Und wie war das mit dem *Sozialismus*? Darauf kann es nur ehrliche persönliche Antworten geben. Schlimm ist, daß es so wenig Antworten gegeben hat, weil man sich im nachhinein keine Rechenschaft ablegen wollte oder auch konnte. Denn am Anfang muß immer eine Selbstbesinnung stehen. Daher muß „Auftrag“ auch für morgen erkennbare Zeichen setzen, Orientierungspunkte, an die man sich vielleicht erst später einmal erinnert, aber daran dann das Netzwerk der Gedanken befestigen kann.

Je mehr die Gefahr besteht, daß aus der Pluralität der Meinungen eines Tages das Chaos einer unbeschränkten Individualität — als Antwort auf die Uniformität vorgeprägter Kli-

scheevorstellungen — entstehen kann, muß es Stimmen geben, die Eckdaten moralischen und sittlichen Verhaltens, aber auch religiösen Glaubens als Hilfe anbieten können.

Der Kampf um, in den und über die Medien wird zunehmen. Erheben wir die Stimme, damit wir auch morgen gehört werden.

Schluß

So habe ich zum Abschluß dieser Übersicht nur noch eines, Ihnen, lieber Herr Brandt — den Staffelstab, den Federkiel, die Diskette? — nein die *Glut* des gläubigen Schreibens weiterzugeben, damit Sie sie bewahren, anfachen, wenn es notwendig ist, aber auch dämpfen, wenn es die Situation erfordert.

An Sie, meine Damen und Herren, aber habe ich die Bitte, tragen Sie die Redaktion mit, denn sie ist auch für Sie eine Hilfe.

Dir, lieber Jürgen, möchte ich Ausdauer und viel Geschick wünschen, die GKS gut zu verkaufen.

Beiden Herren wünsche ich die Freude, die ich immer bei der Arbeit hatte.

Dem Bundesvorstand aber lege ich ans Herz, den Medien — besonders in dieser Zeit — die volle Aufmerksamkeit zu schenken. Zuweilen konnte man nämlich den Gedanken haben, daß man sich sagte, es läuft ja alles, fünf Minuten für den Redakteur und Pressesprecher am Rande einer Tagung sing genug! Es ist nicht genug!

Zuletzt aber sollten wir bitten, daß uns der Geist des Herren davor bewahrt, Unrechtes zu verbreiten, aber uns befähigt, Seine Wahrheit allen weiterzusagen.

Ich danke Ihnen.

Lagebericht 1990 zur Bundeskonferenz der GKS

Paul Schulz

1. Vorbemerkung

Der vorliegende Lagebericht des Bundesvorstandes zur Bundeskonferenz der GKS am 1. 5. 90 in Bad Segeberg soll den mündlichen Bericht des Bundesvorsitzenden, wie er in den Vorjahren vorgetragen wurde, ersetzen. Die schriftliche Vorlage macht es den Delegierten möglich, die Aktivitäten der Gemeinschaft und ihrer Organe noch während der Woche der Begegnung zu studieren, zu analysieren, zu vergleichen und dort, wo Unklarheiten herrschen, Fragen an den Bundesvorstand zu richten.

Der Jahresbericht zur Lage der GKS im Jahr 1989 faßt deshalb die Berichte über die Arbeit des Bundesvorstandes, der (Wehr-)Bereiche und der Sachausschüsse zusammen. So wird eine Übersicht über die Arbeitsweise, Aufgaben, Aktivitäten und Arbeitsergebnisse ermöglicht, wie sie sonst nur in den Protokollen der entsprechenden Gremien oder in Erklärungen und Veröffentlichungen der GKS zu finden sind.

2. Aus der Arbeit des Bundesvorstandes der GKS

2.1 Bundesvorstand (BV)

Der Bundesvorstand tagte dreimal:

— Während der 29. Woche der Begegnung 1989 in Leitershofen.

Nach Neuwahlen zum Bundesvorstand während der Bundeskonferenz 1989 konstituierte sich der neue Bundesvorstand und wählte OTL i.G. Paul Schulz erneut zum Bundesvorsitzenden. Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden HFw Walter Hütten wieder- und OTL Heinz Köpflinger neu gewählt.

OTL Jürgen Bringmann als Bundesgeschäftsführer und O a.D. Helmut Fettweis als Redakteur wurden bestätigt.

Zu den bestehenden Sachausschüssen wurde ein neuer SA „Innere Führung“ eingerichtet.

Als Jahresthema 1989/90 wurde festgelegt: „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“.

— Vom 27.—29. Oktober 1989 an der PSV-Akademie in Waldbröl, mit Ehefrauen. Schwerpunkte:

- Vorbereitung der 30. Woche der Begegnung
- Berichte aus der Arbeit der (Wehr-)Bereiche
- Berichte aus den Sachausschüssen (siehe Ziffer 4)
- Verabschiedung einer Erklärung zum „Frankfurter Urteil“
- Stellungnahme zur Arbeitsgrundlage des Priesterrats „Konfessionelles Bewußtsein bei Soldaten“
- Katholikentag Berlin 23.—27.5.1990
- Bewerbung der GKS um die Präsidentschaft des AMI
- Führerseminar im Herbst 1990 in Italien
- Gründung eines „Förderkreises der GKS“ und von Studentenvereinigungen

— Am 17. Februar 1990 im Haus des Katholischen Militärbischofs in Bonn. Schwerpunkte:

- Bundeskonferenz der GKS 1990 in Bad Segeberg
- Aussprache über die gemeinsame Erklärung des Bundesvorsitzenden der GKS und des Vizepräsidenten von Pax Christi
- Verabschiedung einer Erklärung der GKS „25 Jahre Gaudium et Spes“. Die Erklärung wird während der 30. Woche der Begegnung veröffentlicht

- Auftrag an die GKS, sich auf allen Ebenen intensiv mit der katholischen Soziallehre zu befassen
- Teilnahme am Katholikentag 1990 in Berlin
- Solidaritätsbeitrag DDR für den Katholikentag
- Internationale Arbeit der GKS
- Zustimmung des Militärbischofs zur Selbsteinordnung der GKS als „Freier Zusammenschluß von Gläubigen“ gem. can 215 des Codex Iuris Canonici (CIC) neu
- Seminare 3. Lebensabschnitt — sollen regelmäßig stattfinden
- Herausgabe des Buches „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ bei der Woche der Begegnung 1990

2.2 Exekutivausschuß (EA)

Der Exekutivausschuß ist der geschäftsführende Vorstand der GKS und nimmt die laufenden Aufgaben der GKS auf Bundesebene zwischen den Sitzungen des Bundesvorstandes wahr, dessen Entscheidungen er vorbereitet. Der EA tagte seit der Woche der Begegnung 1989 viermal. Neben den im Bundesvorstand zu behandelnden Themen befaßte er sich besonders mit

- Vertretung der GKS bei anderen Verbänden und (katholischen) Organisationen
- Arbeit der Sachausschüsse
- Informationsmaterial der GKS
- Programm des Führerseminars 1990
- 3. Akademie Oberst Helmut Korn 28. 10.—1. 11. 1991 in Fulda
- Aufgaben und Struktur der GKS in der Zukunft
- Mitarbeit der GKS bei „Katholiken im Rundfunk“
- Vertretung des Bundesvorstandes bei (Wehr-)Bereichskonferenzen
- Verteilung des Buches „Christen für den Frieden“ in der GKS. Das Buch wird ebenfalls bei der Woche der Begegnung in Bad Segeberg vorgestellt
- Feier des Weltfriedenstages durch die GKS
- Jahresthema der GKS 1991

2.3 Bundesgeschäftsführung

Im 20. Jahr der Tätigkeit des Bundesgeschäftsführers, OTL Bringmann, bat dieser um Ablösung zum 1. Mai 1990 — damit nach 21 Jahren Tätigkeit. Diese Ablösung ist aus Gründen der Arbeitsbelastung nötig, da OTL Bringmann im Herbst 1990 Präsident des Apostolat Militaire International (AMI) werden soll. Er wird darüber hinaus im Bundesvorstand der GKS und als Pressesprecher der GKS weiter für die GKS mitarbeiten.

Hauptmann Günter Hagedorn ist seit Oktober 1989 stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GKS und wird am 1. Mai 1990 das Amt des Bundesgeschäftsführers übernehmen.

Im Berichtszeitraum verlief die Tätigkeit des Bundesgeschäftsführers dank der guten Zusammenarbeit mit Kreisen, Ausschüssen und Bundesvorstand reibungslos.

Der Bundesgeschäftsführer informierte neben den direkten Kontakten die Kreise und den Bundesvorstand durch 4 Rundbriefe über aktuelle Themen und die Arbeit der GKS.

2.4 Haushalt

Haushaltsmittel standen 1989 — und stehen auch 1990 — im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Die Schwerpunkte des Haushalts liegen bei

- Veranstaltungen
 - Wochenendveranstaltungen
 - Familienfreizeiten
 - (Wehr-)Bereichskonferenzen
 - Ausflüge
 - Gesamtkirchliche Veranstaltungen (Weltfriedenstag)
 - Sonstige Veranstaltungen (Akademie Oberst Helmut Korn)
- Reise- bzw. Fahrkosten
- Referentenhonorare
- Zeitschriften (Auftrag) und Veröffentlichungen
- Verwaltungs- und Bürobedarf

Weitgehend werden Veranstaltungen gemäß Handbuch GKS durchgeführt, für die kein vorheriger Antrag erforderlich ist. Bei Veranstaltungen zum Weltfriedenstag und anderen Veranstaltungen, die nicht im Handbuch enthalten sind, ist nach wie vor rechtzeitig (etwa 6 Wochen vorher) ein Antrag gem. Handbuch, Ziff. 7.2, Anl. 3, erforderlich.

Aus dem Spendenkonto der GKS wurden Spenden für

- Maximilian-Kolbe-Werk
- Kirche in Not
- Portugalhilfe.

überweisen. Die Portugalhilfe wurde im Februar 1990 mit einer weiteren Spende von 1000 DM und damit insgesamt 10000 DM abgeschlossen.

Derzeit wird vor allem für den „Solidaritätsbeitrag DDR zum Katholikentag Berlin“ gesammelt. Aktueller Spendenstand: 5638,40 DM.

2.5 Bericht der Redaktion „Auftrag“

In 5 Doppelheften und einem Einzelheft des „Auftrag“ mit insgesamt 838 Druckseiten wurden vorrangig folgende Themen behandelt:

- Jahresthema „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ in vier Artikeln
- Akademie Oberst Helmut Korn zu ähnlichem Thema

- Weltfriedenstag, Schwerpunkt Köln und Bonn
- Besondere Gedenktage
 - 200 Jahre französische Revolution
 - 50 Jahre Einmarsch in die Tschechoslowakei
 - 40 Jahre Grundgesetz
 - 40 Jahre UNO-Truppen
 - 50 Jahre Ausbruch Zweiter Weltkrieg
- Seminar der GKS in Österreich
- Brennpunkte im Ausland
 - Südafrika
 - Chile
 - Namibia
 - Polen
 - UdSSR
 - Österreich

Der Übergang der Redaktion von O a.D. Fettweis an OTL Brandt und des Pressesprechers von O a.D. Fettweis an OTL Bringmann zum 1. Mai 1990 wurde planmäßig vorbereitet.

2.6 Bericht des Geistlichen Beirats

Auch für die GKS gilt — wie für alle katholischen Verbände — die Maxime: „In der Kirche zuhause, offen für die Gesellschaft“. Deshalb liegt ihr Arbeitsfeld zwischen Kirchlichkeit und Weltzuwendung. Beide Pole müssen ständig profiliert werden, und in beiden gilt es sich zu profilieren.

In den politisch-gesellschaftlichen Bereich hinein hat die GKS seit der letzten Bundeskonferenz wichtige Erklärungen abgegeben:

- mit Rückschau auf die deutsche Vergangenheit: „40 Jahre Verkündung des Grundgesetzes“ und „50 Jahre Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“;
- und aus aktuellem Anlaß zum „Soldatenurteil“ von Frankfurt.

Diese begrüßenswerten Stellungnahmen liegen im Bereich des Re-Agierens. Nicht zuletzt wegen der großen geschichtlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa scheint aber ein „Noch-mehr“ nötig. Die selbstkritische Frage heißt: Stellen wir uns entschieden, frühzeitig und originell genug den entscheidenden Zukunftsaufgaben? Das Mahnwort des Jahres 1989 lautete nicht umsonst: „Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte.“

Ein wichtiges öffentliches Wirken im kirchlichen Bereich geschah durch die zweite „Akademie Oberst Helmut Korn“ in Fulda, diesmal mit der ausdrücklichen und erfreulichen Intention verbunden — die auch in der Durchführung erreicht wurde —, durch bewußte Auswahl der Teilnehmer junge Soldaten für die GKS anzusprechen und damit Zugänge zu einem kirchlichen Engagement zu eröffnen. Einer religiös-ethischen Bildung und Weiterbildung der Mitglieder und der Weitergabe dieses Angebotes über die GKS hinaus an alle

katholischen Soldaten kommt in einer Zeit, in der nicht wenige Soldaten in ihrem Selbstverständnis verunsichert sind und in der die gesellschaftliche Akzeptanz des soldatischen Dienstes verständlicherweise nicht überall unwidersprochen bleibt, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Zwei Daten für die geistig-geistliche Dynamik der inneren Verbandsarbeit, die nicht genügend ins Bewußtsein gekommen sind, sollen stellvertretend genannt werden:

Zum einen geschah die — aufgrund der neuen kirchlichen Gesetze — nötige Anerkennung der GKS als katholischer Verband völlig problemlos, ja selbstverständlich durch den Militärbischof. Dies zeigt das große Vertrauen in die GKS und ihre tiefe Beheimatung in seinem Jurisdiktionsbereich. Verbunden damit sind natürlich eine Verpflichtung und ein Bemühen darum, im Glauben der Kirche, im kirchlichen Leben und — wichtig für einen katholischen Verband — in der Soziallehre so verwurzelt zu sein, daß die christliche und kirchliche Identität unzweideutig bleibt. Dies soll kein zu hoher Anspruch an die Kirchlichkeit aller Mitglieder sein — da gibt es Unterschiede. Glaube hat immer einen Wegcharakter, und eine schrittweise Annäherung an die Gemeinschaft der Glaubenden, die Kirche, ist legitim. In diesem Zusammenhang sollten Position und Aufgaben des Geistlichen Beirats sowohl von seiten der GKS-Kreise als auch von seiten der Militärgeistlichen stärker ins Bewußtsein gerückt werden.

Bedeutsam war ein zweites: Die GKS, vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden, und die deutsche Sektion von Pax Christi, vertreten durch den Vizepräsidenten, einigten sich für den Weltfriedenstag 1990 auf eine gemeinsame Erklärung zum „Soldatenurteil“ des Frankfurter Landgerichtes. Dieses gemeinsame Dokument zeigt, daß ein Dialog und fairer Umgangsstil zwischen katholischen Verbänden mit unterschiedlicher Wertung politischer Gegebenheiten möglich bleiben. Es ist ein Ausdruck von Mut, sich auf einen solchen Dialog einzulassen und damit nicht nur die Positionen des anderen, sondern auch die eigenen kritisch zu hinterfragen. Solcher Mut, der im übrigen zu den soldatischen Tugenden zählt und der hier auf eine neue Art und Weise ein Bewährungsfeld finden könnte, ist der GKS weiterhin bei der Lösung aller noch auf sie zukommenden Fragen, Probleme und Schwierigkeiten zu wünschen.

Der Geistliche Beirat dankt allen, die als einzelne oder in der Gemeinschaft eines Kreises — je nach ihren Möglichkeiten — oft im Kleinen und Verborgenen durch ihre Verbandsarbeit „Kirche unter Soldaten“ sichtbar gemacht und mitverantwortet haben. „Gemeinsam glauben — den Weg gestalten — Zukunft bauen“, dieser Leitgedanke gilt nicht nur für die neugewählten Pfarrgemeinderäte, sondern sollte das gesamte Laienapostolat als auch die Arbeit der GKS in die neunziger Jahre hinein begleiten.

3. Berichte aus den (Wehr-)Bereichen

3.1 *Wehrbereich I*

Ein neuer Kreis wurde in Eckernförde gegründet; Heide und Lübeck sind erloschen; damit bestehen im WB 10 Kreise. Vorsitzender HBtsm. Doiwa wurde in den Landespastoralrat gewählt.

GKS Rendsburg organisierte im Juni die Sternfahrt des Wehrbereichs nach Rendsburg.

Im September Teilnahme des WB an der Anversus-Wallfahrt nach Ratzeburg, der Wallfahrt der Schleswig-Holsteiner und Hamburger. Im November Familienwochenende des WB zum Thema „Orthodoxe — Katholiken“.

Im März 1990 Frühjahrstreffen unter dem Thema „Freiheit der Völker“.

3.2 *Wehrbereich II*

Es bestehen z.Z. 18 Kreise; außerdem werden 36 Einzelmitglieder betreut. Die meisten Aktivitäten werden zusammen mit anderen Trägern, vor allem den PGR, durchgeführt.

Im Frühjahr 1989 fand die 50. Wehrbereichskonferenz der GKS in Worphausen in feierlichem Rahmen statt. Thema: „40 Jahre Grundgesetz — sein Menschenbild und dessen Bedeutung für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft“.

In der Herbst-WB-Konferenz wurde das Thema „Katholische Soziallehre — was ist das?“ behandelt.

In fast allen Standorten mit Militärfarrer wurde in unterschiedlicher Art ein Gottesdienst zum Weltfriedenstag gefeiert. Besonders zu erwähnen: Gottesdienst des Bischofs im Dom zu Hildesheim mit über 1000 Soldaten; Gottesdienst in Münster mit über 700 Soldaten.

Einzelne GKS-Kreise führten Familienwochenenden zum Jahresthema der GKS durch.

Beteiligung von Vertretern/Kreisen des WB an Wallfahrten, z.B. nach Bethen/Cloppenburg und Santiago de Compostela; neun Teilnehmer an der Akademie Oberst Helmut Korn.

Aktive Mitarbeit der GKS in der „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Männerverbände in der Diözese Hildesheim“ seit vielen Jahren.

Die GKS ist im Bereich der Diözese Hildesheim, der Großverbände im WB II und beim WBK II ein Begriff und präsent. Auf Standortebene müssen Aktivität und Präsenz weiter verstärkt werden.

Die Funktion des Geistlichen Beirats muß den Kreisen einerseits bewußter gemacht und andererseits von ihnen mehr gefordert werden.

3.3 Wehrbereich III

Im Wehrbereich existieren 11 Kreise; ein weiterer befindet sich im Aufbau. Die Mitgliederzahl der Kreise liegt zwischen 30 und 150; Sprecher sind 9 Unteroffiziere und 3 Offiziere.

Bei einer Wehrbereichskonferenz und zwei Arbeitskonferenzen bestand für die Delegierten der Kreise Gelegenheit zum Kennenlernen und gegenseitigen Austausch. Die Aktivitäten in den Kreisen umfassen religiöse Veranstaltungen (Bußßgang der Männer, Totengedenkgottesdienste, Weltfriedenstag), Bildungsveranstaltungen (Gesprächsabende mit Gästen, Club-Abende an der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg), Informationsveranstaltungen (für neu zuversetzte Soldaten, Rekruten) und einzelne gesellige Veranstaltungen (Karneval).

Während das Interesse an religiösen Veranstaltungen gering ist, werden Familienwochenenden und Gesprächsabende mit festem Thema sowie inzwischen Tradition gewordene Veranstaltungen gern angenommen.

Jeder Kreis braucht einige ganz aktive Mitglieder. Wichtig ist, rechtzeitig Nachfolger für ausscheidendes Führungspersonal zu suchen und einzuarbeiten. Sinnvoll und erfolgversprechend ist gezielte Ansprache von Gruppen (Offz, Uffz, Rekruten, Familien, Frauen, Pensionäre). Schwierig ist die Motivation junger Berufs- und Zeitsoldaten zur Mitarbeit. Viele Veranstaltungen finden gemeinsam mit dem PGR statt.

In einigen Kreisen ist dank des Engagements einiger Sprecher Reorganisation und Neuaktivierung erkennbar; weitere Kreise sollen neu gegründet oder reaktiviert werden.

3.4 Wehrbereich IV

Im Wehrbereich bestehen 11 Kreise. Nach wie vor ist es schwierig, frei werdende Sprecher-Positionen nachzubersetzen. Als Beispiel für Aktivitäten im Wehrbereich wird aus drei Kreisen berichtet:

GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler führte sein alljährliches Oktoberfest auf der Adenbachhütte durch. Teilnehmer waren neben MD Dr. Prassel der STOÄ (BG Krauß) und Gäste aus benachbarten Kreisen. Die traditionelle Adventsbesinnung fand regen Zuspruch. Feier des Weltfriedenstages als Teilnehmer an der Veranstaltung der GKS Bonn. Gebetsstunde zum Weltfriedenstag zusammen mit dem BDKJ und der KFGD.

GKS Mayen-Mendig führte im November eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der „Aktion Friedensdorf“ durch. Der Erlös des Verkaufs von Döbbekuchen und umfangreichen Bastelarbeiten war für die Behandlung afghanischer Kinder bestimmt, bei deren Transport in deutsche Krankenhäuser die Heeresflieger in Mendig eingesetzt waren.

GKS Mainz feierte auf Einladung der US-Streitkräfte den Weltfriedenstag in den Lee-Baracks. Feier des Gottesdienstes durch US-Militärbischof Nolan zusammen mit französischen, amerikanischen und deutschen Militär- und Zivilgeistlichen. Eine erstmalig durch-

geführte Gesprächsrunde mit ehemaligen Bw-Angehörigen fand viel Anklang. Für Herbst ist ein weiteres Treffen vorgesehen.

3.5 Wehrbereich V

Teilnahme an zwei gemeinsam mit dem Wehrbereichsdekan vorbereiteten Arbeitskonferenzen:

März in Heiligkreuztal: „Das Menschenbild des Grundgesetzes aus der Sicht der katholischen Soziallehre“. September „Passen Christentum und Freude zusammen?“

Wehrbereichskonferenz der GKS im Juni in Stuttgart-Hohenheim zum Thema „Selbstverständnis des Soldaten heute“.

Die Verbindungen des WB zu den Diözesen wurden erhalten. WB-Vorsitzender nahm an Sitzung des Diözesanvorstandes des Katholischen Männerwerkes Rottenburg-Stuttgart teil.

GKS Bruchsal/Karlsruhe beteiligte sich an der 13. Wallfahrt nach Walldürn.

3.6 Wehrbereich VI

Das Jahr 1989 stand im WB VI im Zeichen der 1250-Jahrfeier der bayerischen Diözesen Freising, Passau und Regensburg. Die Soldaten feierten mit den Diözesanbischöfen Gottesdienste, denen in Passau und Regensburg eine Sternwallfahrt voranging.

In Freising war die GKS beim „Tag der Räte“ mit einem Stand im Domhof vertreten.

In seiner Predigt am Weltfriedenstag setzte sich der Bischof von Augsburg nachdrücklich für den Dienst des Soldaten als Friedensdienst ein. OTA Dr. Werner wurde als Synodale in die derzeit stattfindende Synode der Diözese Augsburg berufen.

Für jede der 7 Diözesen des WB ist ein aktiver Soldat gewählt, um in den Diözesanrat berufen zu werden; die Diözesanbischöfe legen großen Wert auf die Mitarbeit der Soldaten.

Die Situation bei den Kreisen ist weitgehend unverändert; der Kreis München wurde neu belebt. Ein GKS-Kreis hat im Rahmen der Aussiedleraktion eine Patenschaft übernommen.

Die Verbindungen zur AKS Österreichs werden weiterhin durch die grenznahen GKS-Kreise intensiv gepflegt.

Im Mai fand die traditionelle 3-Tage-Fußwallfahrt der 4. PzGrenDiv nach Altötting statt.

3.7 Bereich See

Es bestehen 5 Kreise. Bereichskonferenz im Juni 1989 in Verbindung mit der Arbeitskonferenz Flotte. Aktivitäten überwiegend in Verbindung mit dem Pfarrgemeinderat bzw. örtlichen Verbänden.

Auf Einladung der kath. amerikanischen Soldaten der 294th Artillery Group Flensburg hat GKS Flensburg an der hl. Messe anlässlich des Besuches von Papst Johannes Paul II. in Øm/Dänemark am 7. Juni 89 teilgenommen.

Aktivitäten des Vorsitzenden:

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der 3. A.M.I.-Familienfreizeit in Davos 89
- Vortrag über GKS u. A.M.I. im Rahmen eines ersten Bildungswochenendes amerikanischer Familien
- Vertretung der GKS bei div. Veranstaltungen der US-Artillery Group Flensburg.

Die Vakanzen im Bereich See prägen das Erscheinungsbild aller Laien und deren unermüdlichen Willen zum Einsatz für die Militärseelsorge an der Basis.

Die Errichtung von strikt einzuhaltenden Grenzen zwischen dem Wehrbereich I und dem Bereich See brachte in Flensburg erhebliche Probleme für die Laienarbeit.

3.8 Bereich Ausland

Der Bereich Ausland setzt sich aus zwei GKS-Kreisen in BRUNSSUM/Niederlande und BUDEL/Niederlande zusammen.

Die Anzahl der GKS-Kreise hat sich im Jahre 1989 nicht verändert. In diesem Zusammenhang werden die Vorsitzenden aller (Wehr-)Bereiche noch einmal um Informationen gebeten, wenn aus ihrem Bereich ein GKS-Mitglied in das Ausland versetzt wird.

Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung und vorwiegend religiösem Schwerpunkt werden im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten durchgeführt. Z.B. veranstaltete der GKS-Kreis BUDEL einen Friedensgottesdienst mit belgischen und niederländischen Soldaten und ihren Familienangehörigen.

Als Ersatz für die fehlende Arbeitskonferenz des Bereichs Ausland mit Beteiligung GKS werden sich bis auf weiteres dessen Delegierte bei der Woche der Begegnung treffen und auf diese Weise die notwendige Verbindung halten.

4. Berichte aus den Sachausschüssen

4.1 Internationaler Sachausschuß (IS)

Der Internationale Sachausschuß (IS) besteht z. Z. aus sieben Mitgliedern. Vorsitzender ist OTL Hans-Georg Krompaß.

Er koordiniert und fördert die internationale Arbeit der GKS im Auftrag des Bundesvorstands auf allen Ebenen im kirchlichen, militärischen und gesellschaftlichen Bereich.

Hierbei nimmt er folgende Aufgaben wahr:

- Verbindung halten zum Generalsekretariat des AMI
- Koordinierung von internationalen Aktivitäten der GKS (z.B. AMI-Familienfreizeiten)

- Koordinierung der Verbindung zwischen der alliierten Militärseelsorge und militärischen Laienorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland sowie den regionalen GKS-Kreisen
- Vertretung des BV GKS bei internationalen Konferenzen, Tagungen und Begegnungen (z.B. AMI-Konferenz, OIC-Konferenz, AKS-Tagung)
- Kontakt halten zu GKS-Kreisen im Ausland
- Unterstützung der (Wehr-)Bereiche bei ihren Bemühungen, Kontakte zu Soldaten, Familien und Militärggeistlichen der verbündeten Streitkräfte, NATO-Stäbe und Schulen der Bundesrepublik Deutschland herzustellen und zu halten.

Diese Aufgaben wurden im Jahre 1989 in folgende Aktivitäten umgesetzt:

- Vertretung des AMI bei der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen (OIC) vom 16.—21. 11. 89 in Annecy/Frankreich durch OTL Bringmann
- Koordinierung der Verbindung zwischen der alliierten Militärseelsorge und militärischen Laienorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland sowie den regionalen GKS-Kreisen. In diesem Zusammenhang gibt es erfreuliche Aktivitäten im WB I/See mit amerikanischen Soldaten und deren Familienangehörigen, enge und regelmäßige Beziehungen zwischen GKS-Kreisen im Wehrbereich VI und der AKS Österreichs sowie beginnende Kontakte zwischen niederländischen Militärpfarrgemeinden und den entsprechenden GKS-Kreisen in den Wehrbereichen II und III
- Koordinierung der Teilnahme der GKS an der
 - Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela 11.—24. 7. 89 mit 15 Teilnehmern. Projektbeauftragter war HFW Hütten
 - Herbstkonferenz der österreichischen AKS 6.—10. 11. 89.
 An dieser jährlich einmal stattfindenden Konferenz der AKS nahmen 2 GKS-Vertreter teil, um auf diese Weise die Verbundenheit der GKS mit unseren österreichischen Freunden zu bekunden
- Planung, Organisation und Leitung der AMI-Familienfreizeit 9.—23. 8. 89 in Davos (Schweiz) mit 51 Teilnehmern aus 4 Nationen (Frankreich, Österreich, USA und Bundesrepublik Deutschland). Projektbeauftragter war OstBtsm Thyne
- Teilnahme an der Konferenz des AMI in Toledo (Spanien) vom 29. 9.—4. 10. 89. Bei dieser Konferenz wurde vom Präsidium des AMI das Jahresthema 1990 „Gehet hin und bringt den Frieden“ — Verwirklichung des Friedensgebotes im täglichen Leben des Soldaten — vorgestellt. Hierzu wurde von OTL Bringmann ein Vortrag mit dem Thema „Die Herausforderung an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren“ gehalten. Der Bericht über die Lage und Aktivitäten der GKS im Jahre 1989 sowie die Planungen für 1990/91 wurde von OTL Krompaß vorgetragen.
Die nächste AMI-Konferenz findet vom 20.—24. 9. 90 in Wien/Österreich statt und ist zugleich 25jähriges Jubiläum des AMI
- Planung, Organisation und Leitung der AMI-Konferenz 1991. Die übernächste AMI-Konferenz findet vom 6.—10. 6. 1991 in Flensburg statt. Die ersten Vorbereitungen laufen bereits. Projektbeauftragter ist OstBtsm Thyne

- Bemühungen um Kontakte im Bereich der GE/FR Brigade
- Unterstützung hilfsbedürftiger ausländischer Soldaten und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurde die Portugal-Hilfe auch im Jahre 1989 fortgesetzt. Es wurden für hilfsbedürftige portugiesische Soldaten bisher insgesamt DM 9000 überwiesen. Diese Aktion wurde im Februar 1990 mit einer weiteren Spende von DM 1000 abgeschlossen.

4.2 Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ (S+F)

Der Sachausschuß hat sich in seiner Arbeit auf die Erklärungen

- „40 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“,
- „50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges“ und
- „25 Jahre ‚Gaudium et spes‘“

konzentriert. Diese Erklärungen wurden bzw. werden an die (kirchlichen und Bw-)Medien, Bundeswehr, Katholischen Institutionen und Verbände und sonstige Multiplikatoren verteilt.

„Überlegungen zu einer NATO-Strategie nach erfolgreicher Abrüstung“ unter ethischen Aspekten wurden begonnen; die Arbeit ist wegen der aktuellen politischen Entwicklung aber zunächst ausgesetzt worden.

Mit dem „Institut für Theologie und Frieden“ (Prof. Nagel) wurde ein Informations- und Gedankenaustausch begonnen; die Zusammenarbeit soll intensiviert werden.

Die mit einer gemeinsamen Tagung im Februar 1989 begonnene Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Sicherung des Friedens“ soll künftig ebenfalls verstärkt werden. Bei Beachtung der jeweiligen Eigenständigkeit und einzelner Unterschiede im Grundsätzlichen und in Details werden davon Gemeinsamkeiten in den Arbeitsergebnissen erwartet.

Über die Februar-Tagung 1989 wurde eine Dokumentation „Christen für den Frieden“ erstellt, die allen Kreisen der GKS zugeht und für die eigene wie die Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden kann.

Die Zusammenarbeit mit dem BDKJ wurde vorläufig ausgesetzt. Das Ergebnis des Klärungsprozesses innerhalb des BDKJ soll abgewartet werden.

Die Gespräche mit Pax Christi wurden durch den Sachausschuß kritisch begleitet. Sie sollen fortgesetzt werden.

Grundsätzlich gehen die aus den Protokollen ersichtlichen Diskussionen und Ergebnisse des Sachausschusses in die aktuelle Arbeit der GKS wie des Bundesvorstandes ein.

4.3 Sachausschuß „Konzeption“ (K)

Der Sachausschuß besteht z. Z. aus 8 Mitgliedern. Vorsitzender ist OTL Heinz Köpflinger. Der SA tagte im Berichtszeitraum dreimal.

Der SA erarbeitete eine Empfehlung zur Einordnung der GKS gem. CIC neu. Sie wurde im wesentlichen durch den Justitiar der GKS, O a. D. Reichel, erstellt und später vom BV angenommen und vom Militärbischof zustimmend zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Anlaß, die Ordnung der GKS zu ändern.

Der SA hält die Beobachtungen in der Vorlage des Priesterrats „Konfessionelles Bewußtsein bei Soldaten und Folgerungen für die Praxis“ für zutreffend.

Eine „Arbeitshilfe zur Zusammenarbeit zwischen den Katholischen Verbänden und den Priestern, Diakonen und Laien im pastoralen Dienst des Bistums Aachen“ wird durch den SA für den Bereich GKS umgesetzt.

Intensiv setzte sich der SA mit der kritischen Lagedarstellung der GKS durch FK Dr. Walle bei der 29. Woche der Begegnung auseinander.

4.4 Sachausschuß „Information und Öffentlichkeit“ (I+Ö)

Der Sachausschuß besteht z. Z. aus 6 Mitgliedern und wird von HFW Walter Hütten geleitet. Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen des SA statt. Folgende Schwerpunkte kennzeichneten die Arbeit:

- Nach fast 25jähriger Tätigkeit gibt O a. D. Helmut Fettweis seine Aufgabe als Chefredakteur „Auftrag“ ab. Als Nachfolger wurde OTL Klaus Brandt gewonnen. Der neue Redakteur wird die Gestaltung des „Auftrag“ nach der Bundeskonferenz unter Beteiligung der Redaktion neu festlegen.
- Die Aufgaben des Pressesprechers werden von denen des Redakteurs getrennt. Der Pressesprecher vertritt in enger Abstimmung mit dem Bundesvorsitzenden die GKS gegenüber Medien und Öffentlichkeit. Dieses Amt übernimmt ab 1. 5. 1990 OTL Jürgen Bringmann.
- Für die beiden vorgenannten Aufgaben kann und wird der SA in Zukunft nicht (mehr) zuständig sein.
- Der SA entwickelte eine Ausstellungswand, die bei Tagen der offenen Tür, Ausstellungen, sonstigen Präsentationen verwendet werden kann, um die GKS vorzustellen. Die Ausstellungswand wird zentral gelagert und kann von Kreisen und (Wehr-)Bereichen über den Bundesgeschäftsführer angefordert werden (ab Juli 1990).
- Es wurde ein Mustervortrag über die GKS entwickelt. Er wird in einer Vortragsmappe (mit Folien) an alle Kreise und den BV verteilt.
- Mittel zur Information über und Werbung für die GKS wurden in großer Zahl entwickelt. Sie können über den Bundesgeschäftsführer angefordert werden (siehe Handbuch GKS).

- Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der GKS (bzw. vorher des KOK) wird ein Buch mit allen Erklärungen der GKS und Kommentaren dazu unter dem Titel „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ bei der 30. Woche der Begegnung veröffentlicht und innerhalb und außerhalb der GKS verteilt. Es kann auch als Mittel für Information und Werbung angefordert werden.

Die Sachausschüsse „Konzeption“ und „Information und Öffentlichkeit“ werden ab der Bundeskonferenz 1990 zu einem Sachausschuß „Konzeption und Information“ (K+I) zusammengefaßt.

4.5 Sachausschuß „Innere Führung“ (IF)

Der Sachausschuß „Innere Führung“ wurde durch Beschluß des Bundesvorstandes der GKS bei der 29. Woche der Begegnung eingerichtet. Die GKS will durch diesen SA ihre Kompetenz erhöhen, für eine gerechte Verwirklichung der Grundsätze der Inneren Führung eintreten und zur wertgebundenen Weiterentwicklung der IF beitragen.

Dazu bedient sich die GKS erstmals kontinuierlich des Sachverständigenstandes von Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft, Kirche, Verbände und Bundeswehr, die als Berater berufen wurden.

Der SA arbeitet im Auftrag des Bundesvorstandes oder wird aus eigenem Antrieb tätig, berichtet dem BV über seine Arbeit und leitet ihm die Arbeitsergebnisse zu.

Dem SA IF gehören z. Z. 10 Mitglieder an, 4 von ihnen als Berater. Vorsitzender ist OTL i. G. Paul Schulz.

Im Berichtszeitraum wurden vier Sitzungen mit folgender Thematik durchgeführt:

- Diskussion des Aufsatzes von FK Dr. Walle „Sinn und Aufgaben von Tradition in der Bundeswehr“ (verteilt in 130 Expl. an BV, SA IF und Teilnehmer der Akademie Oberst Helmut Korn 1989). Ergebnis: Über die bisherige Veröffentlichung hinaus keine Forcierung einer Traditionsdebatte, da in der Truppe hierfür kein Bedarf besteht.
- Ein drängendes Thema ist das Problem „Menschenführung in den Streitkräften“. Der SA will hierzu feststellen, ob die Ausbildung in Laufbahn- und Verwendungslehrgängen dem Bedarf des Truppenalltags entspricht und wo Differenzen zwischen Lernziel und Ausbildungspraxis bestehen.
- In Ergänzung zum Thema „Menschenführung“ wurden im InstBtl 7 durch den Vorsitzenden der GKS im WB III Informationsveranstaltungen für Rekruten als Modell für ähnliche Veranstaltungen in anderen Standorten durchgeführt. Ziel dieser Information ist nicht Werbung für die GKS. Sie soll vielmehr ein Angebot älterer Soldaten sein, die sich aus christlicher Verantwortung heraus im und nach Dienst um jüngere kümmern. Die (kath.) Soldaten sollen wissen, daß sie in der Kaserne einen Ansprechpartner haben, der für sie da ist, an den sie sich mit ihren Sorgen, Bedürfnissen und Problemen wenden können und der sie unterstützt, auch wenn der Militärpfarrer nicht erreichbar ist.

Diese Info-Veranstaltung ist keine isolierte Maßnahme der GKS, sie verspricht nur Erfolg, wenn sie als konzertierte Aktion aller Organe der Militärseelsorge und der Laien erfolgt.

Empfohlen wird, ein Begrüßungsschreiben zu entwickeln, das dem Rekruten unmittelbar nach Dienstantritt ausgehändigt wird, ihn in seinen persönlichen Bedürfnissen anspricht, eine Beziehung zu einem älteren katholischen Soldaten als Ansprechpartner herstellt sowie Hinweise auf die Kirche unter Soldaten und Angebote mit Terminen enthält.

Parallel dazu sollte eine Handreichung für die Ansprechpartner in den Truppenteilen erarbeitet werden.

Dieser Bericht wurde auf der Basis von Einzelberichten zusammengestellt von OTL Jürgen Bringmann, Bundesgeschäftsführer der GKS. Stand: 5. April 1990

Lagefeststellung der GKS 1990

Stand: 20.4.1990

Jürgen Bringmann

1. Derzeit gehören der GKS 110 Kreise an. Sie verteilen sich folgendermaßen:

Wehrbereich I	10 Kreise
Wehrbereich II	18 Kreise
Wehrbereich III	13 Kreise
Wehrbereich IV	11 Kreise
Wehrbereich V	16 Kreise
Wehrbereich VI	35 Kreise
Bereich See	5 Kreise
Bereich Ausland	2 Kreise

2. Die Zahl der gemeldeten Mitglieder der GKS ist mit rund 5000 konstant.

Von ihnen sind

45 % Soldaten, 7 % Zivilbedienstete der Bw, 30 % Angehörige von Soldaten, 7 % sonstige Mitglieder, 11 % Soldaten a.D./d.R.

3. Ein Kreis hat durchschnittlich 43 Mitglieder; 75 % davon sind Soldaten oder deren Familienangehörige.

4. Jeder Kreis führt durchschnittlich 8 Veranstaltungen im Jahr durch, davon knapp die Hälfte in eigener Trägerschaft, die übrigen zusammen mit anderen Trägern — vorrangig mit PGR.

47 % der Veranstaltungen haben religiösen, 27 % geselligen und 26 % bildenden/informativen Inhalt.

Das Jahresthema der GKS wurde von 42 % der Kreise behandelt.

5. Sprecher der Kreise sind zu 58 % Unteroffiziere m.P. und zu 42 % Offiziere. Die meisten Sprecher stellen die Dienstgradgruppen der HFW/HBtsm und der Hptm/Kptlt.

Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Sprecherstellen machen die Notwendigkeit rechtzeitiger Personalplanung deutlich.

6. Die Lagefeststellung 1990 bestätigt die Aussagen bisheriger Lagefeststellungen über Mitglieder, Struktur und Aktivitäten der GKS.

Eröffnung der zentralen Versammlung durch den Militärgeneralvikar am Mittwoch, den 2. Mai 1990

Ernst Niermann

Papst Johannes Paul II. hat durch das Apostolische Breve „MOVENTIBUS QUIDEM“ vom 23. November 1989 die „Statuten für den Juridiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ erlassen. Sie sind zum 1. Januar 1990 in Kraft getreten. Sie enthalten die näheren kirchenrechtlichen Bestimmungen für die Katholische Militärseelsorge. Zuvor hatte entsprechend Art. 27 des Reichskonkordates der Heilige Stuhl durch die Apostolische Nuntiatur in der Bundesrepublik Deutschland das Benehmen mit der Bundesregierung hergestellt. Der Apostolische Nuntius hat am 14. Februar dieses Jahres unserem Militärbischof den Originaltext des Apostolischen Breves und der Statuten übergeben, in Anwesenheit des Bundesministers der Verteidigung, des Generalinspektors der Deutschen Bundeswehr sowie hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes.

Warum wurden die „Statuten für die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr“ aus dem Jahr 1965 nach nur 25 Jahren durch eine Neufassung ersetzt? Im Jahre 1986 erließ der Heilige Stuhl die Apostolische Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“, die die Rechtsnatur und die wesentlichen Strukturen für alle Militärordinariate auf der ganzen Welt regelt. Diesem „Rahmengesetz“ sollten die Intentionen und Ergebnisse des II. Vatikanischen Konzils sowie das neue kirchliche Gesetzbuch von 1983 für die Militärseelsorge umgesetzt werden. Außerdem — so die Apostolische Konstitution — sollte den „großen Veränderungen“ Rechnung getragen werden, „die stattgefunden haben, nicht nur was den Beruf des Soldaten und seine besonderen Lebensumstände betrifft, sondern auch im Hinblick auf das allgemeine Empfinden und Verständnis der heutigen Gesellschaft für Wesen und Auf-

gabe der Streitkräfte in der Gemeinschaft des Lebens der Menschen miteinander“. Ziel dieses Rahmengesetzes ist es, dazu beizutragen, die Seelsorge in den Streitkräften in allen Militärordinariaten wirksamer zu machen. Dieses allgemeine Gesetz kann freilich nur allgemeine Bestimmungen enthalten. Es bedarf nationaler Regelungen, die den Verhältnissen am Ort Rechnung tragen, die — so die Apostolische Konstitution — „sich sehr voneinander unterscheiden“. Um die damals geltenden nationalen Regelungen der Ordnung, wie sie durch die Apostolische Konstitution verfügt wird, anzupassen, setzte diese eine bestimmte Frist, in denen die nationalen Regelungen zu überarbeiten und dem Heiligen Stuhl zur Approbation vorzulegen waren.

Im folgenden möchte ich Sie auf zwei Komplexe hinweisen, die einen Vergleich der jetzigen Statuten mit denen von 1965 erlauben und die zugleich das Verhältnis der neuen Statuten zu den Bestimmungen der Apostolischen Konstitution deutlich machen.

1. Die Apostolische Konstitution zeichnet ein deutlicheres Profil des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs (so die deutsche Übersetzung des lateinischen Fachbegriffs *Ordinarius militaris*) als eines besonderen Kirchenbezirks. Dieser Jurisdiktionsbereich ist keine Diözese im Vollsinn. Er hat jedoch strukturelle Elemente, wie sie sich auch in Bistümern finden: die bischöfliche Leitung; ein eigenes Presbyterium als die Gemeinschaft der Priester mit ihrem Bischof; ein bestimmter präzise und unverwechselbar umschriebener Personenkreis, auf den sich die bischöfliche Leitungsvollmacht, die Aufgaben des Militärbischofs und der Militärgeistlichen beziehen. Diese Strukturierung des Jurisdiktionsbereichs ist offen für theologische Inhalte wie „Volk Gottes“, für eine *Communio-theologie* usw. Folgt man diesen theologischen Vorstellungen, wird man in der Militärseelsorge künftig mehr über die spezifische Eigenart der einzelnen Strukturelemente und ihre Aufgaben, aber auch über ihre Beziehungen untereinander nachzudenken haben. Dieser Struktur entsprechend finden sich in den neuen Statuten Elemente, die in dieser Form in der alten Fassung nicht enthalten waren. Man beachte zunächst den Unterschied in den Überschriften der Statuten von 1965 und von 1989! Die neuen Statuten heißen „Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs...“; ihre Vorgängerin nannte sich „Statuten für die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr“. In die Aufgabenbeschreibung im 1. Artikel der Statuten ist daher der Satz hinzugefügt worden: „Der Militärbischof steht dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr (Militärordinariat) vor.“

Die neuen Statuten kennen einen Priesterrat des Katholischen Militärbischofs, die sogenannte Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten, den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken. Ausdruck also jener theologischen Profilierung und daher Einfluß der Apostolischen Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“. Die Hinzufügung dieser Elemente kann aber auch unter einer anderen Rücksicht betrachtet werden. Artikel IX der Apostolischen Konstitution besagt: „Da alle Gläubigen am Aufbau des Leibes Christi mitwirken müssen, sollen der Ordinarius und sein Presbyterium dafür sorgen, daß die Laien des Ordinariates, sowohl als einzelne wie gemeinsam, ihre Rol-

len wahrnehmen als apostolische, aber auch missionarische Triebkraft unter den übrigen Soldaten, mit denen sie zusammenleben.“ Dem Militärbischof und seinen Militärgeistlichen wird also die Förderung des Laienapostolates zur Pflicht gemacht. Die Gremien des Laienapostolates werden hier in die allgemeine Sendung der Kirche eingeordnet.

Die Überarbeitung der alten Statuten konnte an eine Entwicklung anknüpfen, die seit 1965, also seit Abschluß des II. Vatikanischen Konzils, die Entwicklung der Katholischen Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr kennzeichnet: die Rezeption der Ergebnisse dieses Konzils, insbesondere hinsichtlich der Mitverantwortung des ganzen Gottesvolkes und der Einrichtung entsprechender Gremien. Mit der Einfügung der genannten strukturellen Elemente bringen die Statuten also keine neuen Maßnahmen. Sie bestätigen bereits geschehene bischöfliche Ordnungen und damit eine Entwicklung, wie sie der damalige Militärbischof, Franz Kardinal Hengsbach, Bischof von Essen, und seit 1978 Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, gewollt und gestaltet haben.

2. Zum Bestand aller Regelungen der Militärseelsorge gehören Bestimmungen über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Militärbischof und Militärgeistlichen mit den Ortsbischöfen und den Ortsgeistlichen; Regeln für das Verhältnis der Zusammenarbeit mit der Seelsorge in den Bistümern. Diese Zusammenarbeit ist in erster Linie zum Wohle der Soldaten und ihrer Familien erforderlich. Nirgendwo, erst recht nicht in unserem Land, leben Soldaten ohne Kontakte mit den öffentlichen Pfarrgemeinden und ihren Einrichtungen; ohne Teilnahme an den Vollzügen der Seelsorge in den Bistümern. Denken Sie beispielsweise an die Erziehung der Kinder von Soldaten in Kindergärten, an ihre Hinführung zu den Sakramenten, sonntäglichen Gottesdienst und das sakramentale Leben.

Auch die Apostolische Konstitution von 1986 bekräftigt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bistümern und Militärseelsorge sowie die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung. Die neuen Statuten von 1989 enthalten darüber ebenso ein eigenes Kapitel „das Verhältnis zur allgemeinen Seelsorge“ wie ihre Vorgängerin. Denn je mehr die spezifischen Konturen des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs und seine Eigenart bzw. Selbständigkeit herausgearbeitet werden, um so sorgfältiger muß auf der anderen Seite Zusammenarbeit und das Verhältnis zu den Bistümern ausgestaltet werden. Dies gilt erst recht in einem Land, daß den Soldaten als „Bürger in Uniform“ versteht und die „Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft“ gebietet.

Auch die neuen Statuten definieren die Militärseelsorge als „Teil der Gesamtseelsorge“. Dies ist eine ständige Aufforderung an die Diözesanbischöfe und die Bistümer, sich ihrer Verantwortung für die Seelsorge am Soldaten bewußt zu werden. Es entspricht der Erfahrung, daß der Seelsorge unter Soldaten um so mehr gedient ist, je mehr Bischöfe, Priester und Laien in einem Bistum die seelsorgliche Begleitung der

Soldaten zur „eigenen Sache“ machen und die Soldaten und ihre Familien bei sich aufnehmen. Es dient der Seelsorge am Soldaten, wenn sich die Militärseelsorge nicht als Konkurrenz zur Pfarrseelsorge, sondern als deren (notwendige) Ergänzung versteht. „Teil der Gesamtseelsorge“ zu sein, bedeutet daher auch eine Aufforderung an die Militargeistlichen und die in der Militärseelsorge engagierten Laien, den spezifischen Charakter und die der Militärseelsorge eigenen Aufgaben als Ergänzung der Ortsseelsorge herauszuarbeiten und den beständigen Verbund mit der Seelsorge im Bistum und in den Ortsgemeinden zu suchen.

Auch die Regelung, daß Geistliche nur auf Zeit für den Dienst in der Militärseelsorge freigestellt werden (die sogenannten leitenden Militargeistlichen ausgenommen) dient der Zusammenarbeit. Außerdem gewährleistet sie einen laufenden Austausch von seelsorgerischen Erfahrungen und Vorstellungen zwischen Bistümern und Militärseelsorge. In ihrem Votum zur Überprüfung der alten Statuten hat die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz unter anderem ausdrücklich erklärt, daß sich diese Regelung bewährt hat.

Was das Amt des Militärbischofs angeht, so bestimmt die Apostolische Konstitution: „Damit sich der Militärordinarius mit ganzer Kraft dieser besonderen Seelsorgearbeit widmen kann, wird er normalerweise von anderen mit der Seelsorge verbundenen Ämtern frei bleiben, außer wenn die besonderen Umstände einer Nation etwas anderes anraten.“ (Art. II § 3) Die neuen Statuten sehen weiterhin vor, daß ein in der Bundesrepublik Deutschland residierender Diözesanbischof das zusätzliche Amt des Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr wahrnimmt. Der Gesetzgeber hat also anerkannt, daß in der Bundesrepublik besondere Umstände eine Ausnahme von der allgemeinen Regel anraten.

Wie Sie wissen, waren leidvolle Erfahrungen in der Feldseelsorge nicht nur im 2. Weltkrieg Anlaß, daß die deutschen Bischöfe bei den ersten Überlegungen über die Wiedererrichtung einer eigenen Militärseelsorge in den 50er Jahren die Verbindung des Amtes des Militärbischofs mit dem eines residierenden Diözesanbischofs fordernten. Die angedeuteten leidvollen Erfahrungen waren allerdings nicht der maßgebende Grund.

Das eben erwähnte Votum der Vollversammlung der Deutschen Bischöfe hat zu der durch die Apostolische Konstitution aufgeworfenen Frage, ob diese Verbindung aufrechterhalten werden solle, erklärt, daß sich auch diese Regelung bewährt habe. Im übrigen hatte schon bei Inkrafttreten der Apostolischen Konstitution im Jahre 1986 die Bundesregierung ihrerseits und auf ihrem Weg darum gebeten, daß in dieser Regelung nichts geändert werde. Nach 35 Jahren Praxis und Erfahrung besagen die Erfahrungen der Militärbischöfe und der Militargeistlichen übereinstimmend, daß diese Ämterverbindung die gute Zusammenarbeit mit den Ortsbischöfen, den Bistümern sowie die lebendige Unterstützung der Seelsorge an Soldaten wesentlich gewährleistet.

Diese Erfahrung war dann der ausschlaggebende Grund, den Apostolischen Stuhl um die Beibehaltung der alten Regelung zu bitten. Der Bundesminister der Verteidigung hat bei der feierlichen Überreichung des Originaltextes der neuen Statuten am 14. Februar diesen Jahres ausdrücklich seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die bisherige Regelung beibehalten wird.

Als Zusammenfassung meiner Hinweise möchte ich die Bewertung weitergeben, die unser Militärbischof bei dem genannten Festakt vorgenommen hat. Die Neufassung der Statuten bringe den Willen zur Kontinuität in den wesentlichen Zügen der Konzeption der Militärseelsorge ebenso zum Ausdruck wie die lebendige Entwicklung und Entfaltung der Militärseelsorge infolge der Rezeption des II. Vatikanums. Mit herzlicher Freude kann ich Ihnen gegenüber feststellen, daß das Werk unseres Militärbischofs und seines verehrten Vorgängers durch dieses päpstliche Dokument eine hohe Anerkennung und Bestätigung erfahren hat.

25 Jahre Pastorkonstitution „Gaudium et Spes“

Vortrag bei der 30. Woche der Begegnung am 2. 5. 1990 in Bad Segeberg

Dr. Hans Langendörfer (SJ)

„Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, so lautet das Leitthema dieser 30. „Woche der Begegnung“.

Ich finde es sehr sympathisch, daß Sie diese Formulierung ausgewählt haben. Sie verbindet in der Beschreibung Ihrer beruflichen Aufgabe die äußere Sicherheit mit der Freiheit. Und „Freiheit“ — das ist der Schlüsselbegriff für den politischen Wandel, den wir gegenwärtig erleben. Freiheit ist Grund und Ziel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenführung der beiden deutschen Staaten. Weil die Freiheit in Europa eine neue Blüte erlebt, ist es der Allianz möglich geworden, aber auch abverlangt, ihre politischen und militärischen Aufgaben neu zu bestimmen.

In Anbetracht so vieler Baustellen unserer Zukunft ist es *sicher ratsam, hin und wieder ausdrücklich zu fragen, was denn mit „Freiheit“ gemeint ist*. Wir brauchen eine gute Kenntnis der Idee, die für die neue Architektur Europas maßgebend ist.

Bei unserer Suche soll uns jetzt einer der ganz großen Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils behilflich sein: die Pastorkonstitution „Gaudium et Spes“ über „Die Kirche in der Welt von heute“. Gewiß, seit ihrer Abfassung sind schon 25 Jahre vergangen. Manches heute Wichtige war damals noch kein Thema. Vor allem gilt dies für die Bewahrung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens. Und doch hat der Text eine unerhörte Aktualität.

tät. Er ist nach wie vor das richtungsweisende und eindrucksvolle Programm einer Kirche, die sich den Menschen und der Welt zuwendet, den Herausforderungen der Gegenwart mit Wachheit und Sensibilität begegnet, gleicherweise flexibel und überzeugungsstark ist — und zu alledem auch Selbstkritik üben kann. So verdient dieses Dokument ohne Abstriche auch jetzt noch unsere Aufmerksamkeit. Ich will es — dem Thema dieser Woche entsprechend — *darauf befragen, was es über die Freiheit sagt*. Natürlich nicht nur über die politische, sondern auch die persönliche Freiheit. Beides hängt aufs engste zusammen.

Meinen Vortrag gliedere ich in drei Schritte. Inspiriert von Gaudium et Spes frage ich zunächst (1. Teil) ganz kurz nach einigen „*Zeichen der Zeit*“, damit wir die Frage nach der Freiheit in ihrer ganzen Breite verstehen. Sodann (2. Teil) will ich aus dem ersten Hauptteil der Konstitution („Die Kirche und die Berufung des Menschen“) einige Aussagen *zur individuellen Freiheit* des Menschen und seiner Selbstbestimmung herausgreifen. Schließlich (3. Teil) werde ich aus dem zweiten Hauptteil des Dokuments die Stellen näher betrachten, die *von der politischen Freiheitsordnung* im Innenbereich des Staates wie auch zwischen den Staaten handeln. Dabei wird sich zeigen: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Freiheit und der Gerechtigkeit.

1. Der Ausgangspunkt: Die „*Zeichen der Zeit*“

Schauen wir also zuerst nach Erfahrungen und Konstellationen, die für unsere Lebenswelt kennzeichnend sind und die uns den Blick für das Problem der Freiheit schärfen. Zwei Beobachtungen finde ich dabei besonders aufschlußreich.

Die erste thematisiert eher *die eigene Freiheit*. Denken wir an Phänomene gesellschaftlichen Wertewandels, an die zunehmende Auffächerung der Lebensstile und -gefühle, an das Ringen um eine kreativer gestaltete Rolle der Frauen, an das Plädoyer für kulturelle Vielfalt oder ähnliche Anliegen: Immer geht es um die Achtung vor dem/der Einzelnen und *das Recht auf freie, autonome Lebensgestaltung*. Jedes Menschen Individualität soll eine möglichst reiche und selbstbestimmte Entfaltung erfahren.

Doch stoßen wir hier auf *manche Ambivalenzen*. Oft führt freie Selbstentfaltung zur Zerstörung der natürlichen Umwelt. Auch am Menschen selbst zeigen sich negative Folgen des Freiheitsstrebens. Ich denke an die tiefe Vereinsamung oder Isoliertheit vieler Menschen, an die allgemeine Destabilisierung traditioneller Formen persönlicher Bindung, an die Labilisierung der sozialen Bezüge ganz generell. Noch scheint die Zahl der Menschen zu steigen, die von Tempo und Rhythmus unseres Lebens überfordert sind.

Wir spüren also die Frage, ob wir die Art unserer Freiheit und Selbstbestimmung mißdeuten und ihnen eine falsche Ausprägung geben. Die eigene Freiheit ist uns ein Problem.

Nehmen wir als zweite Erfahrung die heute besonders *starke Angewiesenheit der Menschen aufeinander*. Hierfür sind die vielen wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten, die revolutionäre Weiterentwicklung der Kommunikationstechnik oder auch die gemeinsame Bedrohung durch umweltgefährdendes Verhalten einige Beispiele.

Besonders hervorheben möchte ich die spannungsreiche Verbundenheit mit den unterentwickelten Ländern.

Und doch stoßen wir auch hier auf Unsicherheiten und Probleme. Es erweist sich nämlich als überaus kompliziert, der sozialen Verbundenheit und manifester gewordenen Einheit ein gerechtes und der Freiheit aller entsprechendes Aussehen zu verleihen. Der Weg dorthin ist übersät mit Widerständen. Sonst würden uns weder die soziale Dimension des Binnenmarktes noch die Sozialunion mit der DDR, weder die Finanz- und Handelsbeziehungen mit den ärmeren Ländern noch die Forderungen der Umweltethik so intensiv und kontrovers beschäftigen. Wir sehen: Auch die Freiheit der anderen ist uns ein Problem. Sie fordert von uns Gerechtigkeit.

Diese Probleme der Freiheit können wir mit dem Konzil als „*Zeichen der Zeit*“ verstehen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, daß die christliche Lebensführung *unter jeweils zeittypischen Herausforderungen* steht. In der Art, wie wir mit ihnen umgehen, formt sich unsere Beziehung letztlich auch zu Gott selbst.

Von den „*Zeichen der Zeit*“ auszugehen zeigt, daß „*Gaudium et Spes*“ *unvoreingenommen und angstfrei* auf unsere Zeit schauen will, um sie *zunächst einmal zu verstehen*, bevor es sie bewertet. So bewahrt sich das Konzil einen freien Blick auf die Vielschichtigkeit der Gegenwart — ein Niveau kirchlichen Weltbezugs, unter das wir keinesfalls mehr zurückfallen dürfen!

Wenn wir das Problem der Freiheit — von der persönlichen bis hin zur allgemeinen, politisch verfaßten Freiheit — als „*Zeichen der Zeit*“ verstehen, dann dürfen wir uns in der Tat von der Pastoralkonstitution Wegweisung erhoffen. Denn ihr geht es um die Freiheit, weil es ihr um den Menschen geht. „Der Mensch also, der eine und ganze Mensch, mit Leib und Seele, Herz und Gewissen, Vernunft und Willen steht im Mittelpunkt unserer Ausführungen“. (GS 3)

2. Der Mensch und die eigene Freiheit

Die Konstitution widmet ihren 1. Hauptteil der Darlegung ihres *Verständnisses von Menschen*. Sicherlich würden wir heute viel behutsamer sein, wenn wir vom Menschen als Mittel- und Höhepunkt der Schöpfung sprechen. Denn wir haben lernen müssen, uns deutlicher als *Teil der Gesamtschöpfung* zu betrachten. Überall stoßen wir auf Gefährdungen dieser Schöpfung durch uns Menschen. Dennoch ist es auch uns selbstverständlich, die einzigartige Würde der menschlichen Person besonders hervorzuheben. Wie oft sprechen wir davon, daß etwas nicht der Menschenwürde entspreche!

Das Konzil sagt, diese *Würde des Menschen entstamme seiner Geistigkeit und Freiheit*. Und sofort fügt die Konstitution hinzu, daß diese Fähigkeiten ihre höchste Verwirklichung dann finden, wenn sie es mit Gott zu tun haben; in Seiner Erkenntnis und der freien Entscheidung für Ihn.

Doch ist das Konzil realistisch genug, sogleich *auch von der menschlichen Schwäche* zu sprechen. Sie kommt vor allem darin zum Vorschein, daß die Menschen zum „Bösen geneigt und verstrickt (sind) in vielfältigem Übel“ (GS 13). Hierfür hat gerade das Attentat (auf den SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine in Köln, die Red.) der vergangenen Woche einen erschütternden Beweis gegeben.

Schauen wir etwas genauer auf den *Begriff der individuellen Freiheit*, den der Konzilstext benutzt. Hier ist entscheidend: Die Freiheit des Einzelnen ist „gebundene“ Freiheit. Sie ist in die vielen Ansprüche eingebunden, die von anderen Menschen, aber auch von Gott an jeden gerichtet werden. Unser Entscheiden und Wollen trägt deshalb den *Charakter einer Antwort*. Dieser Gebundenheit unserer Freiheit begegnen wir besonders deutlich im *Anspruch des Gewissens*. „Im Innern seines Gewissens entdeckt der Mensch ein Gesetz, das er sich nicht selbst gibt, sondern dem er gehorchen muß und dessen Stimme ihn immer zur Liebe und zum Tun des Guten und zur Unterlassung des Bösen anruft und, wo nötig, in den Ohren des Herzen tönt: Tu dies, meide jenes.“ (GS 16)

Wir meinen oft, Freiheit habe etwas damit zu tun, daß man genug Geld hat, um sich alles mögliche zu leisten. Als Symbol dieser Freiheit zeigen wir unsere Kreditkarte vor. Natürlich ist Freiheit *auch* Ungebundenheit. Man wird für diese Freiheit leicht eine Menge Symbole finden. Der Sicht des Konzils sind sie allerdings um so ferner, je mehr sie in die *Nähe einer losgelösten Freiheit* geraten. Dieser kommt es ganz auf die Menge der Möglichkeiten an, die einer hat, etwas zu tun. Dauerhafte Bindungen und Festlegungen stehen ihr im Weg. Das Konzil hingegen nennt die Freiheit etwas, das in Beziehungen eingebunden ist und ihnen gegenüber verantwortlich ist.

Lassen Sie mich dies an einem aktuellen Beispiel erläutern. Alle sind sich darüber einig, daß bei den Schritten im Prozeß der Einswerdung Deutschlands *die Würde vor allem der DDR-Bürger gewahrt werden* muß. Dies stellt beide Seiten sofort *auch* vor die Frage, welchen Inhalt die Freiheit des Einzelnen denn habe, die politisch gefördert werden soll. Einige heben bei der Beantwortung vor allem die wirtschaftlichen Aspekte hervor, die sich im Gewand freien Wirtschaftens präsentieren. Andere sagen, die Freiheit verlange, daß die Menschen die Chance hätten, die Vergangenheit in Ruhe zu verarbeiten; es gehe um eine Freiheitskultur. Dritte meinen: da die eigene Freiheit neben sich die anderen Menschen und deren Freiheit habe, sei es das erste Gebot der Stunde, eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu entwerfen.

Jede dieser Ansichten hat ihr eigenes Wahrheitselement. Nur kann man im Sinne des Konzils sagen, daß die eigene Freiheit nicht allein dann besser gestellt ist, wenn man freier wirtschaften kann. *Freiheit hat bessere Chancen, wenn man frei auf das gesamte Umfeld und vor allem die Menschen eingehen kann*. Dies führt uns hinein in die Sozial-, Familien- oder Bildungspolitik.

Von einer „gebundenen“ Freiheit zu sprechen, könnte *Zweifel nähren, ob das Konzil den wichtigen Gedanken der Selbstbestimmung wirklich ernst meint*. Es wird ja der Kirche oft

vorgeworfen, in ihr herrsche immer noch ein Geist der Bevormundung und des Mißtrauens — ja der Angst vor der Freiheit der Menschen. Häufig fühlen sich besonders die Menschen, die traditionelle Bevormundungen abstreifen wollen — wie zum Beispiel viele Frauen — in der Kirche nicht zu Hause. Auch wenn es nicht meine Aufgabe ist, diesen Tatsachen hier nachzugehen, will ich doch klar sagen, daß sie mich sehr bewegen und beunruhigen.

Gerade haben wir gesehen: „Gaudium et Spes“ tritt jeder Selbstbestimmung entgegen, bei der die Ansprüche anderer und die Verantwortung für sie zu kurz kommen. Besonders deutlich und durchaus anstoßerregend ist dies bei der Stellung zum Schwangerschaftsabbruch der Fall.

Doch ist ebenfalls klar: Die innere Gebundenheit der eigenen Freiheit *entbindet uns nicht von der Aufgabe, die konkreten Inhalte richtigen Handelns selber zu entdecken und festzulegen*. Die Menschen dürfen und müssen selbst bestimmen, was sie tun sollen.

Nicht in der falschen Autonomie willkürlicher Freiheit, sondern in „antwortender“ Autonomie, die den Welt- und Gottesbezug zu ihrer Voraussetzung hat.

Das Konzil bekennt sich ausdrücklich zur „*Autonomie der irdischen Wirklichkeiten*“. „Wenn wir unter Autonomie der irdischen Wirklichkeiten verstehen, daß die geschaffenen Dinge und auch die Gesellschaften ihre eigenen Gesetze und Werte haben, die der Mensch schrittweise erkennen, gebrauchen und gestalten muß, dann ist es durchaus berechtigt, diese Autonomie zu fordern.“ (GS 36) Mit anderen Worten: die Erkenntnis dessen, was wir als freie Menschen tun sollen, ist unsere ureigene Angelegenheit. Jede freiheitsfeindliche Bevormundung, sei es durch Einzelne oder auch Institutionen wie Staat oder Kirche, ist unangebracht.

Man kann sogar sagen: Der Mensch erweist sich gerade darin als „Abbild Gottes“, daß er autonom ist. Nur darf sich diese Autonomie niemals außerhalb der Bezüge ansiedeln, in denen der Mensch steht. „Wird aber mit den Worten ‚Autonomie der zeitlichen Dinge‘ gemeint, daß die geschaffenen Dinge nicht von Gott abhängen und der Mensch sie ohne Bezug auf den Schöpfer gebrauchen könnte, so spürt jeder, der Gott anerkennt, wie falsch eine solche Auffassung ist.“ (GS 36)

Lassen Sie mich bloß auf *zwei Konsequenzen dieses Autonomiegedankens* aufmerksam machen. Im politischen Bereich — der uns gleich noch näher beschäftigen soll — fordert er *die demokratische Verfassung*. Denn diese zielt ja auf Selbstbestimmung der Menschen. Das Konzil lobt ausdrücklich die Staaten, „in denen ein möglichst großer Teil der Bürger in echter Freiheit am Gemeinwesen beteiligt ist“ (GS 31).

Zudem führt die Anerkennung der Autonomie zur *Anerkennung von Pluralität*. Die Konstitution hat ausdrücklich gesagt, daß Christen „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen“ können (GS 43). Dies mag unserem Harmoniebedürfnis widerstreben, ist aber eine Folge der menschlichen Freiheit, wie sie hier beschrieben wurde.

Beispiele für die Verweigerung von Pluralismus bietet nicht nur das „alte“ Denken in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Vielmehr haben Sie selbst noch vor kurzem — bei der politischen und ethischen Diskussion über die „Nachrüstung“ — erleben müssen, zu welchen Verwerfungen eine religiös geprägte (und angeblich irrtumsimmune) Bevormundung führen kann.

Wir sind damit an die Stelle gekommen, wo wir den Blick von der eigenen auf die Freiheit auch der anderen Menschen richten können. Schon jetzt hat sich gezeigt: Die Pastoralkonstitution hat einen lebendigen Bezug zu unseren zeittypischen Problemen mit der Freiheit.

3. *Die allgemeine Freiheit*

Die Freiheit des Menschen verlangt eine freiheitliche Ordnung allgemein des öffentlichen und speziell — das soll uns hier besonders interessieren — des politischen Lebens. Das Politische gibt es, weil der Mensch in die Gesamtschöpfung eingebunden und *ein Gesellschaftswesen ist*. Die Politik hat, so sagt es „Gaudium et Spes“, ihr Zentrum im Menschen. „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und muß auch sein die menschliche Person, die ja von ihrem Wesen selbst her des gesellschaftlichen Lebens durchaus bedarf.“ (GS 20)

Die katholische Kirche hat versucht, in ihrer Soziallehre ein Leitbild freiheitlicher Ordnung zu entwerfen. Sie hat somit ein Kriterium entwickelt, mit dem sie die Rechtmäßigkeit politischer Systeme beurteilen kann. Wie die Erfahrung lehrt, hat ihr dies z. B. in der Konfrontation mit den bisher unfreien Staaten Europas sehr genutzt.

„Gaudium et Spes“ trägt „einige Hauptwahrheiten“ dieser politischen Ethik zusammen. Ich nenne zunächst zwei Eckpfeiler der „innerstaatlichen Ordnung“.

3.1. In der jüngsten Vergangenheit hat weltweit *die Idee der Menschenrechte* an Autorität und politischer Wirkung gewonnen. Der KSZE-Prozeß ist dafür ein wichtiges Beispiel. Menschenrechte konkretisieren die Forderungen der Freiheit — als einer *allgemeinen* Freiheit. Sie reichen bis in die politische und soziale Teilhabe hinein. Das Konzil begrüßt das Ethos der Menschenrechte, indem es hervorhebt: „Aus dem lebendigen Bewußtsein der menschlichen Würde wächst ja in den verschiedenen Teilen der Welt das Bestreben, eine neue politisch-rechtliche Ordnung zu schaffen, in der die Rechte der menschlichen Person im öffentlichen Leben besser geschützt sind. . .“ (GS 73). In Fortführung des Denkens Papst Johannes XXIII. nennt der Text einige wichtige Grundrechte beim Namen, z. B. die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit und das Recht auf Minderheitenschutz. Auch die sozialen Rechte bleiben nicht unbeachtet. Sie finden im Abschnitt über den „Wirtschaftlichen Fortschritt“ Erwähnung.

Daraus ist zu schließen, daß die Beachtung menschenrechtlicher Ansprüche dem Konzil als Eckpfeiler einer freiheitlichen Ordnung gilt. Diese Auffassung ist auch nach dem Kon-

zyl vom kirchlichen Amt mit großer Kontinuität vertreten und weiterentwickelt worden. Sie hat für die Einigung Europas grundlegende Bedeutung.

Die menschenrechtliche, politische Freiheit ist ihrerseits Teil *des sog. Gemeinwohls*. Dies ist die zweite Stütze, die ich nennen möchte. „Das Gemeinwohl aber begreift in sich die Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommenung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten.“ (GS 74) Das Gemeinwohl ist also auf den Einzelnen und seine Freiheit bezogen. Dies merken wir, wenn wir aus Gemeinwohlgründen Steuern abführen, Leistungen wie etwa den Wehrdienst erbringen oder auch einen Verzicht leisten müssen. Letzteres wird besonders im Umweltbereich Aktualität besitzen.

3.2. Nochmals: In den Mittelpunkt ihres Denkens stellt die Konstitution den Menschen. Doch betont sie stets — wie wir sahen — die Eingebundenheit des Menschen in seine Welt wie auch seine Bezogenheit auf Gott. So betrachtet sie den Menschen schließlich auch ausdrücklich *in der Perspektive seiner Zugehörigkeit zur gesamten Menschheit*. Wer vom Menschen sprechen will, muß von *allen* Menschen reden.

Deshalb findet die Gedankenführung von Gaudium et Spes ihre Abrundung in dem — Ihnen längst bekannten Kapitel — über *den Frieden und die Völkergemeinschaft*.

Es hat für uns gerade gegenwärtig eine ungeheure Aktualität, wenn das Konzil mehrfach hervorhebt, daß sich die ganze Menschheit „schon auf eine größere Einheit bewegt“ (GS 82). Damit wird die (immer schon vorhandene) Einheit der Menschheitsfamilie mehr und mehr erfahrbar. Diese Entwicklung zur manifesten Einheit könnte nun hier in Europa einen guten Schritt vorankommen!

Das Bemühen, (beim Nachdenken über „den“ Menschen und seine Freiheit) *alle* Menschen im Blick zu haben, läßt das Konzil von einem „Gesamtwohl des Menschengeschlechts“ (GS 78) reden, das Beachtung verdient und sogar das Gemeinwohl der einzelnen Staaten inhaltlich mitbestimmt. Ein Staat, der dem „Wohl der ganzen Menschheitsfamilie“ (GS 75) den nötigen Respekt versagt, setzt sich dem Vorwurf aus, das Ideal der Freiheit nicht — wie es nötig wäre — unparteiisch zu verteidigen.

Wie aber sieht diese Achtung vor dem Gesamtwohl aus? Drei Dinge sind dem Konzil besonders wichtig.

- Frieden ist Ausdruck der Einheit, *Kriege sind Ausdruck der Getrenntheit*. Es gilt sie nach Kräften zu vermeiden. Zur Erhaltung des Friedens einen Beitrag zu leisten ist die besondere Ehre der Soldaten. Dort, wo man „Sicherheit und Freiheit“ tragischerweise doch militärisch verteidigen muß, sind die sittlich gebotenen Grenzen der Kriegsführung zu beachten. An die Sicherheitspolitik ergeht die Forderung, durch die Wahl ihrer Mittel den Frieden und die Einheit der Menschen nicht mittel- oder langfristig zu untergraben.

- Von zentraler Bedeutung für die Förderung der Einheit und des Friedens ist *die Gerechtigkeit*. „Der feste Wille, andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit einsatzbereiter und tätiger Brüderlichkeit — das sind unerläßliche Voraussetzungen für den Frieden.“ (GS 78) Das Gesamtwohl fordert Gerechtigkeit; deren Abwesenheit behindert die Einheit und Freiheit der Menschen. Das Konzil denkt dabei auch an die Beachtung der Menschenrechte. Vor allem aber spricht es über die Gerechtigkeit gegenüber den *notleidenden Völkern*. Es fordert auf wirtschaftlichem Gebiet eine stärkere internationale Zusammenarbeit und nennt einige Instrumente, die dazu förderlich sind. (Manches hier Gesagte hat seine Vertiefung und Entfaltung in „Populorum Progressio“ und „Sollicitudo Rei Socialis“ gefunden.)
- Die wachsende Einheit muß sich in wachsender *Präsenz und Autorität internationaler Institutionen* niederschlagen. „Um bei der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit aller Menschen und aller Völker . . . das allgemeine Wohl der Menschheit zu erreichen, muß sich die Völkergemeinschaft eine Ordnung geben, die den heutigen Aufgaben entspricht, vor allem im Hinblick auf die zahlreichen Gebiete, die immer noch unerträgliche Not leiden.“ (GS 84) Die Konstitution ermutigt die Katholiken nachdrücklich zur Mitarbeit in solchen internationalen Institutionen. Als Zielvorstellung dient dem Konzil die Idee einer „von allen anerkannten öffentlichen Weltautorität . . . , die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten.“ (GS 82) Die neueren Erfolge der Vereinten Nationen, die Idee einer Institutionalisierung der KSZE, die Europäische Politische Zusammenarbeit mit Zielrichtung Europäische Union und andere feste Formen der supranationalen Kooperation belegen die grundsätzliche Richtigkeit dieses Denkansatzes.

Es ist klar, daß diese Ausführungen zum Weltgemeinwohl darauf zielen, der *menschlichen Freiheit eine allgemeine Geltung* zu verschaffen. Darin zeigt sich die Konsistenz der Gedankenführung von „Gaudium et Spes“.

Wir sind ausgegangen von unseren zeittypischen Problemen mit der Freiheit. Wir haben gesehen, wie die Pastoralkonstitution über die Freiheit des Einzelnen, aber auch die gemeinsame Freiheit aller denkt. Rückbezüge zu unseren zeittypischen Fragen sind vielfach möglich. Fragen wir uns *zum Schluß*, zu welchen Forderungen des Freiheitsdenken von „Gaudium et Spes“ ganz konkret sie führen könnte. Ich nenne drei Punkte:

- Im erneuerten Europa wird die Garantie von Sicherheit und Freiheit nach aller Voraussicht in großem Umfang *eine Leistung der freigewordenen Staaten selbst* sein können. Noch ist unklar, in welchem Umfang auch in Zukunft Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit notwendig sind. Alles spricht dagegen, daß wir ganz auf sie verzichten sollten. Doch spricht alles dafür, daß in Europa an die Stelle der Friedens- und Freiheitserhaltung mehr und mehr die *Freiheitsgestaltung* treten kann. Die verschiedenen Abrüstungsforen, Pläne zur Verkleinerung der Bundeswehr, eine mögliche Kürzung der Wehrdienstdauer und Streichungen im Beschaffungsbereich sprechen eine

deutliche Sprache. Für Sie als Soldaten der Bundeswehr ist dies eine spannungsreiche Zeit, die durchaus Belastungen mit sich bringen kann. Es ist aber vor allem eine Zeit, in der sich das Ideal der Freiheit, dem Sie verpflichtet sind, anschickt, einen neuen, größeren Geltungsbereich zu finden. Freiheit — das hat uns die Lektüre von *Gaudium et Spes* gezeigt — ist nichts Statisches und Festgelegtes. Sie wird weiterhin, wie auch immer, Unterstützung finden müssen. Wäre es für uns Christen nicht eine große Befriedigung, wenn Gewaltmittel dabei eine immer geringere Rolle spielen könnten?

- Die Bundeswehr ist fest ins westliche Bündnis eingebunden. Noch ist offen, ob diesem Bündnis bald *eine radikal gewandelte Aufgabenstellung* zuwächst. Es ist unklar, ob die Allianz im Interesse der Freiheit der Menschen zu neuen Wirkungsfeldern gelangen muß. Ich meine, Sie können als katholische Soldaten diesen Prozeß der Neuorientierung wohlwollend, sicher auch wach begleiten und dabei die Bindung an die Freiheit als bewährtes Kriterium einfordern. Das Konzil spricht von der Notwendigkeit eines neuen Geistes in der öffentlichen Meinungsbildung (GS 82). Könnten nicht gerade auch Sie dazu beitragen?
- In den Streitkräften selbst haben Sie, so vermute ich, viele Gelegenheiten, jener *Idee von persönlicher Freiheit* Anerkennung zu verschaffen, die uns „*Gaudium et Spes*“ nahelegt: in der Gestaltung des Dienstbetriebs, in der Menschenführung oder in der Wertbindung, die Sie in Wort und Tat vertreten. Ich glaube, daß die Bundeswehr hier ein besonders ernst zu nehmendes Bewährungsfeld ist. Und ich füge hinzu: Vielleicht werden Sie einmal mit Kameraden aus der NVA oder anderen Streitkräften des Warschauer Pakts in einen persönlichen Kontakt kommen. Sie hätten dann die Gelegenheit, im Geist der Versöhnung und Verständigung für die Idee der Freiheit zu werben.

Für das außerberufliche Leben gilt: Unser erstes Bewährungsfeld sind die Menschen, die uns am nächsten sind. Hier ist die Freiheit — die eigene wie die der anderen — eine ständige Herausforderung. Wenn Sie dann noch weitergehen möchten: Zum freiwilligen Engagement in der kirchlichen Gemeinde, in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, aber auch in politischen Parteien und Ämtern bestehen zahllose Chancen. Wann immer Sie Wege finden, Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung zum eigenen Thema zu machen, können Sie darin die Bindung an die Freiheit konkretisieren.

Immer kann und soll es uns um den Menschen gehen. Dabei wissen wir: „Alle guten Erträge der Natur und unserer Bemühungen . . ., die Güter menschlicher Würde, brüderlicher Gemeinschaft und Freiheit, müssen im Geist des Herrn und gemäß seinem Gebot auf Erden gemehrt werden; dann werden wir sie wiederfinden, gereinigt von jedem Makel, lichtvoll und verklärt, dann nämlich, wenn Christus dem Vater ‚ein ewiges, allumfassendes Reich übergeben wird: das Reich der Wahrheit und des Lebens, das Reich der Heiligkeit und der Gnade, das Reich der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens‘.“ (GS 39)

Bericht des Vorsitzenden

für die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1990 der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Kath. Militärbischofs am 2. 5. 1990 in Bad Segeberg

A. Vorbemerkung: Unser Auftrag

1. Wenn es zur Aufgabe einer Versammlung gehört, die Entwicklung im gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Leben zu beobachten sowie zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung zu nehmen, dann hat es der Berichterstatter dieser Versammlung im Jahre 1990 in Deutschland schwer. Soll er den noch nicht ausgereiften, hoffnungsvollen Auswirkungen der friedlichen Revolution des Jahres 1989 in den Ländern Mittel- und Osteuropas nachgehen? Soll er die auf dem Weg liegenden, immer gleichen Aufgaben, Fragen und Probleme aufgreifen? Ich will versuchen, in der mir eingeräumten Berichtszeit das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

2. Soldaten haben gelernt, die Frage zu stellen, was der Auftrag von ihnen erwartet, wenn sie auf Probleme stoßen, wenn sie mit neuen Lageentwicklungen konfrontiert werden oder auch eigene Vorstellungen verwirklichen wollen.

Der Auftrag der ZENTRALEN VERSAMMLUNG der katholischen Soldaten wurde grundlegend vom Zweiten Vatikanischen Konzil formuliert, das in den Artikel 26 des Dekrets „Über das Apostolat der Laien“ die folgende Forderung aufnahm:

„In den Diözesen sollen nach Möglichkeit beratende Gremien eingerichtet werden, die die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisierung und Heiligung, im caritativen und sozialen Bereich und in anderen Bereichen bei entsprechender Zusammenarbeit von Klerikern und Ordensleuten mit den Laien unterstützen...“⁽¹⁾

3. Konkreter als das zitierte Konzilsdekret aus dem Jahre 1965 beschreibt die von unserem Militärbischof 1979 erlassene Ordnung den Auftrag der ZENTRALEN VERSAMMLUNG: Um die apostolische Tätigkeit im Bereich der Militärseelsorge zu fördern und die Kräfte des Laienapostolates zu koordinieren,

- beobachtet und beurteilt die ZENTRALE VERSAMMLUNG Entwicklungen im gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Leben;
- gibt die ZENTRALE VERSAMMLUNG Anregungen für das Wirken in der Militärseelsorge, in Bundeswehr, Staat und Gesellschaft;
- nimmt die ZENTRALE VERSAMMLUNG Stellung zu Fragen des öffentlichen wie kirchlichen Lebens und berät dazu den Militärbischof sowie seine Gremien.⁽²⁾

4. Die ZENTRALE VERSAMMLUNG der katholischen Soldaten besteht nach ihrer Ordnung aus dem Beauftragten des Militärbischofs, dem Vorsitzenden, den Mitgliedern des Vorstandes, 32 Delegierten der verbandsähnlichen GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und weiteren 32 Vertretern, die bei der jeweiligen „Arbeitskonferenz beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan“ von den Delegierten der Seelsorge-

bezirke gewählt wurden. Sie umfaßt damit 74 Mandatsträger, die allerdings nur einmal im Jahr für kurze Zeit zusammenkommen. Für den Rest des Jahres ist die ZENTRALE VERSAMMLUNG als beratendes Gremium des Katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr im Sinne des bereits zitierten Konzilsdekrets dann nicht präsent.

5. Es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß der Vorstand der ZENTRALEN VERSAMMLUNG ihre Aufgaben wahrnimmt, wenn sie nicht tagt. Diese Auslegung der Ordnung läßt der Arbeit des Vorstandes hohe Bedeutung zukommen. Folgerichtig erhalten Wahlen zum Vorstand der ZENTRALEN VERSAMMLUNG ein besonderes Gewicht und aufgrund der praktizierten Aufgabendelegation von der ZENTRALEN VERSAMMLUNG in den Vorstand auch den Charakter einer Richtungsangabe.

6. Auf der Tagesordnung der diesjährigen ZENTRALEN VERSAMMLUNG steht die Wahl des Vorsitzenden und des Vorstandes. Die Mitglieder dieser ZENTRALEN VERSAMMLUNG müssen also Personen finden, die willens und fähig sind, vier Jahre lang die Vorstandsarbeit zu leisten. Die Mitglieder dieser ZENTRALEN VERSAMMLUNG erwartet im übrigen eine umfangreiche Tagesordnung, die der Vorstand nach der mit dem Rundbrief Nr. 1/90 gesetzten Frist zum Einreichen von Anträgen und Anregungen gemäß der gültigen Geschäftsordnung beschlossen hat. Sie stellt an alle Mitglieder die Forderung,

- ihr Delegiertenmandat als Dienst an der Kirche unter den Soldaten zu begreifen,
- angesichts der knappen Zeit engagiert und konzentriert mitzuarbeiten,
- für die gemeinsame Meinungsbildung und Beschlußfassung die eigenen Erfahrungen — kritisch geprüft — einzubringen,
- das Amt in dieser Kirche unter Soldaten mit der Wirklichkeit in Familie, Beruf und Seelsorgebezirk zu konfrontieren,
- offene Fragen freimütig zu stellen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die dem Geist Christi entsprechen.

Ich bin gewiß, daß sich die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1990 dieser Herausforderung stellt.

B. Rückblick auf die Mandatszeit des Vorstandes von 1986—1990

7. Für eine Versammlung, die den alten Vorstand entläßt und einen neuen sucht, ist es angebracht, einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu werfen.

a. Die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1986

tagte am 30.4. und 1.5. auf dem Domberg in FREISING. Sie wählte einen Vorsitzenden und acht Vorstandsmitglieder. Ihre Aufmerksamkeit galt

- der Verwirklichung der gerade erst erlassenen Ordnung für die „Arbeitskonferenz beim Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan“,

- der Initiative „Wähle das Leben“ und
- Überlegungen zur Beteiligung an Spendenaktionen für die Dritte Welt.

b. *Die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1987*

trat am 29. und 30. 4. in STAPELFELD zusammen. Sie beschäftigte sich mit

- der Bedeutung von Grundwerten für Soldaten,
- der „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi und
- Fragen der Laienarbeit vor dem Hintergrund der Apostolischen Konstitution „*Spirituali militum curae*“, die eine Überarbeitung der päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs einleitete.

c. *Die ZENTRALE VOLLVERSAMMLUNG 1988*

fand am 27. und 28. 4. in BAD HONNEF statt. Sie wählte die drei Vertreter des Jurisdiktionsbereiches im Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Hptm JERMER, Oberstlt HAVERMANN und BrigGen TOLKSDORF. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stand die Suche nach einer Antwort auf Anfragen des Priesterrates und der Dekanekonferenz. In dieser Antwort verkündete die ZENTRALE VERSAMMLUNG die Bereitschaft der Laiengremien,

- neue Militärfarrer bei Antritt ihres schwierigen Amtes zu begleiten sowie
- junge Männer im Verlauf ihrer Wehrdienstzeit vermehrt anzusprechen und sich ihren Problemen intensiver zu widmen.

d. *Die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1989*

wurde für den 19. und 20. 4. nach LEITERSHOFEN bei AUGSBURG einberufen. Sie

- betrachtete die Zukunft des Glaubens als eine Herausforderung und empfahl eine Aktion zur Aneignung der Aussagen des Erwachsenenkatechismus;
- begrüßte die Erklärung der GKS zum 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes und empfahl ein Studium der katholischen Soziallehre;
- faßte einen Beschluß zum Apostolat der Laien aus Anlaß der zum Herbst 1989 anstehenden PGR-Wahlen.

8. Um der Bedeutung der *Pfarrgemeinderatswahlen* für die Laienarbeit zu entsprechen und um den dafür aufgewandten Mühen einigermaßen gerecht zu werden, ist eine doch intensivere Betrachtung dieses Ereignisses sinnvoll. Im Interesse einer Verbesserung und Vertiefung der Laienarbeit sei sogar der Versuch einer kurzen Auswertung unternommen. Nach den ersten Pfarrgemeinderatswahlen im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

schofs, die 1977 stattfanden, wurde im vergangenen Jahr zum vierten Mal zur Wahl von Mitgliedern für die beratenden Gremien der Standortpfarrer aufgerufen.

Die „Anleitungen zur Wahl“, die das Katholische Militärbischofsamt jeweils herausgab, haben sich als solche offensichtlich bewährt.

9. Auch vor den Pfarrgemeinderatswahlen des Jahres 1989 wurden von Dekanen und Pfarrern, hauptberuflich im kirchlichen Dienst wie ehrenamtlich tätigen Laien Bedenken geäußert, ob der Kraftaufwand einer Wahl den immer geringer werdenden Aktiven in den Seelsorgebezirken zuzumuten sei. Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Wahl tauchten sogar hier und da auf.

Der Einwand, den ich dieses Mal am häufigsten hörte, war die bange Frage: „Wird es eine ausreichende Anzahl von Kandidaten und Kandidatinnen geben, damit es überhaupt zu einer Wahl kommt?“

Die Argumente gegen die Wahl von Pfarrgemeinderäten sind nicht neu. Um hier und heute niemandem nahe zu treten, zitiere ich einige aus der Wahl des Jahres 1985:

- Da teilte ein Pfarrer mit, bei ihm habe noch nie ein Pfarrgemeinderat bestanden und „aus gesamtkirchlicher Strategie (sei) die Wahl eines Pfarrgemeinderates auch nicht zu verantworten“.
- Aus einem Seelsorgebereich wurde berichtet, daß eine Wahl deshalb nicht erfolgte, weil „der Pfarrgemeinderat eine Neuwahl ablehnte“.
- In einem anderen Seelsorgebezirk wurden die Mitglieder des Pfarrgemeinderates durch den Pfarrer berufen, „weil die Wahl nicht sinnvoll“ erschien.
- Als Grund für die Absage einer Wahl wurde aus einem weiteren Seelsorgebezirk angegeben: „Von seiten der katholischen Soldaten wurde die Bitte an den Katholischen Standortpfarrer . . . herangetragen, in der bisherigen Weise zu verfahren. Mitarbeit ad hoc wurde zugesagt. Eine Verpflichtung zur Dauerarbeit ist nicht gewünscht.“

10. Eine Verpflichtung zur Dauerarbeit sahen also 1985 einige katholische Soldaten in der Pfarrgemeinderatswahl. Eine solche Ansicht legt es nahe, nach dem Sinn und Zweck von Pfarrgemeinderatswahlen einmal grundsätzlich zu fragen. Eine Antwort, die bei der Deutung des Wortes stehenbleibt, kann sicher nicht befriedigen. Selbstverständlich führen Pfarrgemeinderatswahlen in einem Seelsorgebezirk zu einem Pfarrgemeinderat. Ein solches Gremium hat nach der vorliegenden Ordnung dem Heils- und Weltauftrag der Kirche zu dienen.

Wenn die Erfüllung dieses Dienstes 1985 noch als lästige Verpflichtung zur Dauerarbeit angesehen wurde, ist die Schlußfolgerung erlaubt, daß der Beschluß der Gemeinsamen Synode zur „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ aus dem Jahre 1975 noch nicht beim Gottesvolk angekommen ist und daß das griechische Wort „Laienapostolat“ von vielen immer noch nicht als persönlicher Auftrag verstanden wird.

11. Den Mitgliedern der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland war bei ihren Beratungen zu Beginn der siebziger Jahre bekannt, daß sich ein großer Teil der Gläubigen seiner Verantwortung für die Heilssendung der Kirche nicht bewußt war. Das hatte eine Umfrage unter den Katholiken zu Beginn der Synode zahlenmäßig exakt ermittelt. Mit ihrem Beschluß zur „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ verfolgte die Synode das Ziel, bei den Gläubigen ein Umdenken herbeizuführen, weil der Heildienst der Kirche in unserer Zeit nur dann wirksam vollzogen werden kann, wenn die gemeinsame Verantwortung aller zur Grundüberzeugung der Kirchenglieder wird.³⁾

12. Die bereits erwähnte Umfrage unter den Katholiken zu Beginn der Synode hatte u. a. die Erkenntnis gegeben, daß nur 17 % der Gläubigen eine enge Bindung an die Pfarrgemeinde hatten.³⁾

Kardinal Hengsbach schrieb bereits 1967 in einem Kommentar zum Konzilsdekret über das Laienapostolat: „... die Pfarrgemeinde behält als ‚ecclesia localis‘ oder ‚ecclesia particularis‘ ihre unersetzbare Funktion. Aber die Kontakte, die Lebensbeziehungen des gläubigen Christen zur Kirche werden nicht allein mehr von der Pfarrgemeinde umschlossen. Die Einflußbereiche, in denen er steht, decken sich fast nirgendwo mehr mit den Grenzen seiner Pfarrei. Zudem zwingt ihn die Mobilität des modernen Wirtschafts- und Berufslebens zu einem häufigeren Wohnungswechsel. Die Vorstellung, die Pfarrei sei noch ein fest integriertes, soziales Ganzes, ist folglich... eine Utopie...“⁴⁾ Kardinal Hengsbach verlangte schon damals die Öffnung der pfarrlichen Aktivität der Laien im Sinne eines raumgerechten Apostolates. Dabei — so meinte er — würde dem Wohnviertel- und Nachbarschaftsapostolat eine besondere Bedeutung zukommen, „denn in die Wohnviertel und Nachbarschaften kehrt bei aller Mobilität letztlich jede Aktivität wieder zurück“.⁴⁾

1986 unterstrich der Bischof von Hildesheim die Bedeutung der von einzelnen noch erfahrbaren kleinen Gemeinschaft für die Glaubensweitergabe in einem Brief an seine Priester und Pfarrgemeinderäte. Darin heißt es: „Die vorrangige Aufgabe für die kommende... Zeit sehe ich in der Umwandlung der einzelnen Pfarreien zu einer Gemeinschaft von Gemeinschaften: eine große Gemeinschaft, die sich aus vielen kleinen Gemeinschaften zusammensetzt. Für eine solche kleine Gemeinschaft genügen schon einige wenige. Im regelmäßigen Zusammenkommen kann sich Vertrauen untereinander aufbauen. Getragen werden diese überschaubaren Gruppen weithin vom Engagement der Laien. Der Seelsorger ist dabei der Begleiter, der sich regelmäßig mit den Verantwortlichen trifft und gelegentlich die einzelnen Gruppen besucht. Die Gruppen ihrerseits suchen den Kontakt mit den anderen Gruppen. Vor allem kommen sie wenigstens jede Woche einmal zum Gottesdienst der ganzen Gemeinde zusammen...“⁵⁾

13. Die Erkenntnisse der beiden Bischöfe wie die der Synode auf die besondere Situation der Militärseelsorge anzuwenden erfordert

— immer wieder Anstöße zur Gründung kleiner Gemeinschaften in den einzelnen Standorten des Seelsorgebezirks auf der Grundlage gemeinsamen Wohnens in Kaserne oder Wohnviertel, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen oder Bekanntschaften;

- Anregungen zur Bildung von GKS-Kreisen;
- Möglichkeiten auch unverbindlicher Begegnung.

Diese Möglichkeiten zu schaffen, diese Anregungen und Anstöße zu geben und sie zu verwirklichen ist der dringend erforderliche Beitrag des Pfarrgemeinderates zur Verwirklichung des Heilsauftrages der Kirche im Seelsorgebezirk. Dem Weltauftrag der Kirche entspricht der Pfarrgemeinderat, wenn er sich darum sorgt und auch dabei behilflich ist, den einzelnen wie die Gruppen im Seelsorgebezirk zu befähigen, im Alltag in Kaserne, Familie und Öffentlichkeit als Christen überzeugend aufzutreten.

14. Das Gesagte schließt aus, daß sich ein Pfarrgemeinderat selbst als kuschelige Stammtischrunde, Freundeskreis oder Basisgruppe betrachtet, die des Pfarrers harte Kernschar ist.

Neben der Bereitschaft zum Engagement für das Laienapostolat in des Wortes ursprünglicher Bedeutung sind für einen Pfarrgemeinderat erforderlich:

- Verständnis für die Aussagen des Beschlusses der Gemeinsamen Synode zur „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ und für die Bestimmungen der Ordnung für den Pfarrgemeinderat;
- Kenntnisse über die kirchlichen, kommunalen und dienstlichen Lebensumstände in den einzelnen Standorten;
- gute Verbindungen zu den örtlichen Pfarreien und den militärischen Dienststellenleitern;
- Aufgeschlossenheit gegenüber Anliegen und Problemen einzelner Standorte, Dienstgrad- und Personengruppen;
- Ideen zur Lösung von Problemen in Konsens und Kooperation mit den anderen Angehörigen des Pfarrgemeinderates.

15. Sinn und Zweck einer Pfarrgemeinderatswahl dürfte nach all dem Gesagten dann sein, Personen durch Abstimmung der Stimmberechtigten zu berufen, die den aufgeführten Forderungen entsprechen und bereit sind, im Sinne der Ordnung sich für die Verwirklichung des Heils- und Weltauftrages der Kirche im Seelsorgebezirk einzusetzen.

Sinn und Zweck einer Pfarrgemeinderatswahl müßte auch sein, das Bewußtsein der Gläubigen von der Verantwortung aller für die Heilssendung zu schärfen sowie Fernstehende für eine Mitarbeit in den Gremien und Gruppen des Seelsorgebezirks zu gewinnen.

Sinn und Zweck einer Pfarrgemeinderatswahl ist es aber auch, die Laien auf zeitgemäße Art an der Verantwortung für die Sendung der Kirche teilhaben zu lassen. Die Berufung durch den Pfarrer ist deshalb der Ausnahmefall, das Ersitzen der Mitgliedschaft eigentlich nicht denkbar. So kommt im Hinblick auf die mündigen Christen und auf die unübersehbar groß gewordenen Seelsorgebezirke für die Bildung der Pfarrgemeinderäte im Regelfall nur eine Wahl unter Beteiligung möglichst vieler schon bei der Kandidatenaufstellung in Frage.

Kann eine Pfarrgemeinderatswahl deshalb nicht auch als ein Mittel der Mission betrachtet werden?

Ist die Mission in unserem Land nicht auch die Mühen einer Pfarrgemeinderatswahl wert?

16. Die Vorbereitung der Pfarrgemeinderatswahlen des Jahres 1989 war vielfältig, sie lief frühzeitig an.

Auf den Arbeitskonferenzen verschiedener (Wehr-)Bereiche wurden Anlaß und Verfahren der Wahlen bereits im Frühjahr des letzten Jahres erörtert.

Im April faßte dann die ZENTRALE VERSAMMLUNG den schon erwähnten „Beschluß zum Apostolat der Laien aus Anlaß der PGR-Wahlen“. Damit wollte sie alle amtlich und ehrenamtlich im Dienst der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr Tätigen aufrufen, sich für die Durchführung von Pfarrgemeinderatswahlen in allen Seelsorgebezirken zu engagieren. Der Vorsitzende der ZENTRALEN VERSAMMLUNG hatte die Gelegenheit, diesen Beschluß dem Priesterrat zu erläutern. Während der Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen im Herbst in Lüneburg wies der Herr Militärgeneralvikar unter Bezugnahme auf diesen Beschluß noch einmal auf die Notwendigkeit der Pfarrgemeinderatswahlen hin.

Besonders hervorzuheben als Vorbereitung der Wahlen ist die Artikelserie des KOMPASS. In vier gut gemachten Artikeln stellte sie von August an die Arbeit von Pfarrgemeinderäten dar, sprach Probleme des Laienapostolates an und führte in die Wahlen ein. Mit einem abschließenden fünften Artikel berichtete KOMPASS im Januar diesen Jahres über die erste Sitzung eines neuen Pfarrgemeinderates.

Alle, die sich landesweit nicht sichtbar und nicht hörbar in den Seelsorgebezirken für die Durchführung der Pfarrgemeinderatswahl eingesetzt haben, verdienen Dank ebenso wie jene, die ihren Einfluß dafür landesweit wahrnehmbar ausgeübt haben. Allen diesen ein von Herzen kommendes „Vergelt's Gott!“.

17. Nach der intensiven Vorbereitung konnte man die Ergebnisse der Pfarrgemeinderatswahlen des Jahres 1989 guten Gewissens erwarten. Eine Auswertung dieser Ergebnisse fußt auf den Berichten, die dem KMBA bis zum 20.3.1990 vorlagen. Von den 138 Seelsorgebezirken im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs haben nach den Pfarrgemeinderatswahlen 69 einen durch Stimmabgabe gewählten, 38 einen durch den zuständigen Pfarrer berufenen Pfarrgemeinderat. Von den 27 Seelsorgebezirken, die gemeldet haben, daß bei ihnen kein Pfarrgemeinderat gewählt bzw. berufen wurde,

- ist der Bereich Uni Hamburg abzuziehen, weil dort ein Pfarrgemeinderat arbeitet, der jährlich gewählt wird;
- sind fünf weitere Seelsorgebezirke abzurechnen, die in naher Zukunft zu einer Pfarrgemeinderatswahl noch aufrufen (Hamburg III, Neumünster, Rendsburg, Zweibrücken und Idar-Oberstein).

Die Zahl der im Jurisdiktionsbereich tätigen Pfarrgemeinderäte dürfte sich damit um diese sechs und den von Seelsorgebezirken des Bereichs See in Kiel gemeinsam gebildeten von 107 auf 114 erhöhen.

Aufgrund der vorliegenden Berichte kann die Feststellung getroffen werden, daß die bis jetzt eingerichteten 107 Pfarrgemeinderäte 1496 Mitglieder umfassen, von denen 1325 durch Stimmabgabe bzw. den Pfarrer berufen sind. Die Beteiligung an den Wahlen seitens der zum Jurisdiktionsbereich gehörenden Soldaten und ihrer Angehörigen ist nicht zu ermitteln, weil dafür aus den einzelnen Seelsorgebezirken kein Zahlenmaterial vorliegt. Gezählt wurden nur die ausgegebenen Wahlscheine, und unter Bezugnahme darauf darf man sagen, daß im Schnitt 28,35 % der ausgegebenen Wahlscheine zurückgegeben wurden. Die auf diese Art ermittelte Wahlbeteiligung ist noch recht unterschiedlich in den einzelnen (Wehr-)Bereichen; sie reicht von 12,06 % im Bereich See hoch zu den 46,61 % des Bereichs Ausland.

18. Die Zusammensetzung der Pfarrgemeinderäte ist sicherlich von Interesse. Dafür dürfte im Bereich einer Militärseelsorge ein Blick auf die Präsenz der einzelnen Dienstgradgruppen sinnvoll sein. Insgesamt sind

- 115 Stabsoffiziere,
- 224 Offiziere,
- 633 Unteroffiziere m.P.,
- 52 Unteroffiziere o.P.,
- 15 Mannschaften (SaZ),
- 67 Mannschaften (W15)

Mitglieder in den Pfarrgemeinderäten. Bei den Wehrpflichtigen, den jungen Zeitsoldaten und den Stabsoffizieren überwiegt die Zahl der berufenen die der gewählten Mitglieder. Mit dem Blick auf die Zusammensetzung schon einzelner Pfarrgemeinderäte ist die Feststellung erlaubt, daß

- | | |
|-------------------------|------------|
| — Frauen | in 89 PGR, |
| — Wehrpflichtige | in 47 PGR, |
| — Mannschaften (SaZ) | in 14 PGR, |
| — Unteroffiziere (o.P.) | in 39 PGR, |
| — männl. Jugendliche | in 2 PGR, |
| — weibl. Jugendliche | in 10 PGR |

vertreten sind. Weil dieser aufgeführte Personenkreis Gruppen angehört, denen die Militärseelsorge und ihre Pfarrgemeinderäte besondere Aufmerksamkeit widmen sollten, ist es wichtig zu wissen, wie stark diese Gruppen in den beratenden Gremien auf der Ebene der einzelnen Seelsorgebezirke vertreten sind. Von der Stärke dieser Vertretung ist ja die Fähigkeit abhängig, sich im Bereich der Militärseelsorge verständlich artikulieren zu können.

19. Die Altersstruktur der Mitglieder der Pfarrgemeinderäte bestätigt ein schon bekanntes Bild: Es sind vor allem die über Dreißigjährigen, die sich für das Laienapostolat in der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr engagieren. Von den Mitgliedern der Pfarrgemeinderäte sind

- 314 im Alter von 46—50 Jahren,
- 269 im Alter von 41—45 Jahren,
- 260 im Alter von 36—40 Jahren,
- 152 im Alter von 31—35 Jahren.

Die übrigen Altersgruppen liegen jeweils knapp über 100.

Ein erfreuliches Bild ergibt sich bei Auswertung der Frage nach der Dauer der Mitgliedschaft in den Pfarrgemeinderäten. Wenn 47,8% der Mitglieder erstmalig in einem Pfarrgemeinderat mitwirken, ist das ein Beweis für eine gelungene Kandidatenwerbung und auch für die Tatsache, daß das Potential von für das Laienapostolat zu engagierenden Zeitgenossen noch nicht ausgeschöpft ist.

20. Der erste Artikel des KOMPASS vom 25.8.1989 zu den Pfarrgemeinderatswahlen endete mit der Fragestellung: „...Frauen waren in 21 Räten nicht vertreten, Wehrpflichtige lediglich in 35. Ob sich das nach den kommenden Pfarrgemeinderatswahlen im November ändern wird?“

Es hat sich — wie dargestellt — zum Besseren verändert. Die Präsenz von 114 Pfarrgemeinderäten ist ein ermutigendes Zeichen für die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr, daß Laien die Zeichen der Zeit erkannt haben und ihre Pflicht zur Übernahme der ihnen gemäßen Verantwortung für das Apostolat der Kirche sehen. Nüchtern muß jedoch auch festgestellt werden, daß die Zahl der gemeldeten Seelsorgebezirke ohne einen Pfarrgemeinderat mit 20 = 15% noch sehr hoch ist. Den Gründen für das Nicht-Vorhandensein dieser Pfarrgemeinderäte nachzugehen dürfte nicht nur für die Weiterentwicklung des Laienapostolates aufschlußreich sein.

Die Auswertung der Zusammensetzung der Pfarrgemeinderäte zwingt alle im Laienapostolat in der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr dazu, sich der unterrepräsentierten Gruppen besonders anzunehmen; das sind:

- die Jugendlichen,
- die Wehrpflichtigen,
- die jungen Zeitsoldaten im Mannschafts- bzw. Unteroffiziersrang.

21. Einen Ausblick auf das, was die Pfarrgemeinderäte in ihrer neuen Amtszeit als anzu- packende Aufgaben erkennen, erlaubt die Zusammenstellung der bislang von ihnen gebildeten Sachausschüsse bzw. bestellten Sachbearbeiter.

- 46 PGR betrachten die Informations-/Öffentlichkeitsarbeit als besondere Aufgabe. Die auffallend hohe Zahl der dafür eingeteilten Kräfte ist gewiß zurückzuführen auf die Seminare, die in den vergangenen Jahren im Raum BONN durchgeführt wurden. In

unserer Zeit, in der man den Rückzug des Religiösen auf das Private feststellt, bedeutet eine gute Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des Pfarrgemeinderates: gegenwärtig sein in der Gesellschaft. Das Nutzen der Medien zum Informieren und zum Organisieren ist der Einsatz zeitgemäßer Missionsmittel.

- 30 PGR betrachten die Liturgie, die Gottesdienstgestaltung, als besondere Aufgabe, der sie darum Kräfte zuordnen. Im Vergleich mit allen anderen Sachgebieten ist diese Zahl relativ hoch. Laien sollten sich bewußt werden, daß ihr Apostolat mehr vor dem Gotteshaus als im Gotteshaus zu verwirklichen ist.
- 26 PGR sehen die Organisation von Festen als besondere Aufgabe. Das Pfarrfest ist ein fester Planungspunkt in den Sitzungen der meisten deutschen Pfarrgemeinderäte geworden. Als Möglichkeit der Begegnung hat es seine Berechtigung. Ist aber die Art der Begegnung auf Pfarrfesten ausreichend, Fernstehende anzuziehen und für Christi Botschaft zu interessieren? Sollte man übrigens aus Gründen guter Organisation für ein Pfarrfest nicht besser zeitgerecht einen Ad-hoc-Ausschuß einberufen; statt dafür einen festen Sachausschuß zu bilden?
- 26 PGR fühlten sich zur Betreuung Wehrpflichtiger besonders herausgefordert und teilen darum für diese Aufgabe Kräfte ein. Diese Entscheidung ist lobenswert, weil das aufgeschlossene Eingehen auf die Bedürfnisse wehrpflichtiger Soldaten und ein dadurch bewirktes Vertrauensverhältnis heute aus Sicht des Soldaten in der Kirche wie auch des Katholiken in der Bundeswehr dringend erforderlich ist. Das Gespräch zwischen den Generationen erfordert Klugheit, Takt, Stehvermögen und sicherlich viel Phantasie.
- 21 PGR haben den Bereich „Mission/Entwicklung/Friede/Umwelt“ als besondere Aufgabe erkannt und ihm darum Kräfte gewidmet. Der Bereich ist eigentlich auch mit dem Teilbereich „Mission“ dem sogenannten Weltdienst der Kirche zuzuordnen, bei dem es darauf ankommt, „das göttliche Gesetz dem irdisch bürgerlichen Leben aufzuprägen“ (GS 43), d. h. den Alltag und die Umwelt im Geiste Christi zum Wohle der Mitmenschen zu verbessern. Dazu muß man sicher mit diesen Menschen in der Ortschaft, in der Kommune und auch in der Kaserne Gespräche führen. Nicht viele Aktionen und noch mehr Resolutionen sollten angestrebt werden, sondern neue Haltungen.
- 19 PGR betrachten den Besuchsdienst als besondere Aufgabe und haben ihr Kräfte zugeteilt. Diese Entscheidung ist folgerichtig aus der einschlägigen Ordnung abgeleitet, in der es u. a. heißt: „Die Aufgaben des Pfarrgemeinderates bestehen vor allem darin, . . . Kontakte zu denen, die dem Gemeindeleben fernstehen, zu suchen.“ Diese Aufgabe ist nicht leicht, aber sie ist wichtig. Vielleicht kann man diesem Aufgabenbereich auch die Verbindung zur Ortschaft zuordnen, weil es manchmal einfach zweckmäßig ist, die angestrebten Kontakte dorthin zu knüpfen.

- 16 PGR sehen die Ökumene als besondere Aufgabe. Mit dem Blick auf eine Kernaussage des Arbeitspapiers des Priesterrates mit dem Titel „Konfessionelles Bewußtsein bei Soldaten und Folgerungen für die Praxis der Militärseelsorge“, die da lautet: „... In Zukunft werden sich Christen verschiedener Konfession stärker als Gruppe der Gläubenden gegenüber den Nicht-Gläubenden erfahren...“ — mit dem Blick auf diesen Satz ist der Ökumene langfristig eine beständige Aufmerksamkeit zu schenken.
- 15 PGR betrachten die Caritas als Herausforderung und widmen ihr besondere Kräfte. Das ist richtig und gut so, im Vergleich der Zahlen sicherlich aber zu wenig; denn ein Christentum ohne Caritas ist weniger überzeugend als die Herrenclubs von Rotary und Lions. Das Bemühen, Not zu lindern und Gutes zu tun, muß viel deutlicher als bisher wieder eine Lebenseinstellung der Christen werden. Darum müßte sich jeder Pfarrgemeinderat stets aufmerksam umschaun, Notsituationen wahrnehmen und Hilfsbereitschaft wecken.
- 11 PGR betrachten die Jugendarbeit als besondere Aufgabe, wohl eine Ergänzung der jeweiligen Jugendarbeit in den Ortspfarreien bzw. eine dringend notwendige Aufgabe in Orten, in denen der Militärpfarrer zugleich der Ortspfarrer ist.

Die Pfarrgemeinderäte haben mit der Bildung von Sachausschüssen bzw. der Bestellung von Sachbearbeitern ihren Arbeitsschwerpunkt festgelegt. Darüber eine eingehendere Beurteilung abzugeben, ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll, weil das Umfeld und die Situation der einzelnen Seelsorgebezirke nicht miteinander vergleichbar ist. Die Erfahrung mit den Seminaren für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit legt es aber nahe, zentral gelenkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Aufmerksamkeit auf drängende Sachaufgaben zu lenken, wie z. B. die Caritas oder die Betreuung Wehrpflichtiger.

22. Mit den grundsätzlichen Ausführungen über die an einen Pfarrgemeinderat zu richtenden Forderungen und mit der Vorstellung der durch die Pfarrgemeinderäte bereits ausgewählten Arbeitsgebiete wurde schon fast ein Ausblick auf deren neue Amtszeit gewagt.

Dieser Ausblick wäre halbherzig, übersähe er drei wichtige Forderungen, die ich für außerordentlich aktuell halte und die auch die ZENTRALE VERSAMMLUNG 1989 in ihrem Beschluß aus Anlaß von PGR-Wahlen zum Apostolat der Laien erhoben hat:

- (1) Von der Erarbeitung aufwendiger Programme und dem Angebot kostenträchtiger Veranstaltungen Abschied nehmen und statt dessen die Entstehung von Basisgruppen und GKS-Kreisen fördern = kleine Gemeinschaften ins Leben rufen!
- (2) Glaubensgespräche planmäßig fördern = das Wissen über den Glauben in Gesprächsrunden mehren!
- (3) Jährlich eine Informationsveranstaltung für Kompaniefeldwebel, Einheits- und Verbandsführer im Seelsorgebezirk anbieten = auf Distanz stehende Vorgesetzte für die Militärseelsorge gewinnen!

23. Der Vorstand der ZENTRALEN VERSAMMLUNG hat an der Vorbereitung der Pfarrgemeinderatswahlen ebenso mitgewirkt wie an all der Arbeit, die erforderlich war, die letzten WOCHEN DER BEGEGNUNG erfolgreich zu gestalten. Einzelne Arbeitsschritte, Beratungspunkte oder auch Meinungsäußerungen der vergangenen vier Jahre hier aufzuzählen würde kein sinnvoller Beitrag zur Arbeit der diesjährigen ZENTRALEN VERSAMMLUNG sein.

Von den Tätigkeiten des Vorstandes im vergangenen Jahr verdient jedoch eine Erfahrung festgehalten zu werden: Die unter Beteiligung der GKS geführten Gespräche mit Vertretern der militärischen Führung, politischen Leitung und des Parlaments waren nützlich, sie sollten eine Fortsetzung finden.

Im Jahresablauf kamen die Mitglieder des Vorstandes der ZENTRALEN VERSAMMLUNG jeweils viermal zu einer Sitzung zusammen. Zwischen diesen Vorstandssitzungen leiteten die einzelnen Mitglieder die Arbeit ihrer Sachausschüsse. 1986 hatte der Vorstand acht Sachausschüsse eingerichtet, die seine Arbeit in der Folgezeit wirksam unterstützten, und zwar auf folgenden Aufgabefeldern:

- SA I: „Pastorale Grundfragen“
unter Leitung von KptLt BALLERMANN;
- SA II: „Gemeindearbeit“
unter Leitung von Hptm ODEN;
- SA III: „Organisation/Planung“
unter Leitung von Oberstlt PETERSEN;
- SA IV: „Verbandsarbeit“
unter Leitung von Oberstlt TROST;
- SA V: „Soziales Engagement“
unter Leitung von OLt POSNER, später Maj NITSCH;
- SA VI: „Entwicklung, Friede, Mission und Umwelt“
unter Leitung von Oberstarzt Dr. WERNER;
- SA VII: „Information“
unter Leitung von Frau BRODA;
- SA VIII: „Familien- und Frauenfragen“
unter Leitung von Frau THYE.

Tod, Zurruesetzung, persönliche und familiäre Probleme hatten Einfluß auf die Zusammensetzung des Vorstandes; noch im letzten Jahr schieden Oberstlt TROST und KptLt BALLERMANN aus. Ihre Plätze wurden nicht mehr nachbesetzt, so daß der Vorstand mit nur sechs Mitgliedern in die letzte Runde gegangen ist.

24. Als Vorsitzender danke ich allen ehemaligen und den bis zum heutigen Tag im vollen Einsatz befindlichen Mitgliedern des Vorstandes für ihr Engagement, für ihre Mitarbeit, ihre Gedanken und jedes offene Wort.

Ein herzliches Wort des Dankes haben auch die Mitglieder der Sachausschüsse verdient, die sich stets im Hintergrund hielten, aber bereit waren, nicht nur ihr Sachwissen und fachliches Verständnis, sondern auch einen beträchtlichen Teil ihrer und ihrer Familien Zeit dem Dienst am Laienapostolat der Militärseelsorge zu widmen. Laienarbeit ist eine ehrenamtliche Freizeitbeschäftigung. Stets bei den Laien — auch in der Freizeit an Wochenenden — war Militärdekan THEIS mit den Angehörigen seines Referates. Ihnen allen, besonders aber den Herren HEINZ und HORNECKER, schuldet die ZENTRALE VERSAMMLUNG Dank.

C. Ausblick auf besondere Herausforderungen

25. Am Ende einer Mandatszeit mußte der Rückblick verständlicherweise mehr Zeit in Anspruch nehmen. Ein Vorsitzender würde seiner Aufgabe nicht gerecht, lenkte er die Aufmerksamkeit der Versammlung nur auf Vergangenes, sähe er keine Aufgaben in der Zukunft. Wir leben in einer interessanten Zeit, die große Herausforderungen stellt. Das bewegende Geschehen des vergangenen Jahres in Ost- und Mitteleuropa war für den, der sich den Sinn dafür bewahrt hat, auch ein Lehrstück für Hoffnung und Glaube. Sicherlich gibt es für dieses Geschehen viele Erklärungsmöglichkeiten. Die treffendste, zusammenfassende Erklärung bietet nach meiner Meinung das Sprichwort: „Der Mensch denkt, Gott lenkt!“ Sollten wir nicht den Mut haben, die Entwicklung Mittel- und Osteuropas auch einmal mit den Augen des Glaubens zu betrachten?

26. In seiner Predigt beim Pontifikalamt während der 29. WOCHE DER BEGEGNUNG beklagte unser Militärbischof die heutige Sprachlosigkeit in religiösen Dingen. Er forderte ein intensiveres *Bemühen um die Aneignung von Glaubenswissen*.⁶⁾

Die Aktualität dieser Forderung wurde mir bei der Lektüre von George ORWELLS „The English People“ sehr deutlich. Da heißt es nämlich im Kapitel „Der moralische Horizont des englischen Volkes“: „Seit ungefähr hundertundfünfzig Jahren haben Religionsgemeinschaften oder bewußter religiöser Glaube irgendwelcher Art nur noch sehr wenig Einfluß auf die Masse des englischen Volkes gehabt. Nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung geht jemals zu einer Stätte der Andacht, es sei denn zu Heirat oder Begräbnis. Ein verschwommener Theismus und ein unsicherer Glaube an ein Leben nach dem Tode sind wahrscheinlich ziemlich verbreitet, aber die wesentlichen Lehren des Christentums sind weitgehend vergessen worden. . . “⁷⁾

Wir wollen die Lehre Christi bewußt studieren, um aussagefähig zu werden. Wir bemühen uns um die Aneignung von Glaubenswissen. Ein solches Bemühen findet Unterstützung in der Lesehilfe zum Katholischen Erwachsenen Katechismus, die das KMBA unter dem Titel „Auf dem Weg des Glaubens“ herausgibt. Daß es eine hervorragende Aufgabe für jeden Pfarrgemeinderat ist, die Gläubigen für Dienste der Glaubensunterweisung zu gewinnen und zu befähigen, wurde bereits erwähnt. Daß die Verwirklichung dieser Aufgabe am besten in einer planmäßigen Förderung von Gesprächskreisen erfolgt, sei den Pfarrgemeinderäten noch einmal in Erinnerung gerufen.

Christlicher Glaube darf aber nicht nur besprochen, er muß gelebt werden. Wer das Bibelwort von der Schöpfung annimmt, das da lautet: „Gott schuf also den Menschen als sein Abbild“ (Gen. 1, 27), der muß den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt all seines Denkens und Tuns stellen.⁸⁾

27. Das Menschenbild der Bibel führt zu einem vertieften Verständnis des Artikels 1 unseres Grundgesetzes, es fundamentiert diesen Artikel mit der Gottes- und Nächstenliebe und zwingt im zwischenmenschlichen Bereich zu einem Bemühen um mehr Gerechtigkeit — eine Forderung, die der Herr Militärgeneralvikar bereits im vergangenen Jahr bei der Bearbeitung des damaligen Leitthemas „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ stellte.

Das Bemühen um mehr Gerechtigkeit darf sich nicht auf eine unverbindliche Bejahung von Erkenntnissen der Soziologie, von politischen Forderungen z. B. nach Aufhebung der Apartheid in Südafrika oder von Dokumenten konziliarer Prozesse beschränken, es darf nicht beim Studium der katholischen Soziallehre stehen bleiben, es muß den einzelnen jeden Tag auf dem Weg zu den Mitmenschen begleiten. Das Bemühen, dem Nächsten gerecht zu werden, ihm mit Achtung und Respekt zu begegnen, ihm auch Gutes zukommen zu lassen⁹⁾ — dieses Bemühen ist besonders notwendig im dienstlichen Bereich von Soldaten, die das Gesetz gar noch zur Kameradschaft verpflichtet. Welche Betätigungsmöglichkeiten uns katholischen Soldaten der Alltag in der Bundeswehr bietet, zeigt der Jahresbericht 1989 des Wehrbeauftragten auf; darin heißt es: „Der Grad der Verwirklichung zeitgerechter Menschenführung äußert sich im Betriebsklima, in der Stimmung, die in den einzelnen Einheiten und Verbänden herrschen. Dieses Klima wird nicht, wie vielfach immer noch geglaubt wird, durch grobe Grundrechtsverletzungen, durch spektakuläre Mißhandlungen körperlicher oder seelischer Art bestimmt. . . Wenn Wehrpflichtige am Ende ihres Wehrdienstes befragt werden, wie sie diese Zeit erlebt haben, wird häufig auf weniger gravierende Führungsschwächen und Unzulänglichkeiten hingewiesen, die sich im militärischen Alltag einschleichen und das menschliche Miteinander von Untergebenen und Vorgesetzten negativ beeinflussen. Derartige Führungsmängel. . . lassen erkennen, daß der Umgang miteinander zu häufig von innerer Distanz geprägt ist und sich so weder Vertrauen, noch das Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln können. Die Folge hiervon ist zwangsläufig der Eindruck von zwischenmenschlicher Kühle“¹⁰⁾

28. *Das Werk einer zwischen den Menschen gelebten Gerechtigkeit ist der Friede* — das lehrt die „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“, die das Zweite Vatikanische Konzil vor 25 Jahren am 7. 12. veröffentlichte und der das Leitthema der diesjährigen WOCHEN DER BEGEGNUNG entnommen wurde.

Den diesjährigen Friedenstag gestaltete der GKS-Kreis Bonn mit Hilfe des jüdischen Theologen PINCHAS LAPIDE, der einen Vortrag hielt mit dem Thema: „Ist Feindesliebe möglich? Sind Jesuworte heute noch aktuell?“ In dem Büchlein „Wie liebt man seine Feinde?“, das dem Vortrag zugrundelag, schreibt PINCHAS LAPIDE: „Krieg soll nach dem Willen Gottes nicht sein!“ So heißt es in kirchlichen Verlautbarungen, die sich mit Recht

auf die Berglehre berufen. Aber auch Rufmord soll nicht sein, nicht Ehebruch, nicht Meid und nicht Nächstenhaß — alles friedensfeindliche Störfaktoren, die dieselbe Berglehre ebenso verbietet, aber bis heute nicht aus der Welt zu schaffen vermochte. Vor allem aber soll kein Krieg sein um des Friedens zwischen Bürgern desselben Staates willen, die allesamt auf verschiedenen Wegen mit Redlichkeit den Frieden zu festigen gewillt sind. Denn was für ein Frieden mag das wohl sein, der durch Parteistreit, Vertrauensschwund und Bruderzwist errungen werden soll?⁽¹¹⁾

Wenn es stimmt, daß Gerechtigkeit Frieden schafft, wenn es stimmt, was Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag 1984 verkündete, daß der Krieg im Herzen des Menschen geboren werde und der Mensch es sei, der töte, nicht sein Schwert oder seine Raketen,⁽¹²⁾ dann muß die Frage gestellt werden, ob der Frieden gefördert wird, wenn bestimmte Kreise, die sich Friedensgruppen nennen, behaupten,

- die offizielle „Sicherheitspolitik“ setze auf die Androhung der totalen, unterschiedslosen Vernichtung und Verwüstung durch Atomwaffen,⁽¹³⁾
- Armeen seien Instrumente zur Vorbereitung und Führung von Kriegen,⁽¹³⁾
- jeder Soldat sei ein potentieller Mörder!

Es ist sehr fraglich, ob ein Beitrag zur Friedenssicherung und -förderung erfolgt, wenn man sein Feindbild auf den Soldaten projiziert, sein Denken auf Bewaffnungsfragen fixiert, die Sicherheitspolitik militarisiert und mit Vorliebe Kriegführungsszenarien benutzt, um seine Theorien zu belegen. Aggressives Eifertum und Intoleranz dürften wohl nicht Grundlagen des Friedens sein.

Das Gespräch allerdings ist sicherlich ein überzeugender Beitrag zum Friedensschaffen. Wir sollten als Christen im Interesse des Friedens jederzeit gesprächsbereit sein, vor allem mit solchen Partnern, die den Glauben mit uns teilen, vor allem über solche Themen, die Werken der Gerechtigkeit gewidmet sind.

PINCHAS LAPIDE empfiehlt vier Tugenden, die auch dem Frieden förderlich sein können: „...Erstens: die Konfliktfähigkeit. Sie läßt Kontroversen fair austragen, schweigt nichts tot, verdrängt nichts und setzt den gegenseitigen Respekt nicht aufs Spiel. Zweitens: die Dialogbereitschaft... Hilfreich ist dabei eine alte rabbinische Einsicht, die zur Toleranz anleiten kann: Jede Streitfrage hat drei Seiten — deine Seite, meine Seite — und die richtige Seite. Drittens: Einfühlsamkeit. Man muß die Schmerzgrenze des anderen kennen, sie niemals überschreiten. Viertens: Kompromißbereitschaft. Zuerst mit uns selbst, aber dann auch mit allen anderen...“⁽¹⁴⁾

Bereits während der 25. WOCHE DER BEGEGNUNG in KÖNIGSTEIN wurde den örtlichen Kreisen empfohlen, am Standort das Gespräch mit den dort vertretenen Organisationen der katholischen Jugend zu suchen und mit diesen auch Gebetsgemeinschaften zu bilden. Diese Empfehlung ist weiterhin aktuell.

29. Resolutionen im Rahmen der Auseinandersetzung um den Frieden, ideologischer Schlagabtausch um „gesellschaftliche Befreiungsprozesse“, systematische Manipulation

von Begriffen durch eine Parteibürokratie, ununterbrochene Berieselung durch die Medien und häufige Wahlkämpfe haben uns gelehrt, daß es weise ist, Worte zu wägen.

In seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels empfahl der jetzige Staatspräsident der Tschechoslowakei, VACLAV HAVEL, am 15.10.1989 in FRANKFURT ein *tiefes Mißtrauen gegen Phrasen und Lösungen*. Beherzigen wir seine Empfehlung, wenn wir uns als Staatsbürger in Uniform an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft beteiligen, wenn es gilt leeren Versprechungen, Lüge und Ungerechtigkeit entgegenzutreten.

Lassen wir zum Abschluß die Gedanken dieses mutigen Bekenners auf uns wirken: „Jedes Wort enthält auch die Person, die es ausspricht, die Situation, in der sie es ausspricht, und den Grund, warum sie es ausspricht. Dasselbe Wort kann einmal große Hoffnung ausstrahlen, ein anderes Mal nur Todesstrahlen aussenden. Dasselbe Wort kann einmal wahrhaftig und ein anderes Mal lügnersch sein . . .

Unter der erstickenden Decke von Tausenden von leeren Worten, unter der wir so lange leben müssen, hat sich in uns ein so starkes Mißtrauen gegenüber der Welt der trügerischen Worte herausgebildet, daß wir heute fähig sind, besser als früher die menschliche Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist: nämlich als die komplizierte Gemeinschaft Tausender und Millionen von unwiederholbaren menschlichen Einzelwesen, die neben Hunderten von schönen Eigenschaften auch Hunderte von Fehlern und schlechten Neigungen haben, die sich jedoch nie mit dem Bügeleisen hohler Phrasen und entwerteter Worte — zum Beispiel Klassen, Nationen oder politische Kräfte — zu einer einzigen homogenen Masse einebnen lassen und die so en bloc zu loben oder zu verurteilen sind, zu lieben oder zu hassen, zu verleumden oder zu feiern. . .

Am Anfang ist das Wort. — Das ist ein Wunder, dem wir zu verdanken haben, daß wir Menschen sind. — Doch zugleich ist es ein Hinterhalt, eine Prüfung. . . “¹⁵⁾

Anmerkungen:

- 1) Franz Hengsbach, „Das Konzilsdekret über das Apostolat der Laien — Text und Kommentar“, 2. Auflage, Paderborn 1967, S. 128
- 2) Vgl. „Ordnung für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs“ im VERORDNUNGSBLATT DES KATHOLISCHEN MILITÄRBISCHOFs, 22. Jahrgang, Nr. 4/86 vom 17. 4. 1986
- 3) Dr. Wilhelm Pötter, Einleitung zum Beschluß „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ in „Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland“, hrsg. von L. Bertsch, S.J. u.a. Freiburg 1976, S. 640
- 4) Franz Hengsbach, „Das Konzilsdekret über das Apostolat der Laien — Text und Kommentar“, 2. Auflage, Paderborn 1967, S. 77
- 5) „Brief des Bischofs von Hildesheim“, Dr. Josef Homeyer an die Priester, hauptamtlichen Mitarbeiter und Angehörigen der Pfarrgemeinderäte im Bistum, Hildesheim 20. 11. 1986, S. 5
- 6) Vgl. Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, „Predigt zum Pontifikalamt“ in AUFTRAG Nr. 183/184, August 1989, S. 68 ff.
- 7) George Orwell, „The English People“, München 1980, S. 28—29
- 8) Vgl. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. 2. 75, zitiert bei Paul Schulz, „Menschenbild und Selbstverständnis katholischer Soldaten“ in AUFTRAG Nr. 187/188, Dezember 1989, S. 42

- 9) Vgl. „Grundwerte verlangen Grundhaltungen“, Hirtenwort der deutschen Bischöfe in PRESSEDIENST des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn Nr. XVII/77 vom 23.9.77, S. 7f.
- 10) Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/6522 „Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten — Jahresbericht 1989“ vom 22.2.90, S. 12
- 11) Pinchas Lapide, „Wie liebt man seine Feinde?“, 5. Auflage, Mainz 1987, S. 70f.
- 12) Botschaft seiner Heiligkeit Papst Johannes Pauls II. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 1984 „Der Frieden entspringt einem neuen Herzen“, GKS-HANDBUCH Nr. 1.1, S. 46
- 13) DFG-VK Pressemitteilung „Friedensgruppen fordern Kirchen und Bundespräsidenten auf, jetzt offen über die Existenzberechtigung der Bundeswehr zu diskutieren“, Bonn 2.2.1990
- 14) Pinchas Lapide, „Glaubensinseln im Ozean der Apathie“ in RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT Nr. 13 vom 30.3.1990, S. 23, Sp. 5
- 15) Václav Havel, „Die geheimnisvolle Macht des Wortes in der menschlichen Geschichte“, Rede des tschechoslowakischen Bürgerrechtlers zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in GENERALANZEIGER, Bonn, 1.12.1989, S. 12—13

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der Zentralen Versammlung

1. Die GKS hat gestern ihre Bundeskonferenz durchgeführt, die unter dem Leitwort stand „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“. Es ist der Gemeinschaft bewußt gewesen, daß dieses Leitwort eine starke Verkürzung der Aussage des II. Vatikanischen Konzils zu den ethischen Grundfragen des soldatischen Dienstes darstellt.

Die Beschäftigung mit dem Jahresthema hat uns deutlich gemacht, daß die Forderungen der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ heute nach 25 Jahren unverändert aktuell und bei weitem noch nicht abgegolten sind. Das Dokument ist auch den gegenwärtigen Veränderungen in Europa und den sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen gewachsen.

Wenn der Soldat sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker zu verstehen hat, dann reicht seine Bereitschaft, den Frieden zu sichern, nicht aus. Darüber hinaus muß er sich über das Wesen von Frieden und Freiheit klar sein und bewußt seine Rolle bei der Förderung des Friedens und dem Aufbau der Völkergemeinschaft übernehmen und aktiv ausfüllen.

So, wie Pater Dr. Langendörfer (SJ) in seinem Referat heute morgen ausführte, haben katholische Soldaten den politischen Prozeß der Neuorientierung der Streitkräfte zu begleiten und seine Bindung an die Werte Freiheit und Gerechtigkeit einzufordern.

2. Der Bundeskonferenz und dem Militärbischofsamt hat der Bundesvorstand der GKS einen schriftlichen Lagebericht mit den Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkten des vergangenen Jahres vorgelegt. Deshalb konnte ich mich in meinem gestrigen mündlichen Bericht auf vier wesentliche Punkte beschränken.

- (1) Der europäische Strukturwandel bedingt einen Funktionswandel der Streitkräfte. Dies stellt die GKS vor die Herausforderung, zu den sozioethischen Dimensionen des Dienstes Orientierungen zu geben und Ziele zu setzen.
- (2) Die Bundeswehr hat sich als Armee einer rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie bewährt. Im Gegensatz zu ihr war die NVA bis vor kurzem noch eine sozialistische Parteiarmee gewesen. Sie ist auch heute noch keine Armee des Volkes. Bevor sie sich nicht grundlegend reformiert, kann es keine Gemeinsamkeiten zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee geben.

Völlig unabhängig von dieser Feststellung verdient der einzelne NVA-Angehörige menschliches Verständnis, brüderliche Zuwendung, geistlichen Beistand und Seelsorge.

- (3) Innerhalb der Bundeswehr ist es die Aufgabe katholischer Soldaten, die Mitmenschen erfahren zu lassen, was das spezifisch Christliche an ihnen ist. Das heißt, entsprechend ihrer Glaubensauffassung — vor allem dem Gebot der Nächstenliebe — einen originären Beitrag zur Verwirklichung menschenwürdiger Existenz und eines verantwortbaren Gehorsams zu leisten. Dazu gehört auch, der Idee der persönlichen Freiheit in den Streitkräften Geltung zu verschaffen.
- (4) Im vierten Teil habe ich die Bitte des hw. Herrn Militärbischofs, die er mit der Übersendung des „Wortes der Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche“ äußerte, umgesetzt. Ich habe dieses Bischofswort in der Bundeskonferenz bekannt gemacht und sowohl den Delegierten als auch dem Sachausschuß „Konzeption“ den Auftrag gegeben, die Aussagen in ihre Arbeit einzubringen und, wo nötig, auf die besonderen Belange der GKS zu übertragen.

3. Ich möchte an dieser Stelle und vor der Zentralen Versammlung dem Herrn Militärbischof dafür danken, daß er am 14. 2. 90 der Selbsteinschätzung der GKS als „freier Zusammenschluß von Gläubigen“ gemäß can 215 CIC (83) völlig problemlos und wie selbstverständlich zugestimmt hat. Dies zeigt das große Vertrauen in die GKS und ihre Beheimatung im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs. Das erfüllt unsere Gemeinschaft mit Stolz. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist damit nach gültigem Kirchenrecht ein katholischer Verband, dem die zuständigen Standortpfarrer als geistliche Beiräte zugeordnet sind.

4. Bei der diesjährigen Woche der Begegnung hat sich ein Wechsel in der Führungsmannschaft der GKS ergeben. Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 30. 4. 90 den bisherigen Redakteur „Auftrag“, Oberst a. D. Helmut Fettweis, nach fünfundzwanzigjähriger Tätigkeit und den bisherigen Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberstleutnant Jürgen

Bringmann, nach zwanzigjähriger Tätigkeit auf eigenen Wunsch von ihren Ämtern entbunden.

Als neuer Redakteur „Auftrag“ wurde Oberstleutnant Klaus Brandt, als neuer Bundesgeschäftsführer Hauptmann Günter Hagedorn und als Pressesprecher Oberstleutnant Jürgen Bringmann berufen.

5. Der Bundesvorstand hat auf dieser Sitzung auch das Thema der Jahresarbeit 1991 festgelegt. Es soll das diesjährige Thema fortsetzen und einen Beitrag unserer Gemeinschaft zum Thema des Katholikentages 1992 in Karlsruhe „Europa“ sein. Deshalb lautet das Jahresthema der GKS für das Jahr 1991: *„Europäische Sicherheit — Unser Beitrag zur gemeinsamen Wertordnung“*. Dieses Jahresthema wird auch die thematische Grundrichtung für das nächste Seminar der „Akademie Oberst Helmut Korn“ sein.

6. Die Bundeskonferenz hat gestern eine Erklärung mit dem Titel „Unser Dienst in einer sich wandelnden Welt“ zum 25. Jahrestag der Verkündung von „Gaudium et Spes“ verabschiedet. Zugleich ist dies die 30. Woche der Begegnung. Der „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK) bildete sich vor dreißig Jahren. Dies sind keine Gründe, um große Feste zu feiern. Trotzdem wollten wir die Anlässe GKS-gerecht würdigen.

Aus diesem Grund hat unsere Gemeinschaft alle ihre Erklärungen, von der ersten des Jahres 1970 „Soldat für den Frieden“ bis zur achtzehnten des gestrigen Tages in einer Broschüre zusammengefaßt. Wir wollten damit eine zwanzigjährige Arbeit dokumentieren und nach innen wie nach außen unser Selbstverständnis darstellen.

Nach außen soll in eine freie und pluralistische Gesellschaft hinein dar- und zur Diskussion gestellt werden, wie katholische Soldaten denken, welche Ziele sie verfolgen, welche Vorstellungen zur Sicherheits- und Friedenspolitik sie unterstützen und wie sie zur Bewahrung des Erreichten sowie zur Entwicklung des Erforderlichen beitragen können. Natürlich wollen wir mit unseren Erklärungen auch auf die Öffentlichkeit, auf kirchliche Gruppen, Meinungs- und Verantwortungsträger in der Kirche wie der Bundeswehr Einfluß nehmen.

Nach innen sollen die Erklärungen den Mitgliedern der GKS zur Wertfindung und Standortbestimmung dienen. Sie sollen ihnen Rückhalt und Lebenshilfe bieten, das Verantwortungsbewußtsein für den soldatischen Auftrag sowie die gesellschaftlichen Aufgaben schärfen und sie zu gemeinschaftlichem Handeln befähigen. Es ist eine wichtige Aufgabe katholischer Laienarbeit, für eine christliche Weltgestaltung Orientierungshilfen zu geben.

Der Titel des Buches mit den Erklärungen der GKS lautet — wie konnte es anders sein — „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“. Es ist herausgegeben von Jürgen Bringmann und Helmut Fettweis.

Ebenfalls ein Dokument der GKS-Arbeit ist das von J. Bringmann und Hartmut Bühl herausgegebene Buch „Christen für den Frieden — Zur Legitimation soldatischen Dienens“.

Das Buch dokumentiert ein gemeinsames Symposium von GKS und dem evangelischen Arbeitskreis Sicherung des Friedens im November 1989.

(Im Anschluß an seinen Kurzbericht übergab der Bundesvorsitzende die beiden Bücher dem Militärbischof.)

Grußwort des Vertreters des Priesterrates

Im Auftrag des Priesterrates des Katholischen Militärbischofs überbrachte Militärpfarrer Schadt herzliche Grüße und beste Wünsche für das Gelingen dieser gemeinsamen Tage. Er stellte der Zentralen Versammlung zunächst kurz den Priesterrat als Beratendes Gremium des Bischofs vor. In seinem geistlichen Impuls nannte er ein Hauptproblem der Priester heute: Wie kann der Priester mit anderen Christen Bruder sein? Er gab den Zuhörern mit auf den Weg: Wer sagen kann, die Sache mit dem Glauben funktioniert, hat erfahren: Es gibt eine Hoffnung für das Leben; es gibt das Getragenwerden durch den Nächsten; es gibt das Spüren der Existenz Gottes in dieser Welt.

Viele Menschen hätten heute den Zug des Volkes Gottes verlassen und irrten ziellos umher. Es sei Aufgabe, ihnen den Weg zu zeigen und dafür Zeuge zu sein, daß die Sache mit dem Glauben wirklich funktioniert.

Predigt beim Pontifikamt

während der Woche der Begegnung in Bad Segeberg am 2. Mai 1990

Elmar Maria Kredel

Verehrte Gäste!

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
im Laienapostolat der Kirche unter den Soldaten!
Brüder und Schwestern!

Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker

Sie haben dies als Thema dieser Woche der Begegnung gewählt. Hierzu will ich Ihnen in dieser Predigt meinen Beitrag geben.

Als Soldaten Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker zu sein — unter diesen Anspruch wollen Sie sich stellen und stellen Sie sich. Sie greifen damit ein Wort des II. Vatikanischen Konzils auf. Das Konzil hat vor 25 Jahren in seiner Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute Grundlegendes über den Dienst am Frieden gesagt, und es hat dem Soldaten seinen Platz zugewiesen: Er soll sich als Diener der Sicherheit und Freiheit aller Völker verstehen; dadurch schützt er die Würde und Rechte eines jeden Menschen, gleich welches Antlitz der Schöpfer ihm gegeben hat.

Ist dieser Dienst heute überflüssig geworden? Bedeuten die tiefgreifenden politischen Veränderungen des vergangenen Jahres, die im Überwinden der Berliner Mauer ihren Höhepunkt gefunden haben, daß Freiheit und Sicherheit in Mitteleuropa erreicht und gesichert sind? Manch einer aus Ihren Reihen mag sich sogar die bange Frage stellen: Werde ich nicht mehr gebraucht? Soll ich etwa nach vielen Jahren treuen Dienstes einfach ausgemustert werden?

Es ist nicht meine Aufgabe, politische Ziele zu formulieren. Jedoch bezieht der Militärbischof in dieser Frage Position und nennt die Erwartungen, die wir an die Politik stellen. Seien Sie sicher, daß ich als Ihr Bischof um diese Sorgen weiß, die ja auch existentielle Sorgen um die Zukunft Ihrer Familien einschließt. Der Militärbischof steht auf Ihrer Seite in diesen schwierigen Zeiten, die vor Ihnen und Ihren Familien liegen. Wir haben heute keinen Grund, verzagt zu sein, sondern wir dürfen vor allem dankbar und froh sein! Dankbar, weil der Kalte Krieg nach über vierzig Jahren ein Ende gefunden hat. Die widernatürliche Trennung der Völker Europas, die Teilung unseres Volkes, die diktatorische Unterdrückung vieler Millionen Menschen ist überwunden. Sie dürfen auch dankbar und froh sein, daß Sie mit Ihrem Dienst geholfen haben, eine solche friedliche Veränderung zu ermöglichen.

Der Lauf der Geschichte, das haben die vergangenen Monate gezeigt, wird nicht von den Machthebeln eines Parteiapparates, nicht von Ideologien festgelegt. Gott ist der Herr der Geschichte. So wie er sein Volk Israel durch die Wüste geführt hat, greift er auch heute in unsere Geschichte ein. So wie Jesus Christus dem Willen des Vaters gefolgt ist, so wollen auch wir dem Willen Gottes hier und jetzt nachfolgen. Ergreifen wir gemeinsam die Chancen, die sich aus der neuen politischen Situation ergeben. Als gläubige Christen fragen wir, was es heute heißt, dem Willen Gottes als dem Herrn der Geschichte zu folgen. Wie kann der Dienst an der Sicherheit und Freiheit aller Völker heute aussehen? Sie haben sich dieser Frage gestellt und in der Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten darauf Antworten gegeben. Darin möchte ich Sie bestärken und unterstützen. Stellen Sie sich weiter dieser Herausforderung, und tragen Sie diese Aufgabe in die Bundeswehr hinein.

Die Aufgabe der Friedenssicherung in Europa verlangt „die Verminderung des militärischen Elements in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Bildung stabiler Sicherheitsstrukturen auf möglichst niedrigem Niveau von Streitkräften und Rüstung“, so betonen Sie in der Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Damit wird Raum gegeben für die Förderung des Friedens mit dem Ziel, den Status quo zu überwinden und

eine umfassende Friedensordnung zu schaffen. Den Frieden zu fördern bedeutet zuerst und vor allem, die individuellen und sozialen Rechte der Menschen anzuerkennen und zu wahren.

Ein Europa, in dem die Völker in Frieden miteinander leben, in dem überall die Rechte der Menschen geschützt sind, diesem Europa sind wir heute näher als jemals zuvor in den vergangenen vierzig Jahren. Alle, die öffentliche Verantwortung tragen, müssen sich fragen, wie sie den politischen Veränderungsprozeß unserer Tage auf den Frieden hin beeinflussen können. Es reicht nicht aus zu sagen, was gestern bewährt war, wird es auch morgen sein. Wir müssen vielmehr fragen, welche neuen Aufgaben sich dem Soldaten stellen, der dem Frieden aller Völker dienen will. Die kirchliche Friedenslehre bietet hierzu gerade in dieser Zeit des Umbruchs Orientierungshilfe: Frieden setzt die Verwirklichung der individuellen und sozialen Menschenrechte voraus.

Wer von anderen die Verwirklichung der Menschenrechte einklagt, kann dies nur glaubhaft tun, wenn er selber das ihm Mögliche tut. Es ist an der Zeit, daß wir als Christen uns der Menschenrechte in unserem Verantwortungsbereich wieder verstärkt annehmen. Dies gilt für uns in der Kirche; und dies gilt für Sie als Laienmitarbeiter in Ihrem Arbeitsfeld, in der Bundeswehr. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat vor längerer Zeit eine Initiative unternommen, die die Würde des Menschen und die Verwirklichung seiner Rechte in der Bundeswehr betont. Gerade wenn wir auf die Anerkennung und Verwirklichung der Menschenrechte in den entstehenden demokratischen Gesellschaftssystemen Osteuropas drängen, dann müssen wir als Kirche hierzu Vorreiter sein. Bitte nehmen Sie sich dieses Themas in ihren Pfarrgemeinderäten und Verbänden wieder an.

Die aktuelle Bedrohung der Menschenrechte in den Ländern Osteuropas und durch sie hat nach dem Urteil der Fachleute substantiell nachgelassen. Wenn heute einem stabilen Frieden mehr durch Abrüstung und Rüstungskontrolle gedient wird, dann ist dies die Aufgabe aller, die sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker verstehen. Hierzu haben Sie sich in der Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten „Unser Dienst in einer sich wandelnden Welt“ bekannt. Ich kann dies nur begrüßen und Sie bestärken: Vertreten Sie diese Positionen im Kreis Ihrer Kameraden. Ein solcherart verstandener Soldatendienst, der flexibel ist und sich den Erfordernissen der Zeit stellt, braucht die Auseinandersetzung mit anderen nicht zu scheuen. Im Gegenteil: Treten Sie offensiv dafür ein, daß die individuellen und sozialen Menschenrechte im Prozeß der Neugestaltung Europas das Fundament bilden und geschützt werden. Treten Sie dafür ein, daß die Chancen zu beiderseitiger, kontrollierter Abrüstung genutzt werden.

Und schließlich kann ich Sie nur ermuntern: Setzen Sie sich für die Schaffung wirksamer übernationaler und internationaler Institutionen ein, die mehr und mehr die Aufgabe der Friedenssicherung übernehmen. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gute Erfahrungen im westlichen Bündnis gemacht. Gemeinsam haben Westeuropäer und Nordamerikaner Verantwortung für Frieden und Sicherheit getragen. Bei allen Schwierigkeiten und Differenzen ist viel Vertrauen gewachsen. Hier hat sich gezeigt, daß Bündnisse und über-

nationale Institutionen die Aufgaben der Friedenssicherung wirksamer wahrnehmen können als einzelne Staaten.

Wenn wir also fragen, wie der gläubige Soldat heute im Beruf dem Willen Gottes folgen kann, so möchte ich festhalten: Verstehen Sie sich als Diener gegenüber dem Mitmenschen, so wie Christus es vorgelebt hat. Verstehen Sie sich deshalb als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker, wie es das Konzil vor 25 Jahren gesagt hat und wie es heute aktueller denn je ist. Suchen sie deshalb gemeinsam mit mir, mit Ihren Militärpfarrern und mit allen Interessierten in Kirche und Öffentlichkeit nach den neuen Aufgaben, die sich aus der veränderten politischen Lage ergeben. Darin leisten Sie als Christen und Soldaten Ihren Beitrag für den Frieden in der Welt von heute. Wir nutzen dann den Freiraum, den Gott als der Herr der Geschichte in dieser historischen Stunde uns zur Gestaltung in seinem Sinn aufträgt. Diese Chance und Verantwortung zu nutzen ist unser aller Aufgabe. Lassen Sie uns dies gemeinsam und in christlicher Verantwortung tun.

Amen.

Ansprache

anlässlich des Empfangs am 2.5.1990 während der 30. „Woche der Begegnung“ in Bad Segeberg

Ernst Niermann

Exzellenzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Liebe Mitbrüder!

Wir haben soeben mit unserem Militärbischof ein Pontifikalamt feiern dürfen. Ich danke Ihnen Exzellenzen, daß Sie zu uns gekommen sind, und heiße Sie in unserer Mitte herzlich willkommen.

Unsere diesjährige 30. Woche der Begegnung findet zum wiederholten Male in der Evangelischen Akademie Nordelbien statt.

Ich begrüße den Stellvertretenden Direktor dieser Akademie, *Herrn Pastor Dr. Siegfried Scharrer*. Ich bedanke mich bei Ihnen ganz besonders für die herzliche Aufnahme in Ihrem Hause.

Aus dem militärischen Bereich heiße ich *Herrn Konteradmiral Jürgen Dubois*, Befehlshaber Territorialkommando Schleswig-Holstein, *Herrn Generalmajor Klaus Christoph Steinkopf*, Kommandeur der 6. Panzergrenadierdivision, sowie *Herrn Flottillenadmiral Kurt Ziebis*, Kommandeur der Marinefliegerdivision, *Herrn Generalarzt Dr. Alfons Grutzka*, Chefarzt

des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg, und *Herrn Brigadegeneral Jürgen von Falkenhayn*, Chef des Stabes Alliierte Landstreitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland, ganz herzlich willkommen.

Mit den Genannten begrüße ich alle anwesenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Bundeswehr.

Ein ganz besonderer Gruß gilt den Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche. Ich begrüße ganz herzlich *Herrn Ordinariatsrat Prälat Heinz-Joachim Justus*, der heute für den Bischof von Osnabrück zu uns gekommen ist.

Aus der evangelischen Kirche begrüße ich den Präsidenten der Synode der Nordelbischen Kirche, *Herrn Hans-Rolf Dräger*. Ich möchte mit Ihnen alle Mitbrüder und Mitarbeiter der beiden Kirchen herzlich willkommen heißen.

Einen ganz besonderen Gruß möchte ich auch an den Vertreter der Stadt Bad Segeberg, *Herrn Bürgermeister D. Jörg Nether*, richten. Herr Bürgermeister, wir freuen uns, daß wir zum 2. Male in Ihrer Stadt, die durch die Karl-May-Spiele über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist, zu Gast sein dürfen.

Mein Gruß gilt auch dem Vizepräsidenten der Wehrbereichsverwaltung I in Kiel, *Herrn Dr. Scharnberg*. Mit Ihnen heiße ich alle Beamten und zivilen Angehörigen der Bundeswehr willkommen.

Als Gäste weilen der Kommandeur im Bundesgrenzschutz, *Herr Diethelm Brücke*, sowie der Grenzschutzdekan Msgr. Patrick Boland unter uns.

„Woche der Begegnung“, das heißt Treffen der organisierten Laien des Katholischen Militärbischofs. Mein Gruß gilt dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung, *Herrn Oberst Heinrich Havermann*, sowie dem Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, *Herrn Oberstleutnant i. G. Paul Schulz*, und allen Damen und Herren aus den genannten Gremien.

Ein herzliches Willkommen möchte ich auch an die Vertreter der Presse richten. Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich danken, daß Sie uns heute abend als Gäste beehren.

Ansprache

des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung zum Empfang des Katholischen Militärbischofs am 2.5.1990 in der Ev. Akademie in Bad Segeberg

1. Dem Programmheft dieser 30. Woche der Begegnung und auch der Einladungskarte zum Gästebend des Katholischen Militärbischofs wurde das Leitthema dieser Zentra-

len Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge aufgedruckt: „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“.

Das Thema wurde vor einem Jahr gewählt, weil die „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ — sie enthält diese Aussage in der Form einer Aufforderung — vor 25 Jahren vom Zweiten Vatikanischen Konzil veröffentlicht wurde und weil wir als katholische Soldaten meinten, dieses Dokument gebe uns auf die Frage nach dem Sinn und der Legitimation unseres Berufes auch heute noch aktuelle Antworten.

2. In der Zwischenzeit ist Umwälzendes geschehen. Eine ganz und gar friedliche Revolution hat in den Ländern Mittel- und Osteuropas die Diktatur einer Parteibükratie hinweggefegt. Ehemals festgefügt erscheinende Strukturen verändern sich. Europa ist in Bewegung geraten. Diese ganze Entwicklung ist großartig. Sie erfüllt jeden von uns mit der Hoffnung auf eine Verwirklichung der Zielvorstellung der Pastoralkonstitution, nämlich die Förderung des Friedens und den Aufbau der Völkergemeinschaft.
3. Das neue Europa wird nicht ohne Einfluß auf die Bundeswehr und ihre Soldaten bleiben. Von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa sind die Verminderung des militärischen Elements in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Bildung stabiler Sicherheitsstrukturen auf möglichst niedrigem Niveau von Streitkräften und Rüstung. Katholische Soldaten begrüßen eine solche Entwicklung.
4. Katholische Soldaten halten aber die auch von christlichen Friedensgruppen lancierte Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“ und die Aktion „Massenhafte Kriegsdienstverweigerung“ für unverantwortlich, weil nicht geeignet, einen stabilen Frieden mitzutragen.

Das Widersprüchliche im Denken dieser Gruppen wird deutlich, wenn man einen Soldaten, der sich auf einen Einsatz im Rahmen des Verifikationsregimes künftiger Rüstungskontrollabkommen vorbereitet, mit der Forderung nach Abschaffung jeglichen Militärs konfrontiert.

5. Vor wenigen Wochen verkündete in der Nachrichtensendung des Zweiten Deutschen Fernsehens gar ein prominenter Politiker, die Bundeswehr sei ein Auslaufmodell.

Wie ein Beweis gegen diese Behauptung wirkte die unmittelbar darauf folgende Übertragung von Bildern der Auseinandersetzung zwischen Rumänien und Ungarn: Brutal und hemmungslos schlug man aufeinander ein, wendete man physische Gewalt an.

Dem Nachdenklichen wurde klar: Die Menschen haben tatsächlich ihre Unschuld verloren. „...der Krieg ist nicht völlig aus der Welt geschafft.“ Die Gewalt begleitet das Leben der Menschen seit den Tagen Kains. Statt Gewalt als Mittel der Einflußnahme zu verdammen und wegzudenken, statt sie damit Chaoten eines Hafenstraßenmilieus, streitsüchtigen Familienclans, irrational sendungsbewußten Politikern oder gar einer kriminellen Drogenmafia zu überlassen, sollte man sie in Recht und Gesetz binden sowie einer demokratischen Kontrolle unterwerfen.

Nicht das Nein zur Gewalt macht den Frieden sicher, sondern ihre menschenfreundliche, verantwortungsvolle, darum kontrollierte Verwaltung.

6. Die Bedeutung stabiler Sicherheitsstrukturen für den Aufbau einer Völkergemeinschaft in Europa unterstreichen die folgenden Sätze aus der Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 30. 1. 1990 in Straßburg: „... the upheavals in Central Europe and the Soviet Union are creating unparalleled opportunities, but also carry risks. In some countries the supporters of the old regime are no longer in a position to determine the course of events but can still impede it. In others, although they are on the defensive, they have not given up hope, and have not lost the capability of regaining their former position. If severe symptoms of destabilisation, together with economic chaos, were to persist, these people's chances would increase... Another danger is that of Balkanisation of parts of the European continent, or of the various countries, because of acute tensions between the peoples or states, tensions whose origins lie in the present as well as the past...“
7. Damit diese Spannungen abgebaut und Gefahren einer Explosion von Gewalt eingedämmt werden können, damit die Regierung unseres Landes handlungs- und bündnisfähig bleibt, damit die Grund- und Menschenrechte einen wirksamen Schutz haben, leisten wir weiter unseren Dienst als Soldaten.

Wir sehen uns ermahnt ebenso wie bestätigt durch die Nummer 79 der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“: „Wer aber als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch die rechte Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei...“

Ansprache

zum Empfang des H. H. Militärbischofs Dr. Elmar Maria Kredel während der 30. Woche der Begegnung am 2. 5. 1990

Verehrte Gäste!

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kirche unter Soldaten!
Brüder und Schwestern im Herrn!

Nach einem Herbst des Umbruchs stehen wir in einem Frühjahr des Aufbruchs. Diese Zeit der Neugestaltung in Osteuropa, die wir hier staunend mit viel Hoffnung und Sympathie begleiten, gibt Anlaß, unsere eigenen Positionen zu prüfen und zu überdenken. Für

uns im westlichen Teil unseres Vaterlandes bietet diese Zeit die Gelegenheit, kritisch zu unterscheiden, was wir an Erhaltenswertem geschaffen haben und was zu überdenken ist.

Nun trifft es sich, daß wir in dieser Woche der Begegnung den 25. Jahrestag der Verabschiedung der Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute“ des II. Vatikanischen Konzils thematisiert haben. Das Konzil hat deutliche Worte über den Dienst des Soldaten gefunden. Ein Christ, der seinem Volk und Vaterland als Soldat dienen will, ist verpflichtet, diesen seinen Dienst als Dienst am Frieden der Völker zu verstehen. Nicht die staatliche Größe und Bedeutung sind das Ziel eines aus christlicher Verantwortung ausgeübten Soldatendienstes, sondern der Aufbau einer Völkergemeinschaft auf der Basis der Menschenrechte: „Der feste Wille, andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit einsatzbereiter und tätiger Brüderlichkeit“, so sagt das Konzil, „das sind unerlässliche Voraussetzungen für den Aufbau des Friedens.“ Daraus ergibt sich für die Konzilsväter, daß die Kriegsverhinderung das Ziel der Sicherheitspolitik ist. Der Krieg, auch der kleinste militärische Konflikt, ist als Scheitern der dem Frieden verantworteten Sicherheitspolitik anzusehen.

25 Jahre nachdem das Konzil durch die feierliche Verabschiedung der Pastoralkonstitution zum Dienst des Soldaten Position bezogen hat, drängt sich die Frage auf, wie es mit der Verwirklichung der Forderung des Konzils aussieht. Mit großer Genugtuung stelle ich fest, daß die Soldaten der Bundeswehr gelernt haben, ihren Dienst im Sinne der Pastoralkonstitution zu verstehen, als Dienst an der Sicherheit und am Frieden aller Völker. Dieses Denken ist zum Allgemeingut in der Bundeswehr geworden. Der Soldat der Bundeswehr sieht heute seinen Dienst unter der Perspektive der Wahrung des Friedens, nicht der Vorbereitung auf einen Krieg. Er versteht ihn als einen Dienst, der innerhalb eines Bündnisses und für ein Bündnis geleistet wird und nicht zur Stärkung eines Nationalstaates.

Es ist nicht auszuschließen, daß wir in der Zukunft über die Möglichkeit und Gestaltung der Landesverteidigung für ein vereinigtes Deutschland nachzudenken haben. Neben vielem, was dazu zu sagen ist, liegt mir heute daran, eines festzuhalten: Die Verpflichtung der Soldaten auf den Dienst an der Sicherheit und dem Frieden aller Völker ist entscheidend und unaufgebbbar. Wenn es also in einem vereinigten Deutschland eine Armee geben sollte, dann muß dieses Verständnis des Soldatendienstes im Mittelpunkt stehen.

Verehrte Gäste!

Mir bleibt die lebenswürdige Pflicht, einem verdienten Mann unter Ihnen eine hohe päpstliche Auszeichnung zu verleihen. Ich freue mich ganz besonders, daß ich dies am heutigen Tage tun kann.

Papst Johannes Paul II. hat den Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Herrn Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, zum Ritter des Sylvesterordens ernannt. Er nimmt diese Aufgabe des Bundesvorsitzenden seit April 1987 wahr.

Oberstleutnant i. G. Schulz gehört seit 1961 der Bundeswehr an. In dieser Zeit hat er in zahlreichen Stabs- und Truppenverwendungen sowie in der Ausbildung des Offiziersnach-

wuchses mit großem persönlichem Engagement und großer Glaubensüberzeugung in vorbildlicher Weise seinen Dienst als Soldat und Katholik geleistet.

Vor seiner jetzigen Verwendung in der Akademie der Bundeswehr für Psychologische Verteidigung hat er sich als Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons bewährt.

Sein Erfolg und sein Ansehen basieren auf seiner Bescheidenheit, seinem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, seiner menschlichen Wärme und seinem umfassenden Fachwissen. Neben seinem Einsatz für die Truppe war er von Beginn seiner Soldatenzeit an bemüht, seinen Beruf als überzeugter Katholik auszufüllen.

Er schloß sich 1961 der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ an. Seit mehr als 20 Jahren gehört er als Mitglied des Bundesvorstandes dieser Gemeinschaft an.

1982 wurde er zu deren Vorsitzendem im Wehrbereich II gewählt. Nachdem er 1987 zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, wurde er 1989 in diesem Amt bestätigt.

Die Schwerpunkte seiner Arbeit im Laienapostolat sind:

- Verdeutlichung des soldatischen Dienstes als Friedensdienst für die „Sicherheit und Freiheit der Völker“
- Einsatz für die Verwirklichung christlicher Wertvorstellungen im täglichen Dienst des Soldaten
- Bemühen um Zusammenarbeit mit katholischen Christen und Verbänden, die sich dem Dienst am Frieden verpflichtet fühlen — auch bei unterschiedlichen Auffassungen über die zu beschreitenden Wege
- Unterstützung der Militärseelsorge durch die Laienarbeit der GKS mit dem gemeinsamen Ziel, dem Soldaten als Christen Hilfen für die Gestaltung seines Dienstes wie seines persönlichen Lebens zu geben.

Er ist Mitglied des „Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ seit 1988. Hier arbeitet er in der Kommission I, Politik, Verfassung, Recht. Als Mann von solider Gläubigkeit, die er sowohl im Arbeitsbereich der Kaserne als auch in seinem außerdienstlichen Leben immer unter Beweis gestellt hat, hat er nie Zweifel an seiner katholischen Einstellung aufkommen lassen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß er auch als Ehemann und Vater von vier Söhnen vorbildlich für seine Umgebung ist.

Dem Ausgezeichneten, Herrn Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, möchte ich in Ihrer aller Namen sehr herzlich gratulieren und ihm für seinen weiteren Lebensweg Gottes Segen wünschen.

Wahlprotokoll

der Wahl des Vorstandes der ZV am 3. Mai 1990 in Bad Segeberg

1. Gemäß Satzung wurde am 2. Mai 1990 ein Wahlausschuß von der ZV gewählt. Ihm gehörten an:

OTL Olaf Petersen, Hptm Richard Riffel, Brigitte Mathias. Der Wahlausschuß wählte als Wahlleiter OTL Petersen.

2. Wahlvorschläge wurden bis 2. Mai 1990, 22 Uhr angenommen. Für die Wahl zum Vorsitzenden der ZV wurde ein Vorschlag eingereicht. Für die Wahl der Vorstandsmitglieder gingen 8 Wahlvorschläge mit insgesamt 11 Kandidaten frist- und formgerecht ein.

3. Wahl:

- a) Dem Plenum wurden die Kandidaten bekanntgegeben und vorgestellt. Personaldebatte wurde nicht gewünscht.

- b) Wahl des Vorsitzenden: Vorgeschlagen OTL Heinrich Havermann

Wahlberechtigte 66

abgegebene Stimmen 66

gültige Stimmen 66

Ja-Stimmen 61

Nein-Stimmen 3

Enthaltungen 2

Gewählt wurde OTL Havermann.

Er nahm die Wahl zum Vorsitzenden des Vorstandes der Zentralen Versammlung an.

- c) Wahl der 8 Vorstandsmitglieder. Vorgeschlagen wurden:

Belch, Gernot, Maj; Berding, Volker, Hptm; Erkes, Dieter, Hptm; Fischer, Lothar, Olt; Hütten, Walter, Hfw; Kober, Wolfgang, Hfw; Mathias, Hans Jürgen, Hfw; Riehl, Josef, O i. G.; Steinborn, Hartmut, Hptm; Thye, Hiltrud; Werner, Dr. Wigbert, Oberstarzt.

Wahlberechtigte 66

abgegebene Stimmen 66

gültige Stimmen 66

Gewählt wurden (in der Reihenfolge der Stimmen)

1. Oberstarzt Dr. Werner 57 Stimmen

2. Hauptfeldwebel Hütten 53 Stimmen

3. Frau Thye 49 Stimmen

4. Hauptmann Berding 44 Stimmen

5. Major Belch 34 Stimmen

6. Hauptfeldwebel Kober 33 Stimmen

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 7. Oberst i. G. Riehl | 32 Stimmen |
| 8. Hauptmann Erkes | 31 Stimmen |
| Die Gewählten nahmen die Wahl an. | |
| d) Nachrückliste: | |
| 1. Mathias, Hans Jürgen, Hfw | 28 Stimmen |
| 2. Fischer, Lothar, Olt | 25 Stimmen |
| 3. Steinborn, Hartmut, Hptm | 20 Stimmen |
| 4. Die Ergebnisse wurden mündlich und schriftlich bekanntgegeben. | |
| 5. Die Teilnehmerliste und die Stimmzettel sind Bestandteil dieses Protokolls und im verschlossenen Umschlag beigelegt. | |

Verabschiedete Beschlußvorlagen ZV

Zeit für den Lebenskundlichen Unterricht haben!

1. Die 1989 verfügte Dienstzeitregelung wird als der härteste Eingriff in die Dienstgestaltung seit Bestehen der Bundeswehr angesehen. Sie hat den Soldaten mehr Freizeit gebracht und dabei positiv auf das Klima gewirkt, gleichzeitig aber die Möglichkeiten der Ausbildung verschlechtert und sich kaum entlastend auf Führer und Funktionär in Schlüsselstellungen ausgewirkt.

Der mit der Dienstzeitregelung einhergehende Zwang, mit der Zeit von Untergebenen verantwortungsbewußt umzugehen, wird begrüßt. Bedenklich ist es, wenn Teileinheits- und Einheitsführer sich alleingelassen fühlen in der Gestaltung des Dienstalltags angesichts unveränderter Ausbildungsziele, vielfältiger Vorgaben und zahlreicher Dienstausgleichsforderungen.

2. Es ist verständlich, wenn Dienst mit Prüfcharakter Vorrang eingeräumt wird, wenn den einsatzorientierten speziellen Ausbildungsgebieten mehr Bedeutung beigemessen wird als den allgemeinen Ausbildungsgebieten.

So stellte der Beauftragte für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur im Februar diesen Jahres fest: „Für die beliebte Sportausbildung und die politische Bildung, aber auch für den Lebenskundlichen Unterricht... fehlt es an Zeit...“

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs befürwortet auch angesichts möglicher Neuregelungen der Dienstgestaltung die Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichtes im Sinne der Bestimmungen der ZDv 66/2.

3. Der Lebenskundliche Unterricht findet bei allen Truppenteilen während der Dienstzeit statt.

Schon bei der Entstehung der Bundeswehr wurde von verschiedenen Gruppen der Wunsch nach einer ethischen Unterrichtung des Soldaten an die politische Führung herangetragen. Dieser Unterricht sollte kein Religionsunterricht sein, sondern dem Soldaten seine Verantwortlichkeit für seine Lebensführung in Erinnerung bringen.

In diesem Sinne bestimmt die 1959 erlassene ZDv 66/2 die Aufgabe dieses Unterrichts, indem sie festlegt: „Der Lebenskundliche Unterricht in der Truppe ist im Zusammenhang mit der Gesamterziehung der Soldaten zu sehen... Er hat die Aufgabe, dem Soldaten Hilfen für sein tägliches Leben zu geben und damit einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu leisten, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen... Er soll dem einzelnen die Quellen zeigen, die dem Leben Sinn geben, und zu Ordnungen hinführen, durch die die Gemeinschaft lebenswert und damit verteidigungswert wird...“

4. Die oberste militärische Führung hat immer wieder den Wert des Lebenskundlichen Unterrichts herausgestellt, zuletzt mit der durch den Generalinspekteur am 12.11.1984 erlassenen Weisung für die Zusammenarbeit mit den Militärgeistlichen. Darin heißt es: „In einer Gesellschaft, die in wichtigen Lebensfragen ein hohes Maß an Meinungs- und Einstellungsvielfalt aufweist, für die aber der Konsens in Grundwerten unerlässlich bleibt, ist die Auseinandersetzung mit den sittlichen und religiösen Grundlagen unserer Lebensordnung sowie den ethischen und moralischen Aspekten des Wehrdienstes für den Soldaten und sein Selbstverständnis von hoher Bedeutung...“
5. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs engagiert sich für den Lebenskundlichen Unterricht,
 - weil er die Gelegenheit bietet, Meinungen auszutauschen, strittige Probleme zu diskutieren und Lösungen zu suchen;
 - weil er dem spürbar gewachsenen Bedarf nach Sinnvermittlung entspricht, nach der die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und militärischen Entwicklungen dringend verlangen;
 - weil er ein Beitrag zur Schärfung des Bewußtseins und Gewissens des Soldaten ist, „sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker (zu) betrachten“ (GS 79).

6. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs bittet deshalb
- alle katholischen Soldaten,
sich aktiv in den Lebenskundlichen Unterricht einzubringen;
 - die evangelischen Kameraden,
den Lebenskundlichen Unterricht als Chance eines ökumenischen Gesprächs zu betrachten — und zu nutzen;
 - alle Militärfarrer,
den Lebenskundlichen Unterricht in der Truppe regelmäßig im Sinne des ZDv 66/2 durchzuführen;
 - das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr und das Katholische Militärbischofsamt,
alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, die den Lebenskundlichen Unterricht in allen Einheiten sicherstellen und die Militärfarrer befähigen, den Unterricht erfolgreich zu gestalten;
 - die militärische Führung und politische Leitung,
die hohe Bedeutung des Lebenskundlichen Unterrichts zu erkennen und ihm deswegen die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken;
 - alle Kommandeure und Kompanie-/Batteriechefs, sich — ebenso wie die Militärfarrer — persönlich verantwortlich zu fühlen für den Erfolg des Lebenskundlichen Unterrichtes und darum zweckmäßige organisatorische Voraussetzungen jeweils zu treffen.

Die Menschen Mittel-/Osteuropas bedürfen unserer Nachbarschaftshilfe!

1. Am 8. 10. 1988 sagte Papst Johannes Paul II. in einer Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg: „Die Mitgliedsstaaten Ihres Rates sind sich bewußt, nicht das ganze Europa zu sein; wenn ich den brennenden Wunsch nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den anderen Nationen — besonders aus der Mitte und dem Osten Europas — zum Ausdruck bringe, habe ich das Empfinden, die Sehnsucht von Millionen von Männern und Frauen zu beschreiben, die sich in einer gemeinsamen Geschichte miteinander verbunden wissen und auf eine Zukunft in Einheit und Solidarität nach dem Maßstab dieses Kontinentes hoffen. . . .“
2. Am 30. Januar diesen Jahres hielt der polnische Ministerpräsident vor dem gleichen Gremium eine Ansprache, die mit den Worten begann: „Europa durchlebt zur Zeit eine außerordentliche Periode. Ein Teil unseres Kontinents, der fast über ein halbes

Jahrhundert lang abgetrennt war, drängt nun zurück. Zurück nach Europa! . . . Der Riß durch Europa — für den bis vor kurzem die Berliner Mauer das Symbol war — er kann nun heilen. . .“

3. Als Höhepunkt einer friedlichen Revolution verlor die Mauer in Berlin am 9. 11. 1989 ihren Zwangscharakter. Die vorangegangenen Umwälzungen zugunsten der Menschen in der Mitte und im Osten Europas waren tiefgreifend und bewegend. Sie erfüllen die Sehnsucht von Millionen Männern und Frauen nach Freiheit und Recht. Sie berechtigen zur Hoffnung auf die staatliche Einheit des deutschen Volkes und auf ein friedliches Zusammenleben aller Völker Europas. Die Entwicklungen in der Mitte und im Osten Europas verpflichten uns zur Solidarität.
4. Dankbar für die Gnade, die unserem Volk mit den Ereignissen um den 9. November 1989 geschenkt wurden, bittet die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten
 - den Militärbischof, alljährlich in der Zeit zwischen dem 30. September und dem 12. November in allen (Wehr-)Bereichen und Seelsorgebezirken Sammlungen durchführen zu lassen, um den Menschen in Mittel- und Osteuropa Nachbarschaftshilfe zu leisten bei der Überwindung wirtschaftlicher Engpässe und bei der Gestaltung einer freiheitlich demokratischen Ordnung;
 - das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Deutsche Bischofskonferenz, den Gedanken einer Nachbarschaftshilfe für die Menschen in Mittel- und Osteuropa aufzugreifen und mit einer gemeinsamen Aktion der deutschen Katholiken ein Zeichen der Solidarität zu geben — letztlich Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, wie wir Westdeutschen sie in den Notjahren nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren durften.
5. Die Zentrale Versammlung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ruft alle Soldaten, ihre Familienangehörigen und alle Freunde der Militärseelsorge auf, sich von den geschichtsträchtigen Ereignissen des Jahres 1989, der Befreiung deutscher Menschen aus 56jähriger Unterdrückung und atheistischer Bevormundung anrühren zu lassen und die Gelegenheit, in überzeugender Weise Gutes zu tun, nicht verstreichen zu lassen.

Nachbarschaftshilfe 1990

1. Die Zentrale Versammlung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs empfiehlt, die Aktion „Nachbarschaftshilfe“ noch im Jahr 1990 zu starten und den erzielten Ertrag einem Objekt zuzuwenden, das geeignet ist, sowohl soziale Not lindern zu helfen als auch altes christliches Kulturgut vor dem Verfall zu retten. Mit dieser

Aktion soll bewußt auch ein Zeichen des Bemühens um die deutsch-polnische Versöhnung gesetzt werden.

2. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten schlägt vor,
 - das Ergebnis der Aktion „Nachbarschaftshilfe“ 1990 dem Mutterhaus der schlesischen Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Trebnitz zukommen zu lassen.

Das Mutterhaus der schlesischen Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Trebnitz, 20 km nördlich von Breslau, ist ein Kloster, dessen Bau 1218 vollendet und das zuerst von Bamberger Benediktinerinnen besiedelt wurde. Das Kloster hatte teilweise deutschen, teilweise polnischen Charakter. Dorthin zog sich die hl. Hedwig von Andechs (Bayern) nach dem Tod ihres Mannes, des Herzogs Heinrich I. von Schlesien, und dem Tod ihres in der Schlacht bei Liegnitz gegen die Mongolen gefallenen Sohnes Heinrich II. zurück. Dort starb sie 1243. In der dortigen Stiftskirche wurde sie begraben.

Der weitläufige Klosterkomplex beherbergt heute u.a. ein staatliches Krankenhaus, in dem die etwa hundert Ordensschwestern tätig sind. Diese kümmern sich außerdem um die vielen Pilger, die jährlich zum Grab der hl. Hedwig kommen. Sie führen auch Kurse für Jugendgruppen durch.

Das Kloster wurde nach der Säkularisation 1810 ein Gefangenenerlager, dann ein Lazarett. Ein Friedhof erinnert noch heute an Soldaten, die damals an Typhus starben.

Der barockisierte frühgotische Klosterbau, der unter Denkmalschutz steht, ist auf Eichenpfählen errichtet. Weil das Grundwasser sank, beginnen diese nun zu faulen. Teile des Klosters sind baufällig geworden.

Wort der Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche

Überlegungen für den Bereich der Militärseelsorge

1. Die deutschen katholischen Bischöfe verabschiedeten auf ihrer Frühjahrskonferenz vom 5.—8.3. 1990 in Augsburg ein Wort zur Stellung der Verbände in der Kirche. Es spricht vor allem die besondere Bedeutung der Verbände sowie ihre Entwicklung und Möglichkeiten ihres Beitrages zur Bewältigung künftiger Aufgaben in Kirche und Gesellschaft an. Das Wort ist an die Verbände, aber auch an die Gemeinden gerichtet.
2. Unser Militärbischof hat darum gebeten, den Text dieses Bischofswortes in geeigneter Weise bekanntzumachen und in die Laienarbeit einzubeziehen.
Deshalb empfiehlt die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten den Militärpfarrern, den Pfarrgemeinderäten, besonders aber der GKS, das Wort der deutschen Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche sorgfältig zu studieren und miteinander zu diskutieren.

3. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten bittet die Militärgeistlichen, die ihnen mit der Ordnung der GKS angetragene Rolle eines geistlichen Beirates bereitwillig zu übernehmen, die GKS als Verband in ihrer Arbeit richtig einzuordnen und sich entschieden auf deren geistliche Führung zu konzentrieren.
4. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten bittet die Pfarrgemeinderäte, im Sinne des Bischofswortes wie auch des Beschlusses der Zentralen Versammlung 1989 zum Apostolat der Laien aus Anlaß der PGR-Wahlen
 - die Entstehung von GKS-Kreisen in den einzelnen Standorten der Seelsorgebezirke zu fördern und
 - die Verbandsarbeit der GKS zu unterstützen.
5. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten empfiehlt der GKS, sich die Aussagen des Bischofswortes anzueignen. Sie unterstreicht im Hinblick auf die Arbeit der GKS die zwei Grundsätze:
 - „Der Christ kann nicht die Welt gestalten, ohne ständig aus dem Geheimnis Jesu Christi und seiner Kirche zu leben.
 - Er kann aber auch nicht dem Geheimnis Christi und seiner Kirche treu bleiben, ohne zugleich den Dienst an der Welt auf sich zu nehmen.“

Die Auswertung des Bischofswortes sollte Anlaß zur Frage sein, was GKS-Mitglieder von anderen Angehörigen des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs unterscheidet. Es sollten Überlegungen angestellt werden,

- die GKS-Mitglieder eines Seelsorgebezirkes monatlich einmal zu einer besonderen Feier der heiligen Eucharistie zu versammeln;
- die GKS-Mitglieder zu befähigen, im Dienst als Katholik und Soldat überzeugend aufzutreten;
- die GKS-Mitglieder umfassend zu bilden, damit sie in die Lage versetzt werden, personale Verantwortung in Kirche und Gesellschaft bereitwillig zu übernehmen;
- wie die örtlichen GKS-Kreise sich stärker als Gemeinschaften christlichen Glaubens und christlichen Handelns verstehen und erfahren können.

Schlußwort des H.H. Militärbischofs

In seinem Schlußwort drückte der Herr Militärbischof seinen Dank an die ausscheidenden Vorstandsmitglieder und alle Mitarbeiter aus für ihren Einsatz, ihren Rat und ihre Unterstützung. Er gratulierte dem neuen Vorstand und dem wiedergewählten Vorsitzenden und bat um eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er erinnerte an die Pfarrgemeinderatswahlen des vergangenen Jahres und dankte den alten und neuen Pfarrgemeinderäten für ihr Engagement für die Kirche unter Soldaten. Er hoffe, daß die PGR-Arbeit nicht nur eine zeitliche Belastung mit sich bringe, sondern vor allem auch Freude mache.

Den Soldaten, die sich darum bemühen, Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker zu sein, versprach er die geistliche Unterstützung des Militärbischofs und seiner Militärgeistlichen.

Kirche

Gott, Religion, Kirche — wozu?

Helmut Fettweis

Ehedem

In diesem Jahr finden in Oberammergeau Passionsspiele statt. Das Dorf gelobte einst (1634), alle 10 Jahre die Leidensgeschichte Jesu zu spielen, wenn die mörderische Pest von den Menschen genommen würde.

Die Pest verschwand, und die Oberammergeauer hielten ihr Versprechen bis zum heutigen Tag.

Bis in die neueste Zeit war es in weiten Teilen Europas Brauch, Gott zu bitten, wenn Katastrophen drohten, oder ihm zu danken, wenn eine schwere Not glimpflich an den Menschen vorübergegangen war. Und in den christlichen Teilen dieser Welt, aber auch in anderen Regionen ist es ein Anliegen, Gott zu bitten oder zu danken.

Nicht verschwiegen werden soll, daß ab und an auch handfester Aberglaube — und zuweilen ein eigenartiger Geschäftssinn — mitmischen.

Es kann natürlich nicht bewiesen werden, daß das Einhalten einer Sturmflut, das Abflauen einer Krankheit auf Gottes direktes Eingreifen zurückzuführen ist. Dennoch kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß das fürbittende Gebet geholfen hat, Katastrophen zu bannen.

Seit der Aufklärung stehen nun die Verfechter der absoluten Erkenntnisfähigkeit des menschlichen Geistes denen gegenüber, die an ein Walten Gottes in der Geschichte glauben. Allerdings werden die Auseinandersetzungen oftmals auf Ebenen ausgetragen, die dem normalen Menschen keine Möglichkeit geben, dem Gedankenspiel zu folgen. Und wie immer, wenn etwas nicht mehr verstanden wird, schleichen sich die Menschen davon. Einige mit schlechtem Gewissen — sie machen dann Eltern, Erziehung und Kirche dafür verantwortlich; viele erhobenen Hauptes und zitternder Seele, weil sie glauben, die Bannerträger einer neuen Zeit zu sein.

Aber vielleicht sollte man doch einmal den verschiedenen Argumenten nachgehen. Nicht umsonst heißt es in der Schrift: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16).

Nimmt man unter diesen Gesichtspunkten die als Befreiung der Menschen von der Bevormundung durch die Religion gepriesene Französische Revolution, dann muß man mit Entsetzen feststellen, daß die Freiheiten mit Tausenden von unschuldigen Opfern und etlichen Kriegen erkämpft wurden. Hat sich unter diesem Gesichtspunkt die Befreiung gelohnt?

Gestern

Geht man in unser Jahrhundert und liest von der sozialistischen Revolution, von der Befreiung der Menschen, dem Zwang des Kapitalismus, dann müssen Zweifel aufkommen.

Haben sich die Hekatomben von Opfern der Lenin, Stalin und Genossen gelohnt? Nach diesem ungeheuren Blutzoll — nicht nur der russischen Menschen — erleben wir, daß diese Selbstbefreiung die Menschen ärmer denn je gemacht hat. Nicht nur Not und Tod stehen als Mahnsäulen am Wege des Sozialismus, sondern auch die Vergewaltigung der Menschen, die völlige Destruktur ihrer Wirtschaftsbasis und, was vielleicht das Schlimmste ist, die Verbrechen an der Natur, die Ausbeutung der Ressourcen und die Verpestung der Umwelt auf Kosten kommender Generationen. Hier haben sich Ideologen nicht nur gegen die Zeitgenossen, sondern auch gegen Kindes- und Kindeskindern vergangen.

Und wir? Der Nationalsozialismus und in geminderter Form der Faschismus haben durch ihre Hybris versucht ein Volk — das jüdische — zu vernichten, Stämme — Sinti und Roma — auszurotten und die Menschen in Unmenschen zu verwandeln. Ihre Abkehr von Gott — oder auch die Vereinnahmung für eigene Zwecke — war ebenso intensiv — allerdings mit subtileren Methoden — wie die der Sowjets.

Und das Leid des Krieges, ohne Not heraufbeschworen, hat vielleicht die Völker dazu geführt, in einer ersten Stunde nach dem Ende des Völkermordes innezuhalten und an Gott zu denken.

Heute

45 Jahre Frieden, 45 Jahre steigender Wohlstand, und wieder steht die Menschheit vor der Frage: Wozu Gott?

Gott ist so fern. Die Pest gibt es nicht mehr. Dürren und Mißernten können mit Kunstdünger oder Technik ausgeglichen werden. Brunnen ohne Wasser — zumindestens bei uns — gibt es nicht. Wir drehen den Wasserhahn auf, und köstliches Naß erfrischt uns!

Naturkatastrophen werden mit Hilfe der Technik einigermaßen beherrscht. Die Opfer im Straßenverkehr — weit mehr als die der Naturkatastrophen — sind „Tribute an den Fortschritt“. Eingespielte Rettungsdienste erleichtern das Wegschauen und Wegdenken. Licht und Wärme gibt es im Überfluß, aus der Steckdose kommt, was man davon benötigt.

Na, und von den guten Gaben, von denen einst nur Könige und Kaiser sich labten, gibt es bei uns genug (sofern man das Geld hat), denn alle Weiten der Welt bieten uns in Hülle und Fülle ihre Schätze an.

Der menschliche Geist triumphiert in tollen Erfindungen, Mond und Venus sind keine unerreichbaren Gebiete.

Letztlich schaffen wir es auch, die Natur so zu erhalten, daß ewiges Leben möglich erscheint.

Der Krieg scheint unvorstellbar.

Wozu dann noch Gott?

Er stört ja eigentlich nur, denn wenn es den Gott der Christen geben würde, dann hat er so antiquierte „Vorstellungen“! Was bedeuten schon Gebote? Diese Zwangsjacke kann man doch auf den Müll der Geschichte werfen. Das Zusammenleben regeln menschliche Einrichtungen von der Stadt bis zum Staat — mal mehr, mal weniger gut.

Und doch, es gibt in dieser aufgeklärten und so fortschrittlichen Welt eine ungeheure Menge an Angst. Das geht so weit, daß man schon im privaten Bereich sich durch Verträge abzusichern bemüht ist. Die Angst vor der Verantwortung für ein Kind ist ebenso zu finden wie die Angst vor Krankheiten und nicht verifizierbaren Katastrophen. Es könnte...! Aber was dann?

Ja eben, daß man nicht weiß, was kommen kann. Sonst könnte man sich ja versichern oder vielleicht an eine der auflebenden Sekten wenden.

Aber Gott kann daran — nach Meinung vieler — nichts ändern. Religion ist zum Wohleben nicht nötig. Im Gegenteil, das bißchen Freude wird noch vermiest.

Und Kirche, wozu die?

Das ist doch nur eine sich auf eine undefinierbare Macht — Gott — berufende Herrschaftsstruktur. Da wird man entmündigt und letztlich gedemütigt.

Zu Kindtaufe, Hochzeit und Begräbnis ist sie eine folkloristische Institution, die ein wenig Zauber in den Alltag bringt und vielleicht das Leid tragen hilft.

Und wenige Wochen danach ist wieder der große Katzenjammer da. Es hilft nur eines, sich selbst Freude machen und die Freiheit über den Wolken genießen, sich von neuen Eindrücken verwöhnen lassen — um nach einiger Zeit doch wieder von Sorgen geplagt zu werden.

Geht es wirklich ohne Gott?

Die Geschichte der Völker lehrt, daß immer dann, wenn sich die Menschen von Gott abkehren, Kräfte die Oberhand gewinnen, die das Paradies — nicht nur der Werktätigen — auf Erden versprechen und den Ruin bringen. Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Diese Binsenwahrheit, die schon vorchristliche Philosophen entdeckten, hat auch heute noch Gültigkeit.

Wenn der Mensch also ein Geschöpf ist, dann kann er nicht selbst der Schöpfer sein. Im Innersten des Menschen und in seiner Geschichte weist „etwas“ auf Gott hin.

Die Natur, die in ihrer Geschöpflichkeit vom Menschen zwar verändert aber niemals neu geschöpft werden kann, zeugt vom Schöpfer, von Gott.

Die Geschichte und die religiösen Aussagen des jüdischen Volkes lassen Jahwe als den erkennen, „der wirkt“, der „da ist“. Und dieser Gott hat sich dem auserwählten Volk geoffenbart.

In Jesus Christus ist nun — nach unserem Glauben — Gott Mensch geworden. Um die — wir kennen nicht das Geheimnis des Bösen — Menschen aus ihrer Verstrickung an die Welt des Bösen zu erlösen, hat Gott sein Wort in die Welt gesandt. Er hat alle Schuld auf sich genommen, ist gestorben und hat durch seine Auferstehung gezeigt, daß er die Gottesmacht verkörpert.

Daher brauchen die Menschen keine Angst mehr zu haben, denn sie sind, wenn sie an diese Erlösung glauben, auch Erlöste.

Aber wie immer im Leben bedarf der Mensch auch des Zuspruches in seiner Not.

Und diesen Zuspruch soll ihm die Kirche geben.

Die Kirche steht zwar in der Gesamtheit in seiner Gnade, aber die einzelnen Mitglieder, gleich welcher Aufgabe verpflichtet, sind irrende, fehlende Menschen. So kann es also durchaus sein, daß die Kirche nicht immer das Vorbild ist, das sie sein sollte und daß sie nicht den Trost spendet, den sie spenden müßte.

Da ist es gut, sich daran zu erinnern, daß wir alle — die wir an Christus glauben — Kirche sind. Wenn die Menschen von Kirche heute nicht mehr viel wissen wollen, dann liegt das nicht an Papst, Bischöfen und Priestern, sondern an uns — an allen. Statt an Einzelentscheidungen — z. B. Bischofsbesetzungen — herumzunörgeln, muß man fragen, was hast du, ja „jedes du“, getan, um dem Glauben an Christus neue Freunde zu gewinnen?

Um nur ein Beispiel zu nennen: Alle beten — nicht nur am Sonntag — das Vaterunser. Und oftmals muß man feststellen, daß dieses Gebet eine wundervolle, umfassende ökumenische Klammer ist. Aber wer von den vielen nimmt für das tägliche Leben nur jenen Satz ernst: „Und erlaß uns unsere Schulden, wie auch wir sie unseren Schuldner erlassen haben“ (nach Einheitsübersetzung Mt 6,12). Haben Sie Ihrem Nächsten seine Schuld erlassen, oder tragen Sie ihm diese noch wochen- und monatelang nach?

Nur wenn wir unseren Nächsten das gewähren, was Christus uns „angeraten“ hat, dann werden wir auch unserer Schulden ledig werden.

Damit tut sich aber auch eine neue Dimension auf: Gott läßt uns unsere Schuld nach, damit wir das erreichen, was er uns als Ziel verheißen hat, ewiges Leben in einer ewigen Heimat. Sicherlich, es übersteigt für manchen Zeitgenossen das Vorstellungsvermögen, wenn von ewigem Leben gesprochen wird.

Aber auch hier muß man wieder die alten Philosophen bemühen, die einst erkannten, daß der Mensch eben nicht nur Materie, nicht nur Leib ist. In ihm weist soviel auf eine Berufung in ein vollendetes Leben hin, daß man mit Sicherheit davon ausgehen kann, daß Gott für seine Schöpfung eine endgültige Berufung vorbereitet hat.

Bedenkt man dann, daß die Natur, der Mensch selbst auf Gott hinweist, daß dieser Gott gesprochen hat durch die Propheten und die Geschichte eines Volkes über Tausende von Jahren, zuletzt aber durch Christus, sein Wort und sein Leben, dann darf man getrost in die Zukunft blicken.

Dann müsen alle Ängste abfallen, dann können wir — trotz jeder Last an jedem Tag — in der Ferne das Ziel unserer Wanderung, die Heimkehr in die Herrlichkeit Gottes erkennen.

Dazu hat Christus uns die Richtung gewiesen und Wegweiser in Form der Kirche aufgestellt. Sie sind da, um uns immer wieder zu zeigen, daß für den einzelnen Gott unumgänglich ist. Die Religion, die Hinordnung des Menschen auf Gott, wird als wesentlich erfahrbar.

Die Kirche aber, alle, die im Glauben an Christus verbunden sind, ist als seine Gemeinde die Gemeinschaft der Pilgernden, die sich, gestärkt aus Seiner Gnade, in brüderlicher Liebe über die Ängste des Tages gegenseitig hilft, die Mühen des Weges zu meistern.

„Gewissen geht vor Gehorsam“

Auszüge aus der Empfehlung für eine „Zeitgemäße Form des militärischen Gehorsams“ der Kommissionen „Justitia et Pax“ der Bundesrepublik und der DDR:

Das zweite Vatikanische Konzil hat in „Gaudium et Spes“ Nr. 79 festgestellt, daß es sowohl einen erteilten Befehl selbst wie dessen Ausführung ethisch zu verantworten gilt. Das Gewicht dieser Verantwortung entspricht dabei zum einen dem Grad, in welchem für den einzelnen die Folgen der Erteilung eines Befehls und seiner Ausführung vorhersehbar sind. Hinzu kommt jedoch, daß nur derjenige moralische Verantwortung wahrnehmen kann, der um die Grenzen sittlich zulässiger Gewaltanwendung im Krieg als dem Maßstab seiner Verantwortlichkeit weiß. Nur unter diesen Voraussetzungen genügenden Wissens um die Wirkungen eigenen Handelns und einer kritischen Wissensbildung ist es möglich, die geläufige Rechtsentschuldigung des „Befehlsnotstands“ bei Kriegsverbrecherprozessen zu entkräften.

Dabei ist grundsätzlich auch damit zu rechnen, daß im Rahmen des *positiven Rechts* Handlungen erlaubt sein können, die unter *ethischer* Rücksicht verwerflich wären. So beruhen die Bemühungen um eine Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts wesentlich auf der Einsicht, daß der bisher erreichte rechtliche Standard die Opfer bewaffneter Konflikte noch nicht im ethisch anzustrebenden Maß zu schützen vermag. Um ethische Verantwortlichkeit wahrnehmen zu können, ist daher mehr erforderlich als die Kenntnis der jeweils aktuell einschlägigen rechtlichen Normierungen.

Gerade weil die Sphären des (positiven) Rechts und der Moral nicht deckungsgleich sind, bedarf es

- in *ethischer* Hinsicht der Erarbeitung von Entscheidungshilfen für das Handeln des einzelnen in der Situation der Befehlserteilung bzw. des Befehlsempfangs. Hier läge eine lohnende Aufgabe der Sozialethik. Gerade kirchlicher Verkündigung kommt es zu, auch auf die moralischen Grenzen jeder Gehorsamspflicht hinzuweisen und so zu einer kritischen Gewissensbildung beizutragen;
- in *rechtlicher* Hinsicht einer Ausgestaltung des militärischen Befehls- und Gehorsamsprinzips unter der Rücksicht, vor ethisch verantwortbarem Entscheidungsverhalten nicht abzuschrecken, sondern dieses im Gegenteil zu ermutigen. Das Dienstverhältnis muß rechtlichen Normen unterliegen, die demjenigen, der einen widerrechtlichen Befehl verweigert, Anspruch auf rechtlichen Schutz garantieren. Die Erteilung von Befehlen, die dem „natürlichen Völkerrecht und seinen allgemeinen Prinzipien“ (GS 79) zuwiderlaufen, muß dabei als ebenso verbrecherisch gelten wie die Befolgung solcher Befehle.

In allen Ländern sind die notwendigen Freiräume für solches verantwortbares Handeln, d. h. für einen ethisch vertretbaren militärischen Gehorsam zu schaffen. Gegenwärtig tragen ihm die rechtlichen Verhältnisse in einzelnen Staaten in unterschiedlichem Maße Rechnung. Die sittlichen Grundlagen, von denen her es die Fragen des militärischen Gehorsams zu beurteilen gilt, sind dort mißachtet, wo faktisch bedingungsloser oder blinder Gehorsam gefordert werden darf oder die Streitkräfte durch ihr Treueversprechen an eine bestimmte Partei, Regierung oder Person gebunden werden. Positives Recht hat vielmehr auch für den soldatischen Dienst die Gewissensfreiheit zu garantieren.

Die Unterweisung, Unterrichtung und Ausbildung der Soldaten aller Dienstgradgruppen in den ethischen und rechtlichen Grundlagen ihres Dienstes muß durch rechtsverbindliche Abmachungen geordnet sein und in zeitlich angemessener und geeigneter Form im Truppendienst erfolgen. Dabei muß deutlich werden, daß in dieser Unterweisung das Selbstverständnis *aller* und nicht nur der religiös gebundenen Soldaten betroffen ist. Eine der vornehmsten Aufgaben der Seelsorge für Soldaten liegt darin, bei einer ihrer Bedeutung angemessenen Vermittlung der ethischen Thematik mitzuwirken. Hinsichtlich der einschlägigen Rechtsfragen wären zu behandeln

- die jeweilige Verfassung des Landes, das zum Dienst heranzieht;
- die durch diese Verfassung getragene Wehrgesetzgebung, insbesondere die Stellung des Soldaten in seinen Rechten und Pflichten einschließlich seiner Rechtsschutzmöglichkeiten in Konfliktfällen; das Befehlsrecht und die damit verbundenen Vorgesetztenkompetenzen einschließlich insbesondere der Aufklärung über Befehle, die im Widerspruch zum humanitären Völkerrecht stehen und deswegen nicht erteilt werden dürfen;
- internationale Abkommen, insbesondere solche aus dem Bereich des humanitären Völkerrechts einschließlich der entsprechenden Zusatzprotokolle.

(Der gesamte Text kann über alle Dienststellen der katholischen Militärseelsorge bezogen werden)
(aus Kompaß Nr. 19/7.9.1990)

Freizeit — Grundlebensmittel für den Menschen

P. Ferdinand Karer OSFS

„Geist und Körper verlangen von Zeit zu Zeit nach Entspannung durch irgendeine Erholung. Cassian erzählt, ein Jäger habe den heiligen Evangelisten Johannes eines Tages mit einem Rebhuhn auf dem Arm angetroffen, das er streichelte und mit dem er spielte; der Jäger konnte nicht verstehen, wie ein solcher Mann seine Zeit mit so gewöhnlichen Dingen vertun könnte, worauf der Heilige ihn fragte: ‚Warum trägst du deinen Bogen nicht immer gespannt?‘ Der Jäger antwortet: ‚Wäre der Bogen immer gespannt, dann hätte er nicht mehr die Kraft zurückzuschnellen, wenn man ihn braucht.‘“

Lebensnotwendige Erholung

Die Freizeit scheint also keine Erfindung der Wohlstandsgesellschaft unserer Tage zu sein. Schon Franz von Sales kennt die Notwendigkeit der Erholung und verweist mit seiner Anekdote in die christliche Urgeschichte. „Es ist gewiß keine gute Eigenschaft, wenn man so hart, ungeschliffen und ungesellig ist, daß man weder sich noch anderen irgendeine Erholung gönnen will“, führt Franz von Sales seine Überlegungen zur guten Erholung weiter. Daß Körper und Geist Erholung brauchen, ist keine Frage. Erholung gehört zu den Grundlebensmitteln unseres Menschseins. Die Frage stellt sich eher dahingehend, daß der Mensch immer seltener die Fähigkeit hat, zwischen Nahrungsmittel und Lebensmittel zu unterscheiden, daß der Mensch häufig Gefahr läuft, die Quantität mit der Qualität zu verwechseln oder die Verpackung zu kaufen anstatt sich am Inhalt zu erfreuen.

Diese Sichtweise vieler Menschen in bezug auf Erholung ist vergleichbar mit der Sonntags- tafel einer gutbürgerlichen Kleinfamilie. Die Gans muß schön fett sein und der Knödel nicht zu klein, die Fettaguen in der Suppe gut sichtbar und die Torte mit viel Schlagsahne, ja mit so viel Schlagsahne, daß auch der Kaffee noch seinen Geschmack bekommt. Nahrungsmittel werden in Fülle konsumiert, auf Lebensmittel achtet man wenig.

Ähnliches gilt für die Erholung: Sie wird dann ungesund, wenn die Fähigkeit der Unterscheidung zwischen dem, was mir bekommt, und dem, was das Wirtschaftswachstum fördert, nicht mehr vorhanden ist.

Prägung durch Konsum

Vielfach ist heute wichtig geworden, daß in der Freizeit immer mehr der Bereich angeboten wird, in dem das hart verdiente Geld ausgegeben werden kann. „Ich arbeite, damit ich mir einen ordentlichen Urlaub leisten kann“, ist eine häufig zu hörende Meinung. Nicht so sehr der Inhalt der Arbeit wird hinterfragt, sondern der Inhalt der Lohntüte bestimmt den Arbeitseinsatz und, damit verbunden, den Freizeitaussatz. Der Mensch setzt sich dem Konsumdenken aus und fragt nicht mehr, was ihm für sein Menschsein, für seine Erholung gut tut. Er sucht immer mehr nur darin seine Genugtuung, sich auch das und jenes noch leisten zu können, damit er in seiner Freizeit Ablenkung findet. Die Freizeitindu-

strie oder ein Spaziergang durch ein Sport- oder Elektrogeschäft zeigt die Kreativität, mit der Menschen erholt werden und sich erholen lassen. Da genügt nicht mehr ein Fernsehgerät, das einen Haushalt schmückt. Vielmehr gilt die Devise: Jedem Auge seinen Bildschirm, damit man sich in Ruhe erholen kann, nicht mehr denken braucht, kein Gespräch mehr führen muß, einfach abschalten darf und in Ruhe gelassen wird. Der direkte Weg in die Isolation ebnet sich aufgrund dieser Art von Konsumdenken.

Eigentlich sollte Erholung ein Stück weit beitragen, sich von der täglichen Abhängigkeit abzulenken, sich zu regenerieren. Leider schaut unsere Erholung aber häufig so aus, daß sie in erneute Abhängigkeit führt. Ist einmal der Videorecorder kaputt, wird die Freizeit unerträglich, ein Gewitter steht am Familienhimmel.

„Vor allem hüte dich, dein Herz an diese Dinge zu hängen!“, meint Franz von Sales und spricht damit genau das an, woran unsere Mitwelt leidet: am rechten Maß. „Viel verdienen, viel erholen und dabei zugrundegehen“, kann nicht Motto unseres Lebens sein. Erholung kann genausowenig gekauft werden, wie Glück oder Freude. Gekaufte Erholung macht die Zeit nicht frei, sie treibt wieder in Abhängigkeiten.

„...man muß sich nur vor Übertreibungen hüten, sowohl in der Zeit, die man ihnen widmet, als auch im festgesetzten Preis.“ Damit warnt Franz von Sales vor diesen Abhängigkeiten. Er betont, daß bestimmte Formen der Freizeit der Seele wenig Erholung bringen, sondern den Menschen in neue Verstrickungen und Verbindlichkeiten führen, die wiederum nur Anspannungen zur Folge haben und dem Leben mehr schaden als nützen.

Ein Schritt zur Ganzheit des Menschen

Erich Fromm sagt: „Die Urangst des Menschen liegt darin, abgetrennt zu werden.“ Gerade darin liegt das Dilemma unseres Menschseins: der Mensch auf der Suche nach sich selbst; der Mensch, der die Freizeit dazu nützen will, sich dort die im Beruf fehlende Bestätigung zu holen; der Mensch, der es nicht aushält, ruhig zu werden; der Mensch, der Kreise zieht, um nach einer erneuten Bauchlandung feststellen zu müssen, daß er in ständigem Druck lebt und Angst hat, Angst, mit sich selbst nichts anfangen zu können, Angst, nicht genug Bestätigung zu finden. Der Mensch, abgetrennt von seiner Seele, von dem, was Gott ihm gegeben hat, abgetrennt von Gottes Ebenbildlichkeit, findet nicht zur Erholung. Er macht vielleicht Freizeit, aber findet nicht zu dem, was er eigentlich ist.

Zur Ganzheit des Menschen gehört, daß der Mensch nicht nur arbeitet und denkt, sondern auch singt, tanzt, betet, feiert, Gespräche führt, etwas vollkommen absichtsfrei machen darf. Eine ganzheitliche Sicht des Menschseins führt dazu, daß ich nicht mehr Geld verdiene, damit ich es in Freizeit ausgeben kann, sondern dazu, daß Erholung für mich zu einem Mittel wird, das mir Leben spendet, zu einem *Lebensmittel*.

(aus „Licht“ Juli/August 1990)

Die Brücke der Liebe

Der nachstehende Artikel — entnommen der Zeitschrift KOMM-MIT, 4400 Münster, Postfach 7680; kostenlose Probehefte können angefordert werden — äußert Gedanken, die Hilfen für das christliche Zusammenleben in der Familie, in Gemeinschaften sowie im Alltag anbieten.

Aber auch für das Zusammenwachsen der beiden geteilten Teile Deutschlands und ihrer Organisationen sowie Einrichtungen gibt der Beitrag den Menschen beherzigenswerte, wichtige Anregungen. Diese im Aufeinanderzugehen berücksichtigend, sollte es uns ermöglichen, die durch die Nachkriegsentwicklung in Deutschland entstandenen ethischen, moralischen, politischen und sozialen Unterschiede bald — ohne neue Konflikte zu erzeugen — mit Gottes Hilfe und der Erleuchtung des Hl. Geistes zu überwinden. bt

Im Vaterunser werden wir stets daran erinnert: *„Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“*. — Wir lassen uns gern die eigenen Fehler von Gott verzeihen und sind dankbar für den neuen Anfang, den er uns ermöglicht.

Auch wenn wir uns gegenüber anderen Menschen falsch verhalten haben, hoffen wir darauf, daß sie „nicht ewig sauer sind“, sondern unsere Entschuldigung annehmen. Wir wünschen, daß alles wieder „so gut ist wie vorher“, als das Unrecht nicht wie eine Trennwand die Beziehung störte. Wenn der Mitmensch sich versöhnungswillig zeigt, fühlen wir uns von einer Last befreit.

Dag Hammarskjöld, der frühere Generalsekretär der UNO, war ein überzeugter Christ. Zum Thema Vergebung hat er in einer poetisch anmutenden Sprache gesagt: *„Versöhnung ist die Antwort auf den Kindertraum vom Wunder, wodurch das Zerschlagene heil wird und das Schmutzige rein.“*

Aber der Mensch lebt nicht nur von der Liebe, die ihm erwiesen wird, sondern auch von der Liebe, die er gibt. Es ist klar, daß Liebeschenken mehr Anstrengung kostet als Liebesempfangen. Und ein Mensch, der nie geliebt wurde (um ein Extrembeispiel zu nennen), wird kaum fähig sein, Liebe zu geben. Das schafft nur Gott; er ist ja die Liebe in Person.

Er liebt uns nicht erst, wenn wir tolle Leistungen vollbracht haben, sondern von vornherein — ohne Bedingungen. Durch Jesus Christus hat er sich allen Menschen zugewandt und ihnen die Erlösung geschenkt. Freilich zwingt Gott niemanden dazu, diese Erlösung anzunehmen (Liebe und Zwang schließen sich aus!).

Der evgl. Theologe H. Thielicke hat Gottes zuvorkommende Liebe treffend beschrieben: *„Gott liebt uns nicht, weil wir so wertvoll sind, sondern wir sind so wertvoll, weil Gott uns liebt.“* — Der Mensch ist nicht aus eigener Kraft und Herrlichkeit ein „Ebenbild Gottes“, sondern er verdankt sein Dasein dem Schöpfer allen Lebens.

Als Christen sind wir zur Nachfolge Christi aufgerufen. *Christus braucht keine Bewunderer, sondern Nachfolger*. Das bedeutet, daß wir uns in allen Lebensbereichen an Christus

orientieren wollen — natürlich schaffen wir das nicht, aber wir müssen es wenigstens anstreben.

Das gilt auch für einen Punkt, der jedem Menschen schwerfällt: die „Feindesliebe“ bzw. Bereitschaft zur Versöhnung, die bei Freunden viel häufiger gebraucht wird als bei bitteren „Feinden“ (die uns sowieso selten über den Weg laufen).

Mark Twain hat einmal selbstkritisch gesagt: „Mir bereiten nicht die Bibelstellen Kopfschmerzen, die ich nicht verstehe, sondern die, die ich verstehe.“ — Vermutlich dachte er auch an die Aussagen der Hl. Schrift, die uns zur Versöhnung auffordern oder sonst etwas verlangen, das uns schwer fällt. Wir verstehen diese Stellen allzu gut, machen aber in der Praxis gern einen Bogen um sie.

Doch die Bibel erinnert auch daran, daß Christus uns als Leitbild vorangegangen ist: „*Seid gütig zueinander, seid barmherzig, vergebet einander, wie Gott euch durch Christus vergeben hat.*“ (Eph. 4,23) — Gott beschränkt sich nicht darauf, „harte“ Gebote aufzustellen — er zeigt uns auch den Weg, der einen Namen trägt: Jesus Christus, der menschengewordene Sohn Gottes, das Licht der Welt.

Falsche Gutmütigkeit ist ein Komplize des Bösen

Die Feindesliebe, zu der wir aufgerufen sind, wird zuweilen mißverstanden. So mancher stellt sich Gott als gutmütigen Opa (um nicht zu sagen Trottel) vor, der oben in den Wolken schwebt und das böse Treiben, „da unten“ nicht so genau unter die Lupe nimmt. Was soll's auch — schließlich kommen doch sowieso „alle, alle in den Himmel“?!

Dieses selbstgestrickte Gottesbild ist ein Ergebnis menschlichen Wunschenkens. *Es hat viel mit dem Menschen* (und seiner Oberflächlichkeit) *zu tun — aber nichts mit Gott.* Wenn Gott ein harmloser Mann mit Bart wäre, der „fünfe gerade sein läßt“, dann wäre es nicht nötig gewesen, daß er selbst (in seinem Sohn Jesus Christus) die Qualen des Kreuzestodes erduldet. Dadurch hat Gott dem Menschen deutlichst gezeigt, *wie ernst das Kapitel „Schuld“ zu nehmen ist.* Gleichzeitig hat er einen Neuen Bund mit den Menschen geschlossen und ihnen das Tor des Himmels geöffnet. (Hineingehen müssen sie aber selber. Gottes Liebe zwingt niemanden zur ewigen Gemeinschaft mit ihm — daher gibt es die Hölle, die der Mensch sich selbst wählt!)

Gottes Vergebung relativiert (verharmlost) die Sünde nicht. Dasselbe gilt auf menschlicher Ebene: Versöhnung ist dann nötig, wenn jemand wirklich schuldig geworden ist. *Vergebung geht von der Realität (Wirklichkeit) der Sünde aus.* Geringfügige Versehen (z. B. jemandem unachtsam auf die Füße treten) erfordern keine Vergebung. So etwas kann „entschuldig“ werden (ohne innere Überwindung).

Echte Schuld darf nicht wegdiskutiert werden. Wer sich die Vergebung leichter machen will, indem er moralische Prinzipien (Grundsätze) einfach lockert, ist einem Mißverständnis aufgesessen. Es bringt auch nichts, den inneren Schmerz, der einem zugefügt wird, einfach herunterzuspielen oder „unter den Tisch zu kehren“, als sei nichts geschehen. So lax

und locker kann Schuld nicht behandelt werden, zumal man dadurch *das Problem nicht löst, sondern nur ignoriert* (unbeachtet läßt) oder in den unbewußten Bereich der Seele verdrängt.

Gerade aus der Tatsache, daß wirkliches Unrecht verziehen wird, erhält die Versöhnung ihre besondere Bürde und Würde! Alles andere würde auf (un)moralische *Anarchie* (Gesetzlosigkeit) hinauslaufen und letztlich dazu führen, daß man dem Unrecht freien Lauf läßt. Eine falsche, sentimentale (gefühlsweiße) Gutmütigkeit, die sich dem Bösen nicht entgegenstellt, wird gewollt oder ungewollt zum *Komplizen des Unrechts*.

Daß christliche Feindesliebe niemals ein Freibrief zur Sünde sein kann, hat Christus selbst zu verstehen gegeben. Er hat z.B. der Ehebrecherin verziehen, sie vor der Steinigung durch selbstgerechte Bürger gerettet, aber auch zu ihr gesagt: „*Gehe hin und sündige nicht mehr!*“

Es ist also nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, neben oder gerade wegen der Vergebungsbereitschaft auch für die „Moral von der Geschichte“ zu sorgen. Das muß aber ohne Überheblichkeit geschehen. Wir sollen ja der Gerechtigkeit dienen und nicht der Selbstgerechtigkeit! Wir können andere nur zum Guten „erziehen“, wenn wir nicht von oben herab vorgehen, sondern partnerschaftlich: im Wissen darum, daß wir selber auch „erlösungsbedürftig“ sind.

Diese Selbsterkenntnis nennt man „Demut“. Demut hat nichts mit Selbstverachtung oder buckliger Haltung zu tun, wie zuweilen geglaubt wird. Demut heißt übersetzt „*Mut zum Dienen*“. Bevor wir anderen dienen können, müssen wir vom hohen Roß (der Selbstgefälligkeit) herunter. Dann begegnen wir den anderen Menschen „auf derselben Ebene“ und damit *partnerschaftlich*.

Die Demut hat 2 Arme: ein Arm umfaßt den Nächsten, der andere wendet sich Gott zu. Aus der Liebe zu Gott wächst die Kraft zur Nächstenliebe. Die Demut könnte man moderner mit „Realitätssinn“ übersetzen: *Der Mensch stellt sich der Wirklichkeit Gottes und der Wirklichkeit des eigenen Lebens*. Er anerkennt Gott als den Schöpfer und absolut Heiligen und erkennt dabei die eigene Unvollkommenheit.

„*Wende dein Gesicht der Sonne zu, dann fallen die Schatten hinter dich!*“, empfiehlt ein Sprichwort aus Afrika. Es könnte auch in der Bibel stehen. Gottes Liebe ist wie die Sonne: „*Es ist unmöglich, daß ein Mensch die Sonne schaut, ohne daß sein Angesicht hell wird*“, sagte der evgl. Bischof Bodelschwingh. Christus, die „Sonne der Gerechtigkeit“, führt den Menschen zur wirklichen Demut. Demut erniedrigt den Menschen nicht, sondern rückt ihn in die *richtige Stellung vor Gott*. Was den Menschen erniedrigt und seiner Würde beraubt, ist der Hochmut, weil er nicht auf der Wahrheit beruht.

Die Sünde hassen, aber nicht die Menschen

Der Hl. Augustinus hat uns den Grundsatz überliefert: „*Hasse den Irrtum, aber liebe den Irrenden*“. — Auch Christus hat die Sünde entschieden verurteilt, aber nicht den Sünder gehaßt, sondern ihn geliebt bis zum Tod am Kreuz!

Wir müssen also *Person und Sache trennen*, was leichter gesagt als getan ist, vor allem, wenn man von jemandem schwer gekränkt wurde. Aber Versöhnung bedeutet nicht, daß man über die Enttäuschung kein Wort verliert. Oft ist eine *offene Aussprache* die einzige Grundlage für einen neuen Anfang. Doch wir müssen hier das richtige Maß finden. Es lohnt nicht, wegen jeder Kleinigkeit eine Moralpredigt zu halten. Unüberlegte Aussagen, Ungeschicklichkeiten und dergleichen sollte man stillschweigend ad acta (zu den Akten) legen.

Vergebung ist dann fällig, wenn jemand ernsthaft schuldig geworden ist. Viele Alltagsgeschehnisse kann man aber auch einfach „entschuldigen“. Man soll bei einem enttäuschenden Vorfall erst einmal überlegen, ob es „mildernde Umstände“ gibt, die den anderen zu mindest teilweise ent-schuldigen.

Der christliche Schriftsteller C. S. Lewis sagt hierzu: *„Jemanden zu entschuldigen, die mildernden Umstände zu bedenken, ist noch keine Feindesliebe, sondern Fairneß und Aufrichtigkeit. Vergebung beginnt da, wo es nichts zu entschuldigen gibt.“*

Als Christus am Kreuz seinen Peinigern verziehen hat, fügte er gleich eine Entschuldigung hinzu: *„Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“* (Lk. 23,33) — Jesus hat ihre „Unwissenheit“ als mildernden Umstand betrachtet. Bei Kleinigkeiten fällt es leicht, Entschuldigungen für den anderen zu finden, aber Christus tat dies angesichts des Todes! - Klar ist freilich auch: Mildernde Umstände rechtfertigen das Unrecht nicht, machen es aber etwas verständlicher.

Ein großer Teil der menschlichen Konflikte besteht aus unnötigen *Mißverständnissen*. Deshalb tun wir gut daran, angeblich verletzende Aussagen erst einmal zu überprüfen, ob sie wirklich beleidigend oder nur gedankenlos bzw. ungeschickt sind. Möglicherweise tut es dem anderen längst leid, daß ihm eine dumme Bemerkung herausgerutscht ist.

Durch inneren Groll bekommen wir das nie heraus, sondern nur durch eine direkte Rückfrage („Was du sagtest, hat mich gewundert — wie war das denn gemeint?“), die den anderen nicht gleich mit Vorwürfen bombardiert. *Das einzige Heilmittel gegen Mißverständnisse ist das offene Gespräch* — aber bestimmt nicht das Tratschen hinter dem Rücken des Betroffenen. Dadurch erfahren wir die Wahrheit nie, sammeln inneren Groll in unserer Seele an und schädigen überdies die Ehre des anderen.

Wir müssen uns sowieso darüber im klaren sein, daß das Reden über die Fehler der Mitmenschen *auch eine Form der Rache* ist — freilich eine subtile (verfeinerte), aber keineswegs feine. Statt sich direkt mit dem Widersacher auseinanderzusetzen, „bestraft“ man ihn auf diese Art. Warum reden wir Menschen so gern über das Versagen anderer Leute? Weil wir glauben, daß dadurch unser eigenes Licht um so heller erstrahlt? Oder aus primitiver Vergeltung? Oder weil wir glauben, das sei eben unser „Sinn für Gerechtigkeit“? (Seltsam nur, daß wir immer die schärfsten Moralisten sind, wenn es um andere geht — bei uns selbst finden wir schnell eine Entschuldigung!)

Wer das Ziel der Gerechtigkeit anstrebt, muß erst einmal seiner Selbstgerechtigkeit zu Leibe rücken, sonst kann er das Unternehmen gleich abblasen. Besonders fatal (verhängnisvoll) ist es, wenn man ausgerechnet *Gott als Verbündeten der eigenen Überheblichkeit* gewinnen will: „Lieber Gott, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie dieser da . . .“ — Gerade hier gilt: Gott ist größer als unser Herz, er läßt sich nicht in die vier Wände unserer Selbstgefälligkeit einsperren.

Vergeben und vergessen?

Oft hört man die Floskel (Redensart): „Das habe ich vergeben und vergessen.“ — Wörtlich nehmen kann man so eine Aussage freilich nicht. Wenn das Unrecht „vergessen“ wäre, wüßte der Betreffende ja gar nicht mehr, daß es etwas zu verzeihen gibt.

Doch es handelt sich hier um ein Grundsatzproblem. Viele Menschen machen sich Vorwürfe: Sie wollen wirklich versöhnungsbereit sein, aber die Kränkung, die sie erfahren haben, kommt immer wieder ins Gedächtnis zurück. So mancher gutwillige Christ glaubt dann, an seiner Vergebungsbereitschaft sei etwas faul.

Das ist ein *Trugschluß*. Versöhnung bedeutet ja nicht, daß wir plötzlich mit einer Gedächtnislücke herumlaufen. Vergebung ist ein *Akt des freien Willens*, keine Lösch-Aktion für Erinnerung und Fantasie. Wir können unser Gedächtnis nicht einfach ausschalten oder manipulieren. Gerade dann, wenn wir mit aller Gewalt etwas vergessen wollen, klappt das am wenigsten, weil wir uns innerlich verkrampfen!

Nicht die Intensität (Stärke) oder Häufigkeit der Erinnerung ist der wirkliche Gradmesser der Vergebung (jedenfalls dann, wenn es sich um spontane Gedächtnisbilder handelt). Wer ernsthaft verzeihen hat, sollte aber darauf achten, daß er vom inneren Groll frei wird, er darf sich also die Kränkung nicht bewußt ins Gedächtnis zurückrufen, um in *Selbstmitleid* zu schwelgen.

Wenn uns, nachdem wir ernsthaft vergeben haben, bittere Erinnerungen spontan „überfallen“, sollten wir uns sogleich auch an etwas anderes erinnern: *daran, daß wir die Sache schon begraben haben*. Dann sehen wir beides vor unserem inneren Auge: das Unrecht und die Vergebung desselben!

Enttäuschungen, die wir schon verzeihen haben, klingen manchmal in ihren seelischen Auswirkungen noch nach. Je ernsthafter wir aber versuchen, die Versöhnung zu vollziehen, um so eher wird in der Regel auch der innere Schmerz nachlassen. Aber wir kreisen nicht mehr um unsere verletzten Gefühle, sondern legen die Sache in Gottes Hand — betrachten die Dinge gewissermaßen *aus seiner Perspektive* (Sicht). Es kann sein, daß die Kränkung dann immer noch in unserer Erinnerung herrscht, aber wir werden nicht mehr davon beherrscht. Wir sind *keine Gefangenen der inneren Verbitterung*, die ein Kreislauf ohne Ende wäre.

Vergebung ist also keineswegs mit Vergessen identisch. Wir sollten unsere seelische Energie nicht für den Gedächtnisschwund verschwenden (was sowieso nicht klappt), sondern

im Kontakt mit Gott bleiben und ihn um seine Kraft und Hilfe bitten, damit wir Selbstmitleid, Groll, Vergeltungswünsche etc. überwinden. Ein guter Gradmesser für echte Vergebung ist die *Bereitschaft, für den Schuldigen zu beten*. Indem wir das tun, zeigen wir unsere wohlwollende Haltung: das heißt, wir wollen sein Bestes und erbitten Gottes Segen für sein Leben.

Wenn die Gefühle Widerstand leisten...

Ähnlich wie mit der Erinnerung sieht es mit den Gefühlen aus. Auch sie lassen sich nicht per Befehl steuern, aber wir können sie durchaus beeinflussen. Das ist jedoch ein *schrittweiser Lernprozeß*, der darin besteht, daß man die spontanen Empfindungen nicht überbewertet.

Vergebung geschieht nicht aus einem rührseligen Gefühl heraus, sondern ist eine *Willensentscheidung!* Unsere Gefühle können wir durch Verstand und Willen nicht direkt lenken, aber indirekt korrigieren. Wenn wir unser Denken, Reden und Handeln bewußt an Gottes Willen ausrichten, dann kommen die Gefühle irgendwann hinterher (und wenn nicht, ist's auch keine Katastrophe).

Die Gefühle sind keine Lokomotive, um den Zug unseres Lebens zu steuern. Das ist die Aufgabe des bewußten Willens. Die Gefühle sind eher mit einem Waggon zu vergleichen, der sich von der Lok ziehen läßt. *Verstand und Wille sind dafür zuständig*, unsere Reaktionen und Handlungen zu lenken. Die Gefühle haben die Aufgabe, dafür den Treibstoff zu liefern, die innere Kraft und Bewegung des Herzens. Es ist insofern zweifellos leichter, wenn die Gefühle „mitspielen“ — der ganze Apparat des Willens setzt sich besser in Bewegung.

Aber die menschlichen Empfindungen sind launisch wie eine Katze und selten berechenbar. Sie reagieren oft nicht so, wie „Herrchen“ das wünscht. Aber statt sich mit ihnen rumzuärgern, läßt man sie am besten *links liegen*. Früher oder später merken sie auch noch, wo der Zug langgeht. . .

Wenn wir unsere Gefühlswelt von Groll, Bitterkeit, nachtragenden Empfindungen usw. befreien wollen, müssen wir auf einer anderen Ebene ansetzen: der des Denkens. Wenn wir unseren *Verstand mit neuen Inhalten füllen* (nicht die alten Denkmuster wie z. B. „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, sondern: „Wie Gott mir, so ich dir!“) und *unseren Willen am Willen Gottes orientieren*, dann wird auch die Gefühlswelt mit der Zeit erneuert.

Damit das „neue Denken“ nicht im luftleeren Raum schwebt, müssen wir es durch Taten zum Leben erwecken, also bestimmte gute Handlungen vollbringen, auch wenn die Gefühle sich querstellen. Eine andere Befreiung aus dem Kreislauf der Verbitterung gibt es nicht. Der *direkte Kampf* gegen widerspenstige Gefühle verbraucht zuviel seelische Energie und *führt nicht weiter*. Das unkontrollierte „Loslassen“ von allen möglichen Triebimpulsen ist erst recht ein Holzweg!

Der bewußte Entschluß, vergeben zu wollen, entfaltet bereits eine Wirksamkeit in unserer Seele, auch wenn wir das nicht sofort spüren. Das ist der Beginn des „Heilwerdens“

verletzter Gefühle. Die Empfindungen werden sich der gefällten Entscheidung „anpassen“, aber man muß Geduld mit ihnen haben.

Auf keinen Fall dürfen wir uns in feindlichen Gefühlen suhlen bzw. uns als Märtyrer bemitleiden, denen man ganz übel mitgespielt hat. *Selbstmitleid ist eine versteckte Form der Egozentrik*, also des Kreisens um sich selbst. Wer dieser Gefahr nicht ausweicht, nährt seine Seele mit negativen Erlebnissen, streut Salz in alte Wunden und kommt aus dem Kreislauf der „Vergangenheitsbewältigung“ nicht heraus. Im besten Fall führt das zu innerem Groll und im schlimmsten Fall zu krankhaften Depressionen.

Der *hl. Apostel Paulus* hat sich in dieser Sache ausgekannt. Schließlich lebten die Urchristen auch nicht auf einer Insel der Seligen. In seinem Brief an die Hebräer schickt er die Mahnung mit auf den Weg: *„Seht zu, daß nicht etwa eine bittre Wurzel wächst und Störungen verursacht.“* (Hebr. 12,15) — Und im Römerbrief heißt es: *„Laß dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse durch das Gute.“* (Röm. 21)

Sich nicht vom Bösen überwinden lassen bedeutet nicht nur Verzicht auf Vergeltung, sondern auch auf Verbitterung und Selbstmitleid. Innerer Groll führt oft zu einer anklagenden Haltung gegen Gott und die Welt. Ja, auch gegen Gott. Wie typisch ist die Reaktion Adams nach dem Sündenfall: *„Die Frau, die du mir gegeben hast. . .“* (1 Mose 3,12) — der erste Mann hat also die Verantwortung nicht nur auf die Eva abgeschoben, sondern indirekt Gott noch vorgeworfen, daß er die Frau schließlich erschaffen habe! Diese *Sündenbock-Mentalität* sitzt ziemlich tief im Menschen — ein Grund mehr, gleich „stopp!“ zu sagen, wenn man sich dabei erwischt.

Schweigen als Waffe

Schweigen kann ein Mittel sein, um den anderen zu unterwerfen oder mindestens mürbe zu machen. In bestimmten Situationen kann es aber auch einen Sinn haben, etwa aufgrund einer gemeinsamen Vereinbarung. Wenn man z. B. den Eindruck hat, daß es nicht weiterführt, ein Thema ewig breitzutreten, dann wäre eine ruhige Zeit des Nachdenkens sogar hilfreich. Das muß kein allgemeines Schweigen sein, sondern kann sich auf den Streitpunkt beschränken.

Etwas anderes ist es, wenn eisiges *Schweigen als Waffe gegen den anderen* mißbraucht wird. Manchmal geschieht es nur aus *innerer Unsicherheit* bzw. aus der Angst heraus, durch offenen Gespräche verletzt zu werden. Das ist noch halbwegs verständlich, aber nicht sehr klug, denn Schweigen löst keine Probleme.

Schlimmer sieht es aus, wenn das Schweigen als *strategisches Kriegsspiel* eingesetzt wird, um den anderen zu provozieren (herauszufordern) oder herabzusetzen. Ein solches Schweigen, das Verachtung ausdrückt, ist unmenschlicher als ein direkter Streit. Wer sich tagelang „anschwitzt“, sammelt mehr inneren Groll an als jemand, der ein „reinigendes Gewitter“ auslöst. *Sprachlosigkeit kann ja sehr „beredt“ sein. . .*

Die Tyrannei des Zorns, der unkontrollierten Wut, ist ein Verstoß gegen die Selbstbeherrschung. Die *Tyrannei des eisigen Schweigens* ist scheinbar kein Verstoß gegen die Selbstdisziplin, aber jedenfalls einer gegen die *Nächstenliebe*. Beides müssen wir vermeiden! — Wir betonen hier das Schweigen-Problem, weil beim zornigen Ausflippen sowieso klar ist, daß es sich um ein fehlerhaftes Verhalten handelt. Aber die „Schweiger“ bilden sich zuweilen noch ein, sie seien großartig „selbstbeherrscht“. Dieser Zahn muß ihnen gezogen werden!

Kann man sich mit jemandem versöhnen, der das gar nicht will? Eigentlich gehören zur Versöhnung immer zwei, sonst ist sie eine Einbahnstraße. Was also tun, wenn der Widersacher sich widerborstig zeigt?

Auch dann sollte man eine Grundhaltung anstreben, die dem anderen die Einsicht erleichtert. Man kann ihm z. B. „goldene Brücken“ bauen, damit er sein „Gesicht“ nicht verliert. Das bedeutet nicht, daß man seine Schuld verkleinert. *Versöhnung gibt es nur auf der Grundlage der Wahrheit*, alles andere ist Vertuschung und nicht christlich.

Wenn der Schuldige aber spürt, daß man ihm bereits verziehen hat, sieht er in der Regel sein Unrecht eher ein: Er ist beschämt von der zuvorkommenden Freundlichkeit des anderen. Außerdem sollte man sich überlegen, ob man nicht selber auch zum Konflikt beigetragen hat. Selbst wenn die „Gegenseite“ stärker versagt hat, fällt uns kein Stein aus der Krone, wenn wir *unseren eigenen „Schuldanteil“ einräumen*. Wenn der andere dann immer noch starrköpfig ist, ist ihm auch nicht zu helfen.

Wenn man als finsterner „Rächer“ anmarschiert kommt und dem anderen seine Fehler um die Ohren haut, braucht man sich über dessen Uneinsichtigkeit nicht zu wundern. Vermutlich stellt er sich quer aus Stolz, kindischem Trotz oder der Angst, weiter verletzt zu werden. — Der kath. Theologe *Romano Guardini* betont mit Recht: „*Wer einen Menschen bessern will, muß ihm zuerst respektieren.*“

Wir können in einem Konfliktfall nicht mehr tun, als unsererseits eine Brücke der Versöhnung zu bauen. Das ist schon sehr viel — und kostet vor allem dann große Überwindung, wenn der andere die Hauptschuld oder gar „Alleinschuld“ trägt. *Wenn wir dem Schuldigen vergeben, ist unserer Problem schon einmal gelöst*: In unserem Herzen kann sich Bitterkeit, Haß, Vergeltungssucht usw. nicht mehr einnisten (vielleicht auf Gefühlsebene, aber das soll man nicht überdramatisieren, sondern durch Nichtbeachtung erledigen). — Dadurch ist freilich das Problem des anderen noch nicht gelöst, der zur Einsicht in sein Fehlverhalten kommen sollte. Aber dieser Punkt ist seine Aufgabe und nicht unsere!

Als Christen haben wir ein klares Programm für unseren Lebensweg. Es ist die Liebe zu Gott, aus der sich die Nächstenliebe ergeben muß (anderenfalls ist an der Gottesliebe etwas faul). Dabei wissen wir, daß „Gott uns zuerst geliebt hat“ und dies in der Menschwerdung und dem Opfertod Christi dokumentierte. Das folgende Gedicht kann unser Leben wie ein Leitstern begleiten:

*Das will ich mir schreiben
in Herz und in Sinn,
daß ich nicht für mich nur
auf Erden bin.
Daß ich die Liebe,
von der ich lebe,
liebend an andere
weitergebe.*

Zur deutschen Einheit

Brief aus Frankreich

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant, lieber Freund,

wie Sie wissen, habe ich die Ausgabe der INFORMATION — GKS, die den Titel „Erklärung zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des zweiten Weltkriegs“ trägt, ins Französische übersetzt und kann Ihnen mitteilen, daß diese Übersetzung in der monatlich erscheinenden Zeitschrift der französischen Militärdiözese (L'EGLISE DANS LE MONDE MILITAIRE — November 1989) erschienen ist. So konnten alle französischen katholischen Militärggeistlichen die Erklärung der GKS lesen, sie und alle die Soldaten, an die sie weitergegeben haben!

Seit unserer AMI-Konferenz in Toledo haben sich in Deutschland und in Mitteleuropa bedeutsame Ereignisse zugetragen. Ich gehöre zu den zahlreichen Franzosen, die diese Ereignisse mit Spannung und Bewunderung verfolgt haben und sich über die Befreiung unserer Brüder in der DDR freuen.

Jedoch hat ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich Mißtrauen oder gar Angst zum Ausdruck gebracht. Deshalb haben mein neuer Militärbischof Monseigneur Michel DUBOST und der Erzbischof von Cambrai, Monseigneur DELAPORTE, Präsident der französischen Kommission „Justitia et Pax“, den Wunsch geäußert, daß französische Bischöfe das Wort ergreifen, um diese irrationalen Ängste auszutreiben. Zu diesem Zweck haben sie einige Geistliche und einige Offiziere gebeten, Entwürfe für eine öffentliche Erklärung vorzulegen. Mein Entwurf hieß „Einige Elemente für eine französische katholische Erklärung zu den Ereignissen in Deutschland“. Aus Freundschaft sende ich Ihnen ein Exemplar dieses Entwurfs.

Der Ständige Rat der französischen Bischöfe hat drei Bischöfe bestimmt, die auf der Grundlage dieser Entwürfe eine Erklärung mit dem Titel „EINE EUROPÄISCHE ZUKUNFT FÜR GANZ DEUTSCHLAND“ herausgebracht haben. Diese Erklärung, die zwei Monate nach den verschiedenen Entwürfen erschienen ist, trägt selbstverständlich der Entwicklung der Lage in Deutschland im Zeitraum Februar bis April Rechnung. Sie hat vor allem das Verdienst, eine offizielle Erklärung zu sein! Einige französische Zeitungen haben sie vollständig abgedruckt.

Ich hoffe, daß Ihnen die Lektüre dieser Dokumente Freude bereitet. Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, daß ich mich mit Ihnen und allen Deutschen freue.

Herzliche Grüße

Ihr in Christo ergebener Jean Dumort SJ

Einige Elemente für eine katholische französische Erklärung zu den Ereignissen in Deutschland

Jean Dumort SJ

Über die Öffnung der Berliner Mauer und die Vorstellung von einer bevorstehenden Vereinigung der beiden Teile Deutschlands freuen sich die französischen Katholiken und alle Freunde des deutschen Volkes. Endlich sind viele Familien nicht mehr räumlich voneinander getrennt! Endlich werden die Deutschen des Westens und die Deutschen des Ostens, die dieselbe Sprache sprechen und Erben derselben jahrhundertealten Kultur sind, sich frei in allen Bereichen austauschen, eine gemeinsame Zukunft planen und denselben Stein zum Bau Europas herbeibringen.

Es stimmt, daß die Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk in der Vergangenheit oft konfliktbeladen waren. Wir wollen uns damit begnügen, die Erinnerung an die drei Viertel des Jahrhunderts, die zwischen dem Jahr 1870 und dem Jahr 1945 liegen, wachzurufen: Sie beginnen mit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870, gefolgt von den Verwüstungen und den Millionen Toten des Weltkrieges von 1914–18, und sie enden mit dem Schrecken des letzten weltweiten Konfliktes von 1939–1945, mit seinen Zerstörungen, seinen zahlreichen Deportationen und seinen Millionen von Toten (darunter viele Zivilisten).

Dennoch trafen sich kurze Zeit nach dem Waffenstillstand vom Mai 1945 französische und deutsche Katholiken, um eine Brücke über die rauchenden Ruinen zu bauen. Der abscheuliche Charakter des letzten großen Brandes führte ihnen die Nichtigkeit allen rachsüchtigen Geistes vor Augen. Und sie ahnten, daß man alle Ressentiments überwindend,

die beiden Länder nicht nur wieder aufbauen muß, sondern daß sie sich auch gemeinsam mit anderen Ländern am Aufbau Europas beteiligen müssen. Die folgenden Ereignisse sollten ihnen recht geben. Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik begann, wurde ausgeweitet und auf allen Ebenen (der wirtschaftlichen, der kulturellen und der diplomatischen) intensiviert, und das nicht nur im Rahmen der bilateralen Beziehungen, sondern auch im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Franzosen machten es sich mehr und mehr zur Gewohnheit, in die Bundesrepublik zu reisen oder sich dort aufzuhalten; ebenso hielten es die Westdeutschen mit Frankreich.

Die Christen begrüßen diesen Austausch der materiellen, kulturellen und geistigen Güter, da er die Gemeinschaft, die Gott zwischen allen Menschen wachsen sehen möchte, widerspiegelt. Wenn diese Gemeinschaft in der nahen Zukunft auf die Deutschen des Ostens ausgeweitet wird, wird unsere Freude darüber noch größer sein.

Inwiefern würde ein solches Deutschland eine Bedrohung darstellen? — Im politischen Bereich? Aber das Zeitalter des Pangermanismus — ebenso wie anderswo der Kolonialismus — scheint überwunden zu sein. Heute haben es die Völker nicht mehr nötig, ihren „Lebensraum“ auszuweiten oder Kolonien zu erobern, um ihre Identität zu bestätigen. - Im wirtschaftlichen Bereich? Gewiß, die Bundesrepublik stellt ihre bedeutende wirtschaftliche Macht unter Beweis, die DM liegt weit oben an der Spitze der europäischen Währungen. Aber die Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren einen beachtlichen Teil ihrer Ressourcen in die Entwicklung der DDR stecken müssen, während der Aufbau einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die die nationale Wirtschaft der Staaten einrahmt, weiter fortschreitet. Auf jeden Fall nähern wir uns einer historischen Epoche, in der die wirtschaftliche Macht nicht mehr ausreichen wird, um den Bestand einer Nation zu garantieren, deren Leben nicht von der Suche und Förderung der humanistischen Werte innerhalb ihrer Grenzen und dem Vertreten dieser Werte nach außen hin durchdrungen ist.

Selbstverständlich kann niemand voraussagen, wann und wie sich die beiden Deutschlands vereinigen werden. Denn diese Vereinigung liegt nicht nur bei den Deutschen, sondern sie betrifft in erster Linie andere Nationen, vor allem diejenigen, die so sehr unter dem Krieg gelitten haben: Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland und Polen. Alle diese Staaten müssen mit den Deutschen einen Friedensvertrag aushandeln: einen Vertrag, der die gegenwärtigen Grenzen juristisch garantiert (um neue Volksverschiebungen und damit großes Leid) zu verhindern, einen Vertrag, der das Ergebnis der von allen gemachten Konzession im Blick auf das gemeinsame Wohl Europas ist.

Wir hoffen, daß der Tag nahe ist (und wir bitten in unserem Gebet zum Friedensfürsten darum, daß er komme), an dem die Franzosen die Wertschätzung, die sie den Westdeutschen entgegenbringen, auf dieselbe Weise gegenüber den Ostdeutschen äußern können. Denn das wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und zum Frieden zwischen den europäischen Staaten und — so hoffen wir — zwischen Europa und dem Rest der Welt.

Eine europäische Zukunft für ganz Deutschland

Das deutsche Volk wird seine Einheit in Freiheit erlangen. Wir laden die französischen Katholiken ein, an der Freude über das Ende der Diktatur in Ostdeutschland, über die neuen Freiheiten und die Einheit, die die Deutschen in Ost- und Westdeutschland gemeinsam errichten, teilzuhaben.

Die Wiedervereinigung wurde weder mit Waffengewalt erzwungen noch erkaufte. Sie wurde durch die friedliche Revolution der Bürger in der DDR erreicht. Die Menschen, die in Ostberlin sowie in den anderen Volksdemokratien Europas an diesen Revolutionen teilgenommen haben, taten dies um der Würde, des Rechts und der Demokratie willen. Sie sind ein Beispiel für alle diejenigen, die die Hoffnung aufgeben und sich in Europa oder woanders mit Regimen abfinden, die auf der Angst und der Lüge beruhen.

Die deutsche Einheit ist ein positives Ergebnis der Geschichte. Sie ist Ausdruck des Rechts dieses Volkes — wie es alle Völker besitzen — auf Selbstbestimmung. So wird die Einheit der deutschen Nation nun Wirklichkeit, die einst im Grundgesetz dieses mit uns befreundeten Landes, d. h. der Bundesrepublik Deutschland, in den Gründungsverträgen der „Europäischen Gemeinschaft“ und in zahlreichen Verträgen, die Frankreich unterzeichnet hat, als Ziel festgelegt wurde. Wir wußten den demokratischen Wert dieser Rechtstexte zu würdigen.

Die Teilung Deutschlands und die Europas war ein und dieselbe; durch die Aufhebung der ersten überwinden die Europäer auch die zweite.

Wie könnten Franzosen, die von einer Versöhnungsphase mit Deutschland zu einer Phase der Zusammenarbeit, wechselseitiger Beziehungen, der Mitverantwortung und der Freundschaft übergegangen sind, nicht die Freude ihrer deutschen Brüder teilen?

Es wäre gewiß naiv zu glauben, daß die Zukunft uns keine Probleme, Sorgen oder Gefahren mehr bringen wird. Aber wir wollen diesen *gemeinsam* entgegenreten.

Daher wollen wir an dieser Stellen einen Appell richten:

- an alle deutsch-französischen Vermittler und Förderer der deutsch-französischen Freundschaft im Alltag: Sie mögen in ihren Bemühungen, den Franzosen Deutschland und den Deutschen Frankreich verständlich zu machen, fortfahren! Diese Bemühungen sollen sich nun auch auf die Wirklichkeit und die Menschen in Ostdeutschland erstrecken!
- an alle Journalisten, Hochschullehrer und die, deren Aufgabe es ist zu unterrichten: Sie mögen sich nicht von stereotypen Vorstellungen, Angstgefühlen oder Erinnerungen aus der Vergangenheit überwältigen lassen!
- an alle Katholiken, ihre Leiter und ihre Hirten: Sie mögen sich darum bemühen, Deutschland, das deutsche Volk und seine Kirchen mit Blick auf die neue Lage besser kennenzulernen und bekanntzumachen!

- an alle Politiker und Theologen: Sie mögen — jeder für sich — die geistigen Grundlagen der politischen Freiheit und der friedlichen Revolution herausstellen!
- an alle: Es sollten sich alle ihrer Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft bewußt sein und sich mutig und offen an den Diskussionen über die neue Sicherheitsordnung in Europa, über den Sinn des relativen Wohlstands und der Macht Europas sowie die Verantwortung, die sich daraus für alle ergibt, beteiligen!

20. April 1990

Mgr. Jacques Delaporte, Präsident der Justitia et Pax-Kommission

Mgr. Michel Dupost, Militärbischof

Mgr. Joseph Rozier, Präsident von Pax Christi

Erklärung der evangelischen und katholischen Kirchen

Für eine gemeinsame Zukunft

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

In diesen wichtigen und schwierigen Tagen des Übergangs zu einer neuen gemeinsamen Ordnung der Deutschen möchten wir uns an Sie alle wenden.

So, wie das in vielen Begegnungen der Menschen von „hüben“ und „drüben“ auch sonst geschieht, haben wir als katholische und evangelische Bischöfe im Gespräch miteinander versucht, unsere Erfahrungen über die Situation in beiden Teilen Deutschlands auszutauschen. Dies ist nicht einfach. Lebensgeschichten und Erfahrungshorizonte sind spürbar verschieden.

Vielleicht können Ihnen unsere Überlegungen eine Hilfe zur eigenen Orientierung sein. Denn wir müssen uns darauf einstellen, daß wir in den kommenden Monaten erneut und auf schmerzliche Weise die Folgen aus der Geschichte unseres Volkes in den vergangenen Jahrzehnten zu spüren bekommen. Darum wollen wir uns bewußt einander zuwenden, wie es die Heilige Schrift ohnehin den Christen nahelegt: „Laßt uns aufeinander achten und uns zur Liebe und zu guten Taten anspornen.“ (Hebräer 10, 24)

I.

Wir alle sind Zeugen und mehr oder weniger Mitbetroffene eines tiefgreifenden politischen Wandlungsprozesses in einer Intensität und einer Schnelligkeit, wie Menschen ihn wohl nur selten erleben. Die Nachkriegszeit mit der Zweiteilung Deutschlands und Europas sowie der bedrohlichen Konfrontation geht — wie wir zuversichtlich hoffen — ihrem Ende entgegen. Wir sagen aus ganzem Herzen: Gott sei Dank!

Im Augenblick aber scheinen Unsicherheiten und Sorgen die erste Freude und die Dankbarkeit fast zu erdrücken. Der Übergang zu neuer menschlicher und staatlicher Gemeinsamkeit ist schwierig. Dies darf man offen und gelassen aussprechen. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Wir brauchen uns aber auch nicht von Ängsten lähmen zu lassen, sondern wir haben Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Gott hat uns vor große Aufgaben gestellt.

II.

Es ist ratsam, den zurückgelegten Weg aus einigem Abstand wenigstens kurz zu bedenken. Wo kommen wir her?

Vergessen wir nicht: Als Folge der nationalsozialistischen Diktatur und des von Deutschland verantwortungslos entfesselten Zweiten Weltkrieges sowie des stalinistischen Herrschaftsstrebens wurden unser Land und Europa geteilt. Was von der Geschichte her zusammengehörte, wurde gewaltsam getrennt. Den Menschen in der DDR wurden eine undemokratische Verfassung, ein ideologisiertes Bildungswesen und ein entmündigendes Wirtschaftssystem aufgezwungen. Es ist keine Frage: Ohne daß die Deutschen in der DDR größere Schuld an dem Geschehenen auf sich geladen hätten, mußten sie die größere Last der Kriegsfolgen, mußten sie das härtere Los tragen. Viele Menschen haben unter schwierigen Bedingungen durchgehalten und in ihrem Lebensbereich Beachtliches geleistet.

Die Kirchen haben die Überwindung der Teilung als Frucht der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in Freiheit erhofft und erbetet. Zusammen mit vielen Menschen guten Willens haben die Christen auch die Aussöhnung mit den Nachbarvölkern gesucht. So gut es ging, haben unsere Kirchen jede auf ihre Weise ein hohes Maß an Gemeinsamkeit über die Grenze hinweg bewahrt. Die am 13. August 1961 errichtete Mauer verschärfte die Trennung und zerstörte viele Hoffnungen. Aber die Zahl der Menschen, die sich in der DDR und in den osteuropäischen Staaten gegen Unwahrhaftigkeit, Entmündigung und Bedrückung zur Wehr setzten, nahm zu. Bestärkt durch das beständige Eintreten vieler Christen und Kirchenführer für Freiheit und Menschenwürde erstarkte die Demokratiebewegung in Polen und anderen Ländern Osteuropas, ermutigt und ermöglicht auch durch eine neue Politik in der UdSSR. Schneller, als man zu hoffen wagte, brach das SED-System in der DDR zusammen.

Eine neue, gemeinsame Aufgabe liegt vor uns in Europa und in Deutschland. Sie ist nicht über Nacht zu lösen, sondern erfordert einen langen Atem. Für uns Deutsche hängt viel davon ab, daß wir uns der Last der Vergangenheit bewußt bleiben, daß wir nicht überheblich werden und daß wir vor allem auch die Lasten untereinander teilen. „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, der Völker Schmach ist die Sünde.“ (Sprüche 14, 34)

III.

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages wird die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Wirklichkeit. Der damit begonnene Weg ist nicht frei von Gefährdungen und Risiken. Es ist eine beispiellose Herausforderung für alle. Unsere Situation ist ähnlich einer notwendig gewordenen Operation: Sie birgt Risiken und wird den ganzen Körper in Mitleidenenschaft ziehen — und ist doch oft der einzig verantwortbare Weg zur Gesundung.

Es wird in diesem Zusammenhang verständlich, wenn vor allem in der DDR viele Menschen Sorgen und Fragen haben: Werde ich meinen Arbeitsplatz verlieren? Was wird aus mir und meiner Familie? Wie werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen? Werden die ungerecht Verurteilten rehabilitiert? Wie kann es Versöhnung geben? Werden die Fragen des Eigentums — von Wohnraum oder Grund und Boden — einer gerechten Regelung zugeführt werden? Oder werden wir erneut auf die Verliererseite geraten?

Veränderungen solchen Ausmaßes führen auch zu Verwerfungen der gesellschaftlichen Landschaft. Wo sich unsoziale Härten zeigen, müssen sie benannt, muß Abhilfe geschaffen werden. Darin hat sich eine demokratische Ordnung zu bewähren. Viele Menschen sind auch zu dieser Hilfe bereit. Wir sehen es gerade in dieser Zeit als eine wichtige Aufgabe der Kirchen und der Christen an, Fürsprecher und Anwalt der Armen und Schwächeren zu bleiben, die es auch in einer demokratischen Ordnung gibt. Es sind dies ältere Menschen, zumal mit kleiner Rente, Wohnsitzlose, kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter und Väter, Arbeitslose, Ausländer, die ungeborenen Kinder, die Behinderten und auch die Kranken.

Unbedacht ist das Gerede, der finanzielle Einsatz für die Menschen in der DDR sei zu hoch. Wer vierzig Jahre das leichtere Los hatte und unter günstigen Bedingungen — gewiß mit großem Fleiß und Engagment — seine Fähigkeiten einsetzen und entwickeln konnte, darf sich nicht der Mitwirkung bei einem Ausgleich verschließen zu Gunsten derer, die an den Lasten aus deutscher Schuld, einem verlorenen Krieg und stalinistischer Gewaltherrschaft ungleich schwerer tragen mußten. Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden. Wenn dies nicht überzeugend gelingt, haben wir es schwer, zu neuer Gemeinschaft zusammenzuwachsen.

Bei allem Verständnis für diese Sorgen möchten wir uns aber zugleich auch gegen Resignation in der DDR wenden. Gegen alle Unsicherheit und auch manche bewußte Schwarzmalerei möchten wir ein Wort der Ermutigung sagen: Für ein Gemeinwesen, das die Anerkennung der Würde jedes einzelnen Menschen und seiner grundlegenden Menschen-

rechte zu Eckpfeilern macht und das sich dem Frieden in Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit verpflichtet weiß, lohnt sich der Einsatz aller zur Verfügung stehenden Kräfte. Darum sollten wir auch versuchen, vor den ohne Zweifel aufkommenden Problemen nicht zu resignieren, sondern uns ihnen mit engagiertem Handeln, Phantasie und Zuversicht zu stellen. Manche sind unvermeidliche Übergangs- und Anpassungserscheinungen. Manche werden nur durch gemeinsame Anstrengungen in beiden Teilen Deutschlands zu bewältigen sein.

Kleinliches Denken und Handeln dürfen nicht die Chance dieser geschichtlichen Stunde zunichte machen. Es geht um die Zukunft nicht nur unseres Landes, sondern um die friedliche Zukunft Europas. „Denkt daran: Wer kärglich sät, wird auch kärglich ernten; wer reichlich sät, wird reichlich ernten.“ (2. Korinther 9,6)

IV.

Es ist nicht verwunderlich, wenn wir Deutschen seit Monaten stärker mit uns selber beschäftigt sind. Die Mahnung freilich ist berechtigt: das Gespür für die richtigen Proportionen zu behalten und den Blick für größere, wenn auch weiter von uns entfernte Probleme nicht zu verlieren. Dabei ist es ein Unterschied, ob ein zur Ruhe gekommenes einiges Deutschland in der Mitte Europas sich den weltweiten Problemen zuwendet oder ob ein gespaltenes Deutschland, seiner selbst nicht ausreichend gewiß, andere mit seiner Unsicherheit und Unruhe überzieht. Auch in dieser Hinsicht können die jüngsten Entwicklungen bei uns allen Völkern zugute kommen.

Überholtes nationalstaatliches Denken kann nicht unsere Sache sein. Das geeinte Deutschland muß seinen Platz in Europa finden. Von Deutschland müssen jetzt kräftige Impulse zur europäischen Zusammenarbeit ausgehen, die gleichzeitig die Mitte und den Osten Europas, jahrzehntelang eher im Schatten, stärker in unser Blickfeld rücken. Eine die Interessen der Nachbarn berücksichtigende deutsche Einigung wird für das größere Europa kein Hindernis sein; im Gegenteil, sie fördert und beschleunigt diese Entwicklung. Schwächen dürfen nicht ausgenutzt werden.

Doch auch die Offenheit für Europa ist nicht genug. Die Kirchen erfahren täglich durch ihre Verbindungen in alle Welt von den bedrückenden wirtschaftlichen Nöten, den politischen Problemen und der Verletzung elementarer Menschenrechte in vielen Ländern der Erde. Wenn die neue Einheit der Deutschen nicht auch verstärkte Kräfte mobilisiert zur Bekämpfung von Hunger und Armut und zum Einsatz für weltweite Gerechtigkeit, besteht sie ihre Bewährungsprobe nicht. Daher darf eine auch nur zeitweilige Verringerung staatlicher und kirchlicher Mittel zum Nachteil der Entwicklungshilfe nicht in Erwägung gezogen werden.

V.

In diesen Wochen sind in Ost und West fast ausschließlich wirtschaftliche Fragen diskutiert worden. Diese haben im Blick auf ein künftiges menschenwürdiges Leben, aber auch

im Blick auf einen gerechten sozialen Ausgleich große Bedeutung. Die wirtschaftlichen Probleme sind jedoch nicht alles. Ihre Lösung allein kann dem Leben noch keinen tragfähigen, letzten Sinn geben. „Der Mensch lebt nicht nur von Brot, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt.“ (Matthäus 4,4) Diese biblische Erkenntnis und Mahnung darf nicht verdeckt werden, gerade angesichts eines großen Sinnvakuums und tiefer menschlicher Verletzungen, die nicht einfach von selbst heilen.

Das vereinigte Deutschland und das gemeinsame Europa sind angewiesen auf starke Kräfte des Geistes und der Seele, des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe. Ohne eine neue Vitalität des christlichen Glaubens bauen wir Häuser, in denen die Menschen nicht wirklich atmen können und krank werden. Die Kirchen haben nicht zuletzt den Wandel der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa fördern können, weil in ihnen eine größere Hoffnung lebt. Gott, der uns Staunenswertes hat erleben lassen, wollen wir um den Beistand des Geistes und um seinen gedeihlichen Segen bitten auf dem Weg eines geeinten Deutschland in einem einigen Europa.

Wir grüßen Sie herzlich
Ihre

Christoph Demke, Magdeburg
Karl Lehmann, Mainz
Georg Sterzinsky, Berlin
Martin Kruse, Berlin

Berlin, Magdeburg und Mainz, am 26. Juni 1990

Position der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA

1. Feststellungen

1.1 Die Verteidigungsminister der beiden deutschen Staaten haben die politischen Grundlagen für die Aufnahme von Direktkontakten zwischen der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee gelegt.

1.2 In den Rahmenrichtlinien des Generalinspektors der Bw vom 27.4.90 werden die Soldaten aufgefordert, Kontakte mit Soldaten der NVA zu suchen. Schwerpunkt der Kontaktgespräche sollen „die Grundsätze der Inneren Führung und deren Umsetzung im tägli-

chen Dienst sein. Dabei soll das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform vermittelt werden, wie es für das Selbstverständnis einer Armee im demokratischen Staat und in einer freien Gesellschaft gilt.“

1.3 Innerhalb der GKS wird die Frage diskutiert, wie die Mitglieder der Gemeinschaft dem Anliegen der militärischen Führung sowohl als Soldaten als auch als Angehörige eines katholischen Verbandes gerecht werden können.

1.4 Wie alle Deutschen haben auch die Soldaten der Bundeswehr ihren Beitrag zu leisten, daß die Menschen in der Bundesrepublik und der DDR zusammenfinden. Von daher ist das Anliegen des Generalinspektors zu unterstützen.

Die gewünschten Kontakte und Gespräche haben aber nichts zu tun mit Tendenzen zu unkritischem „Schulterschuß“, „Kameraderie“ oder „freundschaftlichen Bindungen“.

1.5 Katholische Soldaten können den bisherigen Charakter der NVA, ihr Erscheinungsbild gegenüber der Bevölkerung, insbesondere die Erfahrungen der katholischen Christen in der DDR mit dieser Armee nicht einfach ignorieren. Der Dienst in der NVA als Berufs- oder Zeitsoldat setzte den Beitritt zur SED voraus. Dieser wiederum erforderte den vorherigen Austritt aus der Kirche.

Katholiken in der DDR haben die NVA vor allem als ein Instrument der Repression erlebt. Als Wehrpflichtige konnten sie dieses Unrechtsinstrument aus Gewissensgründen nicht mittragen, das neben dem absoluten Vorrang der sozialistischen Ideologie auch noch den unbedingten Gehorsam forderte.

2. Bewertung

2.1 Die NVA war bis vor kurzem noch eine Institution einer totalitären, menschenverachtenden, atheistischen Partei und eines darauf gegründeten Staates.

Demgegenüber hat sich die Bundeswehr in 35 Jahren als Armee in einer rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie bewährt. Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland sind dem Grundgesetz und seiner zentralen Norm, der Unantastbarkeit der menschlichen Würde, durch Wehrgesetzgebung und Führungslehre verpflichtet.

2.2 Die Tatsache, daß die NVA im Herbst 1989 die friedliche Revolution nicht behindert hat, deutet darauf hin, daß in der NVA eine latente Reformbereitschaft vorhanden ist.

Dennoch ist bisher nicht deutlich zu erkennen, ob die Inhalte der politischen Veränderungen in der DDR das Denken der Führungskader der NVA beeinflußt haben und wie sie auf die Streitkräfte übertragen werden. Statt dessen sieht es so aus, als solle die Kontinuität der NVA, die niemals eine Armee des Volkes war, gewahrt bleiben. Die bisherigen Reformschritte — Änderung des Fahneneides, Gewährung von freiem Ausgang in Zivil und Erlaubnis zum Alkoholverzehr in der Kaserne — sind eher Äußerlichkeiten und sollen der Festigung des angeschlagenen Ansehens der Streitkräfte dienen. Sie sind noch keine ausreichenden Schritte hin zu einer wertgebundenen und zeitgemäßen Menschenführung. So

haben trotz Abschaffung der Polit-Kader die Polit-Offiziere den Umsturz ohne Schäden überstanden. Die Mehrzahl von ihnen wird heute als Lehroffiziere in der staatsbürgerlichen Bildung eingesetzt.

2.3 Als katholischer Verband hat die GKS auch die Situation der katholischen Kirche und derjenigen Bürger zu berücksichtigen, die sich zu ihrer Glaubensüberzeugung bekennen.

Aufgrund ihrer bis zum Herbst 89 ausschließlich negativen Staatserfahrungen neigen die Katholiken der DDR zu einer pazifistischen Verweigerungshaltung, aus der heraus nicht nur das Militär und die militärische Friedenssicherung, sondern vielfach auch die nun erforderliche aktive Mitgestaltung der nachrevolutionären Gesellschaft und Einflußnahme auf den Vereinigungsprozeß abgelehnt werden. Die Bw wird wie die NVA gesehen: Soldaten und Söldner im Auftrag einer ungeliebten, als ungerecht erfahrenen Staatsgewalt, mit denen man nichts gemein hat.

Die Revolution in der DDR war von vielen bekennenden Christen nicht gewollt — ebensowenig die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie haben vielmehr eine Reform der DDR vor Augen gehabt, die den Christen Freiräume und Chancengleichheit eingeräumt hätte. Die jetzt unerwartet eingetretene Freiheit mit Entscheidungszwängen, Orientierungslosigkeit und der Gefahr des Konsumdenkens überfordert manche und läßt sie den Verlust der Geborgenheit ihrer kleinen, unterdrückten, aber durch ihre Geschlossenheit schützenden Gemeinden beklagen. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß das sozialistische System den Menschen politisch unmündig gehalten und unfähig zur Mitverantwortung gemacht hat.

3. Folgerungen

3.1 In der NVA gibt es bisher keine katholischen Ansprechpartner. Deshalb wird die GKS zunächst von sich aus keine Kontakte mit der NVA suchen. Sie ist aber offen dafür, in Gesprächen zu einem neuen Verständnis des soldatischen Dienstes beizutragen. Im Rahmen von konzertierten Aktionen der Militärseelsorge beteiligt sie sich aktiv an Gesprächen und Veranstaltungen mit Katholiken aus der DDR. Impulse hierzu müssen zunächst der Ebene entsprechend vom Katholischen Militärbischofsamt bzw. von den beauftragten Militärpfarrern ausgehen.

3.2 Für die GKS als Teil der katholischen Kirche in Deutschland kommt es darauf an, im Zusammenwirken mit anderen Kräften der Kirche behutsam darauf hinzuwirken, daß der Zustand der Mutlosigkeit, der Befürchtungen und der Verweigerung umgekehrt wird und einer optimistischen Zukunftsperspektive Platz macht. Nicht die Akzeptanz von Streitkräften oder militärischer Friedenssicherung steht im Vordergrund, sondern allgemein die Bereitschaft, die eigene gesellschaftliche, staatliche und kirchliche Zukunft verantwortlich mitzugestalten.

Wichtig ist es, daß durch persönlich integeres Beispiel bei der Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben in Kirche, Gesellschaft und Beruf die negativen Erfahrungen der Katholi-

ken in der DDR überwunden werden. Durch eine ethisch überzeugende Grundhaltung und den Zusammenklang von Anspruch und Wirklichkeit muß eine persönliche Vertrauensbasis geschaffen werden, von der aus schließlich der Soldat als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ angenommen werden kann (s. Anmerkung).

3.3 Katholische Soldaten sollten auch als Mitglieder ziviler Gemeinden und Verbände alle Möglichkeiten wahrnehmen, an Veranstaltungen mit Katholiken aus der DDR teilzunehmen, und Gelegenheit suchen, mit der gebotenen Zurückhaltung ihre Überzeugung und Position einzubringen.

3.4 Trotz ihrer prinzipiellen Sicht der NVA erhebt sich die GKS nicht moralisierend über die Angehörigen der NVA. Weder ist es ihre Aufgabe, noch ist sie in der Lage zu beurteilen, warum jemand bereit war, unter den ungerechten Bedingungen einer Parteidiktatur Dienst als Soldat zu leisten. In der NVA hat es immer auch Soldaten gegeben, die trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen menschlich geblieben sind und nach ihrem Gewissen gelebt und gedient haben.

Statt Verurteilung verdient der einzelne NVA-Angehörige menschliches Verständnis, Zuwendung, geistlichen Beistand und Seelsorge.

3.5 Mitglieder der GKS nehmen selbstverständlich im Rahmen dienstlicher Veranstaltungen an Begegnungen mit der NVA teil. Sie bringen ihr Selbstverständnis als katholische Soldaten in die Gespräche ein. Trotz aller Freude über die Kontakte mit Soldaten aus dem anderen Teil Deutschlands sollen die Unterschiede zwischen Bw und NVA auch dann nicht verwischt werden, wenn es zur Bildung einer gesamtdeutschen Armee kommt. Es darf nicht dazu kommen, daß Äußerlichkeiten im Vordergrund stehen. Aus Gründen eines fairen und ehrlichen Dialogs dürfen die Unterschiede im Menschenbild und in der Menschenführung, aber auch die Schwierigkeiten der katholischen Kirche in der DDR mit der NVA nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Anmerkung zu Ziff. 3.2:

„Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (GS 79)

Die katholische Kirche trägt durch ihre Friedenslehre den Dienst des Soldaten mit, insofern dieser einen Dienst zur Sicherung des Friedens nicht nur des eigenen Volkes oder der Verbündeten, sondern für den Frieden und die Sicherheit aller Völker leistet.

Wenn Sicherheit und Frieden besser durch Bündnisse und durch eine kooperative Friedensordnung gewährleistet werden können, dann sollen Streitkräfte unter Einschränkung nationaler Souveränität supranationalen Institutionen unterstellt werden.

Eine Strategie zur Sicherung des Friedens ist ethisch mitzutragen, wenn sie nicht nur Krieg verhindert, sondern auch Abrüstungsprozesse fördert und so Stabilität auf einem niedrigen Niveau möglich macht.

Das heißt:

Der soldatische Dienst ist erforderlich und verantwortbar, wenn und weil er den politischen Prozeß zur Förderung des Friedens vor Rückschlägen absichert und auf einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau stabilisiert.

Leserbrief

Die Position der GKS hat starke Beachtung und im wesentlichen Zustimmung gefunden. Allerdings — und wie könnte das in einer pluralistischen Gesellschaft anders erwartet werden — wurde auch Kritik geübt. Eine solche engagiert vorgebrachte Stellungnahme ist nachfolgend abgedruckt:

„Haben wir etwa doch ein Feindbild? Als Christ, speziell als Katholik sehe ich mich durch die „Position der GKS zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA“ vom 15. Juni 1990 provoziert.

Und ich glaube nicht, daß wir mit dieser „Position“ für den Dialog hilfreich sein können für jene, die in der DDR, in der anderen deutschen Armee im übertragenen Sinn auf der Suche nach ihrem Standort sind. Da heißt es (im Juni 1990!):

„Die bisherigen Reformschritte — Änderung des Fahneneides, Gewährung von freiem Ausgang in Zivil und Erlaubnis zum Alkoholverzehr in der Kaserne — sind eher Äußerlichkeiten“ usw.

Die Gleichsetzung des Eides mit Zivilerlaubnis bzw. Alkoholverzehr dürfte für jeden Christen, der den Eid als eine originäre Verpflichtung vor Gott ansieht und deshalb ablehnt, eine Verhöhnung sein. Jahrzehntlang diskutierten Christen in der DDR über die Eidformel „ich schwöre“. Sollte der Eid für die Soldaten der GKS eine Äußerlichkeit sein?

Und wie sieht es denn tatsächlich mit diesem neuen Fahneneid aus? Die Verpflichtung auf eine bestimmte Regierung ist entfallen, die Bündnistreue zur Sowjetarmee wird nicht mehr beschworen und das Versprechen „unbedingten Gehorsams“ ist ersetzt durch die Bindung an „Recht und Gesetz“.

Ist die Reform tatsächlich nur durch Äußerlichkeiten wie beispielhaft aufgeführt zu charakterisieren?

Die ersten Veränderungen, die die Streitkräfte betrafen waren

- die Ablösung der Partei aus ihrer Vormundschaft in der und über die Armee,
- die Auflösung der Politverwaltung und Entlassung der Politoffiziere,
- das Ende der Politschulung, die Indoktrination beinhaltete,
- die Aufhebung der Kontaktsperren und Kommunikationsverbote, Erlaubnis zu Westreisen,
- die Zulassung von privaten Hörfunkgeräten in den Unterkünften sowie der Zugang zur Presse (nicht nur der Presse aus der DDR),

- die Reduktion der Wehrdienstzeit auf 12 Monate plus 6 Monate Reservistenwehrdienst (von 18 plus 24),
- die Wahlmöglichkeit zur Dienstleistung (ohne Gewissensprüfung!) zwischen Wehrdienst und gleichlangem Zivildienst,
- die Einführung „staatsbürgerlicher Arbeit“, die der staatsbürgerlichen Bildung vergleichbar ist,
- die Einrichtung (und Wahl) von Vertrauensmännern als Vertreter der Soldaten gegenüber dem Kommandeur usw.

Soziale Verbesserungen oder Leistungen sollten hier nicht auf die gleiche Ebene gesetzt werden, obwohl sie von den Soldaten und Berufssoldaten besonders nicht unterschätzt, mehr noch, gefordert werden.

Ich kann der „Position“ der GKS zustimmen, die auf der gesunden Skepsis beruht, aber nicht einer Vorverurteilung, die mich dem Verdacht aussetzt, nur aus der Position eines weltanschaulich geprägten Feindbildes zu agieren.“

Dr. Schirrmeister

Die Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Geschichte und die europäische Zukunft

Michael Stürmer*)

Was wiegt Geschichte? Die Antwort lautet: wenig und viel zugleich. Wenig, weil die Vergangenheit sich nicht wiederholt; weil aus ihr, nach einem bekannten Wort, nur gelernt werden kann, daß man nichts aus ihr lernt. Wenig auch, weil die Vieldeutigkeit der Geschichte sich zumeist klaren Handlungsanweisungen für die Zukunft verweigert.

Viel wiegt die Geschichte aber auch, weil Geschichte der Stoff ist, aus dem der Diskurs über die Zukunft lebt. Das bleibt so lange ohne Belang, wie alles seinen gewohnten Gang geht, die Planer planen und die Menschen geplant werden. In Zeiten von Krise und Entscheidung aber, wie wir sie 1989 erlebt haben und 1990 weiter erleben werden, steht mit aller Zukunft auch alle Deutung der Vergangenheit auf dem Spiel, und es wird neu gezählt, gewogen und gewertet.

Nichts ist so unvorhersehbar wie die Vergangenheit — so spotten östliche Intellektuelle über sich selbst.

Nehmen wir das Beispiel der Sowjetunion. Es gehört zu Gorbatschows Glasnost, daß 20 Jahre Breschnew als „die Jahre der Stagnation“ gelten, 30 Jahre Stalin als totalitäre Tyran-

nei. Talleyrand hat gesagt: Verrat ist eine Sache des Datums. Im Blick auf die Geschichte des Kommunismus kann man hinzufügen: Auch Größe ist eine Sache des Datums. Daß Lenin bisher unangefochten steht, hängt wohl nur damit zusammen, daß es sonst kein Halten gibt. Denn würde ernsthaft die Frage gestellt, ob der große Lenin nicht in Theorie und Praxis für Diktatur und Klassenmord verantwortlich war, für die Erstarrung der Wirtschaft und die Omnipotenz der Geheimpolizei — was bliebe dann noch als Grundlage der Legitimation? Vielleicht Peter der Große, mit dem am ehesten sich Gorbatschow nach Substanz und Reichweite der Reformen vergleichen läßt — ob auch im Erfolg, das bleibt noch abzuwarten.

Die unterworfenen Völker haben es da leichter. Es war seit langem abzusehen, daß die drei baltischen Republiken im August 1989 unruhig werden würden. Da nahte der 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 und der geheimen Zusatzprotokolle, der den Balten das Todesurteil war, den Republiken und den sie tragenden Eliten. Jetzt verlangen die Völker und die „Volksfronten“, und sie haben sich damit im Volkskongreß durchgesetzt, diesen Pakt der beiden Teufel von Anfang an für ungültig zu erklären. Was aber folgt daraus?

Nationale Souveränität und eine Existenzkrise der Sowjetunion — oder ein historischer Kompromiß?

Damit ist die nationale Existenz der Balten verbunden, ihre Selbstachtung, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch weit in die Zukunft hinein. Es liegt gewaltige Sprengkraft darin, weit über die baltischen Länder hinaus, wenn sich reale Interessen und revolutionäre politische Hoffnungen auf die Geschichte berufen, und daraus politische Legitimität und psychologischen Treibstoff gewinnen.

Am deutlichsten wird heute in Ungarn, wie sich eine unterdrückte Nation aus ihrer Geschichte, zum großen Teil als Leidensgeschichte begriffen, neu konstituiert. 1848 und 1956 sind die beiden nationalen Aufstandsbewegungen, die im Blut erstickt wurden, beide Male von den Russen.

Der revolutionäre Umbau der ungarischen Politik im Jahre 1989, der auch die deutsche Revolution entscheidend angestoßen hat, ging einher mit symbolischen Akten, die jeder mann verstehen mußte: Imre Nagy und Pal Maleter, die Führer des Aufstands von 1956, 1958 erschossen, wurden aus dem Massengrab umgebettet in ein Grab, das bald zur nationalen Gedenkstätte wurde.

Der Tag des Aufstandsbeginns 1956, der 23. Oktober, wurde 1989 zum nationalen Gedenktag: Vom selben Balkon des Parlaments, wo 1918 schon einmal die Republik Ungarn verkündet worden war, erklärte der amtierende Staatspräsident, die Volksdemokratie Ungarn werde in Zukunft wieder Republik Ungarn heißen. Der Rote Stern auf dem Parlamentspalast an der Donau wurde seit einiger Zeit nachts nicht mehr beleuchtet. Inzwischen ist er demontiert durch Bautrupps, weil zu viele Studenten angeboten hatten, das tonnenschwere Ding herunterzuholen.

Wenn in Ungarn über das Staatswappen abgestimmt wird, ist das Kossuth-Symbol von 1848 unumstritten. Es geht nur um die Frage, ob mit oder ohne die Stephanskrone. Daß die Ungarn, indem sie an der österreichischen Grenze den Stacheldraht zerschnitten, ein Loch in die Berliner Mauer schlugen und in die Festung der SED-Herrschaft, hat für die Deutschen und für ganz Europa weltgeschichtliche, revolutionäre Folgen.

Das 20. Jahrhundert hat zwei totalitäre Geschichtsmythen erlebt, den Leninistischen und den Hitlerischen. Beide sind gescheitert. Deshalb hängen auch das Kriegsende 1945 und das Diktaturende 1989 miteinander zusammen. 1945 endete für Westeuropa der Zweite Weltkrieg, den doch Osteuropa noch 44 Jahre lang nicht aufhörte zu verlieren. Vielleicht ist es am Ende dieses Jahrhunderts die schmerzlichste und auch die größte seiner Er rungenschaften, daß es die grauenvollen Geschichtsmythen des 19. Jahrhunderts über wand, wenn auch unter ungeheuerlichem Aufwand.

Die verwaltete Geschichte und das verordnete Glück, das „Reich der tausend Jahre“ und das „Paradies auf Erden“ — diese gewaltsamen Geschichtsklitterungen, Ersatzreligionen, geboren aus den Neurosen des 19. Jahrhunderts, werden künftigen Generationen, in welcher Form auch immer, hoffentlich erspart bleiben.

Heute enden nicht nur vier Jahrzehnte weltpolitischer Bipolarität und europäischer und deutscher Teilung. Es enden auch viele indirekte und direkte Folgen des Weltkriegs. Doch ist die Rückkehr zu der Welt vor 1914 versperrt, weder wünschbar noch möglich. Damit aber stellt sich mit neuer Intensität die Frage, wie denn die deutsche Geschichte und die europäische Zukunft zusammenhängen, was weiter gilt und was revisionsbedürftig sei.

Es gab, seitdem der damals Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, über ein Deutsches Historisches Museum in Berlin laut nachgedacht und seitdem Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung 1982 die Sache aufgegriffen und mit dem Haus der Geschichte in Bonn verbunden hatte, eine laute und polemische Debatte in der Bundesrepublik darüber. Sie handelt im Grunde von der Frage, ob A und O der deutschen Geschichte, damit Blickpunkt aller Vergangenheit und aller Zukunft, die zwölf Jahre der Diktatur seien oder ob deutsche Geschichte mehr und anderes sei als Tyrannei, Massenmord und Krieg oder, wie Friedrich Meinecke es 1945 pointierte: die deutsche Geschichte, „die deutsche Katastrophe“.

Zuletzt hat im vergangenen Herbst der Historiker Thomas Nipperdey bei einer Konferenz an der Harvard-Universität sich gegen den Versuch gewandt, die ganze deutsche Geschichte prinzipiell mit der Nazi-Vergangenheit gleichzusetzen: „Man beraubt uns unserer Geschichte.“

Der Publizist Johannes Groß hat in seinen Buch „Phönix in Asche“ geschrieben, warum dies so ist:

„Es läßt sich ein dreifacher Grund für den drückender gewordenen Schatten Hitlers über die Deutschen ausmachen.

Der erste: Je mehr das Jahrhundert dem Ende sich zuneigt, desto deutlicher wird es, daß Hitler seine zentrale Figur gewesen ist. Der Nationalsozialismus bildet die Zentrenarzäsur. Aus seiner Niederlage ist eine neue Weltordnung gefolgt — mit den beiden Supermächten und der Dritten Welt. Das war vor vierzig Jahren weniger deutlich erkennbar als heute und erklärt das Faszinosum, das Hitler und sein Verbrechen für den Erdkreis und besonders die Deutschen darstellt.

Der zweite Grund ist die wachsende Entleerung der Weltpolitik. Das Zeitalter der Kriege ist in Europa dahin und zwischen den Supermächten auch. Nur Konflikte von Staaten, deren Schicksal nicht menscheitsbewegend ist, bleiben als bewaffnete erlaubt. Es stellt sich so dar, als sei der Sieg über Hitlerdeutschland der letzte große Sieg gewesen, den die Weltgeschichte den Weltmächten vergönnt hat; auf dessen Beschwörung als Teil ihrer historischen Identität und ihrer Legitimität können sie um so weniger verzichten, als neue heroische Stoffe nicht mehr auffindbar sind. Eine ähnliche Wirkung hat der Substanzverlust der deutschen Politik im Innern, der durch Moralisieren aufgefüllt wird.

Der dritte Grund schließlich darf nur angedeutet werden. Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.“

Kein Zweifel, der Dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts und die deutsche Rolle in seinem Brennpunkt werden, biblisch gesprochen, bis ins dritte und vierte Glied nicht vergessen werden, und sie werden weiterwirken, und die Frage wird niemanden loslassen, wie der Mensch so sehr des Menschen Wolf sein kann, wie es in den Verfolgungen und Vernichtungen von 1933—1945 geschah, und es wird eine Frage an die Deutschen und der Deutschen an sich selbst bleiben. Alles dies steht nicht in Rede und muß getragen werden. Denn in der Erinnerung liegt die Bedingung der Erlösung.

Jetzt aber kommen die Völker Osteuropas aus der Kälte. Sie haben, auch die Deutschen, eine friedliche und freiheitliche Revolution durchgekämpft. Sie haben die Tagesordnung der Politik radikal geändert und damit auch den Diskurs über Zukunft und Geschichte. Damit geht es um die europäische Zukunft und, in ihrer Mitte, um die deutsche Rolle. Und da ist es keine zureichende Wegweisung zu sagen, der Schrecken des Dritten Reiches solle sich nicht wiederholen, und auch die schnelle Gleichsetzung von deutscher Einheit und Groß-Deutschland, von der Freiheit von 80 Millionen und einem fabelhaften „Vierten Reich“ verengt, verdrängt, vergrößert und verzerrt.

Die linken 1848er wollten ein Deutschland vom Rhein zur Donau und haben dafür geblutet: Das Deutschland von 1938 hätte sie erschreckt. Die Weimarer Demokraten wollten ein Deutschland der Vernunft und der Verständigung: Das Hitlersche Monstrum war ihnen ein Schrecken. Und Oberst Graf Stauffenberg starb am 20. Juli 1944 mit dem Ruf: „Es lebe das heilige Deutschland“ — dafür hat die deutsche Widerstandsbewegung gelebt und gelitten.

Und auch die Präambel des Grundgesetzes, die vom vereinten Europa spricht und davon, daß es gelte, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden, ist hier zu nennen, und man kann nicht für das Selbstbestimmungsrecht der fernsten Völker eintreten, aber dem 80-Millionen-Volk in der Mitte Europas dasselbe verweigern.

Da wird man stattdessen noch einmal fragen müssen, was die deutsche Geschichte denn konstituierte und was darin für die Zukunft taugt, und man wird vieles entdecken, was für den Bauplan des künftigen Europa nicht nur wichtig ist, sondern unentbehrlich. In diesen Jahren, da die Nachkriegszeit auch in Osteuropa zu Ende geht und ganz Europa sich neu konstituiert und von den Alpträumen des Totalitarismus Abschied nimmt, ist das keine müßige Frage oder nur eine akademische Übung. Es geht um Wege in die Zukunft.

Die Verwalter des post-Hitlerischen Antifaschismus haben oft gesagt, die Bundesrepublik in der Ära Adenauer sei nichts als Restauration gewesen, die Gewissensprüfung habe erst in den glorreichen 60er Jahren begonnen, und wer gegen den Faschismus sei, der sei es also auch ein guter Demokrat. Das aber sind alles politische Zweckmeldungen, die den Gründern der Republik, Christdemokraten, Sozialdemokraten und Freidemokraten, bitter Unrecht tun, aber den Erben vielfach nützlich erscheinen. Denn mit der angemäßigten Verwaltung der deutschen Vergangenheit, speziell der zwölf Jahre, ist Macht verbunden über die Geister und die Gewissen: Macht in der Schule, in der Öffentlichkeit, in den Akademien, in den Parlamenten.

Keine Anklage trifft so hart, ist so schwer zu widerlegen wie die der heimlichen Apologie, der stillen Sympathie, des gewissen Einverständnisses, der unzureichenden Gewissensschärfe. Nicht allein kompromißlose Wahrheitssuche indessen treibt die modernen Inquisitoren, sondern auch das Interesse, die Begriffe zu bestimmen, zu verdammen und zu herrschen. Darum ging es in dem notorischen Historikerstreit. Auschwitz und der Massenmord an den Juden — das alles war nur Vorwand, um Macht über die Geister zu gewinnen.

Tatsächlich haben die Deutschen über ihre Vergangenheit niemals schmerzlicher Bilanz gezogen als 1948/49 im Parlamentarischen Rat zu Bonn. Da wurde in die Schutzzonen der Gegenwart ein neues Staatswesen entworfen, aus Trümmern und Fragmenten der Vergangenheit, und es war nicht entscheidend, aber hilfreich, daß die großen westlichen Demokratien ihre Hand über dem Wagnis hielten. Ludwig Dehio, der Historiker, hat die geistesgeschichtliche Lage beschrieben, in der dieser tapfere Aufbruch stand:

„Wo wir einen festen Standort suchen, finden wir den Boden wanken, erschüttert bis weit zurück in die Jahrhunderte von derselben Katastrophe, die uns gegenwärtig erschüttert. Unsere Geschichte ist zweideutig, vieldeutig, wie kaum eine — die Deutung aber, die uns anvertraut worden und uns vertraut geworden, sie ist in sich zusammengestürzt.“

Bis in die Gegenwart von heute und weit in die Zukunft prägt der Entwurf des Grundgesetzes. Das Grundgesetz enthielt und enthält alle Geschichtserfahrungen der Deutschen: Das, was niemals wieder sein sollte, ebenso wie das, worauf zu bauen war. Was aber sollte

niemals wieder sein? In einem Wort: niemals wieder Diktatur, niemals wieder Krieg. Das aber wurde nicht durch Gegenideologie beantwortet, den Antifaschismus der Kommunisten, der die DDR-Verfassung legitimieren sollte und die DDR-Diktatur legitimiert hat, bis hin zum „antifaschistischen Schutzwall“ von 1961. Es ging 1948/49 um Rückkehr zu den Quellen abendländischer Gesittung.

Deshalb hat das Grundgesetz die Würde des Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit an den Anfang gesetzt. Man hat damit bewußt und bis in die Worte hinein das Erbe des Christentums und der Aufklärung angenommen: „the right to the pursuit of happiness“ war 1776 in Amerika von den 13 Gründerstaaten formuliert worden, „der Trieb zur Glückseligkeit“, so hieß das im Deutschen der Aufklärer, und „la recherche du bonheur“ klang es auf französisch schon lange vor der Französischen Revolution. Daraus folgte alles weitere: Rechtsstaat, Menschenrechte, freie Wahlen und nicht zuletzt eine freie Wirtschaftsverfassung und das Recht auf die Früchte der eigenen Arbeit.

In Bonn im Parlamentarischen Rat wurde auch die Erfahrung der Weimarer Republik sehr kritisch gewogen — und niemand hatte ja in der Tat seit 1933, nicht die SPD im Exil, nicht die Demokraten im KZ und nicht die Verschwörer gegen Hitler, jemals die Wiederbelebung der Ersten Deutschen Republik in ernsthafte Erwägung gezogen.

Sie war, weil sie sich ihrer Gegner nicht erwehrte und Demagogie und Tyrannei die Tore geöffnet hatte, allenfalls tauglich zu dem Beweis, wie man es nicht tun dürfe: Daher kam im Grundgesetz kein starker Reichspräsident wie der von Weimar, der über Armee und Ausnahmezustand verfügte, über Regierung und Parlamentsauflösung, sondern ein Staatsnotar mit wenig Macht und viel Autorität. Bei den politischen Parteien keine Führerbewegung, keine leninistische Kaderpartei und keine Zersplitterung: Daher demokratischer Aufbau und ein Wahlgesetz, die Fünf-Prozent-Klausel.

Die Regierung sollte nicht von Krise zu Krise taumeln wie in Weimar, sondern stabil sein und auch eine Krise aussitzen können. Daher das konstruktive Mißtrauensvotum und hohe Barrieren vor jeder Parlamentsauflösung. Die Verfassung sollte nicht legal abschaffbar sein durch einfache oder qualifizierte Mehrheiten: daher ein unverrückbarer Kernbestand demokratischer Werte und Verfahrensregeln. Hüter der Verfassung sollte nicht der Bundespräsident sein, sondern ein unabhängiger Verfassungsgerichtshof, nach amerikanischem Vorbild.

Die Währung sollte nicht der Regierung und dem Parlament anvertraut werden, die allzu leicht durch Inflation Bewegungsfreiheit erkaufen können, sondern nach Vorbild der amerikanischen Verfassung einer unabhängigen, föderalistisch organisierten Zentralbank anvertraut sein.

An diesen Bestimmungen und überall konnte man ablesen, wie gebrannte Kinder Vorkehrung gegen das Feuer treffen. Zwei Umstände haben die Beratungen 1948/49 wesentlich erleichtert: auf der einen Seite die Tatsache, daß über Armee und Ausnahmezustand und damit über Hauptattribute der Souveränität nicht gesprochen zu werden brauchte, weil

die Alliierten qua Besatzungsrecht diese Befugnisse verwahrten. Auf der anderen Seite war Stalins drohender Schatten so übermächtig, die Bundesrepublik so sehr Teil der westlichen Eindämmungsstrategie, die Russenangst so traumatisch, daß es keine ernsthafte Versuchung des linken Totalitarismus mehr gab. Dr. Kurt Schumacher, der Führer der SPD, ließ sich an Anti-Kommunismus von niemandem übertreffen.

Auf diese Weise fanden die kollektiven Hoffnungen, Erfahrungen und Ängste der Deutschen ihren Ausdruck im Grundgesetz. Aber die Väter und Mütter der Verfassung nahmen auch alles auf aus der deutschen Geschichte, was sich bewährt hatte und tauglich war als Bauelement der künftigen parlamentarischen Demokratie und des Sozialstaats. Sie blickten dabei weit über die jüngste Vergangenheit und die nächste Zukunft hinaus.

Mit der ältesten deutschen Verfassungserfahrung gingen sie wie selbstverständlich um. So sehr sie die deutsche Einheit festzuhalten suchten — schon um dem Vorwurf des Rheinbund-Denkens zu entgehen —, so sehr setzten sie auf den deutschen Föderalismus. Sie wollten Verschiedenheit in der Einheit. Das ging nicht nur gegen die Gleichschaltung von 1933. Es ging auch gegen die Ungleichgewichte der Bismarckschen Reichsverfassung, die noch die Ungleichgewichte der Weimarer Republik waren.

Aber der Föderalismus in Deutschland ist in Wahrheit noch viel älter als 1871. „Erwählter Römischer Kaiser“ hatte sich der Präsident des Sacrum Imperium immer nennen lassen müssen. Er war auf Lebenszeit gewähltes Haupt einer Fürstenrepublik, die Summe der fürstlichen Macht war immer größer als die kaiserliche. Die Kurfürsten, die mächtigsten Reichsstände, waren die Wähler des Kaisers, weshalb Kurfürst nichts anderes als Wahlfürst bedeutet, lateinisch „elector“. Lange bevor die Demokratie erfunden war, lag im Föderalismus bereits ein System der Machtteilung und des Gleichgewichts.

Dazu kam das Leitprinzip des Parlamentarismus, die Repräsentation: zuerst bezogen auf das „Land“ im umfassenden Sinne, seit der Französischen Revolution auf die besitzenden Schichten, seit dem allgemeinen Wahlrecht auf alle Männer und seit 1918 auf Männer und Frauen zugleich. Repräsentation aber hieß, daß das Land abstimmte über die Steuern, die es bezahlen, und die Gesetze, die es zu befolgen hatte.

Die republikanische Form war die vorwiegende Form der alten deutsch-römischen Reichsverfassung, und auch sie war 1948/49 völlig selbstverständlich. Vom Kaiser als Haupt einer Fürstenrepublik war selbst noch in der Bismarckschen Reichsverfassung die Rede gewesen — aber in der Praxis hatten Preußens Exzellenzen das Reich regiert.

Republikanisch aber war viel von der Verfassung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation: Es war viel republikanischer als das Frankreich des Rex Christianissimus oder das England Heinrichs VIII. und der I. Elisabeth. Nominell war der Kaiser der Herr, weshalb auch auf den Toren all der vielen Stadtrepubliken der Reichsadler abgebildet war als Zeichen, daß Stadtherr der Kaiser war.

Und bis zum Ende des alten Reiches waren die Stadtrepubliken — sie hießen civitas wie die oberitalienischen Städte der Renaissance — die treuesten Gefolgsleute der Wiener Maje-

stät, zusammen mit den geistlichen Staaten, auch die Republiken, wo die vornehmen Familien einen der Ihren zum Fürstbischof wählen — was gewöhnlich den Gewählten teuer zu stehen kam.

In den Stadtrepubliken wie in den geistlichen Territorien war die Obrigkeit niemals sehr stark: Kompromisse gehörten zum täglichen Brot, schon deshalb, weil man stets auf der Hut sein mußte vor innerem Streit, denn der zog nur die Territorialfürsten herein in das Leben der Stadt. Die Kunst des Ausgleichs war deshalb hoch entwickelt, und das war etwas, was man 1948/49 gut brauchen konnte.

Dann der Rechtsstaat. Da hatte es die alten Reichsgerichte zu Wien und Wetzlar gegeben, nicht sehr machtvoll, aber doch hilfreich für die Erhaltung des inneren Friedens und des Ausgleichs. Die Kunst war hoch entwickelt, alles auf die lange Bank zu schieben, man sagte vom Reichskammergericht in Wetzlar, daß eine Akte erst dann behandelt wurde, wenn die Mäuse den Faden durchgebissen hatten. Aber auch in den deutschen Einzelstaaten war über Jahrhunderte eine Rechtskultur gereift, unabhängige Richter, kodifiziertes Recht, und es antwortete auf ein elementares Rechtsgefühl, das weder durch die Bauernkriege noch die Ständekämpfe und die Religionskriege untergegangen war und das 1948/49 zum Besten gehörte, was die ältere deutsche Geschichte der jüngsten zu vermachen hatte.

Endlich war da der Sozialstaat. Es war viel älter als die NS-Organisationen „Kraft durch Freude“ und „Schönheit der Arbeit“, älter auch als arbeitsfrei am 1. Mai und der Betriebsausflug, wenn auch niemand jemals mehr gewagt hat, diese sozialpolitische Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus aus den Gesetzbüchern zu streichen: längst soziales Besitztum. Der Sozialstaat war von Bismarck und seinen Nachfolgern entwickelt worden, wegweisend in Europa, und der Erste Weltkrieg hat viel dazugetan, die 1918er Revolution und auch die Weimarer Zeit, namentlich Arbeitslosenvermittlung und -versicherung.

Eines hat die Bundesrepublik Deutschland nie getan: Sie hat sich nicht als Nationalstaat konstituiert. In der Realität war das ohnehin nicht möglich, aber auch nicht in der Theorie. Einheit und Freiheit der Deutschen zu vollenden, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, war und bleibt bis heute als Aufgabe hineingestellt in das „vereinte Europa“. Und deshalb bleibt die deutsche Einheit nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch abhängig nicht nur vom entscheidenden Fortgang der europäischen Integration, sondern auch von der tiefen Umgestaltung der strategischen Gleichgewichte in Europa.

Adenauers grand dessein der späten 40er Jahre war ein doppelter, und mit beidem hat er mehr Vision bewiesen als alle seine Kritiker:

- Einerseits galt es, die Westdeutschen durch strategische und ökonomische Westintegration zu Partnern des Westens zu machen;
- andererseits galt es, durch einen freien, starken und prosperierenden Westen der Sowjetunion und ihrem Imperium ein Bild entgegenzustellen, das sich auf Dauer als stärker erweisen würde als die stalinistischen Strukturen der Macht und der Gewalt.

So ist es gekommen, und der Beweis ist im Jahr 1989 geliefert worden durch die „glorious revolution“ in Osteuropa. Das aber kann und wird nicht zur Folge haben, daß sich in der Mitte Europas ein ungebundener deutscher Nationalstaat emporreckt. Baustil 1871. Unser Land braucht nicht mehr Grenze zu sein, sondern es kann wieder Mitte sein im großen und offenen Sinne der älteren europäischen Geschichte.

Und darin müssen alle Geschichtserfahrungen der älteren und der neueren Vergangenheit aufgehoben sein, die der nationalen Leidensgeschichte und Schuldgeschichte ebenso wie die der europäischen Ordnung und des Gleichgewichts in Europa: wozu existentiell seit 1917 und 1941 auch die Nordamerikaner zählen, sonst gerät alles in politische und moralische Schief lagen, sonst fehlt dem Helsinki-Prozeß das atlantische Gegengewicht, sonst fehlt den Instabilitäten der Sowjetunion und Osteuropas die große westliche Gegenmacht, sonst fehlt den Europäern das Vertrauen, daß der deutsche Nationalstaat — besser: die deutsche Einheit — zu verkraften ist.

Dabei entsteht nun die Frage, was die Ostdeutschen und die Osteuropäer einzubringen haben an aneignungsfähiger Vergangenheit — abgesehen von ihrer Leidensgeschichte unter Hitler und Stalin. Der größte Teil der Werte der freiheitlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft sind uns gemeinsam, aber mit dem großen Unterschied, daß wir im Westen das Glück hatten, 1945 auf der besseren Seite des allgemeinen Desasters zu sein, während die Menschen im Osten 44 Jahre nicht aufhörten, die Kosten des Krieges zu bezahlen.

Sie haben, was uns geschenkt wurde, sich revolutionär erstritten, und das wiegt mehr als der Unterschied zwischen Trabant und Mercedes. Daß im Osten das Sozialrecht so viel besser entwickelt sei, die Ökologie höher geachtet — das sind Märchen und Zweckmeldungen, die realistischer Prüfung nicht standhalten. Außer in der DDR gibt es in keinem Ostblockland eine Arbeitslosenversicherung, und der Energieeinsatz der DDR pro Kopf der Bevölkerung ist doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Der ökologisch-sozial verträgliche „Dritte Weg“ des Sozialismus muß erst noch erfunden werden, aber schnell: sonst werden die Menschen weglauen.

Aber es gibt eine Menge Fragen, die die Osteuropäer ihren westeuropäischen Vettern stellen und auf die man hören sollte: Warum seid ihr so hektisch? Warum nehmt ihr euch keine Zeit für Gespräch und Gastlichkeit? Wann erzählt ihr euren Kindern die alten Märchen? Wann geht ihr mit ihnen Beeren sammeln, wann laßt ihr mit ihnen Drachen steigen? Warum habt ihr vergessen, wie reich ihr seid? Warum seid ihr so unzufrieden? Warum begreift ihr nicht euer Glück, so viel von der schönen weiten Welt sehen zu können? Warum seid ihr so fett wie unzufrieden?

Wir sollten diese Fragen ernstnehmen, auch wenn sie jetzt nur leise und schüchtern gestellt werden. Das sind Fragen, die aus einer anderen Welt kommen, die doch nicht minderen Wertes sind.

Darüber hinaus aber wird es um den deutsch-deutschen Dialog in Geschichte und Zukunft gehen, und worauf beides zu gründen sei. Es geht im weiteren Zusammenhang damit auch um den europäischen Dialog, weit über Europa hinaus. Niemand wird jemals rückgängig machen, daß Rußland ein Teil Europas ist und daß ohne Amerika unsere Sicherheit nur auf dem Papier steht. Vor allem aber wird es um zwei Ebenen Europas gehen:

- die wirtschaftliche Ordnung Europas durch die Europäische Gemeinschaft, in der wir unsere Selbstverwaltung, unseren Rechtsstaat, unsere wirtschaftliche Stabilität und Dynamik, aber auch unser Sozialrecht wiedererkennen wollen;
- die internationale Gestaltung Europas mit drei Kernproblemen, wie der Niedergang des Sowjetimperiums friedlich zu managen bleibt, wie das Nordatlantische Bündnis über Verteidigung und Abschreckung hinaus zu einer übergreifenden europäischen kooperativen Sicherheitsstruktur werden kann und wie im Rahmen des Helsinki-Prozesses ein allgemeines europäisches Vertragswerk entstehen kann, das die Aufgabe eines deutschen Friedensvertrages erfüllt.

In alledem und für alles das werden die Deutschen eine Schlüsselrolle zu spielen haben: mit aller bitteren Erfahrung ihrer Geschichte, aber auch mit dem großen Erbe, das vom altdeutschen Föderalismus und Rechtsstaat bis hin zu der „glorreichen Revolution“ des deutschen November 1989 reicht. 1945 hat der Krieg für die Westeuropäer geendet, und 1989 ging er für die Osteuropäer zu Ende.

Am Ende dieses Jahrhunderts zählt nicht allein, was wir an Bruttosozialprodukt und Wachstum zustandegebracht haben. Es zählt auch, ob wir angesichts unserer geschichtlichen Erfahrung einem Jahrhundert der Krisen und Katastrophen für die nächste Generation einen Entwurf abringen, der auf der Höhe unserer Geschichtserfahrung ist.

Nur dann, wenn diese Geschichtserfahrung unverloren und unvergessen ist, haben wir die Aussicht, daß die deutsche Geschichte im 21. Jahrhundert glücklicher verläuft als, aufs Ganze gesehen, im größten Teil des 20. Jahrhunderts.

*) Professor Dr. Michael Stürmer, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (Erlangen), hielt diesen Vortrag bei der Feier zum 40jährigen Bestehen der Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH am 29. Januar 1990 im Kölner Maternushaus. (Aus Bauen und Siedeln Nr. 1, März 1990, 32. Jahrgang.)

Berlin (1990)

Wolfgang Altendorf

Berlin ist keine Frontstadt mehr,
ist Hauptstadt ja — und weiß es schon.
Und fällt von Bonn der Abschied schwer,
Berlin ist da, kennt kein Pardon.

Die Erde bebt, wie ich's erspürt,
hart schlug er aus, der Seismograph.
Die Welt, sie hat es registriert:
erwacht aus dem Dornröschenschlaf

die Freiheit hinter Stacheldraht
(fast 60 Jahr — nun herb geküßt,
wo sie so lang gelegen hat).
Wie jung sie doch und rosig ist!

Berlin ist die logische Hauptstadt

Würde und Geschichte erlauben keine andere Entscheidung

Wolfgang Altendorf

Die Antwort auf die Frage nach der Hauptstadt bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur Berlin lauten. Eine andere Entscheidung würde der Logik ebenso wie der Würde und der Geschichte der letzten vierzig Jahre widersprechen.

Keine andere Stadt in Europa erlebte derart hautnah und extrem die jüngsten, historisch bedeutsamen Ereignisse. Nie zuvor stand eine Großstadt auch derart intensiv im Mittelpunkt des Interesses der ganzen Welt. Das geteilte Berlin erregte ebenso die Phantasie, wie es zum Symbol einer bedrohlichen Machtpolitik wurde, die zu überwinden es ebenfalls faßbarer Symbolik bedarf. Die Würde Berlins beruht auf der erlittenen Erfahrung seiner Menschen in Ost und West, der drohenden Abschnürung etwa, aber auch der Verlockungen und einer bewußt geübten Mentalität, die souverän mit absurden Realitäten fertig wurde. Die Berliner vertrauten auf die schließliche Wirksamkeit der Vernunft und bezogen hieraus ihre beispielhafte Kraft. Gerade dadurch fühlten sie sich als „Hauptstädter“ - eine Gewißheit, die ihnen zudem ernstlich niemand je streitig machte.

Humanitäre Dynamik

Das europäische Verständnis von „Hauptstadt“ ist nicht weniger historisch geprägt. Paris, Rom, London, Wien, Madrid — es sind gewachsene, aus Kultur und urbaner Freizügigkeit entstandene Hauptstädte, die ohne diskutable Konvergenz von der demokratischen Humanität ebenso akzeptiert und politisch respektiert wurden wie die Hauptstadt Berlin. Es ist legitim, die Überzeugung demokratischer Politik gerade auch an die Örtlichkeit einer Stadt zu knüpfen, von der aus die wesentlichen Impulse für Freiheit und Menschenwürde ausgingen. Es waren stets die Menschen der Hauptstädte, die in Europa die Freiheit erkochten. Die geschichtlichen Stätten in Berlin zeugen bis in die Gegenwart von dieser humanitären Dynamik, auch jene der Unmenschlichkeit in ihrer erschütternden, andauernden Mahnung.

„Berlin hat sich gelohnt“

Die Legitimität Berlins als Hauptstadt Deutschlands wurde ernstlich nie in Frage gestellt. Auch die gegenwärtige, verhalten geführte Kontroverse bestätigt diese Legitimität. Die Gegengründe sind ausschließlich materieller Natur oder solche der Bequemlichkeit und von daher in sich absurd. In den Jahrzehnten nach dem letzten Krieg bis heute errang Berlin eine Bedeutung, die es weit über seine eigentliche Funktion als Gemeinwesen hinausweist. Nie zuvor in der Geschichte vermochten sich Millionen Menschen in Isolation und Abschnürung derart souverän zu behaupten. In diesem Beispiel liegt die Quelle freiheitlicher Selbstbehauptung, wie sie weder durch Drohungen noch durch verzweifelte Resignation zum Versiegen gebracht werden konnte. Heute weiß die Welt längst, und auch wir sollten es wissen: „Berlin hat sich gelohnt.“

Manifestation deutscher Geschichte

Berlin hat sich für uns gelohnt, aber auch für jene letztlich, denen diese Stadt ein „Dorn im Auge“ war. Die Aufgaben, mit denen wir uns seit dem Fall der Mauer konfrontiert wissen, sind schwierig. Sie können nur aus ihrer eigenen Mitte heraus gelöst werden. Die politischen, politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen, die zu ihrer Lösung der überraschend vielfältigen Probleme aufgerufen sind, vermögen diese Lösung nur „vor Ort“ zu leisten und unmittelbar dort, wo die Probleme zu spüren und gleichzeitig sensibel zu empfinden sind. Die „Hauptstadt“ Berlin stellt zudem das Gewicht dar, das ebenso notwendig ist, um die vorhersehbare Dynamik zielgerichtet einzugrenzen. Die Architektur dieser Stadt, die historische wie die gegenwärtige, erinnert und fordert heraus. Hier hat sich konzentrisch deutsche Geschichte manifestiert. Wenn nicht alles, was in den letzten vierzig Jahren über Berlin gesagt für Berlin getan und aus Berlin unserem Selbstbewußtsein eingefügt wurde, vergehen soll, muß dieser Stadt der stets angestrebte, erwartete und nun einzulösende Status gegeben werden.

Daran führt — zum Glück — kein Weg vorbei

Berlin ist von seiner Struktur her eine gute; eine imponierende, eine bedeutende Hauptstadt. Sie erfüllt alle Erwartungen und bleibt selbst in den Enttäuschungen würdevoll und souverän. Die Bevölkerung Berlins verfügt über jene großstädtische Nonchalance, die sich mit der von Paris oder Rom zu messen weiß. Das vermittelt sich der Politik, macht sie lockerer und vielleicht ein wenig humorvoller. Eine Hauptstadt repräsentiert. Berlin ist in der Tat Repräsentation. Und es ist mehr: Berlin ist der Schlußstein einer Entwicklung, die uns für die Zukunft hoffen läßt. Berlin ist Hauptstadt — schon seit einigen hundert Jahren. Daran führt — zum Glück — kein Weg vorbei.

Heiligenstadt und Theodor Storm Eine Begegnung

Anne Bahrs

Heiligenstadt, das Ziel meines kürzlichen Besuches im Eichsfeld, liegt etwa 30 km vom niedersächsischen Duderstadt entfernt, ein bis zur Grenzöffnung und z.Z. noch zonenrandunterstützung-bedürftiges Städtchen. Denn durch die Grenzziehung vom 1.7.1945 wurde es von seinem Eichsfelder Hinterland amputiert. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aber blieb der Bevölkerung in diesem Raum, obgleich sie durch die politischen Grenze der britischen oder sowjetischen Besatzungsmacht unterstellt worden war und dadurch eine sehr unterschiedliche Prägung während der folgenden 45 Jahre erfuhr. Wie groß die Sehnsucht der Menschen nach einem einheitlichen Verbund in diesem geographisch und von seiner Geschichte geprägten Eichsfeld ist, zeigt das Ergebnis der ersten freien Wahlen dieses Jahres in der DDR. Hier entschied die Bevölkerung sich in großer Mehrheit für eine christliche Partei und damit auch eindeutig für das ungeteilte Eichsfeld in einem deutschen Staat.

Steinzeitliche Funde belegen, daß an der oberen Leine schon um 2000—1000 v. Chr. Menschen ansässig waren. Hier gründeten im 9. Jahrhundert Augustinermönche das Stift St. Martin. Sie leiteten damit die planmäßige Besiedlung des oberen Eichsfeldes ein. So entstand Heiligenstadt, war dem Bistum Mainz zugehörig und erhielt im Jahre 1227 die Stadtrechte.

Seine besonders religiöse Bevölkerung wurde von den Jesuiten des Kollegs in Heiligenstadt, der Hauptstadt des mainzischen Eichsfeldes, betreut. Von diesem Orden gingen im 16.—18. Jahrhundert besonders erfolgreiche gegenreformatorische Bestrebungen aus. Noch heute geben viele Wegkreuze und Martern in der Landschaft Kunde von der Frömmigkeit der katholischen Bewohner des Eichsfeldes.

Nach der politischen Aufteilung im Jahre 1815 fiel dieses Gebiet an Preußen. Heute hat Heiligenstadt 16000 Einwohner, die vor allem in der Bekleidungs-, Papier-, Metallindustrie und Gesundheitseinrichtungen arbeiten. Das Kneipp-Kurbad bemüht sich u. a., durch ein gepflegtes, begrüntes Stadtbild seinem „Bad-Status“ gerecht zu sein.

Da mir die deutsche Sprache und Pflege unserer Dichtung am Herzen liegt, interessierte mich in Heiligenstadt besonders das Eichsfelder Heimatmuseum. Es fand würdige Räume im Hause des ehemaligen Jesuitenkollegs und bewahrt wertvolle Erinnerungen an Theodor Storm.

Der friesische Dichter, dem seine deutsche Gesinnung stets auch in die Feder geflossen war, hatte seine Heimatstadt Husum verlassen müssen, als nach der verlorenen Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850 der dänische König sein Banner über Holstein aufziehen ließ. Nach den Jahren als Assessor am Kreisgericht in Potsdam wirkte Storm als Kreisrichter in Heiligenstadt. 1864 endlich konnte ihn seine von dänischer Herrschaft befreite Heimatstadt Husum zurückrufen. Dort übernahm er dann die Stellung eines Landvogts.

Bilder, Bücher, Dokumente, Storms Briefwechsel mit anderen Dichtern seiner Zeit werden im Eichsfelder Heimatmuseum gezeigt, auch Spielfiguren, Bühnenbilder, Noten, Möbel und Musikinstrumente, die auf das Leben der Familie Storm in ihrer Heiligenstädter Zeit einstimmen. Besonders gefielen mir die Illustrationen zu den beliebten Kindergeschichten „Der kleine Hävelmann“, „Die Regentrude“ z. B. und die Marionetten zu „Pole Poppenspäler“.

Sehr liebevoll wird in Heiligenstadt das Leben und Schaffen Theodor Storms gewürdigt, obgleich er sein Heimweh hier nie verleugnete und in der Fremde nicht glücklich sein konnte. Der dem Metaphysischen stets fremd gegenüberstehende Dichter, dennoch immer von dem Wunsch beseelt, glauben zu können, war stets von Zweifeln getrieben. Der Aufenthalt in Heiligenstadt brachte Theodor Storm reiche Schaffensjahre. Denn der Schmerz floß erlösend dem Dichter in die Feder. Er hat auch für uns Gegenwärtige tiefe Spuren hinterlassen, die richtungsweisend sind und kraftvolle Innigkeit vermitteln, wenn wir ihnen folgen.

Theodor Storm stellte auch in seinen Prosawerken, in denen sich die Spukwesen tummeln, viele seiner Gestalten von dunklen Gesichtern befallen werden, andere sich in Schuld verstricken, weil sie nicht mutig und tatkräftig zum Handeln sind, Menschen vor uns hin, die durch seine sprachlichen Bilder aus dunkler Vergangenheit in eine hellere Gegenwart und Zukunft weisen.

Dieses Storm-Erlebnis wurde mir in Heiligenstadt wieder zuteil. Zwar ist auch hier das Denkmal des Dichters vor dem Heimatmuseum nach Art westdeutscher „Graffitiisten“ mit weißer Kreide bekritzelt. Übermütige Schmierfinken fanden schnell Nachahmer in Ostdeutschland. Theodor Storm, der mir in seiner ehrfurchtsvollen Teilnahme an der Vergangenheit durch die Beschreibung alter Giebelhäuser in der Stadt und ihrem „Innen“, dem Brauchtum der Menschen, die darin leben mit ihrer Liebe und ihren Schwächen, vergilbte Papiere als Chronisten zur Seite, hier in Heiligenstadt begegnete, wußte um die Vergänglichkeit alles Irdischen. Er lächelt aristokratisch zu solchem Tun.

Wenn ich wieder einmal ins Eichsfeld und nach Heiligenstadt fahre, hoffe ich Spuren Tilman Riemenschneiders zu finden, der hier im Jahre 1460 geboren wurde.

Die Einheit lohnt jede Anstrengung

*Bonner Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)
zur Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte am 3. Oktober 1990*

1. Die friedliche Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 erfüllt die katholischen Soldaten — wie wohl alle deutschen Soldaten und jeden demokratisch gesinnten Bürger in West und Ost — mit Freude, Dankbarkeit, Stolz und Hoffnung:
 - Freude, weil die Trennung überwunden ist und die Soldaten aus Streitkräften, die sich 35 Jahre lang in weltanschaulich getrennten Lagern gegenüberstanden, einander wieder frei und offen begegnen können.
 - Dankbarkeit, weil die Menschen in der DDR infolge einer veränderten politischen Weltlage durch eine friedliche Revolution die Voraussetzungen für die politische Einheit geschaffen haben. Als Christen danken wir Gott für die Gnade, die er unserem Volk erwiesen hat.
 - Stolz, weil Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, zu denen die Soldaten der Bundeswehr durch ihren Dienst beitragen, auf friedlichem Wege nun auch für andere Völker Wirklichkeit werden und sich durchsetzen.
 - Hoffnung, weil auch Soldaten von den Ereignissen in besonderem Maße betroffen sind. Sie vertrauen darauf, daß mit der staatlichen Einheit die Unantastbarkeit der Würde der Menschen auch im beigetretenen Teil Deutschlands geachtet und dau-

erhaft geschützt wird. Deshalb sehen katholische Soldaten in der Vereinigung eine große Herausforderung und Bewährungsprobe, die jede Anstrengung lohnt.

2. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat am 15.6.1990 in einer „Position zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA“ die Bewährung der Bundeswehr als Armee einer rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie hervorgehoben und ihre Vorbehalte gegen die bisherige NVA als Repressionsinstrument eines totalitären Partei-Staates wiedergegeben. Trotzdem hat sich die GKS nicht moralisierend über die Angehörigen dieser Armee erheben wollen. Statt sie zu verurteilen, hat die Gemeinschaft den NVA-Angehörigen menschliches Verständnis und Zuwendung angeboten. Die damalige Erklärung sollte ein unkontrolliertes und unreflektiertes Zusammenwuchern zweier Armeen mit gegensätzlichen Wertauffassungen verhindern.

Inzwischen haben sich die politischen Rahmenbedingungen in wichtigen Punkten geändert.

3. Die GKS trägt die Entscheidung mit, daß nach der deutschen Vereinigung Angehörige der ehemaligen NVA in die Bundeswehr zu gesamtdeutschen Streitkräften integriert werden.

Deshalb ist die GKS bereit, alle NVA-Soldaten

- die sich zur Wert- und Rechtsordnung des Grundgesetzes bekennen,
- die die Unantastbarkeit der menschlichen Würde und Freiheit achten und schützen,
- die die Prinzipien der Inneren Führung anerkennen sowie diese in ihrer Führungspraxis und im Truppenalltag zu verwirklichen bereit sind,
- die den Vorrang gewissenhaften Entscheidens und verantwortlichen Handelns vor unbedingtem Gehorsam sehen und
- die in der NVA weder das Völkerrecht gebrochen noch schuldhaft gegen die Menschenrechte verstoßen haben,

als Kameraden aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen anzunehmen.

4. Die GKS begrüßt die Vereinbarungen, die zu einem neuen Miteinander der Staaten Ost- und Westeuropas und zugleich zu einer erheblichen Verringerung des Streitkräftenumfangs in Deutschland führen. Aber wir wissen auch, daß die Reduzierung der Bundeswehr Opfer verlangt. Hier ist die Solidargemeinschaft aller Deutschen gefordert. Wer die bisherige NVA verlassen muß und nicht in die gesamtdeutschen Streitkräfte übernommen wird, muß nach der Wertordnung unseres Staates sozial abgesichert werden, wenn er nicht im strafrechtlichen Sinne schuldig ist.
5. Die GKS lädt die Katholiken aus dem Ostteil unseres Landes ein, sich gemeinsam mit den Katholiken Westdeutschlands den Herausforderungen der Zeit zu stellen. Die ka-

tholischen Soldaten aus der Bundesrepublik haben den Wunsch, daß die Katholiken in der bisherigen DDR sich in den gemeinsamen deutschen Staat und in die europäische Zukunft einbringen und daß sie als wehrpflichtige junge Männer zum Dienst in den gesamtdeutschen Streitkräften — auch als Zeit- oder Berufssoldaten — bereit sind.

Wir haben aber auch Verständnis für die Christen, die nach Prüfung ihres Gewissens zu dem Ergebnis kommen, daß sie zwar nicht der bewaffneten Friedenssicherung dienen können, statt dessen aber einen anderen Dienst für die Gemeinschaft leisten.

6. Im Ostteil Deutschlands werden in den nächsten Monaten zunehmend auch katholische Soldaten aus dem Westen Dienst tun. Sie wissen um die oft schwierigen Erfahrungen, die Menschen mit den Streitkräften der DDR gemacht haben. Skepsis und Zurückhaltung gegenüber den Soldaten sind darum verständlich. Trotzdem darf die berechtigte Ablehnung der NVA nicht unkritisch auf die völlig anders geartete Bundeswehr übertragen werden.

Die in die ostdeutschen Bundesländer versetzten Soldaten hoffen, dort willkommen zu sein und in der ihnen noch fremden Umgebung eine Heimat zu finden. Auch die GKS möchte dort katholischen Soldaten und ihren Familien eine Stätte der Begegnung und eine Brücke zur katholischen Ortskirche sein. Sie ist bereit, den Dialog mit allen Personen und Vereinigungen aufzunehmen, die an einer offenen Diskussion ethischer Fragen zum Wehrdienst und zur militärischen Friedenssicherung interessiert sind. Wir sind davon überzeugt, daß daraus menschliche Beziehungen und freundschaftliche Bindungen erwachsen können.

7. In der NVA gab es keine Militärseelsorge. Demgegenüber haben die Soldaten der Bundeswehr immer von ihrem Recht auf die allen Bürgern zustehende Glaubens- und Religionsfreiheit nach Artikel 4 Grundgesetz Gebrauch machen können.

Soldaten haben nach dem Soldatengesetz einen Anspruch auf eine Seelsorge, die die Besonderheiten des militärischen Dienstes berücksichtigt und eine ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Weil der besondere Status der Soldaten und der militärische Dienst die zivilen Freiräume einer religiösen Betätigung einschränken, erwarten wir von den militärischen Vorgesetzten, daß sie auch Streitkräften im Ostteil Deutschlands die Gelegenheit geben, dieses Recht auszuüben.

8. Die in der GKS zusammengeschlossenen Soldaten bitten die katholische und evangelische Kirche, die durch das Grundgesetz garantierte „positive Religionsfreiheit“ auch weiterhin öffentlich zu leben und zu gestalten. Wenn katholische und evangelische Christen in den Streitkräften als „Kirche unter Soldaten“ leben, bedürfen sie in besonderer Weise der Seelsorge in den Kasernen, auf Übungsplätzen und während des militärischen Dienstes: Die Einschränkungen, die zwangsläufig mit dem Dienstbetrieb verbunden sind, die Lebensbedingungen von Soldatenfamilien und die Notwendig-

keit, den Waffendienst ethisch verantwortbar zu leisten, machen eine besondere Anstrengung in der Seelsorge für Soldaten und ihre Familien erforderlich.

Die von der katholischen und der evangelischen Kirche auf der Grundlage von Grundgesetz und Soldatengesetz in der Bundeswehr eingerichtete Militärseelsorge hat sich nach unseren Erfahrungen bewährt und ist auch in Zukunft unverzichtbar. Wir gehen davon aus, daß unser Katholischer Militärbischof in enger Zusammenarbeit mit den Bischöfen im Gebiet der bisherigen DDR diesen Seelsorgedienst auch für die katholischen Soldaten im Bereich des beigetretenen Teils Deutschlands sicherstellt.

Nahe und ferne Welt

Soldatsein in den 90er Jahren

Anmerkung

Der folgende Artikel ist der dritte Teil eines längeren Aufsatzes von P. Prof. Dr. K. H. Ditzer, in dem er die Wechselwirkungen zwischen Berufsalltag und Identitätsfindung der Soldaten aufzeigt und Schlußfolgerungen für die Menschenführung sowie für die Erstellung und Vermittlung von Organisationszielen zieht. Im ersten Teil behandelt er rückblickend die Entwicklung der Menschenführung in der Bundeswehr und ihrer Organisation, im zweiten beschäftigt ihn die Identitätsfindung in der pluralen Gesellschaft.

Die Redaktion

„Identität“, „Identitätsfindung“, „Krise der Identität“, „plurale Gesellschaft“, „Sinn-Agenturen“, „Sinn-Krise“ ... sind Begriffe und Schlagworte, die durch die Literatur geistern und sich auch im Vokabular vieler Zeitgenossen finden. Unter dem Stichwort „Sinnvermittlung“ wurden Teilinhalte der mit den Schlagworten anvisierten Problemfelder auch in den Streitkräften diskutiert. Inzwischen hat aber u.a. die Akzeptanzkrise der Bundeswehr die Soldaten genötigt, sich mit ihrer Identität intensiver zu befassen — und zwar noch bevor die dramatischen Änderungen im Ost-West-Verhältnis dieses Thema mit Vehemenz auf die Tagesordnung gesetzt haben. Etliche von denen, die sich jetzt zu Wort melden, sehen die unter den Soldaten selbst ausgelöste Identitätskrise allein in der Abnah-

me der Bedrohungsvorstellungen, andere in der mangelnden Anpassung der Organisationsbedingungen an die Entwicklung in der Gesellschaft. Ich glaube, daß in beiden Aspekten etwas Richtiges markiert wird, aber daß mit ihrer Benennung der eigentliche Kern dieser Krise noch nicht freigelegt wurde. Denn eine weitere wesentliche Änderung sowohl in der Gesellschaft wie in der Bundeswehr liegt in der „Subjektwerdung“ der Individuen. „Wir sind das Volk“, rufen nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik die Bürger den „Regierenden“ zu, auch in der Bundesrepublik — wie in den übrigen westlichen Industrienationen — hat sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zugunsten der Individuen verändert. Das Individuum ist Bezugs- und Orientierungspunkt geworden. Möglicherweise ein weiterer Schritt in der Evolution der Menschheit, der Konsequenzen hat.

Unsere heutige Gesellschaft ist nicht nur durch Pluralität in jeder Hinsicht zu kennzeichnen. Es haben auch Individualisierungsschübe stattgefunden, die das Verhältnis von Struktur und Handeln grundsätzlich verändert haben. Das Individuum bestimmt sich nicht mehr von der Gesellschaft/Gemeinschaft her, sondern die Gesellschaft vom Individuum. Die noch vom Grundgesetz vorausgesetzte Gemeinschaftsbezogenheit der Person hat sich — im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der jungen Generation — umgekehrt in die Personen-/Individuumsbezogenheit der Gemeinschaft.

Der Trend „Leben und vor allem lustvoll leben können“ wird sich nach allen Erfahrungen eher noch verstärken als zurückgehen. Man ist zwar bereit, Leistung zu erbringen, aber sie muß in die Lebenslaufplanung integrierbar und mit den Zielen des Individuums kompatibel sein. „Ziele müssen sich lohnen.“

Es muß also mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die „Möglichkeit der Selbstbestimmung“ spielt für die Motivation und das Engagement eine große Rolle. Organisationen, gleich welcher Art, werden dies in Zukunft stärker berücksichtigen müssen, wenn sie nicht mit der Erfahrung „der Abstimmung mit den Füßen“ und/oder Disengagement jeher Art konfrontiert werden wollen.

Die Akzeptanzkrise bestimmter Organisationen — so auch der Bundeswehr — ist nicht nur eine Folge der Individualisierungsschübe und einer geänderten Rangordnung der Werte, sondern auch eine Folge der Selbstdarstellung. Man engagiert sich nicht in einer Organisation, von der man befürchten muß, daß in ihr die eigenen Identitätsfindungsprozesse eher verschärft statt gelöst werden. Die Aussicht, von einer Identitätskrise in die andere zu schlittern und zusätzlich noch Gefahr zu laufen, durch Zugehörigkeit oder ein dezidiertes Bekenntnis zu ihr von den anderen ausgegrenzt zu werden, ist verständlicherweise keine akzeptable Perspektive.

Die wahrgenommene Identitätskrise von Soldaten, die Definition des Auftrags, das Verständnis von Ausbildung und ihre Durchführung sowie die Gestaltung des Truppenalltags mindern nicht nur Akzeptanz der Bundeswehr heute, sondern haben auch in der Vergan-

genheit dazu geführt, daß die Identifikation der Soldaten mit den Streitkräften sich nicht in ausreichendem Maße ausgeprägt hat. Eine überwiegend funktionale Betrachtung von Organisation und Auftrag in der Bundeswehr sowohl wie in den übrigen gesellschaftlichen und industriellen Organisationen hat die Skepsis gegenüber Organisationen wachsen lassen und die negativen Auswirkungen der Individualisierung gefördert.

Die „Kühle in der Bundeswehr“, das Absinken der Kameradschaft usw. hätten vermieden oder zumindest gemildert werden können, wenn die Organisation Bundeswehr, konstituiert durch die Funktionsträger in den Streitkräften, nicht ihr Subjekt, die Soldaten, vergessen hätte. Eine Organisation aber, die kein Subjekt hat, ist seelenlos, in ihr will keiner „dienen“. Vermutlich haben nicht wenige Zeitgenossen ein Fremdbild von der Bundeswehr, das die Züge eines reinen „Apparates“ hat, in dem man seine Persönlichkeit aufgeben muß. Nur so ist das Erstaunen unserer Mitmenschen zu erklären, wenn sie in der Begegnung mit Soldaten plötzlich entdecken, daß diese auch Menschen sind. Dieses Bild in Verbindung mit den politischen Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen, inklusive der (gewünscht/erwarteten) Abnahme der Bedrohung, läßt auf dem Hintergrund all der anderen genannten Faktoren die Akzeptanz der Streitkräfte zur Zeit so rapide fallen. Die fallende Akzeptanz aber verschärft ihrerseits wiederum die Identitätskrise von Soldaten.

Was ist also zu tun und zu beachten?

Die Außendarstellung der Bundeswehr ist eine Sache, die Selbstdarstellung eine andere. Die Außendarstellung der Streitkräfte — eine vornehmliche Aufgabe der Politik, der Medien etc. — wird nur überzeugend gelingen, wenn die Selbstdarstellung entscheidend verbessert wird. Diesen inneren Zusammenhang haben schon die Gründungsväter der Bundeswehr gesehen und in der „Konzeption Innere Führung“ umzusetzen versucht. Man könnte also jetzt ganz einfach sagen, die „Konzeption Innere Führung“ muß in die reale Organisation wirklich eingeführt und in ihr gelebt werden. Im Prinzip enthält sie meines Erachtens wirklich alles, was notwendig wäre. Aber ich will es dabei nicht bewenden lassen, sondern möchte einige Punkte hervorheben, die mir wichtig erscheinen.

Ein Soldat ist ein Mensch wie jeder andere, deshalb gilt auch für ihn, was für jeden anderen Menschen gilt. Wie allen anderen erscheint auch ihm immer dann sein Leben sinnvoll, wenn und solange er Identität erfährt. Identität aber stellt sich ein, wenn Lebenslaufplanung und Leben eine qualitative Selbstwertsteigerung, eine „Reifung“ (Entfaltung und Entwicklung), eine Bedeutsamkeitssteigerung der Persönlichkeit gewährleistet. Menschen sind nicht nur auf Erhalt, sondern auf Zuwachs hin angelegt. Dieser „Zuwachs“ als solcher wird aber nur gewürdigt, wenn er mit „Eigenleistung“ verbunden ist. Insofern muß sich der Mensch immer als „Verursacher“, als Gestalter, erleben können (wenn auch wie alles „höhere“ Leben in Interaktion mit anderen). Gestalten, aktives Handeln (und nicht nur passives Verhalten) setzt voraus, daß Ziele gesetzt, angestrebt und verwirklicht werden können. Diese Ziele sind mehrdimensional und können Zwischenziele aufweisen. An

Hauptrichtungen lassen sich erkennen: Daseinssicherung, Selbstwertsteigerung, Selbstwertsicherung auch über den Tod hinaus. Individuen möchten hier und jetzt Bedeutung haben und erleben und auch nach dem Tod noch für andere bedeutsam sein. Beide Dimensionen — vor und nach dem Tod — möchten sie sichern. Die Zielvorstellungen und ihre Umsetzung müssen diesen Grundbedürfnissen genügen. Sie sind komplementär, aber auf Dauer nicht wechselseitig substituierbar.

Daraus folgt:

1. Aus diesen Grundsatzbetrachtungen sowohl wie aus dem anderen vorstehend Gesagten ergibt sich als dringende sofortige Notwendigkeit für die Gestaltung des Bundeswehralltags:
 - a) das Selbst- und Weltbild, also die geistige Dimension, des Soldaten ist zu reflektieren, und damit verbunden muß
 - b) eine breite Diskussion über Ziele und Auftrag der Bundeswehr sowie deren Realisation stattfinden (unbeschadet des Primats der Politik).
 - c) In der „Sinn“-Diskussion müssen sich die Soldaten bescheiden. Säkulare Ziele, so wichtig und unverzichtbar auch die Daseinssicherung in Freiheit ist, dürfen nicht als „Letzt“-Ziele ausgegeben werden. Auch der Soldat, der noch so sehr von der Wichtigkeit, Dringlichkeit und Bedeutsamkeit seines Soldatenberufes überzeugt ist, kann und darf nicht seine Ziele und Überlegungen mythisch-transzendent überhöhen. Die Verteidigung des Volkes, das Eintreten für eine humane Gesellschaft, die Beiträge für eine stabile internationale Rechtsordnung . . . bleiben auch als noch so wichtige und unverzichtbare humane Akte der säkularen Dimension verhaftet. Sie können damit nicht „letzte Sinnträger“ sein. Soldaten müssen sich daher der Vorläufigkeit ihres Dienstes bewußt bleiben. Eine „Sinn“-Diskussion in der Bundeswehr tut gut daran, diese Grenzen zu beachten.

Daraus ergibt sich:

- d) Was nur Religionen leisten können, sollen sie auch leisten. Die Religionsgemeinschaften und Kirchen sollen ihren spezifischen Dienst einbringen und einbringen können. Vorgesetzte aller Dienstgrade müssen sich bewußt bleiben, daß sie diesen Dienst durch ihre militärischen und sonstigen Dienste nicht ersetzen können. Die religiösen Gefühle und Bedürfnisse der Soldaten sind zu achten und zu respektieren, ihre Erfüllung zu unterstützen und nicht zu minimieren oder abzuqualifizieren. Der „Sinn“, den die Bundeswehr vermitteln kann und soll, ist kein „Letzt-Sinn“. Dagegen kann religiös-transzendente Gebundenheit und Geborgenheit den Dienst als Soldat erleichtern.

- e) Unter dieser Einschränkung und Voraussetzung ist die Debatte über den „Sinn des Soldatseins“ zu führen. Es reicht für den Soldaten nicht, sich auf den „Primat der Politik“ und auf die Feststellung zurückzuziehen, „auch in der repräsentativen Demokratie sei es letztlich das Volk, das Ziele und Aufgaben der Streitkräfte vorgebe“.

Zum einen sind die Konkretionen der Vorgabe ohne den Fachverstand und das Spezialwissen von Soldaten und vor allem ihre Umsetzung in den Truppenalltag nicht denkbar und leistbar. Eine Regierung, die diesen Prozeß ohne Beteiligung von Soldaten, z. B. durch noch so gut zusammengesetzte Ausschüsse, selbst leisten wollte, wäre schlecht beraten. (Die Gefahr besteht ja in der Bundesrepublik nicht). Aber die an diesem Prozeß beteiligten Soldaten bedürfen ihrerseits eine stärkere Rückbindung in die Truppe. Hierarchie, als strukturelle Vorgabe, sowie das Prinzip von Befehl und Gehorsam, als unverzichtbare Instrumentarien in der Krise, bedürfen einer dialogischen Ergänzung. „Hierarchische Ebene“ und „Fachverstand“ allein haben in der Vergangenheit auch die Bundeswehr bei Reformen nicht vor gravierenden Strukturfehlern bewahrt. Nur starre, nicht veränderbare, geschlossene, nicht aber dynamische, offene Systeme lassen solche Denkmodelle in Grenzen zu. Die Bundeswehr als ein offenes System kann sich solch ein Denkmodell nicht zu eigen machen, sie bedarf einer offenen Kommunikationsstruktur.

Zum anderen, und dies ist der in unserem Kontext wichtigere Aspekt, ist die „Sinn-Debatte“ und als ihr Teilstück die Debatte um Aufgaben und Ziele aus Identitätsermöglichungs- und -gewährleistungsgründen unverzichtbar. Ein Soldat, der Handeln und die Aufgabe „zu seiner Sache“ machen soll, muß sich aus ethischen und psychologischen Gründen mit den Zielen und Aufgaben identifizieren können. Dies geht aber grundsätzlich — und nach den Individualisierungsschüben erst recht — nur, wenn er sich wenigstens als Mit-Gestalter erleben kann. Zumindest muß er die Ziele und die Strategien ihrer Umsetzung nachvollziehen und bejahen können, denn er selbst muß sie letztlich umsetzen.

Wenn er von seiner Verantwortung für sein Tun (auch nach dem Menschenbild des Grundgesetzes und nach den Prinzipien der Inneren Führung) nicht befreit werden kann, dann auch nicht vom Planen und Gestalten dessen, was er umsetzen soll. Über die prinzipielle Mitwirkung und ihre Durchführung wäre nachzudenken. In jedem Fall sind die Konkretionen des Soldatseins zu reflektieren, weil sonst weder der „Sinn“ des Soldatseins noch das Selbstverständnis des Soldaten geklärt werden können. Ein Soldat aber ohne „Sinn“ und ohne „Selbstverständnis“ schlittert von einer Identitätskrise in die andere. Selbst die besten Karriereaussichten können nicht diese fundamentalen Basisprozesse ersetzen. Auch in der Industrie besteht das Selbstverständnis eines Managers aus mehr als Karriereerfolg, Positionsmacht und Position mit zugehörigen Statussymbolen.

- f) Demgegenüber ist die Diskussion um Tradition und Symbole sekundär. So sehr menschliche Gemeinschaften Symbole brauchen, so sehr wirkt eine Traditionsdebatte aufgesetzt, solange nicht die Fragen des Selbstverständnisses geklärt sind. Andererseits werden sich auch in der Bundeswehr im Laufe der Zeit — wie in allen menschlichen Systemen — Riten, Gebräuche, Traditionen und Symbole herausbilden, wenn man sie nur läßt und sie ihr nicht von oben her zu verordnen sucht. Eine Armee, die dem Geist des Grundgesetzes verpflichtet ist, wird so bundeswehrspezifische oder -genuine Symbole entwickeln. Die Bundeswehrführung sollte hier nur anregend und am langen Zügel steuernd eingreifen. Wenn sich in der Vergangenheit nicht ausreichend Symbole und Traditionen ausgeprägt haben, sondern immer wieder in den Debatten und künstlichen Versuchen auf die Vergangenheit, die Vor-Bundeswehrzeit, rekurriert wurde, so meines Erachtens deshalb, weil die Frage des Selbstverständnisses nicht ausreichend thematisiert wurde und sich die Armee als ein funktionales, operationales Vollzugsorgan verstand.

Deshalb ist als weiterer Schritt

2. die Ausbildung der Soldaten nicht nur als Vermittlung von funktionalem, technischem, technisch-organisatorischem und -strategischem Wissen zu begreifen, sondern gleichzeitig als Bildung.

Bisher sind die jungen Soldaten in ihrem Selbstfindungsprozeß allein gelassen worden. Es ist eine scheinheilige Ausrede zu sagen: „Die jungen Männer kommen als mündige Bürger zu uns.“ Solange die Armee einem jungen Mann nicht einen *in jeder Hinsicht* dem zivilen vergleichbaren Job anbieten kann (und wenn sie es kann, dann brauchen wir sie nicht mehr — zur Selbstdarstellung des Staates kann man sich andere Instrumente einfallen lassen — die Bundeswehr ist dafür zu teuer), so lange ist sie verpflichtet, angesichts der spezifischen Anforderungen auch Hilfen zur Selbstfindung und Integration des Soldatseins in die individuelle Biographie und Lebensplanung anzubieten.

Es ist dringend an der Zeit, die Schwerpunktsetzung der Ausbildungsinhalte und Bildungsinhalte zu überprüfen. Soldaten (auch Wehrpflichtige nicht) sind nun mal keine Roboter oder Funktionsorgane, die man bloß zu programmieren und/oder dressieren braucht. Zur Zeit bleibt nicht einmal Zeit, das zu „verdauen“, was man ihnen beizubringen sucht. Ebenso sollten sich die Ausbilder bewußt bleiben, daß sie nicht anonyme Dresseure sind, sondern Vorbilder — positiv und negativ. Durch ihr tägliches Verhalten wirken sie mehr auf das Selbstverständnis ein, als ihnen vielleicht lieb ist. Es prägt nicht nur der „gute“ und der „schlechte“ Vorgesetzte, auch der „farblose“, der „nur funktionierende“. Wer sich scheut, sein Selbstverständnis und seine Werte zu thematisieren und vor allem im Alltag praktisch werden zu lassen, muß sich nicht wundern, daß selbst Offizieranwärter, die fest entschlossen waren, Berufsoffizier zu

werden, diese Entscheidung rückgängig machen und ihre Verpflichtungszeit zu minimieren suchen.

Dies sind keine „frommen Anmerkungen“. Denn wenn die Bundeswehr als eine Armee eine Zukunft hat, dann in gewandelter Form und mit Aufgabenfeldern, die von Soldaten mehr „Fingerspitzengefühl“ und größere geistige Wendigkeit abverlangt, als in der Vergangenheit. Dazu ist erforderlich, daß Vorgesetzte, gerade in ihrer gleichzeitigen Funktion als Ausbilder, lernen, selber in komplexen Zusammenhängen zu denken und dieses „vernetzte Denken-können“ zu vermitteln. Das, was für die Befehlssprache wichtig und richtig ist: kurz, knapp, präzise zu formulieren, kann nicht auf das Denken übertragen werden. Diese unzulässige Generalisierung eines Mechanismus auf viele andere und ganz anders geartete Bereiche führt, vor allem in Verbindung mit der verkürzten Anwendung von „Drill“ (siehe Teil 1), auf lange Sicht zur Unfähigkeit, sich in komplexen Situationen zurechtzufinden. Es führt zu monokausalem Denken, in einfachen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, eindimensional und einfaktoriell, das unser Wirklichkeit nicht mehr gerecht wird. Differenziertes Denken ist angesagt, und dies muß durch die Ausbildung sichergestellt werden.

3. Komplexes, mehrdimensionales Denken lernt man nur in komplexen Zusammenhängen und entsprechender Erfahrungsbewertung. Unverzichtbare Bestandteile sind dabei Kreativität und Phantasie. Programmierte Unterweisung fördert weder diese noch das Empfinden, beim Lernen ein Selbstbeteiligter zu sein. Sie kann hilfreich sein, wenn sie in Maßen — als kurzfristige Hilfsmaßnahme — eingesetzt wird, sozusagen „subsidiär“, um den Prozeß zum (Zwischen-)Ziel zu beschleunigen/oder überhaupt erst zu ermöglichen und damit das Erlebnis des „Selbstgemachten“, des „Selbsterworbenen“ sowie die Lust am Gewinn oder/und die Funktionslust (schneller) erfahren zu lassen.

Die Bundeswehr wird auch in Zukunft auf weiten Strecken „Ausbildungsarmee“ sein. Verursacher-, Gestaltungs-, Mitwirkungs-...-erfahrungen lassen sich in anderen Berufen sowie beim Einsatz in Katastrophengebieten (Erdbeben, Schnee, Hochwasser...) natürlich leichter machen und vermitteln, aber dies darf nicht dazu führen, daß man sich im übrigen Dienst aus Mangel an Phantasie oder aus unreflektierter Gewohnheit oder vielleicht sogar aus Ohnmacht auf „Befehl und Gehorsam“ zurückzieht.

Wenn sich „interne Kontrollüberzeugung“, die Überzeugung, etwas bewirken, verändern, gestalten zu können, als eine weitere Voraussetzung oder Bedingung, daß Identität erlebt werden kann, entwickeln können soll, dann ist ein höheres Maß an Mitwirkung, Mitverantwortung und -gestaltung als bisher erforderlich. Nur Stimmungsmache, Aktion-Zauber, Nicht-weh-tun-Wollen, Bedürfnis-Aufschub-Minimierung etc. kommt zwar punktuell dem Gefühl und der Mentalität junger Leute entgegen, hält sie

aber in ihrer Gefühlsfixierung fest. (Gefühle sind schwankend und kein sicherer Boden für Identität. Außerdem unterliegen auch Gefühle „Lernprozessen“, sie haben es nötig, daß sie sich im Zuge der Persönlichkeitsreife ausdifferenzieren (bis ins hohe Alter hinein). Nicht nur Intuition und Orientierungsgefühle sind das Produkt von Lernprozessen, vor allem muß der Mensch lernen, zu seinen Gefühlen in Distanz gehen zu können. Nur wer gelernt hat, daß er Gefühle hat — und nicht nur Gefühl ist, ist ein Stück freier und kann diese Freiheit verteidigen.

Die Änderung des Struktur-Handlungs-Verhältnisses innerhalb der Bundeswehr hinsichtlich z.B. Ausbildung und Bildung kann also nicht heißen, sich allen Zeitströmungen anzupassen. Es heißt aber wohl, die Forderungen und Anforderungen zu überprüfen auf Notwendigkeit und Begründbarkeit und dies auch entsprechend zu übermitteln.

Die Punktaufzählung ließe sich fortsetzen. Aus Platzgründen ist das nicht möglich. Vielleicht reichen die Beispiele aus, um deutlich gemacht zu haben, wie ich mir vorstelle, in welcher Richtung Bundeswehr meines Erachtens gehen sollte, wenn sie das „Soldatsein in den 90er Jahren“ bedenkt und mit dem Problem der Identitätsfindung in einer pluralen Gesellschaft fertig werden will. Ich wollte kein „Kursbuch 2000“ schreiben, sondern ein paar Punkte markieren, die schon jetzt beachtet werden müssen, wenn denn einmal ein solches Kursbuch „effizient“ geschrieben werden können soll.

Zum Autor:

Pater Prof. Dr. Karl Heinz Ditzer war bis 1962 als Ingenieur und Arbeitswissenschaftler in der Stahlindustrie tätig. Danach trat er in einen kirchlichen Orden ein, studierte Philosophie und Theologie und wurde nach der Priesterweihe Studentenpfarrer. Mit Aufkommen der Drogenproblematik wurde er zusätzlich mit Beratungsfällen konfrontiert. Von 1972 bis 1976 absolvierte er vertiefende Studien in klinischer und medizinischer Psychologie sowie in Politikwissenschaft. 1978 bis 1989 Militärpfarrer in Hannover und Koblenz, ab 1981 Dozent für kath. Sozialtheologie und Ethik am Zentrum Innere Führung. Ebenfalls ab 1981 Professor für Psychologie und Pastoralpsychologie.

Veröffentlichungen u. a. zu Themen aus dem Bereich des suizidalen Geschehens und der Suizid-Prophylaxe, zum Führungsstil und Führungsverhalten, zum Menschenbild sowie zu psychologischen Grundlagenfeldern.

Neuorientierung der Gesellschaft für Wehrkunde

P. Lothar Groppe SJ

Die 38. Bundesversammlung der Gesellschaft für Wehrkunde war natürlich keine Jubiläumsveranstaltung. Dennoch brachte sie eine bemerkenswerte Zäsur. Die rapiden Veränderungen der letzten Monate und das offenkundige Scheitern des Kommunismus haben die europäische Landschaft ebenso nachhaltig verändert wie weite Teile der Welt. Auffallendes Merkmal ist beispielsweise das nahezu unvorstellbare Nachlassen des Bedrohungsgefühls der Menschen in der Bundesrepublik. Es sank binnen kurzem von 65 auf 10 % der Bevölkerung. Allenthalben wird die Frage laut, warum wir denn noch Soldaten brauchen, wo wir doch „Gorbi“ hätten.

Verständlicherweise mußte sich auch die Gesellschaft für Wehrkunde auf ihrer Informationstagung vom 18.–20. 4. im Koblenzer Zentrum Innere Führung mit diesem Phänomen beschäftigen. Der Vorstand trug sich lange mit der Frage, wie Name und Konzept der GfW der veränderten Situation anzupassen seien. Der Präsident legte folgende Gründe für eine beabsichtigte Namens- und Satzungsänderung dar:

Name und Konzept der „Wehrkunde“ werden häufig nicht mehr akzeptiert. Ihre Veranstaltungen (Vorträge, Seminare, Truppenbesuche) werden von Politikern, Bürgermeistern und den verschiedensten Multiplikatoren, die für eine Breitenwirkung unverzichtbar sind, häufig gemieden. Zwar erfolgen nicht selten Zusagen zu den einzelnen Veranstaltungen, doch werden diese oft nicht eingehalten.

Ein Beispiel aus der Schweiz macht deutlich, wie die Umbenennung eines Verbandes unter Beibehaltung der gleichen Zielsetzung erstaunliche Erfolge zeitigen kann. So änderte der „Schweizer Aufklärungsdienst“ 1982 seinen Namen in „Schweizer Arbeitsgemeinschaft für Demokratie“. Seitdem ist ein verstärktes Anwachsen der Mitglieder wie auch der Spendenbereitschaft zu verzeichnen und Großveranstaltungen unter Teilnahme auch prominenter Persönlichkeiten werden gut besucht.

Wegen des stark gesunkenen Bedrohungsgefühls der Bundesbürger müssen die Probleme der Sicherheits- und Friedenspolitik zugkräftiger an den Mann gebracht werden. Von ausschlaggebender Bedeutung aber ist die Tatsache, daß bis zur „Wende“ „Wehrkunde“ ein reguläres Unterrichtsfach in den DDR-Schulen war. Von daher ist ein solcher Name mit einem starken Odium behaftet. So könnte es zu erheblichen Irritationen führen, wenn bei der beabsichtigten Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der GfW auch nach Mitteldeutschland unter der bisherigen Bezeichnung für deren Veranstaltungen geworben würde.

Von 9 Vorschlägen favorisierte General Pöppel als neue Bezeichnung „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“. Nicht alle Mitglieder konnten sich mit dem neuen Namen anfreunden, war ihnen doch der alte in den vergangenen Jahrzehnten lieb und teuer ge-

worden. Dennoch ergab die Abstimmung nach zum Teil hitzigen Diskussionen 73 Stimmen für die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ bei 5 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen.

Naturgemäß mußte auch der Satzungszweck den durchgreifenden Veränderungen der neuen sicherheitspolitischen Lage angepaßt werden. So geht es jetzt darum, „Verständnis zu wecken für die stete Notwendigkeit, den Frieden in Freiheit und die Souveränität Deutschlands zu schützen“, nicht mehr darum, „das Verständnis für sicherheitspolitische Fragen zu wecken und zu vertiefen“. Es kommt künftig nicht so sehr darauf an, „die allgemeine Verteidigungsbereitschaft zu fördern“ als vielmehr darauf, „die dafür erforderliche Verteidigungsbereitschaft zu erhalten“.

Ein Kommentar der „Deutschen Tagespost“ vom 28.4.90 unterstreicht die Notwendigkeit verbesserter Informationstätigkeit. Der Autor des Beitrags zitiert die Anzeige einer deutschen Tageszeitung mit folgender Überschrift:

„Für eine BRD ohne Armee“. Dort heißt es:

„Durch die Umwälzungen in Osteuropa besteht zum ersten Mal in Europa eine reelle Chance, Abschreckung und Krieg als Mittel der Politik zu überwinden. Spätestens seit dem alten Feindbild jede Grundlage entzogen ist, hat das Militär erst recht jede Existenzberechtigung verloren. Deswegen ist die Zeit reif, Rüstung und Militär abzuschaffen.“

Wenngleich es in erster Linie Aufgabe der verantwortlichen Politiker ist, Verständnis für die weiterhin notwendigen Maßnahmen zur Sicherung von Recht und Freiheit zu wecken, dürfen sich doch weder Bundeswehr noch die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik diesem gemeinsamen Anliegen entziehen.

In seinem Rechenschaftsbericht konnte der neue Geschäftsführer der Gesellschaft, Brigadegeneral a.D. Dr. Gerd Eckert, der dieses Amt am 1.5.89 übernommen hatte und einstimmig bestätigt wurde, einiges Erfreuliches melden. So stieg die Zahl der aktiven Sektionen im vergangenen Jahr auf 106 an. Bei einer Steigerung der Veranstaltungen um 2,7% wuchs die Zahl der Besucher um 22%. Hier scheint sich das wachsende Informationsbedürfnis widerzuspiegeln. In der Öffentlichkeitsarbeit lagen die Schwerpunkte bei der realistischen Einschätzung der strategischen Veränderungen in Europa und einer veränderten Begründung für Sicherheitsvorsorge. Nicht so sehr die „Bedrohung“ als vielmehr die „Wahrung souveräner Handlungsfähigkeit“ stand im Mittelpunkt.

Die aktualisierte Referentenliste weist mit etwa 200 Referenten rund 300 Themen auf. Der Berichterstatter, der mehr als 2 Jahrzehnte über wehrethische Fragen bei der deutschen und österreichischen Generalstabsausbildung vortrug, muß allerdings feststellen, daß dieses Gebiet nach wie vor weitgehend stiefmütterlich behandelt wird. Gerade das immer noch anwachsende Potential von Wehrdienstverweigerern dürfte die Notwendigkeit einer

ethischen Begründung des Verteidigungsrechtes, das im Fall eines nicht provozierten Angriffskrieges zur sittlichen Pflicht wird, außer Zweifel stellen.

In seinem Begrüßungswort wies der Hausherr, Flottenadmiral Hundt, auf den Brief des Generalinspektors vom 6. 4. 90 hin, der den Teilnehmern der Tagung auch ausgehändigt wurde. In ihm betont Admiral Wellershoff erneut Sinn und Notwendigkeit der Bundeswehr, um außenpolitische Handlungsfreiheit, Bündnisfähigkeit und Mitsprache zu garantieren. Das aktuelle Beispiel der Lage im Baltikum macht schmerzlich deutlich, daß ein schwaches kleines Volk ohne realistische Aussicht auf Selbstverteidigung den Machtansprüchen eines übermächtigen Nachbarn wehrlos ausgeliefert ist. Nach Wellershoff gilt es, mit Hilfe der westlichen Verbündeten ein Gegengewicht zu der auf unabsehbare Zeit konventionell und nuklear größten Militärmacht, der Sowjetunion, zu erhalten. Wenn gleich sich die militärische Einsatzaufgabe durch den Wandel der politischen Landschaft verändert hat, komme es aber wesentlich darauf an, sich gegen Rückfälle konfrontativen Verhaltens zu sichern. Da sich die menschliche Natur nicht ändere, müßten wir, auch angesichts historischer Erfahrungen, mit dem Mißbrauch der Macht rechnen.

Wahrscheinlich ist den wenigsten Lesern noch bekannt, daß sich Reinhold Schneider in seiner Frankfurter Rede 1956 anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, bei aller Gegnerschaft zu einer deutschen Wiederbewaffnung doch sehr realistisch geäußert hat:

„Mit nichts ist dem Frieden weniger gedient als mit gewissen, wenn auch wohlgemeinten pazifistischen Verheißungen und Programmen, die meinen oder vorgeben: die Regierungen brauchten nur ihre Völker anzuhören und ihren Willen zu tun und die Waffen niederzulegen, dann werde ewiger Friede sein... Ich wäre sehr froh, wenn ich Pazifist sein könnte. Aber ich bin das nicht.“

Und das Zweite Vaticanum, das sich in der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ im 5. Kapitel „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“ sehr eindringlich mit dem Problemkreis Krieg und Frieden beschäftigt hat, sagt sehr nüchtern: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi.“ (Nr. 78) In der Nr. 79 fährt es dann fort: „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf eine sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen.“ Die Worte, die Papst Johannes Paul II. zu dieser Problematik in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1982 fand, haben ihre Gültigkeit nicht verloren, da sie Ausfluß des katholischen Verständnisses des Naturrechts sind:

„Aus diesem Grund zögert der Christ nicht, während er sich voller Eifer darum bemüht, alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung zu bekämpfen und ihnen zuvorzukommen, gleichzeitig im Namen einer elementaren Forderung der Gerechtigkeit daran zu erin-

nern, daß die Völker das Recht und sogar die Pflicht haben, durch angemessene Mittel ihre Existenz und ihre Freiheit gegen einen ungerechten Angriff zu verteidigen (vgl. Konst. Gaudium et Spes, Nr. 79).“

Der Vorstand konnte wieder hochqualifizierte Referenten gewinnen. So sprach der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Hennig über das Thema „Auf dem Weg nach Deutschland“. Generalmajor Naumann zeichnete die „Umriss einer neuen Sicherheitsordnung“. Alle Redner stimmten überein, daß NATO und Bundeswehr unabdingbares Fundament für eine gerechte Friedensordnung in Europa bleiben. Eine Passage Dr. Hennigs macht dies besonders deutlich. Sie ist sachlich deckungsgleich mit dem, was Generalinspekteur und die beiden Generale in ihren Ausführungen betonten:

„Die Bundeswehr wird ihren grundgesetzlich verankerten Auftrag weiter erfüllen. Denn es ist vornehmste Pflicht unseres Staates, seine Bürger und ihre Grundrechte vor Willkür — nach innen durch eine für alle verbindliche Rechtsordnung und nach außen durch die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung von Recht und Freiheit — schützen zu können. Vor allem in den Streitkräften drückt sich der Wille aus, unser Selbstbestimmungsrecht, unsere freiheitliche Grundordnung gegen jeden Druck von außen, gegen Erpressung, Androhung und Anwendung von Gewalt zu bewahren.“

Um den Lesern einen einigermaßen geschlossenen Überblick über die „Bundeswehr auf dem Weg ins Jahr 2000“ zu geben, wollen wir uns im folgenden auf die Ausführungen von General Dr. Reinhardt beschränken, der hierüber sprach. Er trug die Bundeswehrplanung auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses vom 6. Dezember '89 vor. Völlig Neues konnte er nicht bieten, da Aussagen über die Zukunft der NVA, die künftige europäische Sicherheitsstruktur, Rolle und Umfang der künftigen Bundeswehr sowie die Dauer der Wehrpflicht von den Zielvorstellungen der Politiker abhängen, die wiederum weitgehend von den Ergebnissen der Wiener Verhandlungen bestimmt werden. Fest stehe auf jeden Fall, daß der Umfang der Bundeswehr um etwa ein Viertel verringert werde.

Die Reduzierung der Bundeswehr ist nicht allein durch fehlende Finanzmittel, sondern auch die demographische Entwicklung bedingt, die neben der ehemaligen DDR in der Welt einzigartig ist.

Zur Lösung der eingeschränkten Ressourcen wurden bisher folgende Maßnahmen getroffen:

Die Anforderungskriterien wurden gesenkt, die Zahl der Übungen wurde eingeschränkt, die Anforderungen an die künftigen Waffensysteme wurden radikal durchforstet, um sie kostengünstiger zu gestalten, Einzelbereiche deutlich verkleinert.

Nach den Forderungen der Bundesregierung darf ein geeintes Deutschland weder entmilitarisiert noch neutralisiert werden. Hierbei ist den legitimen Sicherheitsinteressen unserer

östlichen Nachbarn Rechnung zu tragen. Politisches Ziel ist die Schaffung einer gemeinsamen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur, die für ganz Europa eine Stabilitätspartner-schaft garantiert. Um mit den spärlicher werdenden Ressourcen auszukommen, bedarf es eines Höchstmaßes an Flexibilität, da eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur grundlegend andere Forderungen an die Streitkräfte stellen wird. Der ab '96 ursprünglich vorgesehene Umfang von 450000 aktiven Soldaten ist wegen zu geringen Personalaufkommens nicht erreichbar. Unter Beibehaltung des Grundwehrdienstes von 15 Monaten werden die Streitkräfte von heute rund 490000 auf 400000 Mann reduziert werden. Für die einzelnen Teilstreitkräfte ergeben sich dann folgende Endzahlen: Das Heer wird von 340000 auf 280000, die Luftwaffe von etwa 110000 auf 87000 und die Marine von 38000 auf 31000 Mann reduziert. (Wie bekannt, sind diese Zahlen inzwischen durch die politischen Entwicklungen überholt; Wehrdienstzeit voraussichtlich ab Oktober 1990 12 Monate, Gesamtstärke der Bundeswehr einschließlich NVA-Anteil im vereinten Deutschland höchstens 370000 Soldaten. Die Redaktion.) Zwar wird die Bundeswehr künftig merklich kleiner, dennoch bietet sie für tüchtige Bewerber auch in Zukunft lohnende und interessante Laufbahnen.

Naturgemäß muß auch der zivile Personalbestand der Bundeswehrverwaltung von fast 200000 Mitarbeitern dem verringerten Umfang der Streitkräfte angepaßt werden. Auch der Verteidigungsumfang von derzeit 1,34 Millionen Soldaten muß überprüft und erheblich verringert werden. Der Öffentlichkeit muß verdeutlicht werden, daß die militärische Auftrags Erfüllung nicht ruckartig geändert werden kann.

Wichtiger als kurzfristiges (und stimmenträchtiges) Denken und Handeln ist die Garantie der Unumkehrbarkeit des begonnenen Entspannungsprozesses durch gesicherte und durchdachte Resultate von Verhandlungen.

Nach der Unterzeichnung des ersten Wiener Abkommens wird der Sowjetunion kein Überraschungsangriff mehr möglich sein. Dies bedeutet für den Westen eine erheblich längere Warn- und Vorbereitungszeit als bisher. Deshalb kann sich das Bündnis auch ein hohes Maß an gekaderten Verbänden leisten, die allerdings modern ausgerüstet sein müssen, zumal ja quantitativ abgerüstet werden soll. Ein ausgedünntes Gefechtsfeld erfordert ein Höchstmaß an Mobilität und Flexibilität. Ferner müssen alle Optionen für eine Fortentwicklung der Technik offengehalten werden. Hieraus folgt: Ein Teil der Streitkräfte muß reaktionsschnell, flexibel und nahezu ohne Mobilmachung für Anfangsoperationen zur Verfügung stehen. Reserveverbände können unterschiedlich gekadert sein. Die Streitkräfte insgesamt müssen über eine angemessene Durchhaltefähigkeit verfügen, wobei mit zahlenmäßig geringeren Kräften ein räumlich gleichgroßes Territorium abgedeckt werden muß. Ab Mitte der 90er Jahre wird die Bundeswehr von einer Präsenzarmee zu einer Mobilmachungsarmee umgeformt. Im Gegensatz zum Ostblock hat die Bundeswehr kein Feindbild abzubauen, weil sie nie eines besessen hat. Aber trotz Glasnost und Perestroika kann die Bundesrepublik nicht auf Streitkräfte verzichten. Wir brauchen sie für den

Schutz unserer Wertvorstellungen, unserer Staatsform und Wirtschaftsordnung, für die Versicherung gegen einen Rückfall in Weltbeherrschungspläne, die Remilitarisierung des politischen Denkens und schließlich für ein angemessenes deutsches Mitspracherecht bei der Neugestaltung Europas. Ohne ein Mindestmaß militärischer Machtmittel zur Erhaltung der innereuropäischen Stabilität und den äußeren Schutz Europas kommen wir nicht aus. Schon Thukydides, der Vater der wissenschaftlichen Geschichtsforschung, schrieb vor rund 2400 Jahren:

„Recht und Freiheit herrscht nur zwischen Gleichstarken; sonst machen die Starken, was sie wollen, und die Schwachen leiden, was sie müssen.“

Bundespräsident v. Weizsäcker sagte im Oktober 1989:

„Es gibt keine wirksame Verteidigung, die man dem Staat überlassen kann, ohne sich selbst daran zu beteiligen, und zwar über Steuerzahlungen hinaus. . . Wir selbst sind der Staat. Wenn wir unseren Staat schützen, schützen wir uns. Geschehen kann dies glaubwürdig nur durch uns selbst. Die Streitkräfte sind kein Fremdkörper in unserer Gesellschaft, sie sind ihr Bestandteil. Die Bundeswehr steht uns nicht als Agentur für Verteidigung gegenüber, wir selbst sind die Bundeswehr.“

Soldaten und alle, denen der Schutz und die Sicherheit unseres Landes und Europas am Herzen liegt, müssen ihren eigenen Beitrag leisten, daß wir gegen Risiken für unsere Sicherheit gefeit bleiben und daß wir mit zwar deutlich geringerer Truppenstärke und reduziertem Waffenpotential nach wie vor bereit sind, für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes und des freien Europa einzutreten.

„Die Zukunft der NATO und ihrer Strategie — Was kommt nach der Abschreckung?“

Jürgen Bringmann

Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, die Wiedervereinigung Deutschlands und das beschleunigte Zusammenwachsen Europas haben mit Sicherheit Auswirkungen auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes und der NATO. Es ist aber auch so, daß diese Entwicklungen ganz wesentlich durch eine rationale und konsequente Sicherheitspolitik angestoßen und möglich wurden. Sie werden nur dann erfolgreich fortschreiten können, wenn sie auch weiterhin durch eine verantwortungsbewußte Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen einer wohlgeplanten Außenpolitik begleitet und abgestützt werden. Und ein Mittel — das militärisch entscheidende — hierzu ist auch weiterhin eine diesen Zielen angemessene und sie unterstützende Strategie der NATO.

Wir haben im letzten Jahr das 40jährige Bestehen der Atlantischen Allianz gefeiert. Im Mai vor 35 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied dieses Bündnisses, dem wir Deutschen und auch die übrigen Europäer die längste Friedensperiode seit Jahrhunderten verdanken und das das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Geschichte ist.

Nun gibt es manche Stimmen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in der DDR, die die NATO aufgrund der politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa als überflüssig bezeichnen oder aber sie nur noch als eine begrenzte Übergangslösung verstehen wollen.

Für eine solche Position gibt es kein Verständnis bei unseren westlichen Bündnispartnern; wie die bisherige Diskussion über die sicherheitspolitische Einbettung eines wiedervereinigten Deutschland gezeigt hat, auch nicht bei vielen unserer östlichen Nachbarn. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns haben sich wiederholt und klar für einen Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO ausgesprochen. Auch die Sowjetunion hat nun bei den Gesprächen von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Gorbatschow in Moskau am 16. Juli 1990 einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland zugestimmt. Gerade angesichts der Auflösungserscheinungen im Warschauer Pakt muß man erkennen und auch deutlich sagen, daß die NATO als freiwilliges Bündnis souveräner und demokratischer Staaten gegenwärtig das einzige funktionierende Sicherheitssystem in Europa ist. Sie ist damit zugleich ein Schlüsselement für Stabilität und für den Aufbau einer neuen Sicherheitsstruktur für ganz Europa.

Es wäre deshalb ein verhängnisvoller politischer Fehler, wenn nun die NATO — quasi im Gegenzug zur Erosion des Warschauer Pakts — zur Disposition gestellt würde, zumal vielerorts in Osteuropa die Nationalitätenkonflikte — auch religiösen Charakters — wieder aufflackern und vor allem die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion Anlaß zu großer Sorge geben. Und wir dürfen eines nicht aus dem Auge verlieren: Ganz gleich, wie die Entwicklung in der Sowjetunion in den nächsten Jahren verlaufen wird, die UdSSR will Weltmacht und stärkste Macht in Europa bleiben — und diese politi-

sche Macht basiert heute und wird auch in Zukunft auf ihrer militärischen Stärke beruhen.

Das politische Gewicht der Sowjetunion wird Westeuropa auf absehbare Zeit nur im engen strategischen Verbund mit den USA ausgleichen können, im Rahmen einer wohlüberlegten Gleichgewichtspolitik. Diese stabilisierende Gleichgewichtspolitik gegenüber der Sowjetunion und zugleich ein aktives Engagement für Dialog und friedlichen Ausgleich werden auch weiterhin die Hauptaufgaben der Atlantischen Allianz bleiben. Hinzukommen aber wird als drittes Element die Kooperation mit den Staaten des heutigen Warschauer Paktes. Die Londoner Erklärung des NATO-Gipfels schlägt dazu nicht nur die feierliche Erklärung vor, daß West und Ost sich nicht länger als Gegner betrachten, sie bietet vielmehr ihre „Hand zur Freundschaft“ an und regt auch so konkrete Maßnahmen wie ständige diplomatische Vertretungen der WP-Länder bei der NATO an.

Die NATO ist keine statische Institution; sie ist dies im übrigen nie gewesen. Die wahrhaft historischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa können die westliche Allianz, ihre militärischen und politischen Funktionen, selbstverständlich nicht unberührt lassen. Hier sind vor allem drei Entwicklungen zu nennen:

- Erstens der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten;
- zweitens die Demokratisierung und politische Loslösung der Staaten des Warschauer Paktes von der Sowjetunion;
- drittens der notwendige, wenn auch bisher nur in geringem Umfang erfolgte militärische Rückzug der UdSSR von den Territorien der früheren „Satelliten“ als Ausdruck der Rückbildung sowjetischer Hegemonie.

Ein weiterer Faktor, der Anpassungen erforderlich machen wird, ist der Prozeß der westeuropäischen Integration, der nun offensichtlich und erfreulicherweise durch die deutsche Wiedervereinigung eine erhebliche Beschleunigung erfährt.

Zusammengefaßt lassen diese Entwicklungen den Schluß zu, daß die NATO auch in Zukunft Fundament unserer Sicherheit sein wird, wie dies auch der NATO-Gipfel Anfang Juli deutlich unterstrichen hat. Sie wird jedoch durch weitere Bestandteile einer neuen Sicherheitsstruktur in Europa ergänzt werden. Es zeichnet sich ab, daß diese neue Struktur aus mehreren, miteinander verzahnten Sicherheitsebenen und -institutionen bestehen wird, auch wenn dies dem verbreiteten Denken in klaren Alternativen widerspricht. Eine „Monostruktur“, ein Entweder-Oder, wird es nicht geben.

Nicht um einen Ersatz der NATO durch ein vollkommen neues Sicherheitssystem geht es also, sondern um ein kooperatives Zusammenwirken unterschiedlicher, einander ergänzender Sicherheitsstrukturen. Neben der NATO werden diese Strukturen vor allem aus dem KSZE-Prozeß und aus der westeuropäischen Integration herauswachsen.

Der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die gegenwärtig in Wien in zwei Foren über konventionelle Abrüstung und Vertrauensbildung verhandelt und im Frühjahr in Bonn eine erfolgreiche Wirtschaftskonferenz veranstaltet hat, kommt

unbestreitbar eine wachsende Bedeutung für die politische Neuorganisation Europas zu. Diese Erkenntnis wird mittlerweile von allen Mitgliedern der Nordatlantischen Allianz geteilt und hat bei den Beratungen des NATO-Gipfels ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt.

Die KSZE ist ein geeignetes Forum, um über zentrale Sicherheitsfragen Gesamteuropas unter Einbeziehung Nordamerikas zu verhandeln. Sicherheitspolitisch wird angestrebt, das westliche Sicherheitssystem von NATO und EG durch ein zu entwickelndes und völkerrechtlich festzulegendes Konzept kooperativer, übergreifender Sicherheit für ganz Europa zu ergänzen.

Dieses Ziel steht nicht im Widerspruch zu einem Festhalten an der NATO. Ohne die macht- und sicherheitspolitische Grundstruktur des westlichen Bündnisses wäre jedes überwölbende Sicherheitssystem auf absehbare Zeit zum Scheitern verurteilt. Systeme der allgemeinen kollektiven Sicherheit, in denen im Prinzip jeder mit jedem verbündet ist und daher niemand zu irgend jemand besondere Beziehungen hat, haben sich in der Geschichte als instabil erwiesen. Sie liefern letztendlich die schwächeren Mitglieder dieses Systems den mächtigen und möglicherweise aggressiven Mitgliedern schutzlos aus. Und gerade in Europa gibt es sehr unterschiedlich große und mächtige Staaten.

Dennoch sind gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen anzustreben, sie sind notwendig. Ihre Bedeutung wird in Zukunft wahrscheinlich erheblich zunehmen. Nur können sie nicht zur allein tragenden Säule unserer Sicherheit werden. Wir brauchen weiterhin das Atlantische Bündnis als Pfeiler für unsere Sicherheit und als wesentliches Fundament für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa. International vereinbarte Mechanismen der Konfliktregelung schaffen nicht automatisch Stabilität, sondern setzen sie voraus. Sicherheitspolitische Stabilität ist in Europa weiterhin nur durch regionale Verteidigungsorganisationen wie die NATO zu leisten — und Artikel 51 der UN-Charta legitimiert eine solche kollektive Selbstverteidigung von Staaten ausdrücklich.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die NATO sich im Zuge veränderter politischer und strategischer Rahmenbedingungen selbst wandeln muß und wandeln wird. Die NATO ist mehr als nur ein militärisches Bündnis, und ihre politische Funktion wird weiter an Gewicht gewinnen — vor allem, wenn es der Allianz gelingt, weiterhin eine konzeptionelle Vorreiterrolle für den West-Ost-Dialog mit den Staaten Mittel- und Osteuropas wahrzunehmen. Die Allianz bleibt auch in Zukunft der zentrale Handlungsrahmen für die transatlantische Bindung zwischen Europa und Nordamerika. Als Forum zur Harmonisierung westlicher Positionen für Verhandlungen im KSZE-Rahmen kommt ihr eine wachsende Bedeutung zu.

Das gleiche gilt für die Rolle der NATO als Konsultations- und Abstimmungsinstrument der Partner im Hinblick auf Entwicklungen außerhalb des eigentlichen Vertragsgebiets. „Das Gebiet des Nordatlantikvertrages kann nicht getrennt von der übrigen Welt behandelt werden. Krisen und Konflikte, die außerhalb des Vertragsgebiets entstehen, können seine Sicherheit entweder unmittelbar oder durch Änderung des globalen Kräftegleichge-

wichts beeinträchtigen.“ Das ist die Formulierung des Harmel-Berichts von 1967, und sie hat nichts an Aktualität eingebüßt. Besonders die Rüstungsentwicklung und die sich verschärfenden Konflikte in Nordafrika, Nah- und Mittelost geben Anlaß zu großer Sorge. Sie sind durch zunehmende Verbreitung von immer weiter reichenden Raketen, von chemischen und auch von nuklearen Waffen gekennzeichnet. Langfristig können sich hier besonders für die NATO-Länder an der Südflanke neue Gefahren entwickeln. Sie werden dann ebenso unsere Solidarität erfordern wie unsere bisherigen sicherheitspolitischen Probleme durch die Solidarität all unserer Bündnispartner Lösungen gefunden haben.

Neben Krisen außerhalb des Vertragsgebiets könnten aber auch z.B. der internationale Umweltschutz und der Kampf gegen Drogen und Terrorismus weitere künftige Aktionsfelder der NATO darstellen. Entscheidend ist, daß die Allianz hier erprobte Mechanismen und Verfahren für die enge Abstimmung der Bündnispartner bereitstellt und so solidarisches politisches Handeln ermöglicht. Gerade für eine Mittelmacht wie die Bundesrepublik Deutschland mit weltweiten wirtschaftlichen und politischen Interessen ist diese Funktion der Allianz von großer Wichtigkeit und Bedeutung.

Wir sollten bei allen Überlegungen über eine stärkere politische Aufgabenorientierung des Atlantischen Bündnisses aber nicht vergessen, daß die NATO zu einer politischen Allianz erst in der Beschäftigung mit und der Lösung von militärisch-strategischen und rüstungskontrollpolitischen Fragen geworden ist. Der feste Kern des Bündnisses ist und bleibt seine Verteidigungsorganisation, die militärische Integration der Allianzstreitkräfte und eine gemeinsame strategische Konzeption. Daraus hat sich im Laufe der Jahre ein politischer Solidarisierungseffekt entwickelt, der es der Allianz immer wieder ermöglicht, Krisen und Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Bündnismitgliedern zu überwinden. Als Wertegemeinschaft allein kann die NATO nicht überleben — auch wenn es weiterhin keinen Zweifel daran geben darf, daß die Partner in dieser Allianz auf dem Fundament gemeinsamer Geschichte und Werte stehen und auch in Zukunft dafür einstehen.

Insofern geht die jetzt in einigen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR zu hörende Forderung, die NATO müsse durch Aufgabe der bisherigen militärischen Integration „politisiert“ werden, völlig in die Irre. Eine Abschaffung der militärischen Integration würde auf eine Re-Nationalisierung und Zersplitterung der westlichen Sicherheitspolitik und damit letztlich auf eine Schwächung der politischen Rolle der NATO hinauslaufen. Multinationale militärische Integration von Streitkräften demokratischer Staaten verkörpert zudem ein sehr modernes, erwiesenermaßen friedensstiftendes Sicherheitsinstrument. Sie bindet die Beteiligten im wahrsten Sinne des Wortes ein und ist sichtbarer Ausdruck von Solidarität und gemeinsamer Verantwortung. Besonders wir Deutschen wären schlecht beraten, wenn wir die militärische NATO-Integration bzw. die Mitarbeit der Bundesrepublik in dieser Integration nun zur Disposition stellen wollten. Es ist auch diese politische und militärische Einbindung der Deutschen, um die es den kleineren mittel- und osteuropäischen Staaten geht, wenn sie die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der NATO befürworten.

Die konkrete Form der Integration, der Verteidigungsplanung und Verteidigungsorganisation des Bündnisses, wird jedoch überprüft und an die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa angepaßt werden. Diese Überprüfung, die im übrigen auch ohne die deutsche Wiedervereinigung notwendig geworden wäre, wird wie bisher in enger Abstimmung mit den westlichen Partnern in der Allianz vorgenommen.

Nach den derzeitigen Vorstellungen wird sich der verteidigungspolitische Wandel der NATO in den folgenden Bereichen vollziehen können — eine weiterhin günstige Entwicklung des Abrüstungsprozesses und der sowjetischen Politik vorausgesetzt:

Erstens: Bei grundsätzlicher Beibehaltung der integrierten Führungsstruktur wird für eine Präsenz alliierter Truppen in der Bundesrepublik Deutschland im bisherigen Umfang keine strategische Notwendigkeit mehr bestehen. Allerdings muß eine politisch und militärisch bedeutsame Präsenz der USA und der anderen Verbündeten gewährleistet bleiben. Mit Blick auf künftige europäische Verteidigungsstrukturen innerhalb der NATO könnte die Bildung multinationaler Korps aus nationalen Einheiten gefördert werden, soweit dies militärisch sinnvoll ist.

Zweitens: Das Bündnisprinzip der gemeinsamen Sicherheit zur „Verteidigung auch der Grenzen von Verbündeten“ bleibt erhalten und gewinnt mit dem Abbau des Ost-West-Gegensatzes eine geänderte Bedeutung. Unter den veränderten internationalen Bedingungen wird es jetzt zum Garantie-Element für die Stabilisierung des Prozesses, der zu einer neuen europäischen Friedensordnung führen soll.

Drittens: Der politische Inhalt der „Vorneverteidigung“ als „Verteidigung des Territoriums an seinen Grenzen“ bleibt grundsätzlich erhalten. Das kann auch gar nicht anders sein, denn hier handelt es sich um ein zeitloses, von aktuellen politischen und militärischen Veränderungen unabhängiges Prinzip. In der konkreten militärischen Ausprägung sind jedoch sehr wohl Änderungen möglich. Was sich nicht ändern wird, ist die eindeutige und ausschließliche defensive Ausrichtung unserer Verteidigung. Sie kann auch dadurch praktisch verdeutlicht werden, daß die Mobilität von Verbänden und Großverbänden erhöht wird — oder neue geschaffen werden —, die der Allianz ein Höchstmaß an Flexibilität und Reaktionsfähigkeit in Krisen ermöglichen — ganz gleich, wo diese entstehen.

Viertens: Die strategische Konzeption von Kriegsverhinderung und Verteidigung wird einer längeren Vorwarnzeit und insgesamt veränderten Bedingungen angepaßt. Dies gilt besonders für die Rolle und Struktur der Kernwaffen in Europa.

Aus diesen vier Kriterien sollte deutlich werden, daß Forderungen nach einer Veränderung der Methoden und Mittel der westlichen Bündnisstrategie im Prinzip offene Türen einlaufen. Gerade der NATO-Gipfel hat gezeigt, daß in der NATO intensiv über Änderungen bzw. Anpassungen der Strategie an die veränderten Rahmenbedingungen und an die drastisch verbesserte strategische Lage in Europa nachgedacht wird und wichtige Grundsatzentscheidungen bereits getroffen sind. Dies entspricht dem politischen Willen aller Allianzmitglieder. Wesentliche Anstöße zu dieser Diskussion kommen auch von der

militärischen Seite. Diese wichtige Strategiediskussion, an der sechzehn souveräne Staaten mit zum Teil recht unterschiedlichen Interessen teilnehmen, braucht aber Zeit. Sie kann und darf nicht überstürzt geführt werden, denn sie soll ja die Sicherheit nicht gefährden, sondern weiterhin erhalten.

Die strategische Konzeption der Allianz muß den Sicherheitsinteressen aller Mitglieder entsprechen, und der Konsens ist unerlässlich. Ohne Konsens ginge die wichtigste Grundlage der NATO überhaupt verloren, nämlich die politische Solidarität. Auch die dynamische Entwicklung der Sicherheitslage, die sich — wie wir alle wissen — nahezu von Woche zu Woche verändert, rät zu pragmatischem, schrittweisem Vorgehen.

Ein leidiges Problem der Strategiediskussion ist, daß oft die gleichen Wörter für unterschiedliche Inhalte gebraucht werden, oder daß die einen das allgemeine Prinzip, die anderen die gerade gültige konkrete Ausformung meinen. Nehmen wir die Vorverteidigung: Das Prinzip bedeutet Verteidigung so grenznah wie möglich, um einen möglichst umfassenden Schutz des eigenen Territoriums zu gewährleisten. Dagegen wird niemand etwas einwenden wollen, denn die Alternative hieße ja Preisgabe von Land und Leuten im Falle eines Angriffes. Die konkrete Ausformung bedeutete bislang die Einplanung der NATO-Streitkräfte in einer strategischen Barriere, die entlang der innerdeutschen und der deutsch-tschechoslowakischen Grenze von Lübeck bis Passau reichte. Dieses Konzept ist mit dem Fortfall der Voraussetzungen hinfällig geworden. Die Operationspläne der NATO-Streitkräfte werden geändert, die Streitkräfte und ihre Dislozierung werden sich im Zuge der Rüstungskontrollmaßnahmen ändern. Aber das Prinzip des bestmöglichen Schutzes des eigenen Territoriums wird erhalten bleiben, ebenso die Grundsätze der Hinlänglichkeit der Kräfte und der strikten Ausrichtung auf Verteidigung.

Es gibt keinen militärischen Feind im Frieden und auch keine stets präsente Bedrohung, von der jeden Augenblick der Angriff zu erwarten wäre. Wohl aber gibt es militärische Vorkehrungen zum eigenen Schutz und zur Sicherung eines europäischen Gleichgewichtes, die die Eventualität eines militärischen Konfliktes in Rechnung stellen, ohne sie damit gleich als düstere Aktualität an die Wand malen zu wollen. Militärische Sicherheitsvorsorge ist — wie Blitzableiter, Brandschutz und Feuerversicherung — Ausdruck der Umsicht und Vorsicht, nicht der Ängstlichkeit, des Pessimismus oder gar der Angstmacherei. Der verantwortliche Sicherheitspolitiker handelt da nicht anders als der verantwortungsbeußte Privatmann.

Niemand wird leugnen wollen, daß die Sowjetunion auch nach der heute geplanten und zu erwartenden Abrüstung stärkste Militärmacht auf dem Kontinent bleiben wird. Es ist deshalb nur legitim, vor allem ihr Potential mit den Mitteln der militärischen Sicherheitsvorsorge ausbalancieren zu wollen. Darin steckt kein übertriebenes Mißtrauen gegen die politische Führung der Sowjetunion oder gegen irgendeine andere politische Führung, sondern nur Vorsicht gegenüber den Möglichkeiten der Macht und ihres Mißbrauchs. Alle Regierungen, alle Staaten lassen diese Vorsicht walten — sie muß ein selbstverständli-

ches Konstruktionsprinzip der europäischen Friedensordnung sein, wie sie zur Zeit in Wien und anderswo errichtet wird.

Auch in der Nuklearstrategie werden Vorbeugung und Absicherung einer internationalen Friedensordnung leitende Prinzipien sein. Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Abbau des konventionellen Übergewichtes der Sowjetunion schwindet die Gefahr eines überraschenden und mit Übermacht vorgetragenen konventionellen Angriffs, der die NATO vor die Wahl gestellt hätte, zu kapitulieren oder nuklear zu eskalieren. Mit dieser Gefahr schwindet auch die Notwendigkeit, das nukleare Risiko im breiten Spektrum anzuordnen und dafür besondere Mittel vorhalten zu müssen. So ist es nur konsequent, wenn wir auf den Abbau aller Waffen kurzer und kürzester Reichweite auf dem Verhandlungswege hinarbeiten und dies an die Erfolge konventioneller Rüstungskontrolle knüpfen.

Aber Nuklearwaffen werden die militärische Sicherheitslage in Europa noch bis weit in das nächste Jahrhundert hinein prägen. Ob man diese Tatsache ignoriert oder akzeptiert, ist die Schlüsselfrage, von der alle weiteren strategischen Entscheidungen abhängen; den Konsequenzen kann sich niemand entziehen. Politischer Handlungsspielraum liegt nicht in der Ablehnung von Nuklearwaffen, sondern in deren sinnvoller politischer Nutzung.

Die wichtigste Funktion von Nuklearwaffen in Europa wird künftig sein, das europäische Sicherheitssystem abzusichern, das militärisch auf einem vertraglich ausgehandelten Gleichgewicht der konventionellen Kräfte beruht. Nukleare Optionen sollen verhindern, daß etwaige Ausbrüche aus dem System — z.B. durch beschleunigte Aufrüstung oder Heranführung von Kräften aus anderen Regionen — in einen strategischen Vorteil umgesetzt werden könnten. Sie dienen der vorsorglichen Entwertung eines Vertragsbruches. Diese Absicherung richtet sich gegen niemanden, der es ernst meint mit der europäischen Friedensordnung; aber sie dient allen, die daran teilhaben.

Sollte es — trotz aller sicherheitspolitischen Vorsorge — zu einem bewaffneten Konflikt kommen, wäre es Aufgabe der Nuklearwaffen, den Aggressor am Einsatz von Nuklearwaffen zu hindern und den Abbruch der Aggression zu erzwingen, bevor die politische Existenz eines oder mehrerer Bündnispartner unmittelbar gefährdet ist. Diese Aufgabe konzentriert sich auf die militärischen Konflikte, die eine extreme Bedrohung regionaler oder globaler Sicherheit ausmachen. Der Bezug auf eine äußerste existentielle Gefährdung wird die nuklearen Konzeptionen bestimmen, und das in West und in Ost. Für die militärstrategische Konzeption der NATO bedeutet dies, daß vor allem die Reaktionsart der Vorbedachten Eskalation — ein Kernstück der gegenwärtigen Strategie der Flexiblen Antwort — gründlich überprüft wird. Die bittere Notwendigkeit, über den Einsatz nuklearer Waffen entscheiden zu müssen, rückt sozusagen noch weiter weg an das obere oder hintere Ende des strategischen Maßnahmenkatalogs — Atomwaffen sind dann wirklich, wie es auf dem Gipfel gesagt wurde, Waffen des letzten Rückgriffs. Bleiben wird und muß die Fähigkeit zu einer jederzeit angemessenen Reaktion und die allgemeine Hemmschwelle, die mit der Existenz und dem Vorhandensein nuklearer Waffen verbunden ist.

Der öffentliche und demonstrative Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz wird heute vielfach gefordert, ist im Grunde aber nur eine Scheinlösung, die das nukleare Risiko nicht beseitigt, sondern versteckt. Das Versprechen, nukleare Waffen erst dann einzusetzen, wenn ein Aggressor sie zuvor eingesetzt hat, befreit — zumindest in der Theorie — jede Aggressionsplanung von der Last des nuklearen Risikos, ist in einer tatsächlichen Krise aber nur von zweifelhafter Verlässlichkeit. Angesichts einer unmittelbaren Bedrohung staatlicher Existenz wird seine Verbindlichkeit vermutlich nicht weit reichen. Ungeachtet aller öffentlichen Erklärungen wird jeder nuklearwaffenbesitzende Staat bestrebt sein, sich für den Fall einer Krise größtmögliche Handlungsfreiheit zu bewahren. Der verbale Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen bringt kaum einen echten Vorteil an Sicherheit, enthält aber andererseits durchaus ernstzunehmende Nachteile: Er würde nicht nur die Ausweitung des nuklearen Schutzes auf nicht-nuklearerüstete Verbündete politisch sehr erschweren und das Privileg des Nuklearwaffenbesitzes international aufwerten. Er würde auch die Funktion von Nuklearwaffen als Rückversicherung internationaler Friedensordnungen weitgehend außer Kraft setzen. Zurück bliebe die Nuklearwaffe als Attribut der Macht, das den Besitzer vor den schwersten Konsequenzen konventioneller militärischer Niederlagen schützt und ihm dadurch größere Handlungsfreiheit in internationalen Krisen verschafft. Nicht um den verbalen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen geht es, sondern um den glaubwürdigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Waffen überhaupt. Das hat der NATO-Gipfel ausdrücklich unterstrichen: „Wir werden niemals und unter keinen Umständen als erste Gewalt anwenden“.

Auch in einer künftigen europäischen Ordnung, die auf Kooperation statt Konfrontation aufbaut, wird die Sowjetunion eine Groß- und Nuklearmacht bleiben, deren Schatten nach wie vor über Europa fällt. Die Nicht-Nuklearmacht Deutschland wird daher weiterhin, wie andere europäische Staaten auch, externen Schutz gegen die Möglichkeit nuklearer Drohung und Erpressung in Anspruch nehmen müssen. Wichtigste Schutzmacht sind und bleiben für die vorhersehbare Zukunft die USA, deren nuklearer Schirm für die Sicherheit Deutschlands und das Gleichgewicht in Europa unverzichtbar ist. Die Inanspruchnahme nuklearen Schutzes ist verbunden mit der Bereitschaft zu Risikoteilung und Mitverantwortung und damit natürlich auch mit dem Interesse an Mitwirkung und Mitgestaltung.

Die Strukturen der NATO-Nuklearstreitkräfte in und für Europa werden sich verändern. Die NATO hat allein in den letzten zehn Jahren einseitig etwa 50 Prozent ihres Gefechtskopfbestandes reduziert. Falls die beabsichtigten Rüstungskontrollverhandlungen erfolgreich verlaufen, werden Waffenarten und Gefechtsköpfe weiter drastisch verringert werden. Davon wird insbesondere die Bundesrepublik Deutschland profitieren, auf deren Territorium bislang ein beträchtlicher Teil der europabezogenen NATO-Nuklearwaffen lagert. Dies ist die eine Seite der Medaille; die andere enthält die Forderung, rechtzeitig darüber nachzudenken, was wir tun müssen, um den nuklearen Schirm auch unter veränderten politischen und strategischen Bedingungen zu erhalten.

Bislang beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an den Nuklearstreitkräften der NATO und damit am nuklearen Risiko, indem sie Stationierungsmöglichkeiten und — in geringem Umfang — Trägermittel zur Verfügung stellt. Sie hat einen beachtlichen Einfluß auf die Entwicklung der Konzeption und kann damit ihre Interessen in einem Maße wahren, wie es ohne diese spezielle Art der nuklearen Kooperation nicht möglich wäre. Dies gilt es zu bedenken, wenn wir in Zukunft über unsere Form der Mitwirkung an der nuklearstrategischen Absicherung nachdenken. Nukleare Sicherheit zum Nulltarif wird es nicht geben.

Bei allen Veränderungen wird es aber bei den bisherigen Grundsätzen bleiben:

Erstens: Wir halten fest an der ausschließlichen Ausrichtung unserer militärischen Planungen auf die Verteidigung.

Zweitens: Das Ziel jeder militärischen Operation ist lediglich die Wiederherstellung des territorialen Status quo ante.

Drittens: Die Verteidigung dient dem umfassenden Schutz des eigenen nationalen bzw. Bündnis-Territoriums und muß daher so grenznah wie möglich aufgenommen werden.

Unter diesen Grundsätzen sind die deutsche Einheit und die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO sowohl für unsere westlichen Partner als auch für unsere östlichen Nachbarn und die Sowjetunion akzeptabel. Die Position der Bundesrepublik Deutschland ist klar: Ein vereintes Deutschland wird Mitglied der NATO bleiben und auch weiterhin an der militärischen Integration der Allianz teilnehmen. Eine deutliche Reduzierung der Stärke gesamtdeutscher Streitkräfte auf 370000 Soldaten muß allerdings im Rahmen des gesamteuropäischen Abrüstungsprozesses mit entsprechenden Verpflichtungen für die anderen Staaten in Ost und West verbunden werden. Diese Obergrenze gesamtdeutscher Streitkräfte wird bereits bei Abschluß des ersten Wiener Abrüstungsabkommens verbindlich erklärt werden. Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung bekanntlich für eine enge wirtschaftliche Kooperation zwischen der EG und den Staaten des Ostens sowie für eine weitgehende Lockerung der CoCom-Liste ein.

Auf diese Weise wird den legitimen Sicherheitsbedürfnissen und den Kooperationswünschen unserer östlichen Nachbarn und der Sowjetunion Rechnung getragen. Unserer Politik geht es nicht um die Ausnutzung der politischen Veränderungen in Europa zu militärischen Vorteilen oder um die Veränderung bestehender Grenzen, sondern um die Vergrößerung der Räume, in denen sich freiheitlich leben läßt.

Die Schutzverpflichtung der NATO im Falle eines Angriffs wird sich, so wurde es zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Gorbatschow vereinbart, auf das gesamte Territorium Deutschlands erstrecken. Ein neutralisiertes oder demilitarisiertes Deutschland lehnt die Bundesregierung ab. Auch Bereiche unterschiedlicher Sicherheit wird es in einem wiedervereinigten Deutschland nicht geben. Dies ist im übrigen erfreulicherweise auch die Position der DDR-Regierung.

Die langjährige Unterstützung unserer westlichen Bündnispartner für die Deutsche Einheit, die sich — wie wir heute wissen — nicht in bloßen Lippenbekenntnissen erschöpfte, hat die Wiedervereinigung erst möglich gemacht. Diese Unterstützung war keine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger enger, vertrauensvoller und verlässlicher Zusammenarbeit in der Atlantischen Allianz. Dies wird leider heutzutage allzu häufig vergessen und verdient deshalb, in Erinnerung gerufen zu werden.

Es wäre unaufrichtig, unseren Bürgern eine ideale oder konfliktfreie Welt von morgen zu versprechen. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit erhalten sich nicht von selbst, sondern müssen ständig neu gestaltet und behauptet werden. Dies zeigen die gewalttätigen Konflikte auf unserem Kontinent und die vielen Kriege außerhalb Europas. Deshalb kann auch eine neue europäische Friedensordnung kein Machtvakuum sein. Sie verlangt vielmehr eine realistische Politik der Selbstbehauptung und der Partnerschaft, der Interessenwahrung und der Dialogbereitschaft — also eine Gleichgewichtspolitik im guten, ich möchte sagen, klassischen Sinne.

Nach den schweren und wechselhaften Erfahrungen unseres Volkes in den letzten hundert Jahren ist es das berechtigte Bestreben unserer Bevölkerung, ihre Zukunft in Frieden und Freiheit zu gestalten. Deshalb gibt es bei uns einen starken Grundkonsens für diese Sicherheitspolitik im Rahmen der westlichen Allianz. Das bestätigen auch die neueren demoskopischen Umfragen; sie zeigen nach wie vor die hohe Zustimmung unserer Bürger zur NATO, zur Bundeswehr und zur friedensichernden Funktion der bei uns stationierten alliierten Soldaten.

Zusammengefaßt ergeben sich für die sicherheitspolitische Begründung unserer Streitkräfte und ihre Aufgaben im Rahmen des Bündnisses drei zentrale Zusammenhänge:

Erstens: Der abschließende Erfolg des Wandels in Osteuropa ist in wichtigen Bereichen noch nicht gesichert. Stagnation und Rückschläge können wir nicht ausschließen. Daher müssen wir auch während der Zeit des Wandels die politischen Realitäten berücksichtigen. Unsere Verteidigungsfähigkeit trägt zur Stabilität zwischen Ost und West bei und sichert somit auch die Umgestaltung im Osten.

Zweitens: Die Sowjetunion ist heute zum Ausgleich bereit; durch beiderseitige, vertraglich abgesicherte Abrüstung setzt sie Kräfte frei, die für Reformen und Umgestaltung dringend gebraucht werden. Auch nach Umsetzung der ersten Rüstungskontrollergebnisse bleibt die Sowjetunion jedoch die wichtigste Größe im europäischen Gleichgewicht mit der Fähigkeit, Macht auf das Zentrum Europas zu projizieren. Wir bleiben deshalb auf ein notwendiges Maß an Verteidigungsfähigkeit angewiesen, um gegen mögliche Unwägbarkeiten der Zukunft gewappnet zu sein.

Drittens: Auf absehbare Zeit wird es selbst im Rahmen einer europäischen Friedensordnung keine überstaatliche Exekutiv-Kompetenz geben, um Verstöße gegen ein System blockübergreifender und gegenseitig vereinbarter Sicherheit zu verhindern oder zu sanktionieren. Unsere nationale, bündnisgebundene Verteidigungsfähigkeit bleibt deshalb unverzichtbar.

Unser Bundespräsident hat am 17. Oktober 1989 deutlich darauf hingewiesen: „Wir dürfen nicht unter dem visionären Einfluß einer erhofften Friedensordnung die unbequemen Anstrengungen unterlassen, die wir brauchen, um gewaltsame Übergriffe oder erpresserische Einflüsse heute und morgen zu verhindern.“

Diesem Ziel dient unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO auch in den kommenden Jahren — hoffentlich mit ebenso großem Erfolg wie in der Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Hilfe für die Menschen im Lager Dbayeh (Libanon)

P. Joseph Mouannes

Mit meinem Schreiben möchte ich Ihnen Genaues über das Lager Dbayeh erklären.

Als ich zum ersten Mal ins Lager Dbayeh kam, habe ich unerträgliches humanitäres Elend gefunden. Das war ein beschämendes Zusehen. Kein Strom, kein Wasser, keine Schule, keine Lebensmittel, keine sanitären Einrichtungen, die Leute lebten in Trümmern.

Nachdem ich das Elend im Lager Dbayeh gesehen hatte, habe ich auf meine Stelle an der Universität verzichtet und bin zu den Menschen dort gezogen.

Dbayeh hat 500 Flüchtlingsfamilien und jede Familie hat zwischen 7 und 11 Kinder. 313 Familien Libanesen (Christen und Moslems), die aus 86 libanesischen Dörfern geflüchtet sind, und 167 Palästinenser, die aus 24 palästinensischen Familien stammen.

Die Familienversorger, meistens die Väter, sind normale Arbeiter, die ihren ganzen Besitz verloren haben. Diese 500 Familien haben sich in diesem armen, kleinen Lager versammelt.

Probleme gibt es dort genug: Wasser, Strom, Wohnungsnot, Kleidung, Lebensmittel, sanitäre Einrichtungen, Gewalt, Prostitution usw. In dieser Umgebung leben 500 Kinder ohne Ausbildung, ohne Bücher, ohne Transportmöglichkeiten, die eine große, wichtige Rolle für ihre Zukunft spielen. Wenn die Kinder nicht in die Schulen transportiert werden können, werden sie Geiseln der Gewalt.

Der Libanon ist seit 14 Jahren Opfer eines Krieges, der das Land und die Menschen zerstört hat, und er wird die Zukunft des Libanon zerstören, die Zukunft der Kirche, der Familie, der Kinder.

Mein einziger Wunsch ist, Hilfe für die Kinder, damit sie eine Ausbildung bekommen. Sie müssen in die Schulen, und die Schulbücher, der Transport und die Schulgebühren müssen bezahlt werden. Das Schulgeld für ein Kind je Schuljahr beträgt zwischen 80000,— und 120000,— LL (libanesisches Pfund). Die Transportkosten machen 70000,— und die Schulbücher 30000,— LL aus (1 \$ gleich 500 LL). Und das bei einem Monatseinkommen für einen Arbeiter von nur 40000 LL (\$ 80). Der Familienhauptversorger kann seine Familie kaum ernähren, damit gibt es keine Ausbildung.

In dieser Umgebung lebe ich auch und bin deshalb dafür verantwortlich. Alles, was ich tun kann, ist zu Gott beten. Beten, daß ich die Zukunft noch retten kann, beten, daß ich diese Kinder erziehen kann, beten, daß ich eine neue Generation aufbauen kann. Eine Generation weit weg von Gewalt, aufgebaut auf einer richtigen moralischen Erziehung.

Deshalb komme ich heute zu Ihnen und appelliere an Sie, uns zu helfen, wie Sie schon im Libanon und woanders helfen, um solche Probleme irgendwie zu lösen.

Wir müssen 200 Kindern helfen, in die Schule zu gehen. Ich werde keine Summe nennen, bitte entscheiden Sie sich selbst.

Ich möchte dazu noch etwas sagen: In diesem Lager leben auch alte, verheiratete Priester mit ihren Kindern. Beispiele sind Vater Jabbour aus dem Chouf-Gebirge mit seinen 4 Kindern, Vater Maroun Khoury mit seinen 8 Kindern und der kranke Vater Michael. Für sie wäre ein Messesstipendium eine große, wichtige Hilfe.

Anbei beigefügt ist die Kontonummer bei der Audi Bank in Paris — Père Tanios Mouannes (dit Joseph), 73 Avenue Champs-Élysées, 78008 Paris, Konto Nr. 000-14108-45185. Tel.: 42 25 7500.

Noch einmal möchte ich Ihnen danken, daß Sie meine Zeilen gelesen haben, vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Hilfe.

Jesus Christus sei mit Ihnen, daß wir der armen Kirche Gottes helfen. Leben wir arm mit den Armen.

Eisenbahnen sind die Lebensadern des südlichen Afrika

Karl Breyer

Die Beziehungen zwischen der Republik Südafrika und den Nachbarstaaten im Süden des Kontinents wurden über Jahre hinweg charakterisiert durch bewaffnete und politische Konflikte und militärische Konfrontationen. Nicht umsonst nennen sich die neun Mitgliedstaaten der „Southern African Development Coordination Conference (SADCC)“, zu denen heute auch Namibia gehört, gleichzeitig „Frontstaaten“. Die bestehenden und darüber hinaus noch geschaffenen Differenzen wurden immer weiter vertieft in der Hoffnung, das verhaßte Apartheidsregime dadurch zu Fall bringen zu können. Der vor zehn Jahren in Lusaka erfolgte Zusammenschluß der SADCC-Staaten hatte die „wirtschaftliche Befreiung“ des südlichen Afrikas zum Ziel, das heißt die Reduzierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Pretoria und die Förderung der Zusammenarbeit untereinander, aber keineswegs die ökonomische Koordinierung und den Zusammenschluß der Region in einer Wirtschaftsunion. In Wirklichkeit ist jedoch Südafrika der mächtige Koloß geblieben, der das wirtschaftliche Geschehen beeinflußt und nach wie vor seine Nachbarn zwingt, sich auf Pretoria auszurichten.

Zahlreiche Dementis der entsprechenden Handelsinstanzen im südlichen Afrika sowie geheime strategische Anordnungen über die Veröffentlichung von Zahlenmaterial können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Republik am Kap den Ton angibt. Nach den neuesten Informationen importieren die SADCC-Staaten jährlich Güter im Wert von zwei Milliarden US-Dollar aus Südafrika, das sind 30 Prozent aller Importe überhaupt und siebenmal mehr als der gesamte gemeinsame Handel. Südafrika wiederum führt etwa für 300 Millionen US-Dollar aus den Nachbarstaaten ein. Aus Angaben der Reservebank in Pretoria geht hervor, daß bis 1988 rund 2,2 Milliarden Rand südafrikanischen Kapitals direkt in Afrika investiert wurden. Dies entspricht 12,6 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen. Experten wissen, daß Südafrika 120 Entwicklungshilfeprojekte in West-, Zentral- und im südlichen Afrika finanziert. In Lesotho wird jetzt das große „Highland Water Project“ unter südafrikanischer Leitung angekurbelt, und in Botswana bauen südafrikanische Ingenieure das Sua Pan Soda-Asche-Projekt, wodurch der ganze Subkontinent von Importen unabhängig werden soll. Krankenhauseinrichtungen wurden nach Schwarzafrika exportiert und mehr als 2000 Patienten aus 13 afrikanischen Ländern im vorigen Jahr am Kap behandelt. Die neuesten Zahlen über den Handel zwischen der weißen Republik und Afrika werden nicht bekanntgegeben, um die entsprechenden Partner, die ja offiziell durchweg zu Befürwortern von Sanktionen gehören, nicht in Verlegenheit zu bringen. Aber man nimmt an, daß die gesamten Exporte nach Schwarzafrika sich auf rund 5,5 Milliarden Rand belaufen. 37 Prozent aller tierischen und pflanzlichen Fette und Öle werden dahin geliefert. Die schwarzen Staaten kaufen 40 Prozent ihres jeweiligen Bedarfs an Kleidung und Schuhen, 40 Prozent an Maschinen, 33 Prozent an Chemikalien und 24 Prozent an Fahrzeugen und Maschinen in Südafrika.

Die Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela und der eingeschlagene Reformkurs des Staatspräsidenten Frederik Wilhelm De Klerk eröffnen jetzt neue Handelsmöglichkeiten für den gesamten Subkontinent. Es scheint, daß Südafrikas Wirtschaftler die willkommenen Chancen in besonderem Maße erkannt haben. Zahlreiche Veröffentlichungen unterstreichen die Probleme und Möglichkeiten der derzeitigen Situation. Ein Satz neuer Briefmarken, der kürzlich herausgegeben wurde, betont die Bedeutung und Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Auffallend ist dabei die 30-Cents-Briefmarke, die eine Karte des südlichen Afrika mit dem vorhandenen Eisenbahnnetz und einem der enorm langen Güterzüge des Landes zeigt. In der Tat hat die Region das am besten funktionierende Eisenbahnsystem der Dritten Welt. Wenn man bedenkt, daß nach den Bürgerkriegen in Angola und Moçambique die Benguela-Eisenbahnlinie und die zwischen Zimbabwe und Beira wieder in Betrieb genommen werden könnten, dann verfügen die SADCC-Staaten über eine vorbildliche Infrastruktur, die von Kapstadt bis zum Kupfergürtel in Sambia und vom Atlantik bis nach Dar-es-Salaam am Indischen Ozean reicht.

An dieser Entwicklung hatte ein englischer Politiker und Staatsmann großen Anteil, der die Kolonialgeschichte des afrikanischen Kontinents entscheidend beeinflusste: Cecil John Rhodes. Er war der Mann, der zeit seines Lebens ein englisches Imperium in Afrika bauen wollte und der die Bedeutung der Eisenbahnen für die Erschließung und Beherrschung des Kontinents erkannt hatte. Er wollte nicht nur die Märkte des inneren Afrikas erobern. Sein Traum war die Verwirklichung einer Achse Kapstadt—Kairo, der Bau einer Telegrafienlinie bis zur ägyptischen Hauptstadt und die Anlage einer Eisenbahnlinie vom Kap der Guten Hoffnung bis zu den Pyramiden des Nils. Rhodes, der 1853 geboren wurde, erwarb bereits mit zwanzig Jahren sein erstes Vermögen in den Diamantminen von Kimberley. Mit 35 Jahren gründete er das Unternehmen „Gold Fields of South Africa“. Ein Jahr später erreichte er den Zusammenschluß der Diamantminen von Kimberley in der Firma „De Beers Consolidated Mines Ltd.“.

1891 wurden auf sein Drängen hin Betschuanaland (heute Botswana), Matabeleland und Mashonaland zu britischen Protektorat proklamiert. Seiner Initiative ist es zu verdanken, daß zunächst der Bau der Eisenbahnverbindung Kapstadt—Johannesburg vorangetrieben wurde. 1893 konnte die erste Eisenbahnstrecke Vryburg—Mafeking — im heutigen Bophuthatswana — eröffnet werden. 1897 erreichte die Eisenbahnverbindung die Stadt Bulawayo im damaligen Rhodesien. Der 1899 begonnene Burenkrieg machte seinem Wirken praktisch ein Ende. Er hatte enorme Summen investiert, um seinen imperialistischen Traum zu realisieren. Bei seinem Tod am 26. März 1902 hinterließ er zusätzlich ein Vermögen von etwa 6,5 Millionen Englischen Pfund. Sein Ziel hatte er nicht erreicht.

Abgesehen von dieser enormen Geldsumme, die noch heute zu einem großen Teil für die Förderung von Studenten aus Ländern des britischen Commonwealth verwendet wird, hatte Rhodes dem südlichen Afrika eine Infrastruktur des Eisenbahnnetzes hinterlassen, dessen wirtschaftliche Bedeutung erst erkannt wurde, als die bürgerkriegsähnlichen Wirren der letzten dreißig Jahre seine volle Auslastung im südlichen Afrika verhinderten.

Hinzu kommt, daß andere Staaten die ökonomische Lebensader des Kontinents durch den Bau eigener Eisenbahnstrecken erweitert oder verbessert haben.

Am 24. Oktober 1975 wurde die mit Hilfe von Zehntausenden chinesischer „Blauer Ameisen“ erbaute, rund 2000 km lange Eisenbahnverbindung zwischen Dar-es-Salaam und dem Kupfergürtel Sambias eröffnet. Im zweiten Betriebsjahr konnten insgesamt 1,27 Millionen Tonnen Güter transportiert werden. Mit dem Kauf von Krupp-Lokomotiven, die die Bundesrepublik finanzierte, sowie Güterwaggons aus Südafrika konnte die Nutzung der Strecke jetzt auf fünf Millionen Jahrestonnen gesteigert werden. Die für Angola lebenswichtige Eisenbahnlinie nach Benguela soll in absehbarer Zeit wieder in Stand gesetzt werden. Sie wurde seit 1974 wiederholt durch Aktionen der UNITA-Guerillas unterbrochen. Damals wurden 432000 Tonnen Kupfer aus Sambia und 500000 aus Zaire zum Atlantik befördert. Seitdem ging der Eisenbahngüterverkehr um mehr als 90 Prozent zurück. Eine friedliche Lösung des Bürgerkriegs mit Dr. Jonas Savimbi würde sicher von den beiden Staaten begrüßt werden.

Zentrale und Knotenpunkt der Entwicklung bleibt jedoch Südafrika, das durch den Weitblick eines Cecil Rhodes über das beste Eisenbahnnetz des Subkontinents verfügt, auch wenn die Triebfeder die Errichtung eines britischen Imperiums war. Die Eisenbahngesellschaft, die erst kürzlich in „Transnet“ umbenannt wurde, hat jetzt gleich vier Rekorde im Gütertransport aufgestellt. Ein Zug, der Eisenerz aus dem Landesinnern zum Atlantikhafen Saldanha transportierte, zählte bei einer Länge von 7,3 km Länge 470 Waggons. Er beförderte 71765 Tonnen Erz über 861 km mit der höchsten bis jetzt gemessenen Durchschnittsgeschwindigkeit. Lebenswichtige Gütertransporte in den Nachbarstaaten sind nur möglich durch den Einsatz südafrikanischer Lokomotiven und Güterzüge, die Pretoria sowohl Zimbabwe wie auch Zaire, Sambia und Moçambique zur Verfügung gestellt hat. Zimbabwe braucht für die Abwicklung seiner Gütertransporte mindestens 158 Lokomotiven, hat aber nur noch deren 110, die zusätzlich veraltet und verschlissen sind. Mehr als die Hälfte aller Lokomotiven in Zimbabwe stammen aus den Beständen, die Südafrika zur Verfügung stellte. Dennoch liegen an den Grenzübergängen etwa 139000 Tonnen Güter, weil die Transportmittel fehlen. Harare braucht etwa 500 Millionen Dollar für neue Fahrzeuge und Ersatzteile. Vielfach hilft Südafrika mit Lokomotiven und Transportmaterial aus. Von 1986 bis 1987 wurden 77 Prozent der importierten Waren und 64 Prozent aller Ausfuhren Zimbabwes mit südafrikanischen Eisenbahnen transportiert.

In Sambia, wo Kenneth Kaunda als einer der großen Widersacher der weißregierten Republik am Kap regiert, sind das Eisenbahnnetz und das rollende Material veraltet, daß man dort bereits von „Selbstmordunternehmen“ spricht und weiß, daß die notwendigen Transporte nur mit Hilfe der Südafrikaner durchgeführt werden können. Zwischen 1984 und 1985 kaufte Sambia fast 350000 Tonnen Güter — hauptsächlich Maschinen und Lebensmittel — in Südafrika. Rund 3600 Güterwaggons aus dem Apartheidsstaat rollen fast ununterbrochen außerhalb Südafrikas. Sie werden von Pretoria ausgeliehen, um den Gütertransport im Kupfergürtel und nach Zaire aufrechtzuerhalten. Auch Zaire befördert 57

Prozent seiner Einfuhren über südafrikanische Häfen und Eisenbahnen. 45 Prozent der Kupferproduktion, 65 Prozent der Bleiförderung und 40 Prozent der Kobaltherstellung in der rohstoffreichen Provinz Shaba (früher Katanga) werden mit südafrikanischen Eisenbahnzügen transportiert. Der Traum von Cecil Rhodes hat sich nicht verwirklicht. Die Eisenbahnverbindung mit dem damals britischen, fast 8000 km entfernten Kairo wurde nicht gebaut. Offiziell leugnet man heute in den Hauptstädten vieler Länder Afrikas - mit Ausnahme von Zaire und einigen anderen Staaten — die Handelsbeziehungen mit der ungeliebten Republik am Kap. Aber parallel zu dem Schienenstrang der Eisenbahnlinie durch Lusaka verläuft heute die bekannteste Durchfahrtsstraße in Sambias Hauptstadt, die Cairo-Road. Die Auslagen der dortigen Geschäfte sind — wenn auch nur sporadisch aufgrund des Devisenmangels — gefüllt mit Gütern, die mit der Eisenbahn aus Südafrika herantransportiert werden: Kühlschränke, Weine, Konserven und Seifenpulver. Sie wirken fast wie ein Symbol dafür, daß sich die Ideen des englischen Imperialisten von einer wirtschaftlichen Integration doch noch verwirklichen könnten. Die Luxuswaren und Konsumgüter bestätigen indirekt die Worte des Ex-Präsidenten Tansanias, der sagte: „Auch wenn die Apartheid morgen beendet wird, bleibt die Notwendigkeit bestehen, miteinander zu kooperieren, die Transportsysteme zu koordinieren, Maul- und Klauenseuche zu bekämpfen, die industrielle Entwicklung zu rationalisieren und gemeinsam den Hunger zu bekämpfen...“

Aus GKS und PGR

„Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“

Ekkehard Richter

Vortrag vor der Laienkonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II am 7. April 1990

1. Forderung aus „Gaudium et Spes“ an den Soldaten

Wenn man die Kriege der Geschichte, insbesondere die kriegerischen Auseinandersetzungen dieses Jahrhunderts betrachtet, so melden sich Zweifel an, ob die Feststellung: „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ ohne jeden Zusatz akzeptabel ist. Es kommen einem Vorstellungen und Erinnerungen in den Sinn, die ein zwiespältiges Bild ergeben. Einerseits der britische Soldat, der die Häftlinge im KZ Bergen-Belsen befreite, und der junge Rekrut der Bundeswehr, der gelobt, Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, und andererseits deutsche Soldaten, die auf Grund verbrecherischer Politik in die Nachbarstaaten im Westen und Osten einfallen mußten und Soldaten, die zur Zeit in Asien, Afrika und Amerika die Machtpolitik von Kleinstaat und Weltmächten mit kriegerischen Mitteln durchsetzen.

Reicht es daher aus, hinter dem Jahresthema der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) für das Jahr 1990 nur einen schlichten Punkt zu setzen?

Und eine zweite Frage schließt sich an. Wenn das anspruchsvolle Jahresthema der GKS auf den Dienst an den Völkern zielt, wie ist es dann im Alltag des Bw-Soldaten umzusetzen? Daher will ich im Vortrag zunächst die Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ (GS) erläutern, danach die Legitimation des Soldaten der Bw im Lichte der GS bewerten und abschließend die Umsetzung der Forderungen für den Alltag des Soldaten betrachten.

Die GKS hat das Jahresthema für 1990 aus der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ (GS 79) aus dem Jahr 1965 entnommen. Daher ist es für das Verständnis wichtig, daß die gesamte Aussage zum Soldaten im GS 79 betrachtet wird. Sie lautet:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte und verhalte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

In diesem Zitat wird deutlich, daß auch die gekürzte Aussage als Aufforderung und als Zielvorgabe verstanden werden muß. Noch deutlicher wird dies, wenn man das fünfte Kapitel, in dem GS 79 enthalten ist, liest, das die Überschrift „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft — Von der Vermeidung des Krieges —“ trägt. Darin sind folgende Kernaussagen enthalten:

- (1) Das Konzil will den wahren und hohen Begriff des Friedens klarlegen, die Unmenschlichkeit des Krieges verurteilen und zur Schaffung eines Friedens in Gerechtigkeit und Liebe aufrufen; der irdische Frieden ist Abbild des göttlichen Friedens.
- (2) Der Frieden ist eine immer neu zu erfüllende Aufgabe, da er durch die Natur des Menschen (Sündhaftigkeit) gefährdet ist.
- (3) Voraussetzungen für den Frieden sind die Achtung der Menschenwürde und tätige Brüderlichkeit.
- (4) Es ist notwendig, den Frieden zu erbitten und ihn aufzubauen; aber auch jenen, die auf Gewaltanwendung zur Wahrung ihrer Rechte in Freiheit verzichten, dürfen wir unsere Anerkennung nicht versagen.
- (5) Kriege setzen auch heute noch ihre Verwüstungen in Teilen der Erde fort.
- (6) Die Prinzipien des Völkerrechts verurteilen Krieg und Gewaltanwendungen als Verbrechen; diese internationalen Konventionen müssen eingehalten werden.
- (7) Da aber Kriege nicht aus der Welt geschafft werden können, sind die Regierenden zum Schutz des Staates verpflichtet und haben das Recht und die Pflicht zur Verteidigung der Bürger.
- (8) Die rechtmäßige Verteidigung legitimiert aber nicht jedes Kampfmittel und nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch des Kriegspotentials. (Suffizienzprinzip)

(9) Jede Kriegshandlung, die auf die unterschiedslos abgestellte Vernichtung von Städten und Gebieten abgestellt ist, ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen. (Diskriminationsprinzip)

(10) Der Soldat kann sich als *Diener des Vaterlandes* sehen und soll für die Sicherheit und Freiheit *der Völker eintreten*. (Proportionalitätsprinzip, Vermeidung des größeren Übels).

(11) Viele halten die Abschreckung für das wirksamste Mittel zur Verhütung von Kriegen, aber der Rüstungswettlauf ist kein sicherer Weg zum Frieden, er ist eine Wunde der Menschheit und schädigt die Armen unerträglich.

(12) Internationale Gremien sollen Wege finden, um die Sicherheit zu verbessern, den Rüstungswettlauf zu beenden und Übereinkünfte zur Ächtung des Krieges erzielen.

(13) Es soll mit einer vertraglich festgelegten Abrüstung begonnen werden und eine neue Friedensgesinnung geweckt werden, um Gefühle der Feindschaft, Verachtung, Mißtrauen, Rassenhaß und ideologische Verhärtung des Menschen zu beseitigen.

Diese Aussagen des Kapitels machen deutlich, mit welchem Ziel, in welche Richtung, aber auch mit welchem Realitätssinn die Kirche die Verantwortlichen dieser Welt auffordert, Frieden anzustreben. GS setzt damit auch die Bedingungen fest, die aus katholischer Sicht erforderlich sind, um den Dienst des Soldaten zu legitimieren.

Abschließen möchte ich diesen Teil des Vortrages über die GS mit den Ausführungen von Prof. Nagel über „Prinzipien und Kriterien einer Politik der Friedenssicherung“.

Er formuliert, „das Verteidigungsrecht hat dort seine Grenzen, wo Verteidigung nicht mehr der Liebe untergeordnet ist, sondern sich verselbständigen würde“. Diese Grenzen drückt das II. Vatikanische Konzil in 3 Prinzipien aus:

- Das „*Suffizienzprinzip*“ beinhaltet, daß nur soviel Gewalt erlaubt ist, wie zur Vermeidung eines größeren Übels unbedingt erforderlich ist. Die Bischöfe der Bundesrepublik wenden dieses Prinzip auf die heutige Situation an und schreiben: „Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind.“
- Das „*Diskriminationsprinzip*“ gebietet, zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu unterscheiden. Gewalt ist nur gegen jene erlaubt, von denen Gewalt ausgeht. Zivilisten dürfen in einem Krieg nicht direkt intendiertes Ziel von Gewaltanwendung sein.
- Ein drittes Prinzip hat für die Grenzen der erlaubten Verteidigung fundamentale Bedeutung, das Prinzip der „*Proportionalität*“. Generell kann man dieses Prinzip so formulieren: Zwischen den Übeln, die in Ausübung der Verteidigung zu erwarten sind, und den Übeln, vor welchen die Verteidigung schützen soll, muß eine rechtfertigende Proportion bestehen.

Von diesen Prinzipien geht die kirchliche Friedenslehre aus, wenn sie sich mit der Problematik der Friedenssicherung befaßt. Sie geht dabei mit ihren Aussagen soweit, wie sie von diesen Prinzipien her eindeutig begründbar sind.

Diese Aussagen zur Ächtung des Krieges, zur Friedensgestaltung, sollten Richtschnur und Prüfstein für den Dienst des katholischen Soldaten sein. Da diese Forderungen und Prinzipien für die Friedensgestaltung und Ächtung des Krieges grundsätzlich mit dem Völkerrecht übereinstimmen, können sie auch als ethische Forderungen an jeden Soldaten der Bundeswehr angesehen werden.

Daher haben wir uns zu fragen, ob die *rechtlichen Bestimmungen* für den Dienst des Soldaten in der Bundesrepublik so festgelegt sind und ob die *politischen Ziele* der NATO so definiert sind, daß der katholische Soldat ohne Gewissensnot in der Bundeswehr dienen kann.

2. Rechtliche und politische Grundlagen aus Verfassung und NATO für den Dienst des Soldaten der Bundeswehr

Welches sind nun die *rechtlichen Grundlagen*, die den Soldaten der Bundeswehr legitimieren?

Lassen Sie mich diese thesenhaft darstellen:

Grundgesetz und Soldatengesetz geben den verbindlichen Rahmen für die Streitkräfte und deren Führung vor.

Diese Grundrechte, die von der unantastbaren Menschenwürde ausgehen, sind für jeden Staatsbürger bindend und dürfen in ihrem Wesensgehalt nicht verändert werden.

Diese Grundrechte sind einzuhalten und zu schützen, um das Wohl nicht nur des einzelnen, sondern der Allgemeinheit zu sichern. Der Artikel 2 legt dazu fest, daß das Recht auf freie Entfaltung dort seine Grenzen hat, wo die Rechte des anderen verletzt werden. Diese Bindung der Grundrechte an den einzelnen *und* an die Gemeinschaft wird am Recht auf Eigentum und am Gebot zu Wehr- und Dienstpflicht besonders deutlich.

Das Eigentum des einzelnen wird durch den Staat garantiert, sein Gebrauch soll aber zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Erst durch die Verknüpfung von Rechten des einzelnen mit den sich dadurch ergebenden Pflichten gegenüber der Allgemeinheit läßt sich Demokratie verwirklichen.

Weil Demokratie, Recht und Freiheit verletzliche Güter sind, hat der Staat die Schutzpflicht zur Verteidigung dieser Güter durch Streitkräfte und Polizei gegen Übergriffe von außen und innen. Um diese Schutzpflicht nach außen erfüllen zu können, stellt der Staat Streitkräfte zu seiner Verteidigung gemäß Art. 87 GG auf und verpflichtet die jungen Männer des Landes grundsätzlich zum Dienst in der Bundeswehr, die Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen wird als Ausnahmerecht eingeräumt. Achten wir darauf, daß dieses Recht nicht durch egoistisches und vordergründiges Verhalten ausgehöhlt wird.

Das Grundgesetz legt ausdrücklich fest, daß die Bundeswehr eine ausschließlich defensive Aufgabe hat und führt in Artikel 26 (1) aus:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Darüber hinaus sind alle Normen des Völkerrechts, die Krieg und Frieden betreffen, Grundlagen unserer Rechtsordnung. Grundgesetz und Soldatengesetz bauen darauf auf und setzen sie um.

Im Soldatengesetz wird die Hauptaufgabe des Staatsbürgers in Uniform durch die Grundpflicht des Soldaten in § 7 festgelegt, er verlangt das treue Dienen der Bundesrepublik zum Schutz für Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer unter Einsatz des eigenen Lebens. Die Grundpflicht definiert damit die Besonderheit des Soldaten — denn von keinem anderen Staatsbürger wird der Einsatz des eigenen Lebens auf diese Weise verlangt. Darin liegt das Berufsethos der Soldaten begründet.

Zur Erfüllung seines Auftrages unterliegt der Soldat der Gehorsampflicht. Diese ist aber keine, die zum unbedingten Gehorsam verpflichtet, sondern nur zu einem ethisch und völkerrechtlich begründeten. So schränkt der § 11 ein, daß ein Soldat einen Befehl, der die Menschenwürde verletzt, nicht zu befolgen braucht und daß er Befehle nicht befolgen darf, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.

Da die übrigen Pflichten und Rechte des Soldaten — Kameradschaft, Wahrheitspflicht, Verschwiegenheit usw. — keine zusätzliche Bedeutung für die Legitimation haben, gehe ich auf sie nicht weiter ein.

Besonders beachtet werden sollte jedoch, daß der Vorgesetzte durch weitere Pflichten gebunden ist. Das SG verlangt von ihm, ein Beispiel zu geben in Haltung und Pflichterfüllung und trägt dem Vorgesetzten zusätzliche Aufgaben in Dienstaufsicht und Disziplin, Sorge für den Untergebenen, der Erteilung rechtmäßiger Befehle, Verantwortung und Durchsetzung von Befehlen, Zurückhaltung und Vertrauen auf.

Aus den Bestimmungen unseres Grundgesetzes und des Soldatengesetzes wird deutlich, daß sich unsere Rechtsnormen in Übereinstimmung mit den Forderungen der GS befinden.

Wie sehen nun die politischen Ziele und Schritte zur Friedensgestaltung aus, die unser Staat und das NATO-Bündnis bereits getan hat und die für die Zukunft vorgesehen sind? Dazu zunächst ein kurzer Rückblick.

1949 wurde im Nordatlantikvertrag ein politisches Bündnis freier Staaten beschlossen, das Angriffe gegen jeden Verbündeten verhindern soll und ausschließlich auf gemeinsame Verteidigung ausgerichtet ist.

Schon im Dezember 1967 (2 Jahre nach „Gaudium et Spes“) wurden im sogenannten Harmel-Bericht die künftigen Aufgaben des Bündnisses festgelegt. Es verpflichtete sich, bei gesicherter Verteidigungsfähigkeit eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West zu verfolgen. Diese Doppelfunktion des Bündnisses sollte zu einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa führen.

Bereits im Juni 1968 forderte die Ministerratstagung in Reykjavik die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten auf, eine gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung zu prüfen und „sich an der Suche nach Fortschritten auf dem Weg zum Frieden zu beteiligen“. Diese historische Erklärung wurde als „Signal von Reykjavik“ bekannt.

Es folgten konkrete Schritte zur Spannungsminderung, so 1972 das erste SALT-Abkommen, 1973 Beginn der Verhandlungen über MBFR in Wien, 1975 Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki, 1979 der SALT II-Vertrag, der aber wegen des Angriffs der UdSSR in Afghanistan nicht ratifiziert wurde, der NATO-Beschluß von Montebello im Jahr 1983, der zur erheblichen Reduzierung nuklearer Sprengköpfe führte; 1986 der Abschluß der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (KVAE); das Abkommen zur Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen 1987 und letztlich die seit 1989 begonnenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa mit dem Ziel, mehr Stabilität und Sicherheit mit weniger Waffen zu erreichen.

Das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung der NATO vom Mai 1989 legt Ziele und Richtung fest, um im Entspannungsprozeß weiter voranzukommen. Dort heißt es: „Oberstes Ziel des Bündnisses ist es, den Frieden in Freiheit zu bewahren, Krieg zu verhindern und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen.“

Und der Bericht schließt:

„Es ist die Vision der Bündnispartner, ein ungeteiltes Europa zu schaffen, in dem Streitkräfte nur der Kriegsverhinderung und der Selbstverteidigung dienen. . . , damit die Souveränität aller Staaten geachtet und die Rechte aller Menschen. . . geschützt werden.“

Damit wird auch deutlich, daß die NATO-Staaten aus Gründen der Souveränität zwar Streitkräfte benötigen, daß es aber Ziel ist, zur Friedensgestaltung und größeren Sicherheit in übergreifenden demokratischen Bündnissen mitzuwirken und für die Sicherheit aller Bündnispartner sogar auf einen Teil nationaler Souveränität zu verzichten, um durch Sicherheitsabkommen *und* Bündnisstreitkräfte die Souveränität der Bündnisstaaten besser zu garantieren.

Die Strategie der NATO, die Abschreckung auch mit nuklearen Mitteln, war und ist z. Z. unter den *gegebenen* Umständen die theoretische und praktische Grundlage unserer Sicherheitsvorsorge.

Sie entspricht noch den moralischen Forderungen der katholischen Kirche, wie die Botschaft von Johannes Paul II an die UN belegt.

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung — natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung — noch für moralisch annehmbar gehalten werden.

Die Doppelstrategie der Abschreckung und Entspannung war in den letzten Jahren der West-Ost-Beziehungen ein wesentliches Element der Friedenspolitik, um zur Beschränkung militärischer Macht und zur Stabilität der internationalen Ordnung beizutragen. Jetzt ist zu prüfen, ob und wie sie weiterentwickelt werden kann.

Wenn auch im einzelnen der Besitz und die Planung eines begrenzten und kontrollierten Einsatzes nuklearer Waffen, besonders aber die alternative Planung eines massiven Einsatzes von Nuklearwaffen in der katholischen Kirche ethisch und moralisch unterschiedlich beurteilt werden, so stimmt grundsätzlich die Strategie der Abschreckung und die Zielsetzung der Politik der Entspannung von Bundesregierung und NATO mit den Absichten von GS überein.

Die Ziele von GS greifen weiter in die Zukunft als dies in der realen Politik zur Zeit erreichbar scheint. Das ist auch notwendig, denn Visionen ziehen die Realität nach, sie prägen die aktuelle Politik und ihre Ziele.

Bei der Darstellung der Fortschritte in der Friedensgestaltung muß auf den Demokratisierungsprozeß und den damit verbundenen historischen Wandel im Osten hingewiesen werden, der vor allem durch den Präsidenten der UdSSR, M. Gorbatschow, initiiert und gestaltet wurde. Diese Entwicklung machte die entscheidenden Fortschritte im Entspannungsprozeß erst möglich. „Perestroika“ und „Glasnost“ sind keine Schlagworte, sondern Motoren der Umgestaltung des Ostens. Hoffen wird, daß diese Entwicklung weiter vorankommt und nicht bei einem „Litauen“ steckenbleibt.

Lassen Sie mich zu diesem Teil des Vortrages abschließend feststellen. Wir stehen sicher an der Schwelle umfangreicher Umgestaltungsprozesse zu einer verbesserten Friedensordnung in Europa, deren Konturen erst langsam sichtbar werden.

Wir als Soldaten der Bundeswehr können stolz darauf sein, rechtlich und ethisch legitimiert unseren Teil zur Umgestaltung beigetragen zu haben.

Wir sind aber auch aufgerufen, als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ weiter am Prozeß der Friedensgestaltung mitzuarbeiten.

3. „Innere Führung“ als Garant für Sicherheit und Freiheit

Die Aussage, daß der Soldat als Diener für Sicherheit und Freiheit der Völker stehen soll, beinhaltet aber noch eine weitere Vorgabe. Sie fordert das Bemühen des einzelnen — gerade auch des Soldaten der Bundeswehr —, die Menschenrechte zu garantieren.

Vor dem geschichtlichen Hintergrund zweier Weltkriege bedarf die Bundeswehr einer stärkeren Legitimation als andere Bündnisarmeen. Dies ist durch die Konzeption der „Inneren Führung“ deutlich gemacht worden.

„Innere Führung“ bedeutet die demokratische Einbindung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft und gleichzeitig die Garantie der Grundrechte des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“. Dieser Gehalt der „Inneren Führung“ ist soldatisches Erziehungsideal.

Mit „Innerer Führung“ ist aber nicht nur die allgemeine Einordnung von Armee und Soldat gemeint, sondern auch die Verwirklichung dieser Konzeption im täglichen Dienst.

In diesem Sinn fordert „Innere Führung“ zum aktiven Handeln auf, durchdringt den Tagesdienst, prägt die Kultur der Streitkräfte und den Umgang der Soldaten der Bw miteinander.

Als Führungsprinzip bestimmt „Innere Führung“ das Führungsverhalten der Vorgesetzten, ihre Pflicht zur beispielgebenden Auftragerfüllung und ihre Hinwendung zum Untergebenen.

Für diesen Dienst in der Menschenführung jedes einzelnen gegenüber seinen Kameraden — Untergebenen, Gleichgestellten, Vorgesetzten und zivilen Mitarbeitern — möchte ich aus meinen Erkenntnissen als BEAGenInspBw einige Anregungen geben und diese thesenartig darstellen:

(1) Informationen und Kontaktverhalten

Die Grundsätze unserer Sicherheitspolitik und die Legitimation der Streitkräfte sind in weiten Bereichen der Gesellschaft kaum bekannt.

Es kommt daher stärker darauf an, Informationen dazu anzubieten und sich als ständige Aufgabe immer wieder der Diskussion zu stellen.

Besonders müssen unsere jungen Soldaten informiert werden. Da im Elternhaus, in Schulen und Ausbildungsstellen „die Bundeswehr“ selten Gesprächs- und Unterrichtsthema ist, leiten junge Soldaten die Argumente für eine bewaffnete Verteidigung gerade in Zeiten der Entspannung aus Stunden des staatsbürgerlichen Unterrichts in der Truppe ab.

Die politische Bildung ist daher heute und sicher noch stärker in der Zukunft ein unverzichtbarer Teil der Menschenführung und Inneren Führung.

Informationen dürfen sich aber nicht nur auf diesen Bereich beschränken. Sie sollen den gesamten Bereich des Dienstes, der Ausbildungsvorhaben und der Fürsorgemaßnahmen umfassen.

Frühzeitige, schnelle und überzeugende Information durch die nächsten Vorgesetzten schaffen Vertrauen. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für Menschenführung geschaffen.

Informationen werden aber nicht nur *gegeben*, sie müssen auch *eingeholt* werden.

Der Vorgesetzte muß sich über die Interessen, Vorschläge, Probleme und Nöte seiner Soldaten informieren. Erst durch diese Informationen erhält er ein zutreffendes Bild über den einzelnen Soldaten und über die Stimmung in Einheiten und Teileinheiten.

Dadurch, daß der Vorgesetzte den Kontakt sucht, sich verständnisvoll und aufgeschlossen zeigt, gewinnt er Vertrauen und ist in der Lage, auf Vorschläge und Wünsche zum Wohle der Truppe einzugehen.

(2) Das Gespräch

Das entscheidende Mittel der Führung dazu ist das Gespräch.

Damit Gemeinschaft entstehen kann, sind Gespräche notwendig. Gespräche sind darüber hinaus entscheidend, um Soldaten zu motivieren und Spannungen im Zusammenleben auszuräumen.

Junge Soldaten wollen heute wissen, warum sie bestimmte Dienste verrichten müssen und warum in der Bundeswehr besondere Anforderungen auch im Formalen notwendig sind. Sie wollen auch im Gespräch den Vorgesetzten, seine Ansichten zum Dienst und seine Einstellungen zu Tagesfragen kennenlernen.

Neben dem informierenden, erklärenden Gespräch, oft mit größeren Gruppen von Soldaten, ist das persönliche Gespräch über die Sorge des einzelnen Soldaten wichtig. Dies gilt nicht nur für junge Soldaten, sondern auch für ältere mit Problemen der Beförderung und des Verwendungstaus sowie bei Nöten, Krankheit und Familienproblemen. Bei diesen Gesprächen stehen die persönlichen Fragen im Mittelpunkt.

Gerade in unserer Zeit erwarten Soldaten Gespräche mit Vorgesetzten. Sie stellen besonders heraus, daß als vorbildlicher Vorgesetzter der anerkannt wird, „mit dem man reden kann“. Sie erwarten in den Gesprächen Rat und Hilfe, Lob und Anerkennung, aber auch Hinweise und konstruktive Kritik.

Die Initiative zu Gesprächen muß vorrangig vom Vorgesetzten ausgehen. Er muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach Anknüpfungspunkten suchen, denn das Ansprechen des Vorgesetzten verlangt immer noch Zivilcourage.

Für die Gesprächsführung gilt, daß der Vorgesetzte durch Fragen die Soldaten zum Sprechen bringen und dann möglichst wenig selbst sagen sollte. Grundsatz muß sein: Mehr zuhören als selbst reden.

Aber Gespräche dürfen nicht „verpuffen“. Die Gesprächspartner müssen erleben, daß ihre Beiträge und Verbesserungsvorschläge ernst genommen werden und daß auf sie reagiert wird. Bemerken sie dies, stellt sich Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Führers ein.

(3) Beteiligung

Aus Gesprächen ergibt sich fast von selbst die Beteiligung der Soldaten am Dienst.

Mitwirkung im Sinne von Mitdenken, Mitreden, Mithandeln, Mitverantworten im täglichen Dienst wünschen sich Soldaten aller Dienstgradgruppen. Mitwirkung, wo sie von Vorgesetzten genutzt wird, führt zu Erfolgserlebnissen, die die Soldaten motivieren und die die Attraktivität des Dienstes verbessern. Mitwirkung regt zugleich Initiativen an.

Mitwirkung darf aber nicht nur erwartet werden, sondern die militärischen Führer haben zur Mitwirkung zu erziehen, zu ermutigen und aufzufordern. Oft müssen Vorgesetzte und Unterstellte erst noch vom Wert der Mitwirkung überzeugt werden.

Um aber Möglichkeiten der Mitwirkung zu schaffen, bedarf es der „Auftragstaktik“ und der „Delegation von Verantwortung“. Dazu sind „weite“ Aufträge aber auch Risikobereitschaft und Vertrauen erforderlich. Und dies verlangt Vorgesetzte, die auch einmal Fehler machen lassen und sich mit der zweitbesten Lösung zufriedengeben.

Gerade eine Wehrpflichtarmee und eine Armee in einem hoch entwickelten Industrie- und Bildungsland besitzt auf der Mannschaftsebene und bei den Spezialisten ein enormes Leistungspotential, das oft brachliegt und sich nicht voll auswirken kann. Aufgabe aller Vorgesetzten ist es, dieses Potential zu aktivieren, für die Auftragserfüllung zu nutzen und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit, aber auch der Dienstzufriedenheit zur Entfaltung zu bringen.

Eine von allen Soldaten geschätzte Institution zur Mitwirkung und Beteiligung ist der Vertrauensmann. Er hat sich in der Truppe bewährt und besitzt die Anerkennung seiner Kameraden. Die Vorschrift gibt einen rechtsverbindlichen Rahmen für die Beteiligung des Vertrauensmannes vor. Viele Vorgesetzte räumen ihm aber schon darüber hinausgehende Mitwirkungsmöglichkeiten ein und suchen wesentlich öfter das Gespräch mit dem Vertrauensmann als nach der Vorschrift vorgesehen.

So lassen sich durch frühzeitige Beteiligung des Vertrauensmannes Entscheidungen zweckmäßiger und umfassender vorbereiten.

Mitwirkung und Beteiligung haben aus Sicht der Soldaten aller Ebenen große Bedeutung. Sie wird sicherlich noch zunehmen. Es kommt darauf an, daß Führer diesem Wunsch möglichst weitgehend entsprechen, auch zeitgemäß führen zu können.

(4) Fürsorge

Ein wesentlicher Teil der Menschenführung ist die Fürsorge. Sie fordert militärische Führer mit Herz.

Zwar ist jeder Vorgesetzte zur Fürsorge verpflichtet, aber nur das „Erledigen“ einer Pflicht wird echter Fürsorge für die Menschen im Verantwortungsbereich eines Führers nicht gerecht.

Die Maßnahmen der Fürsorge sind vielfältig. Sie umspannen Schwierigkeiten im Tagesalltag von der Verpflegung bis zum Stubenanstrich, Fragen der Berufsförderung und der Personalführung, Wohnungsfürsorge und Notfälle im privaten Bereich und in der Familie.

Daher muß der Vorgesetzte zunächst aufgeschlossen sein, um die Probleme seiner Soldaten und zivilen Mitarbeiter zu erkennen. Er muß mitfühlend sein, um sich auch der sogenannten kleinen Sorgen anzunehmen und er muß gegenüber Vorgesetzten und der sogenannten „Administration“ Zähigkeit und Durchsetzungsvermögen besitzen, um Abhilfen zu erreichen.

Besonders in Zeiten, in denen die Streitkräfte vor große Aufgaben der Umorganisation gestellt werden, ist Fürsorge für den Soldaten und seine Familie erforderlich, Wohnungsnot und Berufstätigkeit der Ehefrau sowie Ausbildung und Schule der Kinder erzwingen dies geradezu. Wie erfolgreich und fürsorglich die Streitkräfte den Übergang in neue Strukturen meistern, besonders das Heer, wird darüber entscheiden, wie attraktiv die Bundeswehr auch weiterhin für den Nachwuchs, besonders für Führungskräfte und Spezialisten, bleibt.

(5) Schaffen von Kameradschaft und Wir-Gefühl

Menschenführung und Erziehung müssen zum Ziel haben, Teamgeist und Kameradschaft in Teileinheit und Einheit zu schaffen.

Kriegsgeschichtliche Auswertungen belegen immer wieder, daß in kritischen Lagen und im Einsatz sich der Soldat vor allem für die kleine Kampfgemeinschaft in der Einheit mit ganzer Kraft einsetzt.

Wie bedeutsam das Erlebnis der Kameradschaft für alle Soldaten ist, sprechen diese direkt oder in Befragungen an.

Kameradschaft wird zum zentralen, bestimmenden Erlebnis der Dienstzeit, dies müssen Vorgesetzte wissen und berücksichtigen.

(6) Führer als Vorbild

Gespräche mit Soldaten belegen immer wieder, daß die Menschenführung in den Einheiten maßgeblich vom Verhalten der Einheitsführer und älteren Portepeunteroffiziere geprägt wird.

Dort, wo die Führer als Vorbilder führen, wo sie an unangenehmen Diensten teilnehmen, mit Herzenswärme sich der Sorgen ihrer Soldaten annehmen, wo sie mit ihren Soldaten sprechen und ihnen zuhören, dort ist das Klima in Ordnung, dort fühlen sich Soldaten „sicher und frei“.

Soldaten sprechen häufig vor und nach dem Ausscheiden und nach Reserveübungen über die Erlebnisse in ihrer Dienstzeit. Immer wieder berichten sie besonders gern und stolz über Situationen, in denen sie zusammen mit ihren Vorgesetzten Leistungen erbracht haben. Sie berichten auch immer wieder voller Anerkennung über Vorgesetzte, die ihnen schnell und unbürokratisch bei ihren dienstlichen und privaten Sorgen geholfen haben.

Diese Forderungen für die Menschenführung ergeben sich allgemein schon aus dem Soldatengesetz. Die Besonderheit für den christlichen Soldaten ist die Überhöhung dieser Forderungen durch die christliche Lehre zur Nächstenliebe.

So ergibt sich für den christlich orientierten Soldaten, daß der Glaube den Gesetzen ihre tiefere Begründung gibt. Mangelnde Übereinstimmung von Gesetzen mit christlichen Grundsätzen war auch die Ursache dafür, daß sich christliche Staatsbürger und Soldaten in Ausnahmesituationen gegen den Staat stellten, wie dies die Frauen und Männer des 20. Juli taten. In solchen Situationen hat das Gewissen des Soldaten zu entscheiden.

Für uns katholische Soldaten der Bundeswehr ist es beruhigend zu erkennen, daß die gesetzlichen Grundlagen der Bundeswehr den ethischen Forderungen der katholischen Kirche an die Soldaten entsprechen. Wir können überzeugt sein und dies auch darstellen, daß wir Soldaten der Bundeswehr *grundsätzlich* und auch im *Alltag* einen ethisch und rechtlich legitimierten Dienst tun.

4. *Schlußbetrachtung*

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen. Wir Soldaten der Bw können uns mit Recht als „Diener für die Sicherheit und Freiheit der Menschen und der Völker“ verstehen.

Die Sicherheit und Freiheit der Völker bleibt die Basis aller Friedenspolitik. Frieden wird in Zukunft aber hoffentlich nicht mehr ausschließlich durch die militärische Komponente bestimmt. Neue Möglichkeiten und Aufgaben ergeben sich. Lassen Sie mich diese kurz anreißen:

(1) Das gigantische Wachstum der Weltbevölkerung, das die Gegensätze zwischen entwickelten und unterentwickelten Völkern verschärft und zum Hunger in der Welt führt, ist und wird die entscheidende Herausforderung der Menschheit und besonders der Industriestaaten bleiben.

(2) Der Schutz der Umwelt und des Klimas sowie das Eindämmen der schädigenden Nebenwirkungen hochtechnisierter Industrie und auf Ertragssteigerung angelegter Landwirtschaft sind die wichtigsten gemeinsamen Aufgaben der Völker.

(3) Die Weiterentwicklung der Rechtsgrundsätze zur Verhinderung von Kriegen und das Schaffen von Sanktionsmöglichkeiten der Völkerfamilie gegen Friedensbrecher, Terroristen und Drogenkriminalität ist initiativ voranzutreiben.

(4) Die Garantie der Menschenrechte des einzelnen sowie von nationalen und religiösen Minderheiten muß überall wirksam durchgesetzt werden.

Es ist eine gesellschaftliche Entwicklung zu beobachten, die den Rechten des einzelnen immer mehr Bedeutung einräumt und die gesellschaftlichen Verpflichtungen des Individuums vernachlässigt. Dies trifft besonders *die* Bereiche *des* Staates, die auf Dienen und auf den persönlichen Einsatz des einzelnen Bürgers über feste Arbeitszeiten hinaus zum Wohle der Gemeinschaft angewiesen sind.

Daher sind alle Bürger dazu aufgerufen, die Sozialverpflichtung des *einzelnen* wieder bewußter zu machen und *notwendige* Leistungen einzufordern, damit in Zukunft „alle Bürger der Sicherheit und der Freiheit der Völker dienen“, dies ist nicht allein Aufgabe des Soldaten.

(Der Verfasser, Brigadegeneral Richter, ist im Bundesministerium der Verteidigung Beauftragter für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur und als Befehlshaber im Wehrbereich Ost-Leipzig vorgesehen)

Familien-Freizeit des Apostolat Militaire International A.M.I.

Günter Thye

Die vierte internationale Familienfreizeit des AMI fand vom 5.—19. August in Rothau/La Claquette im Elsaß statt.

Diese östlichste Provinz Frankreichs ist eine Kulturlandschaft mit bedeutenden Städten, verträumten Dörfern, Weinbergen, Weizenfeldern und Tannenwäldern sowie einer eigenständigen Gastronomie.

In der Elsässer Ebene, wo Gerste, Hopfen und Tabak angepflanzt werden, zu Füßen der von Weinbergen bedeckten Ausläufer der Vogesen liegt La Claquette (Rothau) mit seiner Foyer Amitié International, einer modernen Jugendherberge, die für zehn Familien vierzehn Tage lang Domizil sein sollte.

Ausgesucht wurde diese Herberge von Major Jean Weigel von der Deutsch-Französischen Brigade in Böblingen. Außerdem erhielt jede Familie eine von ihm zusammengestellte Informationsbroschüre.

Die Teilnehmer der diesjährigen Familien-Freizeit waren aus Österreich und dem Norden der Bundesrepublik Deutschland angereist. Hinzu kam eine polnische Familie — als Geste der Nachbarschaftshilfe — auf Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und des AMI sowie ein „Ferienkind“ aus der DDR, das dort im großen internationalen Familienkreis den neunzehnten Geburtstag feiern konnte.

Bedauerlicherweise war erstmalig keine Familie des Gastgeberlandes anwesend.

Das Elsaß oder L'Alsace, wie es die Franzosen nennen, ist ein malerisches Fleckchen Erde mit liebenswürdigen — vielfach deutsch sprechenden — Bewohnern.

Sinn dieser AMI-Familienfreizeiten ist es nicht nur, sich untereinander in der Gruppe besser kennenzulernen, sondern auch gemeinsam Kultur, Sehenswürdigkeiten und Eigenheiten des Gastlandes zu entdecken.

Das Angebot hierzu war reichhaltig und abwechslungsreich wie z. B. Wanderungen durch das Bruche-Tal, Besichtigungen einer Marmeladenfabrik, Besuch bei einem Imker und der Hohkönigsburg. Letztere gehört mit zu den großen Sehenswürdigkeiten des Elsaß, erhebt sich auf einem langgestreckten Bergrücken 757 m über der Rheinebene und wurde 1147 zum ersten Mal urkundlich erwähnt. Herzog Friedrich von Schwaben, der Vater von Friedrich Barbarossa, wird als Gründer genannt.

Nach dem Untergang der Staufer verfiel die Burg und gelangte an das Bistum Straßburg.

Im Dreißigjährigen Krieg wurde die Hohkönigsburg von den Schweden nach langer Belagerung zerstört.

Ende des 19. Jahrhunderts schenkte die Stadt Selestat die Ruine Kaiser Wilhelm II., der die Anlage im Stil des 15. Jahrhunderts wieder aufbauen ließ.

Ein Gang zum Deutschen Soldatenfriedhof „De la Broque“, auf dem 1934 deutsche Soldaten aus dem 1. Weltkrieg beigesetzt sind, und eine Besichtigung des von der deutschen Besatzungsmacht in den letzten Kriegsjahren errichteten Vernichtungslagers „Le Struthof“, ließ uns nachdenklich werden, zumal uns gerade in diesen Tagen die Rundfunkmeldungen mit immer neuen Informationen über die Krise im Golf in Unruhe versetzten.

Das Erlernen von elsässischen Tänzen, Spielen und Liedern sowie Grillabende und ein Back-Lehrgang für einheimische Kuchen unter sachkundiger Leitung der Herbergsmutter boten Gelegenheit für fast jeden, seine besonderen Fähigkeiten zu demonstrieren.

Ein Besuch auf dem „heiligen Berg“ des Elsaß, dem Odilienberg, ist für Touristen wie für Einheimische schon fast eine Pflicht.

Hier liegt die Begräbnisstätte der Schutzpatronin des Landes, der heiligen Odilie, zu der am 13. Dezember alljährlich eine große Wallfahrt stattfindet.

Die Legende berichtet folgendes:

Im 7. Jahrhundert wurde Herzog Attich (Eticho) anstatt des erwünschten Sohnes eine blinde Tochter geboren, die er zu töten befahl. Die Mutter Bereswinde ließ das Kind jedoch heimlich in das burgundische Kloster Beaume-Les-Dames bringen und dort erziehen. Nachdem das Mädchen bei der Taufe auf wunderbare Weise sehend geworden war, wurde es von Mutter und Bruder heimgeholt.

Der Vater verzieh den Betrug jedoch nicht und tötete seinen Sohn.

Aus Reue über die jähzornige Tat nahm er die Tochter schließlich auf und wollte sie mit einem Fürsten verheiraten; sie widersetzte sich, da sie ihr Leben Gott geweiht hatte.

Attich schenkte daraufhin Odilia die Hohenburg, wo sie ihr Kloster stiftete. Nach dem Tod Odilias (um 720) wurde Kloster Hohenburg, wo sie und ihr Vater beigesetzt wurden, in kurzer Zeit zu einem bekannten Wallfahrtsort.

Straßburg und Elsaß gehören zusammen.

Die Hauptstadt dieser Region mit ihren etwa 400000 Einwohnern lud uns zu einem Tagesausflug ein.

Sie ist Sitz des Europarates, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und Tagungsort des Europa-Parlaments, Drehscheibe des internationalen Handels.

Unser Bummel durch das ehemalige Gerberviertel „La petite France“ versetzte uns zurück in das traditionelle Elsaß.

Straßburg besitzt ein sehr aktives kulturelles Leben und viele bemerkenswerte Sehenswürdigkeiten.

Das Münster beispielsweise wurde in fast vier Jahrhunderten errichtet. 1439 fertiggestellt, erreicht es die beachtliche Höhe von 142 m und ist somit die höchste Kathedrale Frankreichs.

Neben dem Münster ist sicher eine Attraktion eine Fahrt auf der Ill rund um die Altstadt, für uns ein krönender Abschluß dieses ereignisreichen Tages.

Gemeinsame Erlebnisse, angefangen beim Gottesdienst bis zu unseren Wanderungen und geselligen Abenden, ließen die Teilnehmer einander näher kommen.

Das problemlose Miteinander trug wesentlich zum Gelingen dieser Familien-Freizeit bei.

Wenn während der AMI-Konferenz in Wien im Herbst der Ort für die nächste AMI-Familien-Freizeit 91 bekanntgegeben wird — wahrscheinlich in Südtirol — so bleibt zu hoffen, daß nicht nur viele Interessenten aus der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen werden, sondern auch aus anderen Nationen.

Dieser Aufruf geht an alle interessierten Soldaten und Familien aller Dienstgrade.

Anfragen sind bitte an die Geschäftsführung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu richten.

Ein Urlaub mit Soldatenfamilien

Karla Schubbert

Meine Flensburger Verwandten Günter und Hiltrud Thye sah ich das erste Mal nach der Öffnung der DDR-Grenze im November 1989. Sie erzählten von einem internationalen Treffen von Soldatenfamilien, und sie luden mich dazu ein. Somit fuhr ich in diesem Sommer nach Frankreich in den Urlaub.

Meinen Hoffnungen entsprechend war die gesamte Reisegruppe ebenso lustig wie Familie Thye. Am ersten Abend machten wir uns bekannt und stellten fest, daß fünf Länder vertreten waren: BR Deutschland, Österreich, Polen, Frankreich und die damalige DDR. Neu war für uns alle, daß man den Kaffee am nächsten Morgen aus Schalen trank, daß vor jeder Mahlzeit Weißbrot und nach jeder Mahlzeit Käse gereicht wurde.

Während einige sehr viel durch das wunderschöne Elsaß wanderten, wie zum Beispiel auf den Odilienberg, die Hohkönigsburg oder zu den Katzenhängen, besichtigten andere eine Schnapsbrennerei, eine Marmeladenfabrik oder auch eine Imkerei. An manchen Tagen war es sehr heiß, so daß wir Fahrten zu schön gelegenen Seen unternahmen.

Besonders beeindruckend war eine Fahrt nach Straßburg. Dort besichtigten wir das Münster — ein gewaltiges Bauwerk aus der Zeit der Hochgotik mit dessen astronomischer Uhr. Danach machten wir eine Bootsfahrt durch die Stadt und bewunderten die schöne Fachwerkarchitektur.

Am 13. August statteten wir einem Museum mit Kriegsmaterialien aus dem Zweiten Weltkrieg einen Besuch ab. In diesem ehemaligen Bunker waren Handgranaten zu sehen; genau solche, mit denen ich bei uns bis zur 12. Klasse im Sportunterricht zu werfen hatte.

Auch die Gasmasken kamen mir bekannt vor, denn am Ende der 11. Klasse hatte jedes Mädchen in der DDR an den „Tagen der Zivilverteidigung“ teilzunehmen. Dort lernten wir neben der Versorgung von Verletzten auch die Benutzung von Gasmasken und Schutzanzügen. Durch Gespräche mit den anderen Jugendlichen erfuhr ich, daß es eine solche Ausbildung für Mädchen in ihren Staaten nicht gibt, was ich sehr befürworte.

Hiltrud erzählte auch von der Militärseelsorge, wo sich Frauen von Soldaten zusammenfinden, um über ihre Probleme zu sprechen. Noch nie hatte ich vorher von einer solchen Organisation gehört. Auch Militärpfarrer gab es in der DDR nicht. Um so mehr wunderte es mich, daß während der AMI-Familienzeit sämtliche Soldaten mit ihren Familien zusammen vor dem Essen beteten und sonntags in die Kirche gingen. In der DDR waren die Offiziere in der SED, niemand von ihnen war katholisch. Wenn jemand diesen Beruf ergreifen wollte, mußte er vorher aus der Kirche austreten.

Es war auch sehr beeindruckend, als ich davon hörte, daß sich in Lourdes Tausende von Soldaten verschiedener Nationalitäten treffen, um gemeinsam für den Frieden zu beten.

Ich bin froh, daß unsere Soldaten auch bald zu einer solchen Gemeinschaft gehören werden. Somit ist dieser Urlaub ein wahres Erlebnis für mich gewesen.

(Die Verfasserin ist eine Abiturientin aus der ehemaligen DDR, und sie studiert jetzt Architektur in Weimar. Im August 1990 konnte sie erstmals im Ausland Urlaub machen — als AMI-Ferienkind. Unter diesen Eindrücken ist dieser Bericht geschrieben.)

Ägyptisches Mosaik — privat erlebt

Arthur Schopf

Ägypten ist ein Land, das ständig von vielen Fremden aus der ganzen Welt besucht wird, welche die unermesslichen Schätze der Pharaonen kennenlernen wollen. So flogen auch wir nach Kairo, wo wir von einer verwandten ägyptischen Familie sehr herzlich aufgenommen wurden. Dieser große Familien-Clan — 26 Personen — hat hier in dem modernen Stadtteil Heliopolis der 16-Millionenstadt Kairo einige Großwohnungen. Das ägyptische Familienleben ist sehr stark ausgeprägt. Man trifft sich öfters, und alle Probleme werden im größeren Kreis bei Tee besprochen. Auch geschäftliche Erledigungen werden auf den Abend verlegt und im Hinblick auf die Hitze am Tag vielfach telefonisch erledigt.

Einer der ersten Besuche galt natürlich der Pyramidenstadt von Gizeh. Diese gewaltigen Totenehrenmale der Pharaonen entwickelten sich aus den Mastabas, d. s. einfache ägyptische Grabdenkmäler, die man aufeinander setzte. Im Namen des Pharaos Cheops türmten vor etwa 4000 Jahren ca. 100000 Menschen 20 Jahre lang 2,5 Millionen Steinquader zwischen 2–70 t schwer auf eine Höhe von 137 m — das entspricht einem 40stöckigen Wolkenkratzer — mit der Präzision von Feinmechanikern aufeinander. Daneben steht die Chephrên-Pyramide mit 136 und die Mykerinos-Pyramide mit 63 m Höhe. Hinter den Pyramiden hat man den Sphinx aufgebaut, der die Züge des Pharaonen Chephrên trägt.

Sehenswert ist auch die im Stile der Kreuzfahrer 1207 unter Sultan Saladin erbaute Zitadelle mit ihrer ganz in Alabaster gehaltenen Muhammed-Ali-Moschee, einem Geschenk des französischen Königs Louis Phillipe. Einmalig ist hier der hohe Uhrturm in der Westfront. Die Uhr ist ein Geschenk des französischen Königs Louis-Philippe (1845). Ein sehr tragisches Ereignis verbindet diesen Festungsbau mit der ägyptischen Geschichte. Um die Macht seiner Gegner, der Mamelukenfürsten zu brechen, lud Muhammed-Ali als Pascha von Ägypten 1811 die Fürsten zu einem Festessen ein, nach dessen Ende er alle von seinen Soldaten ermorden ließ.

Zwei Museen darf man sich in Kairo nicht entgehen lassen: das ägyptische und das koptische Museum.

Als kostbarstes Gut beinhaltet das ägyptische Museum Goldsarg, Goldmaske und Goldthron des Königs Tutenchamon, der schon 19jährig verstarb und dessen Grab mit 1700 Kostbarkeiten angefüllt war, dessen Vielfalt und Schönheit kaum zu beschreiben sind.

Acht Millionen christliche Kopten (aus dem griechischen „aiggyptiol“) wohnen im sonst islamischen Nilland. Sie sind Nachkommen der Alt-Ägypter und leben entsprechend der Lehre des Archimandriten (gr. Abt, Klostervorsteher; die Red.) Eutyches, nach der in Christus Gottheit und Menschheit vereinigt waren. Besonders die Frauen der Kopten bedürfen dringend der Unterstützung. Dem Bischof der Diözese Minia in Mittelägypten ist die Erwachsenenbildung auf ökumenischer Basis ein besonderes Anliegen. Er hat bereits mit Hilfe von Sacre-Coeur-Schwestern die Mädchen und Frauen Unterricht im Nähen, Sticken und Stricken angeeignet lassen.

Im koptischen Zentrum ist das Museum, umgeben von einem schönen, alten Garten, wie eine Oase in der brodelnden Millionenstadt Kairo. Die Exponate sind übersichtlich geordnet und in schmucken Höfen und Räumen sehr wirkungsvoll zur Schau gestellt. Sie stellen die schönsten Beispiele koptischer Kunst dar, die sich in alten Häusern und Kirchen fanden; vor allem Holzschnitzereien, farbiges Glas, Maschrabijen (Fenstergitter) und Skulpturen. Faszinierend sind auch die perspektivlosen Malereien und Textilarbeiten. Die gleiche feine Ornamentik, welche die Koranhandschriften schmückt, findet man auch in den koptischen Bibeln.

Khan el Khalili ist der größte Bazar Kairos, dessen winzige Läden vom wertvollsten orientalischen Schmuck bis zum wertlosen Tand alles bieten, was man sich nur wünschen

kann. Mit Recht sagt man, daß es der schönste Bazar der Welt sei, der den ganzen Zauber des Orients zeigt.

Fernab von diesem Trubel wurde ein Besuch in einem Landhaus genossen, das sich ein ehemaliger ägyptische Offizier in der Oasenstadt Fayum — hoch über dem Karun-See, dem größten See Ägyptens — erbaut hat. Die Pharaonen der XII. Dynastie (1991 — 1786 v. Chr.) haben Fayum, das noch heute die fruchtbarste Gegend Ägyptens ist, urbar gemacht.

Auf dem Weg dahin war eine Einkehr in dem fashionablen Luxushotel „Auberge du lac“, das auf dem Platz erbaut wurde, wo Exkönig Faruk ein Jagdhaus für die Entenjagd besessen hatte, sehr wohltuend.

Nur selten waren in der dünn besiedelten Gegend auch Bauern (Fellachen) zu sehen, die hier, in einfachen, niederen Steinhäusern lebend, ihre Felder bestellen und ein meistens sehr ärmliches Dasein fristen.

Unser ägyptischer Urlaub endete mit einer Fahrt nach Ismailia, einer modernen, erst im Aufbau begriffenen Stadt am Suez-Kanal. In den Jahren 1975—1984 passierten mehr als 170000 Schiffe mit etwa 3 Milliarden BRT (Bruttoregistertonnen) diese Wasserstraße zwischen dem Mittelländischen und dem Roten Meer. Die Geschichte dieses Kanals, den der französische Ingenieur Ferdinand Vicomte de Lesseps in den Jahren 1859—1869 erbaut hatte, ist besonders in den letzten 3 Jahrzehnten reich an kriegerischen Ereignissen zwischen Ägypten und Israel, bis am 5. Juni 1975 der ägyptische Präsident Anwar Sadat den Kanal wiedereröffnen konnte. So ist diese Wasserstraße mit zu einer der Lebensadern des modernen, aufstrebenden Staates Ägypten geworden.

Informationsbesuch des Pastoralkurses bei der Bundeswehr in Freyung

Heinrich Vierlinger

Militärpfarrer Alfred Hable, die GKS Freyung und das Gebirgsaufklärungsbataillon 8 hatten 15 angehende Neupriester des Priesterseminars aus Passau mit dem Regens Dr. Hans Wagenhammer zu Gast.

Ziel der Informationstagung war es, einen Einblick in die Aufgaben und Arbeitsweise der Militärseelsorge zu geben, Ziele und Aufgaben der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zu verdeutlichen sowie in einem Besichtigungsprogramm die Arbeitswelt des Soldaten vorzustellen.

Nur zwei der Gäste hatten gedient und somit die Bundeswehr aus „erster Hand“ gekannt. Es war also für die überwiegende Zahl der Teilnehmer ein Blick in eine für sie „fremde

Welt“. Das umfangreiche Programm begann zunächst mit einem Kurzvortrag des Militärpfarrers. Alfred Hable erläuterte dabei zunächst die gesetzlichen Grundlagen der Militärseelsorge, die Organisationsform und schließlich die tägliche Arbeit. Als wesentlichen Unterschied zur Militärseelsorge in früheren Zeiten (z. B. Wehrmacht), aber auch fast allen Armeen der Welt stellte er heraus, daß er kein Soldat sei und damit nicht in militärische „Befehlsstränge“ eingebunden sei.

Er habe wirklich den Freiraum, den man als Seelsorger brauche. Sorge bereite ihm, daß sein Seelsorgebezirk (die Standorte Passau, Pocking, Freyung) zu groß sei und er sich zu wenig um den einzelnen Menschen kümmern könne. Trotzdem habe er im Vergleich zu anderen Bereichen der Seelsorge bessere Chancen, an junge Menschen heranzukommen; da in den Streitkräften für den Soldaten die Teilnahme am lebenskundlichen Unterricht z. B. per Dienstplan angeordnet werde.

Die Arbeit der Laienorganisation (der GKS) in der Militärseelsorge stellte im folgenden Teil der GKS-Sprecher vor, der dann auch durch das umfangreiche Besichtigungsprogramm führte. Im Vortrag machte er die interessierten Zuhörer mit der Struktur, den Absichten und Zielen sowie mit den Leisätzen bekannt. Er legte dar, daß die GKS bundesweit mit ca. 5000 Mitgliedern eine verhältnismäßig kleine Organisation sei. In einem kleinen Vergleich wurde aber deutlich gemacht, daß sich die Freyunger GKS mit 134 Mitgliedern, an der Spitze mit ihrem Bataillonskommandeur, durchaus sehen lassen könne und sicherlich zu den größten Kreisen in Bayern gehöre. Zur bundesweiten Bedeutung der GKS führte Vierlinger an, daß trotz der leider geringen Zahl an Mitgliedern die GKS aber in „Kirchenkreisen“ bis in die Spitzen der kath. Laienorganisationen, nicht zuletzt wegen der sehr ausgewogenen und sachlichen Stellungnahmen der GKS-Bundesspitze z. B. zum „Mörderurteil“ oder den Erklärungen z. B. zum Ende des zweiten Weltkriegs und anderen Verlautbarungen, einen guten Namen habe. Rat und Sachverstand der Soldaten würden sowohl im Zentralkomitee der Katholiken wie auch in anderen Foren und Kreisen gehört und wären erwünscht. Sehr wichtig sei besonders, daß hohe und höchste Offiziere bis hin zu Generälen sich in der GKS engagierten und somit sichtbares Zeugnis gäben.

Bei einem Kasernenrundgang gab es auf den Stationen Rekrutenstube, Instandsetzung, Radarzug, Materialgruppe einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben der Soldaten und in ihre Tätigkeiten vor Ort. Viele Fragen wurden gestellt. Es ging dabei um alle Bereiche des Militärs, von der Ausbildung, über Gehalt und Wehrsold, Versetzungshäufigkeit, Dienstzeit und Freizeit, Aufstiegsmöglichkeit, Berufsförderung bis zum Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen.

Bereitwillig wurden durch alle beteiligten Soldaten Auskünfte erteilt. Immer wieder gab auch der Leitende Hinweise, zum Beispiel zur Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor in der Region, zur möglichst berufsnahen Verwendung der Soldaten, aber auch, „wo der Schuh drückt“. Einer der Höhepunkte war nach einem gemeinsamen Mittagessen (mit Eintopf) eine Fahrt auf den Standortübungsplatz und dort die angebotene Gelegenheit, den Kampfpanzer Leopard zu besichtigen.

Der für die angehenden Priester aber sicherlich wichtigste Teil war die zum Abschluß festgesetzte zweistündige Diskussion im Beisein des Bataillonskommandeurs OTL Reinhard Köhler. Sinn und Zweck der Bundeswehr und des soldatischen Dienstes, die aktuelle sicherheitspolitische Lage, Rüstung und Abrüstung waren dabei natürlich die beherrschenden Themen.

Gedanken eines angehenden Pensionärs

Bernhard Schmitz

Ich werde im September 1990 nach 35jähriger Dienstzeit in den Ruhestand treten.

Ich bin 1957 in die Bundeswehr eingetreten (Besoldungsgruppe A 1) und habe eine Tätigkeit im Schuldienst (Besoldungsgruppe A 10) dafür aufgegeben.

Ich bereue keine Sekunde, die ich der Armee gedient habe.

Ich bin seit 1970 nach vorangegangener Tätigkeit in Einsatzverbänden, an der Schule Technische Truppe 1 FSHT in Aachen im Bereich Ausbildung, Organisation in unterschiedlichsten Bereichen eingesetzt gewesen. Durch meine Funktion als Vorsitzender des beratenden Ausschusses und später des Pfarrgemeinderates war ich stets der Militärseelsorge verbunden. Ich habe unter verschiedenen katholischen und evangelischen Standortpfarrern, die unterschiedliche Meinungen zur Ökumene vertraten, wie ich heute meine, zum Wohle der praktizierenden Katholiken innerhalb der Armee mein Amt wahrgenommen.

Ich scheide zu einem Zeitpunkt, der nach meiner Meinung nicht günstiger sein kann, aus der Armee mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Den jüngeren Kameraden kann ich nur sagen, die augenblickliche politische Lage erfordert es, daß sich die Soldaten einen neuen Auftrag suchen. Die Politiker werden der Armee — wie umfangreich sie auch sein mag — keinen neuen Auftrag erteilen. Wir, die Offiziere der ersten Stunde, mußten uns auch unseren Auftrag suchen, der uns dann von den Politikern gegeben wurde, den wir aber über 30 Jahre der Öffentlichkeit gegenüber selbst zu rechtfertigen hatten.

In verantwortlichen Dienststellungen als Vorgesetzter eingesetzt, habe ich dies auch stets versucht, ob immer mit Erfolg, kann ich wohl selbst kaum ganz beurteilen. Den Auftrag sich suchen und rechtfertigen wird auch die Aufgabe der kommenden, zum Teil jetzt schon dienenden jüngeren Soldaten sein.

Die daraus sich ergebenden Probleme werden sich kaum von den Anfangszeiten unterscheiden, jedoch haben diese Probleme zum Teil sich auf eine andere Ebene verlagert.

Jeder, der diese Aufgabe erfüllen will, wird sie auch erfüllen können, so wie wir es vor dreißig Jahren auch konnten und mußten. Die Militärseelsorge war in dieser Aufgabe stets mit der Bundeswehrführung verbunden, wird es auch wohl weiterhin bleiben.

Ich wünsche der Armee, allen Mannschaften, Offizieren und Unteroffizieren und allen, die im Bereich der Militärseelsorge in den verschiedensten Bereichen tätig sind, bei dieser Aufgabe weiterhin Erfolg, zum Wohle unseres hoffentlich bald vereinten Volkes, zum Wohle unserer evtl. bald vereinten Armeen und zum Wohle der Militärseelsorge.

Ob weiterhin Armeen notwendig sind und in welchem Umfang, kann heute keiner beurteilen, aber jeder kann zustimmen: „Die Feuerwehr kann man abschaffen, reduzieren, das Feuer wird bleiben“. (Zitat Generalinspekteur der Bundeswehr, Febr. 90)

Aktion katholischer Soldaten für portugiesische Kameraden

Günter Thye

Die Vorsitzenden der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) im Bereich See und im Wehrbereich I initiierten Anfang 1987 eine Spendenaktion für schwerverwundete, kriegs-verletzte portugiesische Soldaten.

Seit vielen Jahren werden im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Rehabilitationsmaßnahmen für die in Ausübung ihres Dienstes verwundeten portugiesischen Soldaten durchgeführt.

Ausschlaggebend für das Ergreifen dieser Initiative war u. a. auch mein persönliches Erlebnis anlässlich eines Fluges mit einer Transall der Luftwaffe nach Lourdes. Die hier mitfliegenden jungen portugiesischen Soldaten hatten ausnahmslos entweder Arm, Beine oder beides im Einsatz verloren.

Anlässlich einer, durch die GKS im Mai 1987 durchgeführten Diaspora-Sternfahrt wurde die erste große Spendenaktion gestartet.

Bereits vorher waren vereinzelt in GKS-Kreisen, bei Pfarrgemeinderatssitzungen und durch Einzelspenden Beträge für diese Aktion zusammengetragen worden. Ziel dieser Spendenaktion war es, den Soldaten, denen wir uns nicht nur im NATO-Bündnis, sondern auch im Apostolat Militaire International (A.M.I.) verbunden fühlen, finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung von Prothesen, Rollstühlen etc. zu geben.

Im Juni 1987 konnte während der Konferenz des A.M.I. in Fatima/Portugal aufgrund der Spendenfreudigkeit — auch der anderen Wehrbereiche, die sich dieser Aktion angeschlos-

sen hatten — bereits der erste Scheck in Höhe von 1000,— DM durch den Vorsitzenden der GKS im Bereich See, OStBtsm Günter Thye, an den portugiesischen Generalvikar Mons. Dr. Joaquim Luis Cupertino übergeben werden.

Über den deutschen Militärattaché in Lissabon dankte der Generalstabschef der Gesamtstreitkräfte der portugiesischen Armee für diese Aktion katholischer Soldaten in der Bundeswehr und wies gleichzeitig die Verwendungsmöglichkeiten der Spenden im Heer auf.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen der GKS zugunsten „unserer Portugalhilfe“ ließ das Spendenkonto schnell ansteigen.

Neben den Überweisungen an das portugiesische Generalvikariat wurde im Oktober 1989 während der A.M.I.-Konferenz in Toledo/Spanien ein weiterer Scheck über 2000,— DM an die portugiesischen Vertreter übergeben.

Im Februar 1990 wurde die Aktion mit einem Gesamtergebnis von 10 000,— DM beendet.

In seinem Dankeschreiben an die Gemeinschaft katholischer Soldaten hebt der Patriarch von Lissabon, Kardinal Antonio Ribeiro, die außergewöhnliche Opferbereitschaft der katholischen Soldaten der Bundeswehr hervor, verbunden mit dem Dank an alle Spender.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Radio Campanile Hörfunk aus christlicher Verantwortung

Willy Trost

1. „Katholiken im Rundfunk — Verein zur Förderung und Schaffung eines katholischen Hörfunkprogrammes“ ist eine Laieninitiative, die sich zu einem eingetragenen Verein zusammengeschlossen hat. Sie folgt damit einer Grundinitiative der Kommission 5 „Publizistik“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt worden und berechtigt, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Der Verein folgt einem Auftrag von Papst Johannes Paul II.: „Die Kommunikationsmittel bieten sich heute als privilegierter Weg zur Schaffung und zur Weitergabe der Kultur an... Das heilbringende Evangelium muß auf allen Straßen der Welt, auch auf denen der Presse, der Kinos, der Radiosender, des Fernsehens und des Theaters verkündigt werden.“ (CHRISTIFIDELES LAICI vom 30. Dezember 1988, Nr. 44.)

2. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird es im deutschsprachigen Raum Europas mehr als 300 Hörfunkprogramme geben, teils lokal, teils regional, teils überregional. Davon soll nun eines ein Programm sein, das die christliche Verantwortung ganz dezidiert in den Mittelpunkt seiner Programmveranstaltung stellt. Nicht als Verkündigungsprogramm, son-

dern ein Hörfunkprogramm aus christlicher Verantwortung, eingebettet in alle säkularen Geschehnisse der Welt. Von Profis gemacht, aktuell, ohne Scheuklappen, wahrheitsgetreu, verantwortungsbewußt, mit einem ganz bestimmten, christlich geprägten Ordnungsbild. Nicht eng, sondern offen, nicht moralisierend, sondern die Nöte und Sorgen der Menschen darstellend und ernstnehmend, kein Zeigefingerprogramm, sondern ein attraktives Unterhaltungsprogramm, immer mit einer optimistisch und positiv geprägten Leitlinie, ohne daß die Nöte und Sorgen der Menschen verschwiegen werden.

3. Radio Campanile geht von der Voraussetzung aus: Die Kirchen und ihre Anliegen sind weder bei ARD und ZDF noch bei den Privatsendern gut genug aufgehoben. Die Programmkonzeption von Radio Campanile geht von der Grundlinie aus, daß religiöses Leben, sofern es kirchlich ist, „nicht im dumpfen Gefühl der Beliebigkeit, des verdrossenen Unwillens am Bisherigen, der heruntergeschluckten Ärgerlichkeit“ erstickt werden darf. Vielmehr muß Religion „in den Medien selbst dargestellt werden“. Es geht nicht nur um eine Berichterstattung „Über Kirche“, sondern auch darum, in vielfältigen Sendungen „den Glauben selbst im Medium darzustellen“. Radio Campanile nimmt die Darstellung religiöser Fragestellungen ernst. Da kirchliches Leben und Religiosität heute nicht mehr deckungsgleich sind, sollen Kirche in der Welt und Welt in der Kirche, sollen die Menschen ohne Religion und die außerhalb der Kirche stehenden, die aber religiöse Maßstäbe suchen, von einem Programm des Senders Radio Campanile angesprochen werden. Zielgruppe für Radio Campanile sind in erster Linie alle deutschsprachigen Hörer in Europa, die als Neugierde- und Neugierige über Gott und die Welt, über Kirche in der Welt informiert werden wollen.

Radio Campanile ist ein privatrechtliches Satellitenhörfunkprogramm, das für den gesamten deutschsprachigen Raum Europas in digitaler Technik ausgestrahlt wird. Bis zur Durchsetzung der Digital-Technik im Rundfunk wird eine Unterträgerfrequenz eines Fernsehtransponders verwendet bei gleichzeitiger Einspeisung in die bestehenden Kabelnetze.

4. Das Programm von Radio Campanile wendet sich an alle Hörer, die an Welt und Kirche interessiert sind. Es will vorrangig Entscheidungsträger und solche Hörer erreichen, die Wert darauf legen, ständig über das neueste Geschehen in der Welt informiert zu werden, mit Einschluß der Weltkirche, wobei der Gedanke der Ökumene seine Bedeutung haben muß.

Kirche und Verkündigung der Botschaft haben in Radio Campanile einen unverwechselbaren Stellenwert.

Radio Campanile wird ein 24-Stunden-Programm senden, wobei vorerst, wie bei der Deutschen Welle, Programmwiederholungen möglich sind.

Das Programm aus christlicher Verantwortung:

- wird von Profis gemacht, ohne Kompromisse an formale Leichtfüßigkeit,
- berichtet sachlich fair, will nicht ausgewogen sein, sondern fordert zur Meinungsbildung heraus,
- gibt Orientierungshilfen für den Tag, für alltägliche menschliche Situationen.

5. Geplant ist ein Wortprogramm, ein Nachrichten- und Informationskanal, innerhalb dessen die Nachrichten ständig nach einem ganz bestimmten System fortgeschrieben und sofort öffentlich diskutiert werden. Der Moderator stellt einen Standpunkt, eine Nachricht in den Raum und fordert zum Widerspruch, zur Anregung und zur Diskussion auf. Mit diesem Mittel des Wortangebotes können mit der notwendigen Intensität und Sachkunde auch vielfältige religiöse Themen ohne Aufdringlichkeit im Programm zu Wort kommen. Ohne Musikelemente wird es nicht gehen, aber die Musik wird das Programmprofil nicht bestimmen.

Das Erkennungsmerkmal heißt also: Die Nachricht und die sofortige Diskussion darüber als Unterhaltungswert. Dafür gibt es erfolgreiche Beispiele in den USA und Frankreich.

RADIOROPA, ein 24stündiges Nachrichtenprogramm über Satellitenhörfunk aus Daun in der Eifel will mit einem Nachrichtenprogramm im Oktober 1990 auf Sendung gehen. Der Bayerische Rundfunk plant ein ähnlich aufgebautes Hörfunkprogramm. Radio Campanile will sich mit seinem Diskussions- und Nachrichtenprogramm von allen angebotenen Programmen unterscheiden.

6. Nach einer sorgfältigen Analyse ergibt sich auch, daß nahezu alle Musikfarben besetzt sind, von Jazz bis Volksmusik, über Country und über klassische Musik ist alles abgedeckt, Radio Campanile setzt also auf „Lücke“.

Die Analysen ergeben ferner: Ein solches Programm ist nahezu konkurrenzlos. Der Werbeeffect, also die Werbeattractivität für Werbekunden kann als sehr gut bezeichnet werden, weil damit ein breites Publikum angesprochen wird. Die Erfahrungen in den USA, England und Frankreich beweisen dies.

7. Zur Finanzierung: Das Programm soll durch eine Mischung aus Werbung, Sponsoren und Spenden finanziert werden. Gesucht sind vor allem Sponsoren, denen die Programmidee als solche einleuchtet, die nicht in erster Linie für sich selber werben wollen, sondern die Radio Campanile aufgrund seiner ordnungspolitischen Orientierung im Gefüge der Medienlandschaft für unentbehrlich halten. Die Finanzmittel, die nicht durch Sponsoren oder Spenden (steuerbegünstigt) aufgebracht werden, sollen durch Werbeeinnahmen abgedeckt werden.

Nach den detaillierten Berechnungen benötigt Radio Campanile im ersten Jahr 6,9 Millionen DM, einschließlich der technischen Installationen und der Lizenzgebühren. Da die grundsätzlichen Planungen abgeschlossen sind — die Programmstruktur ebenso wie der Fi-

nanzbedarf festliegt — wird nach Finanzierungszusagen in ausreichender Höhe, bei einer Landesmedienzentrale, bei Vorlage der Bestätigung der Zuweisung einer Unterträgerfrequenz, die Einspeisung in das Kabelnetz beantragt. In Frage kommen dafür Rheinland-Pfalz oder Bayern.

9. Als Rechtsform wird eine GmbH und Co. KG gegründet werden. Sie erhält einen Programm-, Vertriebs- und Vermarktungsauftrag des Vereins, denn der Verein „Katholiken im Rundfunk“ ist ein Förderverein, der selbst kein Programm machen wird.

Der GmbH-Anteil wird vom Verein gehalten. Es werden Kommanditisten gesucht, die Anteile ab DM 50000 bis zur Gesamthöhe von 7 Mio. DM zeichnen und zur ggf. Nachschießung bereit sind. Die notwendige betriebswirtschaftliche Rechtsform wird derzeit von Professor Dr. Pougin erarbeitet.

Der Sitz von Radio Campanile soll an einem medienpolitischen Großraum angesiedelt sein: Attraktiv für Journalisten und für Gesprächspartner. Die Landeszentrale für Medien in Bayern, Sitz in München, gibt Zuschüsse für kulturgeprägte Sendungen. Das könnte genutzt werden. In Köln wird zur Zeit ein großes Medienzentrum gebaut. Über den Sitz von Radio Campanile ist noch nicht entschieden worden.

Informationen/Personalia

Katholische Kirche im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz

In den 22 in der Deutschen Bischofskonferenz zusammengeschlossenen (Erz-)Bistümern leben bei einer Gesamtbevölkerung von 61 Mio. 26,2 Mio. Katholiken, von denen 24,4% regelmäßig am kirchlichen Leben teilnehmen.

Die Arbeit der Laien beruht auf zwei Säulen: den zahlreichen katholischen Vereinen und Verbänden (ca. 4,5 Mio. Mitglieder) sowie den Räten des Laienapostolats (Pfarrgemeinderäte, Diözesanräte). Die Kräfte des Laienapostolats werden im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Bonn) zusammengefaßt.

Die Kirche ist in allen Bereichen des Bildungswesens präsent: Sie unterhält 8943 Kindergärten und -horte, 1120 Schulen, sechs Fachhochschulen, zehn kirchliche Fakultäten und Ordenshochschulen sowie eine Katholische Universität (Eichstätt). Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an den Schulen.

Im Deutschen Caritasverband (Freiburg) als einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege sind die 22 Diözesan-Caritasverbände, 260 caritative Ordens- und Schwesterngemeinschaften sowie 19 Fachverbände vertreten. In kirchlicher Trägerschaft befinden sich u. a. 532 Krankenhäuser, 677 Sozial- oder Pflegestationen und 1568 Heime der Altenhilfe. Insgesamt stehen 29026 Einrichtungen mit 1072746 Plätzen zur Verfügung. Neben zahl-

reichen ehrenamtlichen Helfern sind 320008 hauptberufliche Mitarbeiter — darunter 24272 Ordensangehörige — tätig.

Das Engagement der Katholiken für die Belange und Nöte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas dokumentiert sich u. a. in der Tätigkeit der vier großen kirchlichen Hilfswerke Adveniat (Essen), Deutscher Caritasverband (Freiburg), Misereor (Essen) und Missio (Aachen/München), die jährlich ca. 700 Mio. DM für kirchliche Projekte und Hilfsmaßnahmen sammeln.

Der Sorge um die Diaspora widmet sich das Bonifatiuswerk (Paderborn),

(Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz)

Katholische Kirche im Bereich der Berliner Bischofskonferenz

In den 6 in der Berliner Bischofskonferenz zusammengeschlossenen Jurisdiktionsbezirken leben bei einer Gesamtbevölkerung von 16,7 Mio. (Stand 1988) ca. eine Million Katholiken, von denen etwa 20% regelmäßig am kirchlichen Leben teilnehmen.

Besondere Aufmerksamkeit in der Seelsorge wird den Kindern und Jugendlichen, den Studenten sowie den Akademikern gewidmet. Die Arbeit der Laien vollzieht sich in erster Linie in der vorhandenen Rätestruktur (Pfarrgemeinderat, Dekanatsrat und einige Pastoralräte). Das durch restriktive Maßnahmen des Staates eingeschränkte Kolpingwerk hat sich nach der „Wende“ zu einem katholisch-sozialen Verband zusammengeschlossen und strebt einen gesamtdeutschen Zentralverband an. Laieninitiativen verschiedener Zielstellungen haben sich seit den politischen Veränderungen in allen Jurisdiktionsbezirken gebildet. Im Februar 1990 wurde der „Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR“ als eine Art Dachorganisation gegründet.

Die Präsenz der Kirche im Bildungswesen war auf wenige Felder beschränkt: Neben 149 Kindergärten und -horten und einer allgemeinbildenden Schule (Berlin) unterhält die Kirche Ausbildungseinrichtungen für kirchliche Berufe im Bereich der Seelsorge, der Caritas und des Gesundheitswesens. Das Philosophisch-Theologische Studium im Regional-Priesterseminar Erfurt wird von den Jurisdiktionsbezirken gemeinsam getragen.

Dachorganisation im sozial-caritativen Bereich ist der Deutsche Caritasverband (Berlin). In kirchlicher Trägerschaft befinden sich u. a. 32 Krankenhäuser und 102 Alters- und Altenpflegeheime. Insgesamt stehen ca. 600 Einrichtungen mit 20000 Plätzen zur Verfügung. Neben zahlreichen ehrenamtlichen Helfern sind ca. 9 500 hauptberufliche Mitarbeiter — darunter etwa 800 Ordensangehörige — tätig.

Im weltkirchlichen Rahmen engagiert sich das Bischöfliche Werk „Not in der Welt“.

(Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz)

Über die kirchliche Berufung des Theologen

Kongregation für die Glaubenslehre legt Instruktion vor

Nachdrücklich ruft eine heute im Vatikan veröffentlichte Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre den Vorrang des Lehramtes bei Aussagen zu Fragen des Glaubens und der Sitte gegenüber der theologischen Forschung in Erinnerung. In dem Text mit dem Titel „Instruktion über die kirchliche Berufung des Theologen“ heißt es: Die „der theologischen Forschung eigene Freiheit“ gelte „innerhalb des Glaubens der Kirche“. In der Theologie sei „diese Freiheit der Forschung innerhalb eines rationalen Wissens anzusetzen, dessen Gegenstand von der Offenbarung gegeben wird, wie sie in der Kirche unter der Autorität des Lehramtes übermittelt, ausgelegt und vom Glauben angenommen wird“.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Theologen und dem Lehramt erfolge auf besondere Weise, wenn der Theologe die „missio canonica“ erhalte. Komme es zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen, dann seien zwei Regeln zu beachten: Dort, wo die Gemeinschaft im Glauben auf dem Spiel stehe, gelte der Grundsatz der „Einheit in der Wahrheit“, dort, wo die Gemeinschaft an sich nicht in Frage gestellt werde, der der „Einheit der Liebe“. Auf keinen Fall aber dürfe die Bereitschaft leiden, „die Lehre des Lehramtes loyal anzunehmen, denn dazu ist jeder Gläubige aufgrund seines Glaubensgehorsams verpflichtet“. Die Instruktion spricht von „schweren Schäden“, die durch eine „Haltung systematischer Opposition“ und die „Bildung von organisierten Gruppen“ gegen das Lehramt für die Gemeinschaft der Kirche entstehen. Die Bischöfe werden aufgefordert, mit den Theologen „vertrauensvolle Beziehungen“ zu halten und zu entfalten.

(Pressedienst der Deutschen Bischofskonferenz vom 25. 6. 1990)

ZdK veröffentlicht Erklärung zur Umwelterziehung

Der Umwelterziehung kommt nach Auffassung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) eine entscheidende Bedeutung bei der Bewältigung der gegenwärtigen Umweltkrise zu.

In der Erklärung „Umweltschutz als erzieherische Aufgabe“, die am Dienstag, dem 24. April 1990, in Bonn veröffentlicht wird, bezeichnet das ZdK die Umweltkrise als existenziell. Zwar habe es immer wieder Umweltbelastungen und Umweltkatastrophen gegeben, die heutige Krise sei aber im Gegensatz dazu sowohl zeitlich als auch regional entgrenzt.

Mit einer Politik der Umweltreparaturen, reaktiven Krisenbewältigung und Gefahrenabwehr allein, so wird in der von der Kommission 6 „Umwelt und Technik“ des ZdK unter

Vorsitz von Alois Glück erarbeiteten Erklärung betont, werde man der Zunahme von Umweltproblemen in Zukunft nicht Einhalt gebieten können.

Daher fordert das Zentralkomitee eine Hinwendung zu einer umfassenden Umweltvorsorge. Diese müsse die ökologische Dimension, d. h. die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Gesamtheit der Ressourcen und die Belastungsgrenzen für Boden, Luft und Wasser in alle politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen von vornherein mit einbeziehen.

„Wir brauchen eine koordinierte und integrierte Umweltvorsorge und Umweltschutzpolitik, die sich leiten läßt von der Verantwortung gegenüber der Natur und den Menschen aller Länder und der nachfolgenden Generationen“, heißt es in der Erklärung wörtlich.

Unabdingbare Voraussetzung für ein Konzept der Umweltvorsorge, so unterstreicht das ZdK, sind Informationen und Aufklärung, vor allem aber eine langfristig angelegte Umwelterziehung. Nur durch Umwelterziehung könne sichergestellt werden, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Zielsetzungen und Maßnahmen einer Umweltvorsorge nachvollziehen könne, sich zu ihrer eigenen Verantwortung bekenne und bereit sei, aktiv zur Erreichung ihrer Ziele beizutragen.

Umwelterziehung wird in der ZdK-Erklärung aber nicht nur als ein Instrument der Umweltvorsorge gesehen. Da die Umweltkrise den Menschen in seiner ganzen Existenz betrifft, muß die Umwelterziehung nach Auffassung des Zentralkomitees auch wesentlicher Bestandteil einer gegenwarts- und zukunftsbezogenen Allgemeinbildung, d. h. unverzichtbarer Bestandteil von Erziehung überhaupt werden.

Hierzu gibt die Erklärung eine Reihe von Anregungen für die Bereiche Familie, Kindergarten, Schule, Jugendarbeit, Familien- und Erwachsenenbildung und für die Arbeit kirchlicher Gremien und Einrichtungen.

(ZdK-Mitteilungen 342/90)

Deutsch-polnischer Jugendrat trat zum ersten Mal zusammen

Am 31.5. und 1.6.1990 kam der deutsch-polnische Jugendrat zu seiner konstituierenden Sitzung in Bonn zusammen. Die Einrichtung dieses Jugendrates wurde in dem Abkommen über den deutsch-polnischen Jugendaustausch vereinbart, das am 10. November 1989 in Warschau unterzeichnet wurde.

In Polen hat sich das Spektrum der Jugendverbände in der zurückliegenden Zeit grundlegend verändert. Die Jugend hat sich konsequent von den alten, kommunistisch gesteuerten Jugendverbänden und von der früheren Jugendpolitik, die die Jugend wesentlich auf

den Sozialismus verpflichtet, losgesagt. Auch in Polen hat der Aufbau demokratischer Jugendstrukturen begonnen. In dieser Situation des Aufbruchs in eine von Demokratie und Freiheit geprägte Gesellschaft sind für die Jugend in Polen Kontakte und Begegnungen mit gleichaltrigen deutschen Jugendlichen eminent wichtig. Auch aus diesem Grund räumt der polnische Ministerpräsident Mazowiecki und der für Jugendfragen zuständige Minister Aleksander Hall dem deutsch-polnischen Jugendaustausch einen hohen Stellenwert ein. Auch für die Bundesregierung hat der deutsch-polnische Jugendaustausch eine herausragende Bedeutung.

Der Jugendaustausch wird wesentlich zur Versöhnung und Freundschaft zwischen Polen und Deutschland beitragen, wie dies in Vergangenheit bereits mit Frankreich und Israel der Fall war. Darüber hinaus ist der Jugendaustausch in der gegenwärtigen politischen Situation unseres östlichen Nachbarlandes ein wichtiger, konstruktiver Beitrag zum Aufbau einer freiheitlichen Demokratie. Der Austausch und die direkte Begegnung zwischen Jugendlichen ist für die zukünftige Gestaltung des gemeinsamen Europas ein maßgeblicher Beitrag.

Das Abkommen über den deutsch-polnischen Jugendaustausch verbessert wesentlich die Rahmenbedingungen für Begegnungen und Zusammenarbeit. Auf der Sitzung des Jugendrates geht es vorrangig darum, die Schwerpunkte des Austauschs für die nächsten Monate festzulegen und möglichst umfassende, auf Pluralität und Regionalisierung abgestellte Begegnungen zu fördern und zu begünstigen. Im vergangenen Jahr reisten etwas mehr als 3000 deutsche Jugendliche nach Polen und es besuchten umgekehrt ca. 2000 polnische Jugendliche die Bundesrepublik im Rahmen der aus dem Bundesjugendplan geförderten Austauschprogramme. Für dieses und nächstes Jahr streben wir im außerschulischen Jugendaustausch etwa 500 Austauschprogramme mit ca. 10000 Teilnehmern an, etwa im gleichen Umfang in der Republik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland. Hierfür sind im Bundesjugendplan in diesem Jahr 3 Mio. DM eingestellt. Hinzu kommen weitere Mittel der Länder und Kommunen. Ferner sollen im Schüleraustausch ca. 200 Austauschprogramme mit etwa 4000 Teilnehmern realisiert werden, vorzugsweise im Rahmen von Schulpartnerschaften mit Familienunterbringung und gemeinsamen Aktivitäten in Freizeit und Schule.

Zum Ausbau von Partnerbeziehungen zwischen deutschen Trägern der Jugendarbeit und von Schulklassen einerseits sowie polnischen Jugendverbänden und Schulklassen andererseits werden in diesem Jahr zwei große Kongresse in Warschau und Bonn stattfinden. In Warschau wird das Schwergewicht auf Schulpartnerschaften und in Bonn auf Partnerschaften zwischen Jugendverbänden und freien Trägern der Jugendarbeit liegen.

Neben den Austausch- und Begegnungsprogrammen der Jugendverbände und freien Trägern der Jugendarbeit kommt dem kirchlichen Jugendaustausch mit Polen eine herausragende Stelle zu.

Ausführlich wird der Jugendrat auch über Inhalte und Qualität der Austauschprogramme beraten. Der deutsch-polnische Jugendaustausch muß mehr werden als Jugendtourismus.

Er soll einerseits dem Ziel dienen, das Partnerland kennenzulernen, aber er soll auch gleichzeitig dazu beitragen, daß die jungen Menschen in Deutschland wie in Polen in die Kultur des Partnerlandes eindringen sowie Geschichte kennenlernen, die sozialen Entwicklungen verstehen lernen sowie die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen unmittelbar erfahren und dadurch ein direktes Verständnis für das Partnerland und dessen Bevölkerung gewinnen. Ich werde deshalb dem Jugendrat vorschlagen, eine Studie in Auftrag zu geben, wie Austauschprogramme gestaltet werden müssen, damit sie von der Grundkonzeption, von den Inhalten und von der Qualifikation der Jugendleiter her diesen Anforderungen gerecht werden können.

(Informationen BMJFFG Nr. 08 vom 5.6.1990)

Vor fünfzig Jahren begann Taizé

1990 wird Taizé 50 Jahre alt. Dieser Geburtstag wird am Ende des Sommers mit gemeinsamen Gebeten begangen. Die ersten Gebete finden an den Samstagabenden, 1. und 8. September, statt.

Am 21. August 1940 fand Frère Roger das Dorf Taizé und ließ sich dort nieder, um ein gemeinsames Leben in die Wege zu leiten. Ganz allein begann er ein Leben im Gebet und versteckte bei sich politische Flüchtlinge.

Heute ist die von ihm gegründete Communauté zu einem Ort geworden, an dem Zehntausende Jugendlicher aus den fünf Kontinenten kommen, um zu beten und sich darauf vorzubereiten, zu Hause Zeugen des Friedens, der Versöhnung und des Vertrauens auf der Erde zu sein.

In diesem Sommer werden zum ersten Mal zahlreiche Jugendliche aus der DDR auf dem burgundischen Hügel sein. Die Zahl der jungen mittel- und osteuropäischen Teilnehmer ist sprunghaft angestiegen.

(Pressemitteilung Taizé Communauté, Juni 1990)

BDKJ hat nach Auseinandersetzungen eine neue Satzung

Bundesordnung von 1971 überarbeitet – Änderungen bei den Aufgaben und in der Sprache

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat nach acht Jahren währenden Vorarbeiten eine neue Satzung erhalten. Durch die Zustimmung des Referenten für Jugendfragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Franz Kamphaus, zum von der BDKJ-Hauptversammlung im Mai des Jahres beschlossenen Entwurf konnte die überarbeitete Bundesordnung nun in Kraft treten. Dies teilte der stellvertretende Bundesvorsitzende Christian Bernzen gestern zum Auftakt des BDKJ-Hauptausschusses in Mainz mit. Die seit 1971 geltende Satzung des Verbandes wurde insbesondere in Fragen der Aufgaben des Dachverbandes dem neuen Verständnis vom Vorrang der Mitgliedsverbände angepaßt. Außerdem wurden Modernisierungen im Bereich der Rechtsträger vorgenommen. Beseitigt wurden auch Formulierungen, die frauendiskriminierende Wirkungen entfalten konnten.

Die eigentlich mit der Satzungsänderung beabsichtigte Verschiebung der Stimmenverteilung in den Gremien des Verbandes auf den verschiedenen Ebenen zugunsten einer Zweidrittel-Mehrheit der Mitgliedsverbände im BDKJ gegenüber den Diözesanorganisationen konnte jedoch nicht erreicht werden. Der aus dem Jahr 1986 stammende entsprechende Beschluß der Hauptversammlung des katholischen Jugenddachverbandes traf auf eine entschiedene Ablehnung innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz. Christian Bernzen dazu: „Die politische Wirklichkeit im Verband konnte nicht voll abgesichert werden, dennoch ist es gelungen, mit der neuen Bundesordnung eine zeitgemäße Grundlage für die Arbeit des Dachverbandes zu schaffen.“

(bdkj-pd-28 v. 22.6.1990)

„Kunterbunte Kinderkiste“

Mit „Kunterbunte Kinderkiste“ erscheint ab 30. August 1990 eine neue Zeitschrift für Kinder. Sie ist nicht nur die erste christlich orientierte Kinderzeitschrift, die über Zeitschriftenhandel und Abonnements vertrieben wird, sie ist auch die erste Zeitschrift dieser Art, die auf Original-Umweltschutzpapier (100% Altpapier) gedruckt und dafür mit dem Blauen Umweltengel ausgezeichnet wurde.

Die Zeitschrift hat einen Umfang von 32 Seiten. Drei- bis Achtjährige sind die Zielgruppe. Die Texte sind einfach, leicht verständlich, die Sätze kurz und der Satzbau übersichtlich, damit selbst Lese-Anfänger keine Mühe haben, alles auf Anhieb zu begreifen. Die Ge-

schichten eignen sich gut zum Vorlesen. Vielfältige farbige Illustrationen machen auch Vorschulkindern den Inhalt leicht verständlich.

Geschichten, Spiele, Bastelideen, Gedichte, Lieder, Experimente zum Nachmachen, „der Umweltip des Monats“ und der erste Teil der Bibel-Comic-Serie „Die spannendsten Geschichten aus dem Bestseller aller Zeiten“ sind im Septemberheft enthalten.

Interessenten können beim Verlag ein kostenloses Probeexemplar anfordern. Auch für die Verteilung von Probeheften stellt der Verlag Gratis-Exemplare zur Verfügung. Sie sind erhältlich bei der Proclama Verlags-GmbH, Fränking 3, D-8061 Weichs, Tel. (08136) 417.

ZDF-Serie: Mit Leib und Seele

Begleitmaterial für Gemeinde, Bildungsarbeit und Schule

Ab 13. Oktober kümmert sich Pfarrer Kempfert (Günther Strack) wieder um seine Schäfchen in der Eberfelder Gemeinde. Dabei werden Themen rund um Kirche und das Leben angesprochen. Es geht um Kirche und Kapital, den Sinn des Lebens, Alkoholismus, um Ehe und Beziehungen, — Themen, die das Leben schreibt.

Auch für die neue Staffel der ZDF-Pfarrerserie: „Mit Leib und Seele“ gibt es ein Begleitheft. Eine 32seitige Broschüre der Katholischen Fernseharbeit soll helfen, die Serie und ihre Themen in der Gemeinde, der Bildungsarbeit und der Schule aufzugreifen und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das Begleitheft enthält Informationen zu den einzelnen Folgen, Tips und Fragen, die die Arbeit mit der Sendung erleichtern sollen.

Die Broschüre kann bei der Katholischen Fernseharbeit, Postfach 2627, 6500 Mainz angefordert werden.

Bitte 3,— DM in Briefmarken der Bestellung beilegen. Der Betrag deckt Druck und Versandkosten.

(aus Katholische Fernseharbeit beim ZDF vom 30.8.90)

Dr. Alois Rummel (68), früherer Redaktionsdirektor des „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“, wurde zum Vorsitzenden des Vereins „Katholiken im Rundfunk“, Sitz in

Bonn, gewählt. Sein Stellvertreter ist Jürgen Bringmann, Pressesprecher der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

(KNA Nr. 19 vom 10.5.1990)

Militärbischof Dr. Alfred Kostelecky

Erster Titularbischof von Wiener Neustadt

Michael Haubl

Papst Johannes Paul II. hat den österreichischen Militärordinarius, Dr. Alfred Kostelecky, mit Wirkung vom 10. Februar 1990 von seinem bisherigen Titularbischofssitz Aggar in Südtunesien auf das neugeschaffene Titularbistum Wiener Neustadt transferiert. Wiener Neustadt ist auf Antrag des Stadtrates von Wiener Neustadt vom Papst mit Wirkung 1. Dezember 1989 zum Titularbistum erhoben worden.

Damit wurde ein historisch interessanter Bezug hergestellt: Wiener Neustadt war auf Betreiben Kaiser Friedrichs III. am 18. Jänner 1469 (zugleich mit Wien) zum Stadtbistum erhoben worden. Der letzte Bischof von Wiener Neustadt, Dr. Heinrich von Kerens, wurde bei seiner Amtsübernahme im Jahr 1775 auch zum ersten Apostolischen Feld-Vicar in Österreich bestellt. Im Zuge der josephinischen Kirchenreform wurde auch eine neue Diözesaneinteilung geschaffen. Der Bischof und sein Domkapitel wurden im Jahr 1783 als erster Schritt nach St. Pölten transferiert. Die Diözese Wiener Neustadt wurde im Jahr 1785 aufgehoben und der Erzdiözese Wien inkorporiert.

Neu geschaffen wurde die Diözese St. Pölten. St. Pölten war bis zum Ende der Amtszeit von Bischof Kerens auch Sitz des Apostolischen Feld-Vicariates.

Für die Erhebung Wiener Neustadts zum Titularbistum sprach wohl auch, daß in dieser Stadt die Bischofskirche des Militärbischofs, die Kathedral-Kirche St. Georg, in der Theresianischen Militärakademie liegt. Wiener Neustadt war auch lange Jahre Sitz des Bischofsvikars für das Viertel unter dem Wienerwald gewesen und hatte mit Weihbischof Kuntner gleichsam einen „eigenen Bischof“.

In Österreich bestehen drei Titularbischofssitze: Lauriacum (Lorch bei Enns), Tiburnia (St. Peter im Holz, Kärnten) — dessen Titularerzbischof der jetzige Nuntius in Österreich, Dr. Donato Squicciarini, ist — und nunmehr Wiener Neustadt.

Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann zum Apostolischen Protonotar ernannt

Bonn, 27. Juni: Papst Johannes Paul II. hat auf Vorschlag von Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann, Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, zum Apostolischen Protonotar ernannt. Überreicht wurde die Urkunde von Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel im Rahmen eines Empfangs anlässlich des 60. Geburtstages von Prälat Niermann am Mittwoch im Zentrum St. Winfried in Bonn.

(NIMM 1990/19 vom 28. 6. 90)

Silbernes Priesterjubiläum von Militärdekan Msgr. Peter Rafoth

Militärdekan Msgr. Peter Rafoth, Priester der Diözese Würzburg, wurde vor 25 Jahren, am 27. Juni 1965, zum Priester geweiht.

Die offizielle Feier des Silbernen Priesterjubiläums fand am Freitag, dem 29. Juni 1990, in Oberschleißheim statt.

(NIMM 1990/19 vom 28. 6. 90)

Werner von Scheven, Generalmajor und Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, wurde vom Arbeitskreis Christlicher Publizisten e.V. (ACP) mit einer „Respektzuweisung“ geehrt. Anlässlich der ACP-Bundestagung in Hamburg überreichte Vorstandsvorsitzender Heinz Matthias die Urkunde. Begründet wurde die Auszeichnung mit von Schevens „couragiertem Auftreten als Christ, seinem Bekennermut und seiner Haltung als Soldat“. Davon habe er Zeugnis durch zahlreiche Publikationen und Beiträge in den Medien abgelegt. Im Arbeitskreis Christlicher Publizisten haben sich Personen zusammengefunden, die den verschiedensten Kirchen und Gemeinschaften angehören und andere zum öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens in den Medien ermutigen wollen. Die Vereinigung widersteht nach eigenen Angaben „bewußt dem Trend, der die biblische Botschaft politisiert“.

(Bw-Aktuell vom 31.7.90)

Lob und Dank zum Geburtstag — Dekan Köster

Militärdekan **Werner Köster**, Leiter der Personalabteilung des katholischen Militärbischofsamtes und Vertreter des Generalvikars, hat am 13. August seinen 60. Geburtstag gefeiert. Deshalb lud Militärgeneralvikar Ernst Niermann zahlreiche Gäste in die Kapelle des Hauses des Militärbischofs in der Bonner Joachimstraße ein. Niermann würdigte den Weg Kösters in der Militärseelsorge: Der aus Dortmund stammende Priester des Bistums Würzburg habe Entscheidendes für das Konzept des Laienapostolats geleistet und maßgeblich dazu beigetragen, daß sich der Beruf des Pfarrhelfers kontinuierlich weiterentwickelt habe. In den Verhandlungen mit Bistümern und Orden sei es ihm immer wieder gelungen, junge Geistliche für den Dienst in der Militärseelsorge zu gewinnen. Auch Vertreter des Verteidigungsministeriums und der evangelische Militärgeneraldekan Reinhard Gramm sowie Mitarbeiter der katholischen Militärseelsorge fanden viele Worte des Lobes und des Dankes.

Köster arbeitete nach der Priesterweihe 1956 zuerst in seinem Heimatbistum. 1965 wurde er Militärpfarrer in Hammelburg. 1968 ging er für vier Jahre als Militärgeistlicher nach Washington. Nach seiner Rückkehr kam er in das Militärbischofsamt, zum Referat „Kirche und Gemeinde“, das er von 1974 bis 1980 leitete.

1982 wurde Köster von Papst Johannes Paul II. zum Ehrenprälaten ernannt, 1989 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Band.

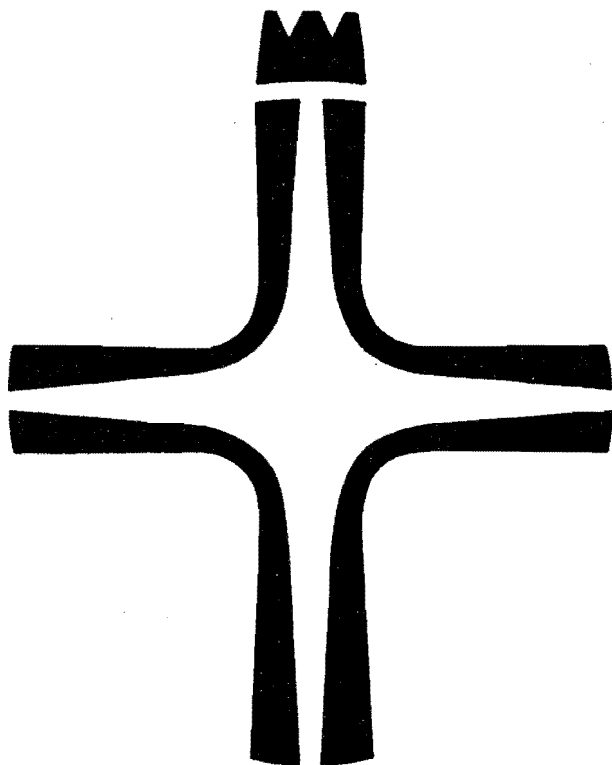
(aus Kompaß Nr. 18/24.8.90)

Auszeichnung: Verdienstorden für Dekan Kusen

Wehrbereichsdekan **Hermann-Josef Kusen** (59) aus Düsseldorf hat das Verdienstkreuz am Band des Verdienstordens der Bundesrepublik erhalten. Bei der Ordensverleihung im Verteidigungsministerium am 13. August betonte Ministerialdirigent Franz Butz, der Bundespräsident zeichne Kusen für seine Verdienste bei der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft und für die Vorbereitung zahlreicher internationaler Soldatengottesdienste aus.

Der aus Köln stammende und für seinen Humor bekannte Dekan arbeitete nach der Priesterweihe 1957 zuerst als Jugend- und Männerseelsorger und als Religionslehrer in seinem Heimatbistum. 1962 trat er in den Dienst der Militärseelsorge. Er war Pfarrer in Lingen, Hamburg, Münster und Köln. Als Wehrbereichsdekan in Nordrhein-Westfalen hat Kusen die Aufsicht über 23 Seelsorgebezirke. 1988 ernannte ihn der Papst zum Ehrenprälaten.

(aus Kompaß Nr. 18/24.8.90)



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämpfer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.